







universität  
wien

# DISSERTATION

Titel der Dissertation

„Der Handschlag.

Die Affäre Frischenschlager-Reder.“

Verfasserin

Magistra Barbara Tóth

Angestrebter akademischer Grad

Doktor der Philosophie (Dr. phil.)

Wien 2010

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A092 312

Dissertationsgebiet lt. Studienblatt:

Geschichte

Betreuer:

Univ.-Prof. Mag. DDr. Oliver Rathkolb



*Gewidmet meinem Großvater Ladislav.*



# Inhaltsverzeichnis

<b>I. Einleitung</b>	<b>Seite 6</b>
<b>II. Der „Handschlag“ im wissenschaftlichen Kontext</b>	<b>Seite 12</b>
Begriffsdefinition und Rollenverteilung – Skandalmuster in der Zweiten Republik – Die Funktion als Katalysator	
<b>III. Der „Handschlag“ im Kontext seiner Zeit</b>	<b>Seite 18</b>
Reden über die Vergangenheit in der Prä-Waldheim-Ära – Kreiskys koalitionäres Erbe: Die keine Koalition als Kulisse – Walter Reder, der Soldat im “Bandenkampf” – Friedhelm Frischenschlager, das liberale Aushängeschild	
<b>IV. Der „Handschlag“ im historischen Kontext</b>	<b>Seite 40</b>
Walter Reders „Spindoktor“: Schlüsselfigur Stefan Schachermayr – Der Meilenstein für die Reder-Mythologisierung: Die Rückeroberung der österreichischen Staatsbürgerschaft – Ein Vergleich: Wiesenthals Staatsbürgerschaftsakt – Geldflüsse: Überweisungen an den „ehemaligen Kriegsgefangenen“ – Der Mythos Reder verfestigt sich: Interventionen unter Kanzler Josef Klaus – Eingestellte Ermittlungen: Die Akte Reder der Staatsanwaltschaft Linz – Aus Angst, einen Märtyrer zu schaffen: Interventionen für Reder unter Kanzler Bruno Kreisky	
<b>V. Der „Handschlag“– Die Affäre in der chronologischen Rekonstruktion</b>	<b>Seite 112</b>
Skandalmotor ÖVP und zwei befeuernde Terminkollisionen – Das Ende der Mär von der sauberen Wehrmacht – „Es war ein schwerer politischer Fehler“: Koalitionäres Krisenmanagement – Die Affäre im Spiegel der Meinungsforschung – Die Folgen: Hebelwirkung für Haider und Desillusion in der SPÖ – Die ÖVP in Argumentationsnot: Der „Gegenskandal“ Gorton – Historische Argumentationsmuster in der Sondersitzung zur „Handschlag“-Affäre – Epilog: Versteckspiel mit Reder	
<b>VI. Schlussfolgerungen</b>	<b>Seite 168</b>
<b>VII. Literatur- und Quellenverzeichnis</b>	<b>Seite 174</b>
<b>Zusammenfassung/Abstract</b>	<b>Seite 188</b>
<b>Lebenslauf</b>	<b>Seite 192</b>





# I. Einleitung

In der wissenschaftlichen Literatur gilt die „Affäre Waldheim“<sup>1</sup> als das einschneidende Ereignis, als der Bruch im österreichischen Geschichtsbewusstsein. Die „Affäre Frischenschlager-Reder“ wird zumeist als „Ouvertüre“ oder „Vorbote“<sup>2</sup> erwähnt, als „Hinweis“<sup>3</sup> darauf, dass „das offizielle Geschichtsbild mit den Erinnerungen und dem heutigen Bewusstsein vieler Österreicherinnen und Österreicher wenig gemein hat“<sup>4</sup>. Sie wird also als erstes Warnflackern bewertet, in dem die großen Linien der vergangenheitspolitischen Debatten, die auf die „Affäre Waldheim“ folgten, nur angedeutet werden. Ohne Zweifel bereitete die Auseinandersetzung rund um den „Staatsempfang“ für den Kriegsverbrecher Walter Reder den Weg für die „große“ vergangenheitspolitische Debatte, die im Jahr 1986 mit der Waldheim-Affäre entbrennen sollte. Auch vom internationalen Echo liegt die „Affäre Waldheim“ aufgrund der weltweiten Bekanntheit Waldheims als ehemaliger UN-Generalsekretär weit vor der „Affäre Frischenschlager-Reder“, die zwar auch kurzfristig Österreich in die internationalen Schlagzeilen brachte, aber dann auch schnell wieder aus ihnen verschwand.<sup>5</sup>

Dabei wird übersehen, dass der Fall Reder in der Geschichte der Zweiten Republik einzigartig ist. Für keinen anderen im Ausland wegen schwerer Kriegsverbrechen Verurteilten haben sich die beiden Großparteien derart eingesetzt wie für Walter

---

<sup>1</sup> Vgl. beispielsweise Gehler Michael, „...eine grotesk überzogene Dämonisierung eines Mannes...?“ in: Gehler Michel, Sickinger Hubert (Hg.), Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim, Wien München 1995, S. 614-666.

<sup>2</sup> Gehler Michael, Österreichische Außenpolitik der Zweiten Republik. Von der alliierten Besatzung bis zum Europa des 21. Jahrhunderts, Innsbruck Wien Bozen 2005, Seite 539.

<sup>3</sup> Vgl. Uhl Heidemarie, Zwischen Versöhnung und Verstörung. Eine Kontroverse um Österreichs historische Identität fünfzig Jahre nach dem „Anschluß“, Wien Köln Weimar 1992, S. 438.

<sup>4</sup> Vgl. Uhl Heidemarie, Zwischen Versöhnung und Verstörung, a.a.O., S. 438.

<sup>5</sup> Vgl. Kober Katharina, Das Bild Österreichs in der US-amerikanischen Presse 1977 – 1985, Diplomarbeit, Wien 2000, S. 5 und S. 156. Kober behandelt in ihrer Diplomarbeit die Affäre Frischenschlager-Reder nicht explizit, erwähnt aber, dass die Affäre einen Wendepunkt in der US-amerikanischen Berichterstattung darstellt. Zuvor dominierte das Thema Kalter Krieg bzw. Ost-West-Konflikt, danach stehen Antisemitismus, Vergangenheitsbewältigung sowie Kunstrestitutions (die „wiederentdeckten“ Bilder in der Kartause Mauerbach wurden im Jänner 1985 thematisiert) im Zentrum der Berichterstattung. Eine Studie des Wiener Instituts für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft fand heraus, dass 23 Prozent der Artikel der New York Times im Jahr 1985 die Affäre Frischenschlager-Reder und das Thema Antisemitismus betrafen. Vgl. dazu Karmasin Fritz, Das Bild Österreichs in den ausländischen Medien: 1965 – 1986, Baden bei Wien 1986. Laut persönlicher Auskunft Kobers setzen sich diese auf den ersten Blick dramatisch klingenden 23 Prozent aber nur aus einem Bericht (25.1.1985), einer Meldung (2.2.1985), einem Kommentar (3.2.1985: „Indecent welcome“), einem Hintergrundbericht (6.3.1985) und einem Leserbrief (19.3.1985) zusammen. Zum gleichen Schluss unter Bezugnahme auf Karmasin kommt übrigens auch Schröck Alexander, Die US-Perzeption Österreichs in der Détente- und Post-Détente-Ära, in: Rathkolb Oliver, Maschke Otto M., Lütgenau Stefan August (Hrsg.), Mit anderen Augen gesehen: internationale Perzeptionen Österreichs 1955 – 1990, Wien Köln Weimar 2002, S. 35 – 86, hier S. 48.

Reder, und das bereits zu einem Zeitpunkt, als er noch nicht wieder österreichischer Staatsbürger war. Reder wurde das erst wieder 1956. Egal, ob es Anwaltskosten oder Sozialleistungen oder sonstige Hilfestellungen waren: Reder bekam sie. Die oberösterreichische Kriegsgefangenenfürsorge zahlte etwa ab 1952 an ihn, ab 1955 die oberösterreichische Heimathilfe.<sup>6</sup> Für Reders beide Anwälte wurden vor dem Militärgericht in Bologna im Jahr 1951 400.000 Lire pro Verfahren ausgelegt, in Summe also etwa 34.000 Schilling.<sup>7</sup>

Im Vergleich zum medial ungleich gewichtigeren Skandal um Waldheims verschwiegene Wehrmachtsvergangenheit ist die Affäre „Frischenschlager- Reder“ in der öffentlichen wie wissenschaftlichen Rezeption unterbelichtet. Entsprechend spärlich ist die Literatur über die Vorgänge und ihre Protagonisten. Es existiert nur ein Aufsatz in einem Sammelband, der sich vor allem dem Skandal im Jahr 1985 widmet.<sup>8</sup> In anderen Werken wird sie im politikwissenschaftlichen<sup>9</sup>, vergangenheitspolitischen<sup>10</sup>, außenpolitischen<sup>11</sup> Kontext im Zusammenhang mit Waldheim erwähnt oder als Teil der Skandalbiografie der Spätära Kreisky.<sup>12</sup> Ähnlich stellt sich die Situation bei der Person Walter Reder dar. Obwohl Reder in rechtsextremen, beziehungsweise ehemaligen Wehrmachtsskandalen eine außerordentlich wichtige Rolle spielte und auch zahlreiche einschlägige Werke über ihn erschienen sind, die allesamt revisionistische Hagiografien sind<sup>13</sup>, und obwohl die Tatsache, dass sich Politiker aller Couleurs über Jahrzehnte für ihn eingesetzt haben, allgemein bekannt ist, ist die wissenschaftliche Literatur über Reders Werdegang und deren späteren, politischen Begleiterscheinungen sehr überschaubar. Abgesehen von einer schmalen, inzwischen überholten Publikation

---

<sup>6</sup> Details dazu im Kapitel IV.

<sup>7</sup> Lt. Information vom 17. Mai 1962 mit der Zl.226.219-11/62 unter Bezugnahme auf Zl.174.965-6R8/54, STBKA VII.2 BMAA (1959-1966) Box 38.

<sup>8</sup> Trettler Heidi, Der umstrittene Handschlag. Die Affäre Frischenschlager-Peter, in: Gehler Michel, Sickinger Hubert (Hg.), Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim, Wien München 1995, S. 592 – 613.

<sup>9</sup> Pelinka Anton, Die kleine Koalition. SPÖ FPÖ 1983 – 1986, Wien Köln Graz 1993.

<sup>10</sup> Uhl Heidemarie, Zwischen Versöhnung und Verstörung, a.a.O.

<sup>11</sup> Gehler Michael, Österreichische Außenpolitik der Zweiten Republik, a.a.O.

<sup>12</sup> Kriechbaumer Robert, Zeitenwende. Die SPÖ-FPÖ-Koalition 1983-1987 in der historischen Analyse, aus der Sicht der politischen Akteure und in Karikaturen von Ironimus, Wien Köln Weimar 2008, S. 85 ff.

<sup>13</sup> Zu nennen sind Aschenauer Rudolf, Der Fall Reder. Ein Plädoyer für Recht und Wahrheit, Berg am See 1978; Drechsler Robert H., Walter Reder. Der Gefangene von Gaeta. Dokumentation, Wien 1979 sowie Robert H. Drechsler, In memoriam Walter Reder. Dokumente zur Zeitgeschichte, Sonderband, Wien, 1991; Greil Lothar, Faustpfand Walter Reder. Weltbetrug Marzabotto, München 1977 und Schachermayr Stefan, Major Walter Reder. Der Fall des letzten österreichischen Kriegsverurteilten in italienischem Gewahrsam, Wels 1968.

des Dokumentationsarchivs aus dem Jahr 1985<sup>14</sup> existiert nur ein Aufsatz<sup>15</sup>, der sich vor allem mit seinem soldatischen Lebensweg und den Verbrechen in der Endphase des Zweiten Weltkrieges in Italien befasst. Die österreichische Rezeptionsgeschichte sowie die Affäre des Jahres 1985 werden nicht behandelt.

Eine eigenständige Arbeit, die Reders Biografie, die Geschichte der für ihn erfolgten Interventionen und die damit verbundene Mythologisierung, den Skandal des Jahres 1985 sowie seine vergangenheitspolitischen, politischen und gesellschaftlichen Auswirkungen zusammenführt, fehlte bis dato. Diese Lücke schließt diese Arbeit. Ausgehend vom eigentlichen Skandal, dem umstrittenen Handschlag zwischen dem wegen Kriegsverbrechen verurteilten SS-Sturmbannführer und dem FPÖ-Verteidigungsminister, liefert sie eine ausführliche, fundierte und anhand von Quellenmaterial dokumentierte Gesamtschau zur Affäre „Frischenschlager-Reder“. Erstmals stellt sie anhand bis dato nicht aufgearbeiteten Archivmaterial die Vorgeschichte der Affäre Reder dar. Dass ein verurteilter Kriegsverbrecher in der kollektiven Wahrnehmung zum letzten österreichischen Kriegsgefangenen wurde, liegt an der unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg begonnenen Umdeutungsarbeit seiner Gesinnungsgenossen, sowie an der Kooperation der entscheidenden offiziellen Stellen in Österreich – allen voran der oberösterreichischen Landesregierung. Sie verschaffte ihm mit Hilfe des damaligen Innenministers ohne zwingenden Grund die österreichische Staatsbürgerschaft. Regierungspolitiker aus allen Lagern sowie Kirchenvertretern folgten Reders Begnadigungsgesuchen weit gehend unreflektiert. So entstand der Mythos Reder, der sich verselbständigte und sich spätestens unter der Alleinregierung Josef Klaus, mit Sicherheit dann unter der Alleinregierung Bruno Kreiskys als Faktum verfestigte. Dabei kam es zu einem seltsamen Rückkoppelungseffekt: Weil sich ohnehin alle politischen Lager für Reder einsetzten, war der Rechtfertigungsdruck für jeden einzelnen Protagonisten gering. Man befand sich „in bester Gesellschaft“. Um diesen Prozess nachvollziehbar und transparent zu machen, wurde Reders umfangreicher Staatsbürgerschaftsakt, das Tagebuch der Linzer Staatsanwaltschaft sowie sein Sozialhilfeakt im Oberösterreichischen Landesarchiv gesichtet, ebenso

---

<sup>14</sup> Ortner Christian, Am Beispiel Walter Reder. Die SS-Verbrechen in Marzabotto und ihre „Bewältigung“, Freistadt 1985.

<sup>15</sup> Gentile Carlo, Walter Reder – ein politischer Soldat im Bandenkampf, in: Mallmann Klaus-Michael, Paul Gerhard (Hrsg.), Karrieren der Gewalt. Nationalsozialistische Täterbiografien, Darmstadt 2004.

die erhaltenen Materialien im Stiftung Bruno Kreisky Archiv sowie im Archiv der österreichischen Gesellschaft für Zeitgeschichte.<sup>16</sup>

Schwerpunktmäßig werden aufgrund dieser neu erschlossenen Akten zwei Erzählstränge erstmals detailliert dargestellt: Zum einen schildert das Kapitel III Reders per Bescheid erfolgte, auf Intervention der oberösterreichischen Landesregierung erfolgte Staatsbürgerschaftserlangung im Jahr 1956, deren mehr als problematische Vorgeschichte und die weitreichenden sozialenrechtlichen wie politischen Folgen. Zum Vergleich wurde der Staatsbürgerschaftsakt Simon Wiesenthal herangezogen. Zum anderen wird die Genese der für ihn erfolgten Interventionen unter Bruno Kreiskys Kanzlerschaft umfassend behandelt. Neue Aspekte, wie etwa die sehr frühe, vertrauliche Einbindung der italienischen Kommunisten oder das Wirken Rosa Jochmanns, die sich für Reder von Anfang an eingesetzt hatte, werden ebenso aufgearbeitet, wie die zentrale und sehr umstrittene Rolle Stefan Schachermayrs, der als Reders Generalbevollmächtigter agierte und – in modernen Worten – sein „Spindoktor“ war. Kreisky, der bei seinen ersten Berührungen mit dem Fall als Staatssekretär im Außenamt noch eindeutig ablehnend agiert, übernimmt dann die von Rosa Jochmann gehegte Sorge, Reder könne zum „Märtyrer“ in Gaeta werden. Der Frage, warum Bruno Kreisky sich für Reder so vehement einsetzte und welches Gewicht der politische „Faustpfand“ Reder am Koalitionsverhandlungstisch mit den Freiheitlichen hatte, wird ebenso nachgegangen wie den Versuchen der ÖVP, im Wettrennen um Reders Freilassung die Nase vorne zu haben. Denn dass „das politische Spiel mit Reder“ von allen Parteien gepflogen wurde, daran besteht kein Zweifel. Aus der detaillierten Darstellung der politischen Interventionen für Reder und der dabei verwendeten Argumente lässt sich nicht nur das vergangenheitspolitische Bewusstsein der Akteure ablesen, sondern auch ein Sittenbild der Republik zeichnen.

Insofern ist die Affäre Reder als Indikator für das historische Bewusstsein der österreichischen Gesellschaft mindestens genauso aussagekräftig wie die Affäre Waldheim, wenn nicht sogar aussagekräftiger. Reder wurde nämlich von der Politik zu jener öffentlichen Figur mitgemacht, als der er 1985 österreichischen Boden

---

<sup>16</sup> Ich danke Franz Scharf und Gerhart Marckhgott vom Oberösterreichischen Landesarchiv, dem Präsidenten des Landesgerichtes Linz, Hans-Peter Kirchgatterer, sowie Maria Steiner von der Stiftung Bruno Kreisky Archiv für ihre umfangreiche Hilfe.

wieder betrat – und deren Bewertung sich dann so gar nicht mehr mit dem Verständnis eines Teils der Gesellschaft deckte. Er ist sozusagen das Produkt einer politischen Geschichtsschreibung, die im Begriff war, sich selbst zu überholen, als das Produkt lieferfertig wurde.

Der zweite Schwerpunkt der Arbeit liegt auf der Beschreibung des Skandals selber, also jener wenigen Tage zwischen dem 24. Jänner 1985, dem Datum der Überstellung Reders nach Österreich, und dem 1. Februar 1985, dem Tag der Sondersitzung im Parlament zur Affäre „Frischenschlager-Reder“. Besonderes Interesse gilt hier dem koalitionsinternen Krisenmanagement, den Motivationen der politischen Akteure und der Hebelwirkung des Skandals für alle politischen Parteien, allen voran für die FPÖ und ihrem erstarkenden neuen Führer Jörg Haider. Aber auch für maßgebliche Akteure in der SPÖ wird der Handschlag zu einem Wendepunkt. Danach fällt es ihnen noch schwerer, hinter der von Bruno Kreisky eingefädelten rotblauen, kleinen Koalition zu stehen. Letztlich schärft auch ÖVP-Chef Alois Mock im Zuge der vor allem von seiner Partei betriebenen Skandalisierung des Handschlags sein vergangenheitspolitisches Instrumentarium. Zum vollen Einsatz kommt es dann im Präsidentschaftswahlkampf 1986 für Kurt Waldheim. Zahlreiche dieser vergangenheitspolitischen Argumentationsmuster lassen sich in der Sondersitzung zur Affäre nachvollziehen, der ein eigener Abschnitt dieser Arbeit gewidmet ist. Nur am Rande behandelt wird die Wahrnehmung des Skandals in den österreichischen Medien, weil es dazu bereits ein ausführliches Kapitel im Rahmen einer wissenschaftlichen Arbeit gibt.<sup>17</sup> Auch auf Reders Symbolkraft für die italienische Innenpolitik und das Selbstverständnis des Landes wird nur cursorisch eingegangen.

Die Affäre Reder ist mehr als eine bloße „Ouvertüre“ zur Affäre Waldheim. Sie ist einerseits ein Katalysator – und nimmt damit jene Funktion des Verstärkens und Beschleunigens bereits vorhandener Entwicklungen ein, die für Österreichs Skandalgeschichte typisch ist, wie im zweiten Kapitel dieser Arbeit anhand der relevanten, wissenschaftlichen Literatur aus dem Gebiet der Skandalforschung ausgeführt wird. Auch wenn die öffentliche Aufregung nach wenigen Wochen wieder abebbte, wurden in den Köpfen der Akteure Argumentationslinien

---

<sup>17</sup> Vgl. Wassermann Heinz P., „Zuviel Vergangenheit tut nicht gut.“ Nationalsozialismus im Spiegel der Tagespresse der Zweiten Republik, Innsbruck Wien München 2000, S. 567 – 615.

entwickelt und Einschätzungsstrategien geprobt, die ein Jahr später im Zuge der „Waldheim-Affäre“ zum Einsatz kommen sollten. Die Affäre ist aber auch ein schillerndes Beispiel für den wechselhaften und inkonsistenten Umgang aller Parteien mit der NS-Vergangenheit im Allgemeinen, mit ihren Repräsentanten und deren politischem Gewicht, gemäß dem Motto: „Zeitgeschichte ist das, was man dem anderen vorwerfen kann.“<sup>18</sup> Die Geschichte Walter Reders steht stellvertretend für die jahrzehntelangen Bemühungen der SPÖ und ÖVP um die Einbindung des dritten Lagers, sei es als stille Wahlkampfreserve, sei es als tatsächlichen Koalitionspartner. Diesem Aspekt, also der zeitgeschichtlichen Einordnung des Falls Reders vor dem Hintergrund der Ära Kreisky, der Kleinen Koalition und dem gescheiterten Versuch der Liberalisierung der FPÖ, und dessen Verortung in den vergangenheitspolitischen Traditionen der Parteien der Zweiten Republik, sind die Schlussfolgerungen dieser Arbeit gewidmet.

Der Standpunkt der Autorin gegenüber den zum Teil doch bemerkenswerten Vorgängen im Fall Reder ist dabei stets ein analytisch beobachtender, kein wertender. Er folgt dem Prinzip des „post-memoire“, entsprechend der Auffassung, dass die Phase der symbolischen Schlachten im Krieg um die Erinnerung vorbei sind, vergangenheitspolitische Konflikte an Streitwert eingebüßt haben und sich deswegen „die Möglichkeit eines analytischen Blicks auf das, was auf das Zerschneiden der Nachkriegsmythen, das Neuverhandeln der historischen Identität, das Aufarbeiten einer belasteten Vergangenheit gefolgt ist: auf das Schuldgedächtnis als transnationale Signatur der Erinnerungskulturen in Europa“.<sup>19</sup> Eine Verortung der Affäre „Frischenschlager-Reder“ in der europäischen Erinnerungslandschaft bildet deswegen auch den Schlusspunkt dieser Arbeit.

---

<sup>18</sup> Kurt Scholz, zitiert nach Uhl Heidemarie, *Zwischen Versöhnung und Verstörung*, a.a.O., S. 24.

<sup>19</sup> Uhl Heidemarie, *Schuldgedächtnis und Erinnerungsbegehren*. Thesen zur Europäischen Erinnerungskultur, in: *Transit 35* (Sommer 2008), Frankfurt am Main 2008, S. 6 – 22, hier S. 10.

## II. Der „Handschlag“ im wissenschaftlichen Kontext: Die Skandalforschung

Die politische Skandalforschung ist, vor allem in Österreich, ein vergleichsweise junge Disziplin, die, ähnlich wie andere Disziplinen, die zeitgleich entstanden sind, methodisch mit verschiedenen Ansätzen arbeitet und keine einheitlichen, allgemeingültigen Erklärungsmuster oder Theorien anzubieten hat.

Das ist kein Nachteil, sondern spiegelt nur die Struktur ihres Forschungsobjektes wieder. Skandale spielen sich in oder meist zwischen den verschiedenen Systemen der modernen Gesellschaft ab, sie berühren moralische genauso wie politische Grundsätze. Sie sind Querschnittsmaterien, die die Zeitgeschichtsforschung genauso wie die Politik- und die Publizistikwissenschaften befassen können.

Daher lassen sich an ihnen aus systematisch-vergleichender Perspektive die Probleme einer Zeitepoche wie unter einem Brennglas nachvollziehen. „Skandalforschung wird bei einem solchen Zugang sowohl zu einem Element der politikgeschichtlichen Entwicklung eines Staates als auch zur Analyse politischer Skandale im Systemvergleich“, schreiben Michael Gehler und Hubert Sickinger in der Einleitung zu ihrem für Österreich nach wie vor grundlegenden Sammelband „Politische Affären und Skandale in Österreich“.<sup>20</sup> Skandale lassen sich unter dieser Voraussetzung auch als „Entwicklungsindikatoren“ für ein politisches System und dessen Kultur betrachten.

In Österreich ist die Zuschreibung als „Skandalrepublik“ in den 1980er Jahren geläufig geworden. Dieser Begriff ist vor allem ein Produkt der medialen und politischen Debattenprägung. Historisch gesehen lässt er sich nicht halten: Auch in der Monarchie, der Ersten Republik und in den ersten beiden Jahrzehnten der Zweiten Republik gab es große Skandale.

Dass die Skandalisierung der Nation dennoch öffentlichkeitswirksam erst gegen Ende der Ära Kreisky erfolgreich war, lässt sich vor allem durch zwei Faktoren erklären: zum einen sorgte eine veränderte Medienlandschaft, eine neue Generation an Journalisten, die den angloamerikanischen Aufdeckungsjournalismus zum Vorbild hatte, für verstärkte und vor allem nachhaltige Berichterstattung (siehe

---

<sup>20</sup> Vgl. dazu die Einleitung sowie die Schlussfolgerungen im Standardwerk zur österreichischen Skandalgeschichte: Gehler Michel, Sickinger Hubert (Hg.), Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim, Wien München 1995.

dazu auch Kapitel III), zum anderen fand sich ein aufnahmeberechtigtes Publikum. Durch den Wandel der politischen Kultur, durch die Erosion der traditionellen Lager und den Aufschwung neuer politischer Parteien wie der FPÖ und der Grünen, die „Skandalisierung“ zu ihrem Thema machten und zum Teil selbst als „Skandalisierer“ auftraten, war die Grundstimmung im Land eine andere: geprägt von einer grundsätzlichen Skepsis gegenüber den „Herrschenden“. Seit Beginn der Achtziger Jahre war Kritik an der „politischen Klasse“ ein immer wieder kehrendes Motiv im politischen Diskurs.

### **Begriffsdefinition und Rollenverteilung**

Damit wären auch schon die Grundbedingungen für das Entstehen eines Skandals angesprochen: Abgesehen von einem Vorfall braucht es einen Skandalisierer, eine entsprechende Bühne (die Massenmedien) und ein Publikum, um als solcher wahrgenommen zu werden.

Die Skandalforschung spricht von einem politischen Skandal dann, wenn politische Akteure unmittelbar und auslösend in die Ereignisse verwickelt sind und dadurch das Normen- und Wertegerüst der Gesellschaft in Frage gestellt werden.<sup>21</sup> In der soziologischen Betrachtung – die Soziologie hält auch Untersuchungsraaster und Deutungsmuster für Skandale bereit, die jedoch für politische Skandale adaptiert werden müssen – sind Skandale ein Instrument der sozialen Kontrolle. Aus der Kriminalsoziologie lässt sich der „labeling approach“, der Zuschreibungsansatz, anwenden: Dieser besagt, dass ein bestimmtes Verhalten nicht von vornherein als kriminell erachtet wird, sondern erst durch eine Reihe von Etikettierungen als solches definiert wird. Diese Definition erfolgt zunächst auf der Ebene der Gesetzgebung. Darüber hinaus spielen die Strafverfolgung, das Anzeigenverhalten der Bevölkerung, die Aburteilung durch Gerichte und die Stigmatisierung nach der Aburteilung eine Rolle. Gerade politische Skandale verlaufen oft nicht entlang der Linien, die das Strafgesetz vorgibt. Ein politischer Skandal kann auch entstehen, wenn kein „deliktnahe“ Verhalten vorliegt. Das wesentliche Moment ist also die „Etikettierung“ als politischer Skandal. Zum „Gelingen“ eines Skandals trägt die

---

<sup>21</sup> Zur Begriffsdefinition vgl. Neckel Sieghard, Das Stellhölzchen der Macht, in: Ebbighausen Rolf, Neckel Sieghard, Anatomie des politischen Skandals, Frankfurt/Main 1989, S. 55 – 80, hier S. 57 sowie die darauf basierenden Ausführungen bei Gehler/Sickinger, Politische Affären und Skandale, a.a.O., S. 11f.



bereits erwähnte charakteristische Trias zwischen Skandalisierer, Öffentlichkeit („Bühne“) und Publikum also wesentlich bei.<sup>22</sup>

Die Rolle des Etikettierens übernimmt dabei zuerst der Skandalisierer. Kommt er aus dem Bereich der Medienwelt, ist er der „Aufdecker“. Aber auch einzelne Politiker haben sich als klassische, einzelkämpferische Wühlmäuse bewährt. Ein Phänomen, das mit der Amerikanisierung der österreichischen Wahlkämpfe eine gewisse Professionalisierung erreicht hat, ist die gezielte Skandalisierung durch Exponenten politischer Parteien im Rahmen des „negative campaigning“ oder „dirty campaigning“. Die Skandalisierung selbst zum Skandal zu erklären, ist eine ältere politische Abwehrstrategie, die meist von den Betroffenen gewählt wird. Das bekannteste Beispiel in Österreich dafür ist die „Kampagne mit der Kampagne“ der ÖVP während des Präsidentschaftswahlkampfes 1986.

Als „Bühne“ für den politischen Skandal dient die professionalisierte Öffentlichkeit, also die Massenmedien und hier im Österreich der Achtziger Jahre vor allem die neue Generation an Aufdeckungsmagazinen, beginnend bei „profil“, danach „Wochenpresse“ und „Basta“.<sup>23</sup> Sie sind die publizistische Speerspitze jener zivilgesellschaftlichen Bewegung, die spät, aber doch den Mangel an liberalen Traditionen in Österreich aufzuarbeiten versucht.

Und schließlich funktioniert kein Skandal ohne Empörung, der öffentlichen Druck erzeugt, und so zu einer Art Rückkoppelungseffekt führt. Wie Sickinger/Gehler ausführlich schildern, war das aufnahmebereite Publikum in Österreich dank der Besonderheiten der traditionellen Proporz- und Konkordanzdemokratie erst in der ersten Hälfte der Achtziger Jahre im kritischen Ausmaß vorhanden. Davor blockierte die Lagerloyalität die, wenn man so will, „Erregungsübertragung“ über das eigene politische Umfeld hinaus. Skandale blieben daher parteipolitische Ereignisse, weiteten sich aber nicht zu gesamtgesellschaftlichen Debatten aus. Das großkoalitionäre Stillschweigen – oder besser „Gleichgewicht des Schreckens“ – sicherte beiden Lagern gewisse Fehltrittmöglichkeiten zu. Pelinka verwendet in diesem Zusammenhang das – nachdem es auch um Fragen der Aufmerksamkeitsökonomie geht – durchaus passende Bild einer

---

<sup>22</sup> Schütze Christian, Skandal. Eine Psychologie des Unerhörten, München 1985, S. 19-38.

<sup>23</sup> Im Wahlkampf 2002 und vor allem 2006, als der Bawag-Skandal zum tragenden Thema wurde, spielten auch moderne Medien wie Internet oder SMS-Massenversand eine zunehmend wichtigere Rolle bei der Skandalisierung. Vgl. Hofer Thomas, Tóth Barbara (Hrsg.), Wahl 2006. Kanzler, Kampagnen, Kapriolen, Münster 2006.

„Wettbewerbseinschränkung“. SPÖ und ÖVP hätten gemeinsam eine Art Skandalvermeidungs-Kartell gebildet, das erst durch verstärkten Wettbewerbsdruck der Öffentlichkeit auseinandergebrochen ist.<sup>24</sup>

### **Skandalmuster in der Zweiten Republik**

Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, dass die Kritik an der „politischen Klasse“ oder der Topoi „Privilegien“ eines der wichtigsten Skandalmuster der Zweiten Republik darstellt. Sickinger/Gehler fassen es unter der Bezeichnung „Sonderregelung für die politische Klasse“ zusammen und zählen dazu Ausnützung persönlicher Beziehungen zu „Machtinhabern“ und Behinderung der Justiz. Weiters differenzieren sie folgende „skandalisierte Sachverhalte“, die sich überschneiden können: „Korruption“ und „Grauzonen der Politikfinanzierung“, „politische Konflikte als Skandal“, „Schatten der NS-Vergangenheit“, das „skandalöse Privatleben von Politikern“ sowie „innerösterreichische Auswirkungen auf das internationale Renommee Österreichs.

Eine Sonderstellung in der österreichischen Skandalhistorie nehmen mit Sicherheit vergangenheitspolitische Skandale ein, unter die auch die Affäre „Frischenschlager-Reder“ fällt. Höhepunkt der Skandalisierung war die Affäre Waldheim im Jahr 1986, in der gleich mehrere „Skandalkategorien“ schlagend wurden: Vergangenheitsbewältigung, politischer Konflikt und Internationalisierung der Negativauswirkungen. Anhand eines Vergleichs des Verlaufs der Affäre Peter-Kreisky-Wiesenthal im Jahr 1975, der Debatte rund um „Frischenschlager-Reder“ im Jahr 1985 und der unvergleichlich stärkeren Emotionalisierung in der Affäre Waldheim ein Jahr später lässt sich die veränderte öffentliche Wahrnehmung und die Theorie, dass ein Skandal per se kein Skandal ist sondern erst zu einem wird, wenn Skandalisierer, Bühne und Publikum vorhanden sind, bestens nachvollziehen. Alle drei Skandale zeigen auch, dass der Rückkoppelungseffekt durch die interessierte Öffentlichkeit sehr wohl auch über das Ausland erfolgen kann. Mehr noch: Bei vergangenheitspolitischen Skandalen, die sich immer um das innerösterreichische Tabuthema der Mittäterschaft an NS-Verbrechen drehen, war die kritische Resonanz im Ausland das tragende Moment. Wenn man so will,

---

<sup>24</sup> Pelinka, Anton, „Wanzenjournalismus“ und „Zerfall der Geschlossenheit“. Der AKH-Skandal, in: Gehler Michel, Sickinger Hubert (Hg.), Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim, Wien München 1995, S. 532 – 545, hier S. 538.

suchten und fanden diese Skandale die kritische Masse an Öffentlichkeit zuerst im Ausland, bevor die innerösterreichische Debatte entflammte.

## **Die Funktion als Katalysator**

Will man dem Skandal eine Funktion zuschreiben, so lässt sich diese für Österreich wohl noch am ehesten als die eines Katalysators beschreiben, der bereits vorhandene Entwicklungen beschleunigt oder verstärkt.<sup>25</sup>

Sorgten der AKH-Skandal<sup>26</sup>, der Lucona-Skandal<sup>27</sup> und der Noricum-Skandal, die alle im Graubereich zwischen Wirtschaft und Politik angesiedelt waren, dafür, dass das Kontrollbedürfnis der Bevölkerung stieg und die Parlamentarisierung des politischen Systems durch die Einrichtung von Untersuchungsausschüssen verstärkt wurde, rüttelten die vergangenheitspolitischen Skandale an der ideologischen Grundfeste der Zweiten Republik: der Opfertheorie.

„Die Verwestlichung der österreichischen Gesellschaft und damit des gesamten politischen Systems wurde durch den Skandal und dessen öffentliche Wahrnehmung vorangetrieben“, schreibt der Politologe Anton Pelinka im Hinblick auf den AKH-Skandal. Seine Schlussfolgerungen treffen auch auf die Wirkung der anderen Skandale zu. Sie zeigten auf, dass die Grundkonzeption, die die Zweite Republik ausmachte, an ihre Grenzen gestoßen war. „Der Skandal half mit, den für die Stabilisierung der Zweiten Republik verantwortlichen Eliten der großen Parteien und Lager die Möglichkeit zu entziehen, über das politische System die gesamte Gesellschaft zu steuern und zu kontrollieren.“<sup>28</sup> Große Koalition, „Nebenregierung“ der Sozialpartnerschaft, Konkordanz- und Proporzdemokratie, die berechenbaren Faktoren der österreichischen Gesellschaft aus der Nachkriegszeit, der von den herrschenden Eliten beider Parteien außerordentlich lange hinübergerettete Staatskonsens, die obrigkeitshörige, von einem quasi staatlichen, aufgeklärten Dualismus geprägte politische Kultur – all diese Faktoren begann sich in den 1980er Jahren zu verändern.

---

<sup>25</sup> Vgl. dazu ebenfalls Pelinka, Anton: „Wanzenjournalismus“, a.a.O., insbesondere S. 544f.

<sup>26</sup> Vgl. Pelinka, Anton, „Wanzenjournalismus“ und „Zerfall der Geschlossenheit“, a.a.O.

<sup>27</sup> Freihofner Gerald, Der Fall Udo Proksch oder die Affäre „Lucona“, in: Gehler Michel, Sickinger Hubert (Hg.), Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim, Wien München 1995, S. 546 – 567.

<sup>28</sup> Pelinka, Anton, „Wanzenjournalismus“, S. 544.



### III. Der „Handschlag“ im Kontext seiner Zeit

Die Affäre „Frischenschlager-Reder“ spielt sich aus mehreren Gründen in einer ausgesprochen prekären Phase der Zweiten Republik ab. Gesellschaftspolitisch, parteipolitisch wie vergangenheitspolitisch ist die zweite Hälfte der Achtziger Jahre des 20. Jahrhunderts als Zeit des Wandels zu begreifen. Österreich war zu Beginn der Achtziger Jahre immer noch ein Land des „Garantismus“ mit einem starken „retardierenden“ Moment, „Sicherheit“ war „das traditionelle Leitmotiv für das Handeln politischer Akteure, für die Formulierung und das Marketing politischer Angebote wie für die Aspirationen und thematischen Anliegen der österreichischen Wähler“<sup>29</sup>. Der Postmaterialismus bahnte sich erst langsam seinen Weg. 1974 waren in Österreich nur neun Prozent der 16 bis 29-jährigen Postmaterialisten, in Deutschland waren es 15 Prozent, in den Niederlanden 28 Prozent<sup>30</sup>. Als Schlüsseljahr des Wandels gilt gemeinhin das Jahr 1986<sup>31</sup>. Nicht nur, weil die Waldheim-Affäre Österreichs Selbstbild als Opfer des Zweiten Weltkrieges massiv in Frage stellte und letztlich auch zerstörte, sondern auch, weil es jenes Jahr war, dass den Einzug der Grünen ins Parlament brachte – und damit den späten Einbruch der Zivilgesellschaft und der neuen sozialen Bewegungen ins offizielle, politische Repräsentationssystem und das Ende der etablierten Dreiparteienherrschaft. 1986 ist auch das Jahr, in dem Jörg Haider die bundespolitische Bühne betritt – eine Bühne, deren Spielregeln er für über ein Vierteljahrhundert mitprägen, oder besser durch Verletzungen auszureizen versuchen wird.

*„Erosions- und Dealignmentprozesse, die fortschreitende Auflockerung bestehender Parteibindungen, erhöhte Wählermobilität, wie eine spürbare Entkoppelung zwischen sozialer Milieuzugehörigkeit und Wahlverhalten – Faktoren, die im internationalen Vergleich schon seit längerer Zeit den Normalzustand der Parteiensysteme darstellen – transformieren mittlerweile auch die Tiefenstruktur des österreichischen Parteiensystems wie die*

---

<sup>29</sup> Plasser Fritz, Ulram Peter A., Auf dem Weg in die postindustrielle Gesellschaft? In: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1980 Wien München 1981, S. 263 – 280, S. 275.

<sup>30</sup> Pelinka, Anton, Plasser Fritz, Ulram Peter A., Auf dem Weg in die postindustrielle Gesellschaft?, a.a.O., S. 263 – 280, S. 274.

<sup>31</sup> Vgl. Tóth Barbara, Czernin Hubertus, 1986 – Das Jahr, das Österreich veränderte. Czernin Verlag, Wien 2006.

*strategischen und wahlpolitischen Ausgangs- und Rahmenbedingungen der österreichischen Parteien.*“<sup>32</sup>

Im Jahr 1985 sind diese Verschiebungen in Andeutungen bereits spürbar, aber das große Beben bleibt noch aus. Umso interessanter ist es, das Handeln der Akteure vor diesen – bildlich gesprochen – sich langsam verändernden Hintergründen zu beobachten. So lautete beispielsweise die „Einstiegsfrage“ an den Politologen Anton Pelinka in einem Interview zur Affäre „Frischenschlager-Reder“, dass am 2. Februar 1985 in der Ö1-Reihe „Im Journal zu Gast“ geführt wurde, folgendermaßen:

*„Es scheint so, als wäre alles in Ordnung gewesen, wäre Verteidigungsminister Frischenschlager bei der Übergabe Reders nicht dabei gewesen und hätte diesem nicht die Hand gegeben. Ein Journalist hat dieses Ereignis so kommentiert, dass man meinte, durch Frischenschlager werde Österreich im Ausland wieder mit der Vergangenheit identifiziert, die wir mit Recht als bewältigt erklären. Kann man das wirklich so sagen? Haben wir die Vergangenheit wirklich bewältigt?“*<sup>33</sup>

Aus heutiger Sicht „nahezu anachronistisch“, wie die Historikerin Heidemarie Uhl bemerkt. Pelinka antwortet klar „Ich glaube, dass das eindeutig nicht der Fall ist“ um dann die Gespaltenheit des Geschichtsbewusstseins zu erklären. 1985 war übrigens zum „Jahr der Zeitgeschichte“ ausgerufen worden, Kriegsende und Staatsvertrag galt es zu gedenken.<sup>34</sup>

### **Reden über die Vergangenheit in der Prä-Waldheim-Ära**

Das gesellschaftliche wie vergangenheitspolitische Klima Anfang und Mitte der Achtziger Jahre ist in der wissenschaftlichen Literatur breit beschrieben worden.<sup>35</sup> Aus heutiger, sozusagen Post-Post-Waldheim-Ära-Sicht schwer vorstellbar, verharrte die kollektive Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg in jenem „Wir sind

---

<sup>32</sup> Plasser Fritz, Ulram Peter A., Das Jahr der Wechselwähler. Wahlen und Neukonstruktion des österreichischen Parteiensystems 1986, in: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1986, Wien München 1987, S. 31 – 80, hier S. 32.

<sup>33</sup> Zitiert nach Uhl Heidemarie, Zwischen Versöhnung und Verstörung, a.a.O., S. 15.

<sup>34</sup> Uhl Heidemarie, Zwischen Versöhnung und Verstörung, a.a.O., S. 18.

<sup>35</sup> Einen guten Überblick über die wehrmachtsspezifischen Debatten liefert etwa Alexander Pollak, auf den ich mich im Folgenden öfters beziehe. Pollak Alexander, Die Wehrmachtsspezifik in Österreich. Das Bild der Wehrmacht im Spiegel der österreichischen Presse nach 1945, Wien 2002 sowie Pollak Alexander: Vergangenheit und Reflexion. Konsens- und Streitlinien im Umgang mit der NS-Vergangenheit in Österreich. In: Sabrow Martin, Jessen Ralph, Große Kracht Klaus (Hrsg.), Zeitgeschichte als Streitgeschichte. Große Kontroversen nach 1945, München 2003, S. 326-346. Zur allgemeinen Geschichtspolitik vgl. Uhl Heidemarie, Zwischen Versöhnung und Verstörung, a.a.O., und Uhl Heidemarie, Zivilisationsbruch und Gedächtniskultur. Das 20. Jahrhundert in der Erinnerung des beginnenden 21. Jahrhunderts, Innsbruck 2003, S. 153 – 180.

Opfer“-Stadium, das in der unmittelbaren Nachkriegszeit von politischer wie damals mit dem politischen System eng verwobener medialer Seite geprägt wurde. Umstritten war zu diesem Zeitpunkt nicht die Frage, inwieweit sich Österreicher zu Tätern gemacht hatten, sondern die Schuld am Scheitern der Ersten Republik und der Anteil der beiden politischen Lager SPÖ und ÖVP daran. Dementsprechend hatte sich eine stark parteipolitisch orientierter Umgang mit der Vergangenheit etabliert, in dem entweder die sozialdemokratischen und christlichsozialen Erzählungen miteinander konkurrierten und deren Vertreter meist in gegenseitige Schuldzuweisungen verfielen, oder eine konsensuale Geschichtsdarstellung gewählt wurde, die sprichwörtliche Koalitionsgeschichtsschreibung.<sup>36</sup> Sie diente auch der „Befriedung der politisch gespaltenen Gesellschaften nach Kriegsende 1945“<sup>37</sup>. Hinzu kam das Momentum des Kalten Krieges, der die erste Phase der antinazistischen Aufarbeitung schnell beendete und die Bekämpfung des Kommunismus den Vorrang gab.

Österreich blieb im Großen und Ganzen unbeeindruckt von global wahrgenommenen Schlüsselereignissen der Vergangenheitsaufarbeitung wie etwa der Prozess gegen Adolf Eichmann in den Jahren 1960 und 1961 oder der Ausstrahlung der TV-Serie „Holocaust“ im Jahr 1979 – wobei letztere, wie Heidemarie Uhl beschreibt, zumindest die Themen „Vergangenheitsbewältigung“ und „Schuldfrage“ in der nicht politischen Öffentlichkeit stärker verankert und damit die NS-Zeit erstmals weg von parteipolitischen Schuldzuweisungen auf die Ebene der familiären, generationsspezifischen Auseinandersetzung hebt.<sup>38</sup> Einzelne Fälle von „De-Konsensualisierung im Umgang mit der NS-Vergangenheit“<sup>39</sup>, wie etwa die Taras Borodajkewycz-Affäre oder die von Oscar Bronner in einer „Forum“-Sondernummer mit ausgelöste Debatte über die NS-Vergangenheit von Richtern und Generalanwälten an den Obersten Gerichtshöfen im Jahr 1965<sup>40</sup> sorgen zwar für Aufruhr, nicht aber für breite Diskussionen. Dafür gab es immer wieder nationale Ereignisse, die in der Kontinuität der Opferthese standen, wie etwa die Einstellungen der Verfahren gegen NS-Täter unter Justizminister Christian

---

<sup>36</sup> Uhl Heidemarie, Von „Endlösung“ zu „Holocaust“. Die TV-Ausstrahlung von „Holocaust“ und die Transformationen des österreichischen Gedächtnisses, in: Uhl Heidemarie, Zivilisationsbruch und Gedächtniskultur, a.a.O., S. 153 – 180, hier S. 157.

<sup>37</sup> Uhl Heidemarie, Schuldgedächtnis und Erinnerungsbegehren, a.a.O., S. 11.

<sup>38</sup> Uhl Heidemarie, Von „Endlösung“ zu „Holocaust“, a.a.O., S. 173.

<sup>39</sup> Pollak Alexander: Vergangenheit und Reflexion, a.a.O., S. 331.

<sup>40</sup> Vgl. dazu Rathkolb Oliver, Anatomie einer Entnazifizierung, in: akzente 11/12 1989, S. 24 –28. sowie Stimedter Klaus, Weissenberger Eva, Trotzdem. Die Oscar Bronner Story, Wien 2008, S. 47 ff.

Broda Anfang der siebziger Jahre und die damit verbundene Generalamnestie. Broda lies 1965 prüfen, ob Disziplinarverfahren gegen die Generalprokuratur möglich wären, das Kriegsverbrechergesetz 1947 war auf Grund der NS-Amnestie des Jahres 1957 aber nicht mehr anwendbar.<sup>41</sup>

Erste Brüche gab es erst Anfang der siebziger Jahre, unter anderem auch, weil ein neuer, vergangenheitspolitischer Akteur auf der Medienbühne erschien, der der „Kronen Zeitung“ als Sprachrohr der Wehrmachtsgeneration Konkurrenz machte: das „profil“. Es wurde zu Trägermedium der ersten, großen vergangenheitspolitischen Debatten wie der Kreisky-Peter-Wiesenthal-Affäre im Jahr 1975 oder der nach Protesten verhinderten Wahl Friedrich Peters zum Dritten Nationalratspräsidenten im Jahr 1983.<sup>42</sup>

Gerade diese Debatten verliefen auch entlang generationsspezifischer Gräben, was sich deutlich in der Sondersitzung zum Fall Reder zeigt. Mehr als einmal ist von der „Gnade der späten Geburt“ und den berechtigten Protesten der „Jugend“ die Rede.<sup>43</sup> Aber auch die kritischen Wissenschaftler, allen voran der in den 1960er und 1970er Jahren institutionalisierten Zeitgeschichte und Journalisten, besonders jene im „profil“, sind die Träger der „anderen Sichtweise“.<sup>44</sup> Nicht wenige von ihnen stammten selber aus einem nationalsozialistischen Elternhaus und arbeiteten parallel auch ihre persönliche Familiengeschichte auf. Sie bilden eine neue Erinnerungsgemeinschaft<sup>45</sup>, deren Erzählung sich nach der Affäre Waldheim als

---

<sup>41</sup> Rathkolb Oliver, Anatomie einer Entnazifizierung, in: akzente 11/12 1989, S. 24–28, hier S. 28.

<sup>42</sup> Vgl. Kriechbaumer Robert, Zeitenwende, S. 68f.

<sup>43</sup> Der Generationenbegriff ist in der wissenschaftlichen Forschung nicht unumstritten. Margit Reiter unterscheidet die erste Generation als jene, „die den Nationalsozialismus als selbstverantwortlich handelnde (erwachsene) Personen miterlebt und oft auch aktiv mitgetragen haben und im weitesten Sinne mit dem Begriff der ‚Kriegs-‘ oder ‚Erfahrungsgeneration‘ bezeichnet werden können“. Deren Söhne und Töchter zählt sie zur zweiten Generation. Ein Teil ist noch während der NS-Zeit geboren, „sie haben diese Zeit aber bestenfalls als (Klein)Kinder erlebt und infolgedessen kaum eigene Erinnerungen daran“. Der andere Teil „ist kurz nach Kriegsende geboren und wurde in der unmittelbaren und späteren Nachkriegszeit sozialisiert“. Als dritte Generation ist die Enkelgeneration zu bezeichnen, die „aufgrund der zeitlichen und emotionalen Distanz zum Nationalsozialismus in einer wiederum anders gelagerten erinnerungspolitischen Ausgangsposition befindet“ Reiter selber merkt an, dass eine klare Abgrenzung schwierig sei, weil es etwa die „ältere sogenannte ‚Zwischengeneration‘ (Jahrgänge kurz vor/nach 1930)“ gebe, „die den Nationalsozialismus als heranwachsende Jugendliche erlebt haben, bereits außerfamiliär politisch indoktriniert wurden (Schule, NS-Jugendorganisationen) und gegen Ende des Krieges als ‚Flakhelfer‘ eingesetzt werden konnten. Diese Generation war einerseits alt genug, um vom Nationalsozialismus stark geprägt worden zu sein, gleichzeitig aber zu jung, um selbst ‚schuldig‘ geworden zu sein und ist nach dem Krieg begrifflich als ‚skeptische Generation‘ erfasst worden. Altersmäßig nah sind die wenige Jahre jüngeren ‚Kriegskinder‘, die ebenfalls bereits als Kinder NS-Institutionen durchlaufen haben (vor allem HJ und BDM) und für die neben ihrer jugendlichen Begeisterung vor allem der Bombenkrieg und Zusammenbruch 1945 zur prägenden Erfahrung ihrer Kindheit wurde“. Vgl. dazu Reiter Margit, Generation und Gedächtnis. Tradierung und Verarbeitung des Nationalsozialismus bei den „Kindern der Täter“. Habilitationsschrift, Wien 2006, S. 24/25.

<sup>44</sup> Uhl Heidemarie, Von „Endlösung“ zu „Holocaust“, a.a.O., S. 157.

<sup>45</sup> Reiter Margit, Generation und Gedächtnis, a.a.O., S. 25.



dominant durchsetzen sollte. Inzwischen wurde sie von einem neuen Zugang, dem „Postmemoire“, abgelöst.<sup>46</sup>

### **Kreiskys koalitionäres Erbe: Die Kleine Koalition als Kulisse**

Den unmittelbaren politischen Rahmen für die Affäre „Frischenschlager-Reder“ bildet die Kleinen Koalition. Von Bruno Kreisky seitens der SPÖ und Friedrich Peter seitens der FPÖ über Jahre hinweg vorbereitet und durch viele persönliche Vertrauensmaßnahmen gefestigt, wurde sie von Fred Sinowatz eher gezwungenermaßen denn aus eigenem Antrieb umgesetzt. Die Führungsriege der FPÖ, auch Norbert Steger, verband mit ihr die Hoffnung, auf Dauer aus der Isolation der Opposition zu kommen und in Zukunft das „Zünglein an der Waage“ zu spielen wie die deutsche FDP. Die Kleine Koalition ist, rückblickend gesehen, eine kurze und in der Erinnerungskultur der Parteien vernachlässigte Episode. Wohl auch, weil das Interesse bei allen Protagonisten an ihrer Aufarbeitung unmittelbar nach Auseinanderbrechen ohnehin gering war und bis heute ist.<sup>47</sup> Sie stellt, aus heutiger Sicht, den Ausnahmezustand in der österreichischen Koalitionshistorie dar.

Die Frage, welche der beiden Großparteien den „Tabubruch“ einer Koalition mit der klar als Nachfolgepartei der NS-Lagers wahrgenommenen FPÖ wagt, ist so alt wie die Zweite Republik. Erste Anbahnungsgespräche von SPÖ wie ÖVP hatte es bereits lange vor dem Jahr 1983 gegeben. 1964 scheitern erste Versuche Kreiskys, unterstützt von Franz Olah, konkrete Voraussetzungen für ein rotblaues Regierungsbündnis zu schaffen.<sup>48</sup> Für Kreisky war der jahrzehntelange Aufbau der FPÖ zum akzeptablen Regierungspartner ein politisches Lebensprojekt. Es basierte auf seiner Grundstrategie, das bürgerliche Lager auf Dauer von der Macht fernzuhalten. Erste Kontakte zur FPÖ und zu Peter spannte er schon in seiner Zeit als Außenminister. Peters Engagement für Reder war eine der ersten Berührungspunkte, wie sich aus Korrespondenzen nachvollziehen lässt (siehe Kapitel III). Die schrittweise Einbeziehung der FPÖ in den Regierungsalltag – vor allem bei außenpolitischen Themen – festigte die Vertrauensbasis. In Friedrich

---

<sup>46</sup> Uhl Heidemarie, Schuldgedächtnis und Erinnerungsbegehren, S. 10.

<sup>47</sup> Zur Geschichte der Kleinen Koalition umfassend Kriechbaumer Robert, Zeitenwende, a.a.O. Kompakter Pelinka Anton, Die kleine Koalition, a.a.O. und aus der Sicht eines SPÖ-Akteurs Kostelka Peter, Die kleine Koalition (1938 bis 1986), in Pelinka Peter, Steger Gerhard (Hg.) Auf dem Weg zur Staatspartei. Zu Geschichte und Politik der SPÖ seit 1945, Wien 1988, S. 75 – 94.

<sup>48</sup> Vgl. Kreisky Bruno, Im Strom der Politik, Wien 1988, S. 404.

Peter hatte Kreisky aus seiner Sicht den idealen Partner gefunden. Wie stark die persönliche Beziehung der beiden ist, zeigt eine Passage in Kreiskys Memoiren, in der er Peter als „typischen Fall“ für den kleinen Sozialisten beschreibt, der durch die NS-Zeit verblendet wurde und im „falschen“ Lager landete:

*„Ein typischer Fall ist der ehemalige FPÖ-Obmann Friedrich Peter. Sein Vater war (...) Lokomotivführer in Attnang, Sozialdemokrat und Schutzbündler. Sein Großvater mütterlicherseits war hingegen ein Großdeutscher, und der Bruder seiner Mutter wurde als Nationalsozialist von einem Heimwehrmann erschossen. Die so gesplante Familie war, wie ich glaube, der Nährboden für Peters damalige Gesinnung. Da ich verstanden habe, warum Leute wie er Hitler-Anhänger wurden und auch die materiellen Ursachen eine solche Bewusstseinsänderung aus der Nähe gesehen habe – nämlich die Beseitigung der Arbeitslosigkeit, zuerst in Deutschland, dann in Österreich-, ist mein Verhältnis zu ehemaligen Nazis ein anderes.“<sup>49</sup>*

Der umstrittene Handschlag fand kurz nach der ersten kleinen Erfolgsphase Sinowatzs statt: Er hatte eine Regierungsumbildung vorgenommen und sich dadurch deutlich vom „Übervater“ der Kleinen Koalition, Bruno Kreisky, abgesetzt. Mit Franz Vranitzky saß nun ein Politiker neuen Typs im Schlüsselressort Finanzen, jenem Ministerium, das Kreisky mit seinem engsten Vertrauten und Verbündeten in seinem Kampf gegen Hannes Androsch, Herbert Salcher besetzt hatte. Ferdinand Lacina, der eigentlich SPÖ-Zentralsekretär werden sollte, war als neuer Verkehrsminister ein Signal an die politische „Linke“ in der SPÖ. Als Aufdecker der Taras Borodajkewycz-Affäre hatte er sich den Ruf eines klaren Antinazisten erworben, was ihn zur Galionsfigur der „um den Antifaschismus der SPÖ besorgten Kräfte“<sup>50</sup> machte. Er sollte im Zuge der Affäre „Frischenschlager-Reder“ dann auch eine Schlüsselrolle innerhalb der SPÖ spielen.

Zum engsten Führungskreis um Sinowatz zählten beide allerdings nicht. Sinowatz beriet sich in brenzligen Situationen mit Außenminister Leopold Gratz und Wissenschaftsminister Heinz Fischer. Als erweiterter Führungskreis ist das so genannte „Siebenerkomitee“ zu nennen, dem zusätzlich Sepp Wille als Klubobmann, die beiden Zentralsekretäre Peter Schieder und Fritz Marsch sowie Karl Blecha angehören, der allerdings auch als besonderer Vertrauter Bruno Kreiskys galt.<sup>51</sup>

---

<sup>49</sup> Kreisky Bruno, Zwischen den Zeiten, Wien 1986, S. 206f.

<sup>50</sup> Pelinka Anton, Die kleine Koalition, S. 37.

<sup>51</sup> Vgl. Pelinka Anton, Die kleine Koalition, S. 37.

Sinowatz war es weiters gelungen, den Streit um das Kraftwerk Hainburg über die Weihnachtstage zu befrieden. Frischenschlagers „Fehltritt“ passte dann bestens in das Bild jener Kritiker, die die FPÖ nicht als jene „liberale“ Partei sehen wollten, als die sie sich selbst unter Steger bezeichnete.

Beim Handschlag zwischen Friedhelm Frischenschlager und Walter Reder kreuzen sich – sprichwörtlich – zwei österreichische Biografien, die als typisch für ihre Generation und Zeit angesehen werden und deswegen beide einen hohen Symbolwert haben. Das ist auch mit ein Grund, warum die Affäre diese Brisanz entwickeln konnte. Hier der liberale Vorzeigeschüler Frischenschlager, jener Mann in der rotblauen Koalition, auf dem die Hoffnungen all jener lagen, die an eine Wandlung des dritten Lagers zur liberalen Partei glauben wollten. Dort der mythologisierte, in weiten Teilen der Bevölkerung nahezu kultisch verehrte Walter Reder, der für all jene in jungen Jahren von der Zwischenkriegszeit desillusionierten und dann vom Nationalsozialismus begeisterten Soldaten steht, die in der Wehrmacht nur ihre Pflicht getan haben wollten.

### **Walter Reder, der Soldat im “Bandenkampf”**

Reders Werdegang ist typisch für einen jungen Mann aus nationalem Milieu seiner Zeit.<sup>52</sup> Er wurde am 4. Februar 1915 in der nordmährischen Stadt Freiwaldau geboren, nach dem Ersten Weltkrieg zog die Familie nach Steyr, wo der Vater Besitzer einer Fabrik war. Reders Elternhaus war katholischkonservativ. Er wurde laut dem Lebenslauf in seiner SS-Akte „im streng nationalen Sinne erzogen“<sup>53</sup>. Ob die Verhältnisse, in denen Reder aufwuchs, bürgerlich oder doch eher kleinbürgerlich waren, lässt sich schwer nachvollziehen. Einschneidend dürfte das Jahr 1928 gewesen sein, als der väterliche Betrieb in Konkurs ging. Reder musste zu seiner Tante nach Wien ziehen. Von September 1928 bis September 1931 war er in Wien bei seinem Onkel, dem Oberforstrat Ing. Oskar Roth, gemeldet, wohnte im

---

<sup>52</sup> Obwohl Walter Reder in rechtsextremen bzw. ehemaligen Wehrmachtskreisen eine außerordentlich wichtige Rolle spielt und auch zahlreiche einschlägige Werke über ihn erschienen sind, ist die wissenschaftliche Literatur über seinen Werdegang überraschenderweise sehr überschaubar. Christian Ortner's schmaler Band „Am Beispiel Walter Reder, a.a.O., ist vom Forschungsstand her inzwischen überholt. Ich stütze mich zur Rekonstruktion seines Lebens im Folgenden wesentlich auf Carlo Gentile's zwar nur sechsseitiges, aber sehr gut dargestelltes Porträt Reders als Soldat (Gentile Carlo, Walter Reder – ein politischer Soldat im Bandenkampf, a.a.O.) sowie auf Reders eigene Angaben und Aktenmaterial der Bundespolizeidirektion Wien, des Landesarchivs Oberösterreichs sowie auf seinen SS-Personalakt des Dokumentationsarchives des österreichischen Widerstands (Akt 17.140).

<sup>53</sup> Gentile Carlo, Walter Reder – ein politischer Soldat im Bandenkampf, a.a.O., S. 188.

8. Bezirk in der Florianigasse 3 und besuchte das Bundesrealgymnasium im 14. Bezirk in der Diefenbachgasse.<sup>54</sup> Er wohnte damals somit in unmittelbarer Nähe zur Parteizentrale der Wiener NSDAP, die ihren Sitz in einem Kellerlokal in der Florianigasse 16 hatte. Im Sommer 1930 zog die Politische Organisation dann in die Schottenfeldgasse 41–43 um, während die HJ erst 1932 ins „Adolf-Hitler-Haus“ übersiedelte. Ab 1932 wohnte Reder, nunmehr 17-jährig, wieder in Linz, wo er die Handelsakademie besuchte.<sup>55</sup>

Reder erlebte als adoleszenter Mann also mehrere persönliche Brüche, gleichzeitig stand das klerikalautoritär regierte Österreich an der Schwelle zum Bürgerkrieg.<sup>56</sup> Seine Schulzeit fiel mit dem Aufstieg der Nationalsozialisten und den zunehmend verzweifelten Versuchen des nach Ausschaltung des Parlaments seit März 1933 autoritär regierenden Bundeskanzler Engelbert Dollfußes zusammen, diese einzubremsen, beziehungsweise sich mit den neuen Machthabern in Deutschland zu arrangieren.<sup>57</sup> Die NSDAP, die 1932 erhebliche Erfolge bei den Landtagswahlen verbuchen konnten, wurde am 19. Juni 1933 de facto verboten. Ihre Anhänger wurden festgenommen, ihr Vermögen beschlagnahmt, Ausbürgerungen vorgenommen und hohe Geldstrafen auch für kleine Vergehen verhängt. Ab Oktober 1933 wurden Nationalsozialisten auch in so genannten Anhaltelagern kaserniert. 1934 wurde das Land von einer nationalsozialistischen Terrorwelle überzogen. Der Februaraufstand der bewaffneten Linken, der in Reders Schulstadt Linz seinen Ausgang nahm, leitete den offenen Bürgerkrieg ein.

Reder macht aus seiner radikalen, völkischen Gesinnung kein Geheimnis. Er schließt sich in Linz im September 1932 der Hitlerjugend an, 15 Monate später, im Dezember 1933, wird er in die zu diesem Zeitpunkt bereits verbotene SS aufgenommen. Seine spätere NSDAP-Mitgliedsnummer lautet 5020869. Wegen „Zettelkleben“, „Zugehörigkeit zur verbotenen SS“ und „Verdächtigungen bei verschiedenen Aktionen“ wird er vorbestraft und sitzt in Linz in

---

<sup>54</sup> Vgl. dazu ÖSTA/AdR, BKA-I, 22 gen., Zl. 366.371-St.B./1935, Kt. 4910). Laut dem Akt ist Reder „in Wien politisch nicht hervorgetreten“, jedoch war der Kenntnisstand der BPD gerade was die Jugendorganisationen anging, nur dürftig. Ich danke Christiane Rothländer für die Übermittlung des Aktes sowie für ihre Informationen bezüglich der Parteilokale der NSDAP und HJ.

<sup>55</sup> Ebenda.

<sup>56</sup> Zum Thema Austrofaschismus vgl. etwa Talos Emmerich, Neugebauer Wolfgang (Hg.), Austrofaschismus. Politik Ökonomie Kultur 1933 – 1938, Wien 2005.

<sup>57</sup> Vgl. dazu Garscha R. Winfried, Nationalsozialisten in Österreich 1933 – 1938, in: Talos Emmerich, Neugebauer Wolfgang (Hrsg.), Austrofaschismus. Politik-Ökonomie-Kultur 1933 – 1938, Wien 2005, S. 100 – 120 sowie Jagschitz Gerhard, Der Putsch. Die Nationalsozialisten 1934 in Österreich, Graz Wien Köln 1976.

Untersuchungshaft.<sup>58</sup> 1934 wird er aus allen Schulen Österreichs ausgewiesen. Der Verlegung in das Anhaltelager Kaisersteinbruch in Niederösterreich entgeht er, wie viele Nationalsozialisten damals, durch Flucht nach Deutschland am 25. Juni 1934 – ein Monat vor dem Putschversuch der Nationalsozialisten.<sup>59</sup> Es gibt keinen Hinweis darauf, dass Reder ausgebürgert wurde.<sup>60</sup> Seine weitere Sozialisation erfolgt ausschließlich in Deutschland, umso skurriler wirkt die spätere Repatriierung Reders in Österreich.

Reder selbst versucht seine Flucht nach Deutschland in einem Brief an Kreisky aus dem Jahr 1953 retrospektiv damit zu begründen, dass er sich

*„im Juni 1934 nach Deutschland begab, und zwar mit Pass, um in Nürnberg in der Fabrik der ehemaligen Braut meines verstorbenen Bruders eine kaufmännische Volontärsstelle anzunehmen. Die wirtschaftliche Lage meiner Eltern war zu dieser Zeit mehr als prekär, so dass ich sie zu unterstützen suchte. Zum anderen zog mich auch meine damalige politische Einstellung nach Deutschland. Zu dieser Zeit war ich 19 Jahre alt und ich glaube, politische Irrtümer – wie man heute wohl zu sagen pflegt – kann man eine solchen jungen, unreifen Menschen weniger zum Vorwurf machen. Einmal in Deutschland zog es mich mehr zur militärischen als zur kaufmännischen Laufbahn.“<sup>61</sup>*

In Deutschland tritt Reder, wie viele illegale Nationalsozialisten, der „österreichischen Legion“ bei.<sup>62</sup> Um die Legion ranken sich, vor allem von ehemaligen Mitgliedern gepflegte Mythen. Sie wird gerne als eingeschworene Eliteeinheit dargestellt, als Ausbildungslager für spätere, führende österreichische Nationalsozialisten, als eine paramilitärische Organisation, deren Ziel es war, Österreich notfalls mit Waffengewalt für den Nationalsozialismus zu erobern und

---

<sup>58</sup> Abschrift einer Eidesstattlichen Erklärung Reders vom 22. Juli 1937 vor der SS T.V. „Oberbayern“. IKD (StbB) 431650, Ordnungszahl 2.

<sup>59</sup> Abschrift einer Eidesstattlichen Erklärung Reders vom 22. Juli 1937 vor der SS T.V. „Oberbayern“. IKD (StbB) 431650, Ordnungszahl 2. Zum NS-Putsch vgl. Schafrank Hans, Sommerfest mit Preisschießen. Die unbekannte Geschichte des NS-Putsches im Juli 1934, Wien 2006 und Jagschitz Gerhard, Der Putsch, a.a.O.

<sup>60</sup> Laut Auskunft von Christiane Rothländer, der ich auch für die Übermittlung des Aktes der Bundespolizeidirektion Wien danke. Zwar wurden auch in Wien Minderjährige von der Bundespolizeidirektion ausgebürgert, aber dies betraf vornehmlich die Frühphase ab August 1933. In den folgenden Monaten wurden dann zahlreiche Fragen hinsichtlich der Durchführungspraxis geklärt und die Ausbürgerung von Minderjährigen für unzulässig erklärt, jedoch gleichzeitig entschieden, dass die bis dahin durchgeführten Ausbürgerungen gegen Minderjährige nicht mehr aufgehoben werden. In Einzelfällen kam es dann ab 1935/1936 doch zur Aufhebung einzelner ausgebürgerter Minderjähriger, ebenso aber auch - in einigen wenigen Fällen - weiterhin zur Ausbürgerung von Minderjährigen. Reders Name findet sich weder im Ausbürgerungs-Verzeichnis, noch in den Nachtrags- oder den Einzellisten. Jedoch konnte Rothländer bei den Wiener Ausbürgerungsfällen feststellen, dass Namen vergessen wurden, aufgehobene Ausbürgerungen weiterhin verzeichnet sind. Eine endgültige Klärung ist somit nicht möglich.

<sup>61</sup> Walter Reder an Bruno Kreisky vom 27. Juli 1953, STBKA VII.2 BMAA (1959-1966) Box 38.

<sup>62</sup> Zur Rolle der österreichischen Legion siehe Moritz Verena, Information und Desinformation. Anmerkungen zur Rolle der „Österreichischen Legion“ im Verhältnis zwischen Wien und Berlin 1933 – 1935 (zeitgeschichte 4/2009), S. 217 – 239.

in der nicht nur Reder, sondern auch Alois Brunner, der rechten Hand Adolf Eichmanns, Kaltenbrunner und Haider, der Vater Jörg Haiders, ihr „Handwerk“ lernten.<sup>63</sup>

Als Gruppe bestand die österreichische SA seit 1931, mit 1. Juli 1933 erhält die „SA Organisationseinheit Österreich“ den Status einer Obergruppe, der dann auch die in der „österreichischen Legion“ zusammengefassten österreichischen NS-Flüchtlinge unterstanden, die sich im bayrischen Lager Lechfeld befanden.<sup>64</sup> Anfang Juli waren dort Schlafmöglichkeiten für 5000 bis 6000 Flüchtlinge geschaffen worden. Unter ihnen befanden sich nicht nur politisch motivierte Nationalsozialisten sondern auch Kleinkriminelle und klassische Wirtschaftsflüchtlinge. Nach dem 28. November 1934 wird die Legion schrittweise aufgelöst und die fähigeren Kräfte in die deutsche Armee eingegliedert – allerdings nur nach Erwerbung der deutschen Staatszugehörigkeit.<sup>65</sup> Unter ihnen war auch Reder, dessen deutsche Einbürgerungsurkunde mit 28. Dezember 1934 datiert ist.<sup>66</sup>

Reder schildert die Ereignisse in seinem Brief an Kreisky schon unter dem Aspekt der damals strittigen Staatsbürgerschaftsfrage folgendermaßen:

*„Es ist richtig, dass ich im Dezember 1934 als 19- und noch Minderjähriger mit all den anderen Angehörigen desselben Btl. (Bataillons, Anm.) in Deutschland eingebürgert wurde. Zu dieser Angelegenheit der Staatsbürgerschaftsfrage erlaube ich mir zu bemerken, dass ich seit dem Zusammenbruch im Mai 1945 stets in gutem Glauben annahm, ich würde die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen. (...) In dieser Ansicht wurde ich durch das Verhalten der amerikanischen CIC-Behörde bestärkt, die mich auf einen Irrtum aufmerksam machte, den ich begangen hatte, als ich anfangs nach der Gefangennahme als Staatsangehörigkeit automatisch „reichsdeutsch“ angab.“<sup>67</sup>*

Reder schlägt die SS-Führerlaufbahn ein, zuerst an der 1934 neu eingerichteten Junkerschule in Braunschweig<sup>68</sup>, wo er auch aus der Kirche austritt und sich nur mehr als „gottgläubig“ bezeichnet. 1936 wird er zur SS-Totenkopfstandarte „Oberbayern“ nach Dachau in die Wachmannschaft des Konzentrationslagers

---

<sup>63</sup> Wiesenthal Simon, *Recht, nicht Rache. Erinnerungen*, Frankfurt/M., Berlin 1988, Seite 293.

<sup>64</sup> Moritz Verena, *Information und Desinformation*, a.a.O., S. 218.

<sup>65</sup> Moritz Verena, *Information und Desinformation*, a.a.O., S. 228.

<sup>66</sup> Schreiben der Österreichischen Verbindungsstelle Amerikanische Zone Deutschland an das Amt der oberösterreichischen Landesregierung vom 12. Oktober 1953, OÖLA IKD (StB) 431650, Aktennummer 32.

<sup>67</sup> Walter Reder an Bruno Kreisky vom 27. Juli 1953, STBKA VII.2 BMAA (1959-1966) Box 38.

<sup>68</sup> Vgl. Cüppers Martin, *Wegbereiter der Shoah. Die Waffen-SS, der Kommandostab Reichsführer-SS und die Judenvernichtung 1939 – 1945*, Darmstadt 2005, S. 24.

versetzt. Dort erklärte er eidesstattlich, die Flüchtlingspassnummer 16.195 zu besitzen und nicht im Besitz eines österreichischen Passes zu sein.<sup>69</sup> In Dachau beginnt auch die langjährige Verbindung des damals gerade 21-Jährigen zu Max Simon. Er wird bis Ende 1944 sein Kommandant an verschiedenen Kriegsschauplätzen sein. Die für ihre Brutalität bekannten Totenkopfverbände und die daraus entstandene 3. SS-Division „Totenkopf“ wird Reders soldatische Heimat.<sup>70</sup>

Reders Karriere schreitet voran, er bringt das notwendige Draufgängertum und die Rücksichtslosigkeit mit, die es für diesen SS-Verband braucht. Intellektualität war nicht gefordert.<sup>71</sup> Er nimmt am Einmarsch in Österreich und in die Tschechoslowakei teil und avancierte 1939 zum Verbindungsführer der Division beim Reichsführer-SS. Im Frühjahr 1940 wird er 2. Adjutant beim Stab des „Totenkopf“-Infanterie-Regiment und nimmt am Westfeldzug teil. Als Kompaniechef in Max Simons „Totenkopf“-Infanterie-Regiment und später auch als Bataillonsführer zieht Reder 1941 in die Sowjetunion. Im März 1943 wird er bei der Rückeroberung von Charkow erheblich verwundet. Der rechte Arm ist von dieser Zeit an gelähmt, der linke Unterarm muss amputiert werden. Nach seiner Genesung meldet sich der SS-Sturmabführer erneut bei Max Simon, der inzwischen die Führung der im Raum Laibach/Ljubljana neu aufgestellten 16. SS-Panzer-Grenadier-Division „Reichsführer-SS“ übernommen hat. Simon gibt ihm den Befehl über die Panzeraufklärungsabteilung der Division. Sie ist ein „äußerst mobilen Spezialverband, stark motorisiert und gut bewaffnet, mit meist erfahrenen und besonders ausgebildeten Führern und Unterführern sowie sehr jungen, meist 17 bis 18 Jahre alten SS-Rekruten als Mannschaften“<sup>72</sup>. Nach sehr harten Kämpfen in Italien im Sommer 1944 mit erheblichen Verlusten wird die Division aus der Front

---

<sup>69</sup> Abschrift einer Eidesstattlichen Erklärung Reders vom 22. Juli 1937 vor der SS T.V. „Oberbayern“. IKD (StbB) 431650, Ordnungszahl 2.

<sup>70</sup> „Bereits bei den ersten Kampfeinsätzen 1939 in Polen und 1940 in Frankreich fielen die Totenkopfverbände wegen ihrer Gewaltexzesse auf. Auch in der Sowjetunion zeigte sich der Geist, der die Division beseelte, in ihrer „rücksichtslosen, nicht selten kriminellen Kampfführung“, zugleich in „grenzenloser Selbstaufopferungsbereitschaft“ etwa bei den besonders verlustreichen Kämpfen im Kessel von Demjansk.“ Zitiert nach Gentile Carlo, Walter Reder – ein politischer Soldat im Bandenkampf, a.a.O., S. 189. Einen guten Überblick über die Tätigkeiten dieser Division bietet weiters Gentile Carlo, Politische Soldaten. Die 16. SS-Panzer-Grenadier-Division „Reichsführer-SS“ in Italien 1944, in: Quellen und Forschungen aus italienischen Archiven und Bibliotheken 81/2001, S. 529-561. Zur Rolle der Waffen-SS und des Kommandostab Reichsführer-SS vgl. Cüppers Martin, Wegbereiter der Shoah, a.a.O.

<sup>71</sup> Zur typischen soziologischen Zusammensetzung der SS-Panzer-Grenadier-Division vgl. Carlo Gentile: Politische Soldaten, a.a.O., S. 553f.

<sup>72</sup> Gentile Carlo, Walter Reder – ein politischer Soldat im Bandenkampf, a.a.O., S. 189.

herausgelöst und ab Mitte August verstärkt zur „Bandenbekämpfung“ herangezogen.

Die 16. SS-Panzer-Grenadier-Division gehört zu den grausamsten und gewalttätigsten Einheiten im Kampf gegen die Zivilbevölkerung. Ein Fünftel ihrer Gesamtverluste entstand durch ihre Einsätze.<sup>73</sup> Mit ein Grund für die Brutalität war auch die einheitliche Sozialisation, wie Carlo Gentile anschaulich schildert. Seine Beschreibung des typischen „Reichsführer-SSler“ liest sich wie Reders Lebenslauf:

*„In der Division dienten nämlich zahlreiche ‚alte Kämpfer‘ aus den Totenkopfverbänden und der Konzentrationslager-SS sowie Angehörige von Einsatzkommandos oder von Einheiten der Waffen-SS und der Polizei, die auf den osteuropäischen ‚killing grounds‘ 1941 bis 1944 gewirkt hatten, extrem brutalisierende Erfahrungen gemacht und dabei die nationalsozialistischen Vernichtungspraktiken in allen ihren Ausprägungen kennen gelernt hatten. Es handelte sich um eine relativ homogene Kerngruppe von jüngeren SS-Führern in den mittleren Positionen der Abteilungsleiter und Bataillonskommandeure, die für die Durchführung der Vernichtungsaktionen verantwortlich waren. Sie wurden alle zwischen 1910 und 1916 geboren und erlebten den Ersten Weltkrieg und die Wirren der Nachkriegszeit als Kinder.“<sup>74</sup>*

Ihre Exzesse waren der Spitzenführung der Wehrmacht, deren Befehlen und Anweisungen sie unterstand, bekannt, wurden toleriert und gedeckt, auch wenn sie nicht immer gutgeheißen wurden. Zum Symbol und Erinnerungsort für diese Grausamkeiten wurde das „Massaker von Marzabotto“, mit dem der Namen Reder nicht nur in der kommunistisch geprägten, italienischen Erinnerungskultur untrennbar verbunden ist.<sup>75</sup> Reder wurde in Italien zur Chiffre für die Leiden unter der deutschen Besatzungszeit und ihrer Verbrechen.

---

<sup>73</sup> Gentile Carlo, Walter Reder – ein politischer Soldat im Bandenkampf, a.a.O., S. 191.

<sup>74</sup> Gentile Carlo, Walter Reder – ein politischer Soldat im Bandenkampf, a.a.O., S. 191.

<sup>75</sup> Gentile fasst es wie folgt zusammen: „Am 29. September startete seine (Reders, Anm.) Abteilung ein Unternehmen gegen die Partisanengruppe ‚Stella Rossa‘ im Gebirge östlich von Vergato-Marzabotto. Sie trat in westlicher Richtung an. Weitere Truppen der SS-Division, ein Ost-Bataillon des Heeres und Flaksoldaten der Luftwaffe flankierten Reders Hauptstoß und riegelten das Einsatzgebiet ab. Die Partisanen schossen hin und wieder auf die angreifenden Truppen und fügten ihnen einige Verluste zu. Dann zogen sie sich auf die Berggipfel zurück, lösten ihre Einheiten im Laufe der Nacht auf und flüchteten. Allein die Tatsache, dass die Partisanen mit wenigen Verlusten und von den Soldaten weitgehend unbehelligt das Gebiet räumen konnten, dürfte Beweis genug sein, dass es bei dieser Aktion gar nicht um die Bekämpfung des bewaffneten Widerstandes ging, sondern einzig um die vollständige Vernichtung des ‚Bandengebiets‘ und der darin lebenden Menschen. Statt Partisanen wurden Alte, Frauen, Kinder und Säuglinge getötet, die meisten im Einsatzgebiet der Aufklärungsabteilung. Am Abend des 29. September lagen 550 Menschen erschossen in den brennenden Weilern und Gehöften des Gebirgsmassivs. Weitere Tötungen fanden auch in den folgenden Tagen in diesem Gebiet statt. Bei insgesamt über 700 toten ‚Banditen‘ und ‚Bandenhelfern‘ gab es auf deutscher Seite gerade einmal 7 Gefallene und 29 Verwundete.“ Vgl. Gentile Carlo, Walter Reder – ein politischer Soldat im Bandenkampf, a.a.O., S. 190. Ebenso Schreiber Gerhard, Deutsche Kriegsverbrechen in Italien. Täter – Opfer – Strafverfolgung, München 1996, S. 181 – 199.



*„Marzabotto gilt zu Recht als Wendepunkt in der Bekämpfung der italienischen Partisanenbewegung und ist vor allem als der Höhepunkt der Eskalation der Gewalt zu betrachten. Das Massaker nimmt so eine besondere symbolische Stellung im Bewusstsein der italienischen Bevölkerung ein, nicht zuletzt deswegen, weil es die höchste Zahl an Opfern forderte, die jemals im besetzten Italien (wie auch im besetzten Westeuropa!) bei einem derartigen Unternehmen festgestellt worden ist.“<sup>76</sup>*

Reders Verantwortung und der seiner Befehligen ist neben Marzabotto auch in den Fällen von Valla und Vinca eindeutig nachgewiesen. In anderen Fällen liegen nur Indizien vor. Dieser Ansicht schließt sich auch das Militärgericht von Bologna im Jahr 1951 an, das Reder in einigen gegen ihn vorgebrachten Anklagepunkten freisprach. Der italienische Literatur weit verbreitete Horrormythos eines bei den Massakern im Sommer 1941 allgegenwärtigen Reders ist ebenso überzeichnet wie seine in Österreich vorherrschende, grotesken Verherrlichungen vor allem in der rechtsextremen Literatur. Gentile weist darauf hin, dass auch der als „brutal verschriene Kommandeur“ Max Simon sowie SS-Sturmbannführer und „Sicherungskommandant“ Helmut Looß zweifellos Schlüsselfiguren der Massaker gewesen waren. Letzterer muss im Besonderen als „Fachmann“ für die „Bandenbekämpfung“ nach östlicher Prägung“ angesehen werden.<sup>77</sup>

Reders in Österreich, aber auch in Deutschland erfolgte Mythologisierung als „letzter Kriegsgefangener“ basiert maßgeblich auf der schleppenden Verfolgung der Angehörigen der 16. Panzer-Grenadier-Division – in Österreich, wie in Deutschland. Simon wurde 1947 von einem britischen Militärgericht in Padua zum Tode verurteilt, 1954 jedoch entlassen. Gegen die drei weiteren Kompanieführer, die den Krieg überlebt hatten und mindestens so stark belastet waren wie Reder, Max Saalfrank, Wilfried Segebrecht und Werner Szillat, blieb die italienische Justiz untätig. Helmut Looß wurde vom Militärgericht als verschollen angesehen. Auch Mitte der 1960er Jahre von der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg in Gang gesetzten Ermittlungen blieben ergebnislos. Looß und die drei ehemaligen Kompaniechefs wurden erneut vernommen, diesmal ging es aber nur um die Klärung eines Falls von so genanntem Befehlsnotstand und nicht um die eigentlichen Kriegsverbrechen. Die Staatsanwaltschaft Stuttgart ermittelte 1969 gegen einen ehemaligen Bataillonskommandeur, der in der Nachkriegszeit zum

---

<sup>76</sup> Gentile Carlo, Politische Soldaten, a.a.O., S. 541.

<sup>77</sup> Vgl. Gentile Carlo, Walter Reder – ein politischer Soldat im Bandenkampf, a.a.O., S. 192.

Oberpolizeidirektor in Göppingen avanciert war. Das Verfahren wurde jedoch 1970 eingestellt. Alle anderen Mittäter Reders konnten ihr bürgerliches Leben fortsetzen. Looß wurde Lehrer. Er starb 1986. Reders Kompanieführer waren Beamte oder Angestellte und starben in den 1990er Jahren in Deutschland.

Mit ein Grund dafür, dass das italienische Interesse an weiteren Kriegsverbrecherverfahren erlosch, war die militärische Integration der Bundesrepublik in die NATO. Gegen einen Sicherheitspartner, mit dem man bilateral engsten zusammenarbeitet, ermittelt man ungern in Sachen NS-Verbrechen. Andererseits schütze Italien damit auch einige hundert Offiziere und Soldaten des eigenen Landes, denen ebenfalls schwere Kriegsverbrechen vorgeworfen wurden.<sup>78</sup>

Eine weitere Ursache für Reders ungebremster Mythologisierung liegt in der jahrzehntelangen Nichtaufarbeitung der Rolle der SS im deutschsprachigen Raum und ihrer vielschichtigen Verbindungen mit der Deutschen Wehrmacht. Es ist kein Zufall, dass Reder in der apologetischen Literatur immer als „Major“ tituiert wird und sein Massaker bei Marzabotto unter der NS-Jargon-Bezeichnung „Bandenbekämpfung“ zusammengefasst wird. Schließlich hatte die Wehrmacht in der Bevölkerung bis Mitte der 1990er Jahre das Image der „sauberen Weste“. Der Rang eines „Majors“ entspricht zwar dem des „SS-Sturmbannführers“, die Absicht hinter der Umbenennung ist dennoch klar: Reder soll mit der Wehrmacht, nicht mit der SS assoziiert werden. Hinter dem Wort „Bandenbekämpfung“ verbirgt sich vielfacher Mord und verbrecherische Kriegsführung. Weiters bedienten die Reder-Macher, allen voran Stefan Schachermayr, sehr geschickt der im kollektiven Bewusstsein der Nachkriegsjahre stark verankerten Legende vom „Kriegsgefangenenrückkehrer“. Dieser Begriff hatte sich gegenüber den der Wahrheit näher kommenden wie „Haftentlassene“ oder „Amnestierte“ schon in der Nachkriegspresse durchgesetzt und wurde im Zusammenhang mit Reder universell verwendet. Zusammen mit dem Stalingradmythos sind sie maßgebliche Topoi der Legende von der „sauberen Wehrmacht“.<sup>79</sup>

---

<sup>78</sup> Vgl. Gentile Carlo, Walter Reder – ein politischer Soldat im Bandenkampf, a.a.O., S. 193, auch Hans Reichmann stellt in seinen Memoiren diesen Zusammenhang her.

<sup>79</sup> Vgl. Pollak Alexander, Die Wehrmachtslegende in Österreich. Das Bild der Wehrmacht im Spiegel der österreichischen Presse nach 1945, a.a.O., insb. S. 54 ff.

Die Selbststilisierung zum tapferen, einfachen Soldaten entsprach im Übrigen nicht der Einschätzung seiner Truppe. In seiner Personalakte vom 30. Juni 1944 finden sich nur mittelmäßige fachliche Beurteilungen, die er zwar durch „Fleiß“ und „Härte“ ausgleicht, also durch Fanatismus und Radikalität. Für eine höhere Verwendung wäre Reder nicht vorgesehen gewesen.<sup>80</sup>

Am 10. Mai 1945 gerät Reder in amerikanische Kriegsgefangenschaft, am 30. September 1947 wird er an die britischen Streitkräfte zur Einleitung eines Kriegsverbrecherprozesses überstellt und von dort am 13. Mai 1948 den italienischen Behörden nach deren Aufforderung übergeben.<sup>81</sup> Sein weiteres Leben findet vor Militärgerichten beziehungsweise nach seiner Verurteilung in der Festung Gaeta statt.

### **Friedhelm Frischenschlager, das liberale Aushängeschild**

Als Frischenschlager am 21. Mai 1983 eher überraschend der erste freiheitliche Verteidigungsminister wurde, hingen hohe Erwartungen an ihn.<sup>82</sup> Frischenschlager war das liberale Aushängeschild der Freiheitlichen, sozusagen der personalisierte Beweis dafür, dass die von Friedrich Peter seit Anfang der siebziger Jahre eingeleitete – und durch vom 1. Oktober 1978 bis 2. März 1980 andauernden, nationalen Zwischenspiel unter dem einer Koalition mit der ÖVP zugeneigten Parteiobmann Alexander Götz unterbrochenen – Neupositionierung der FPÖ funktionieren kann.<sup>83</sup> Doch Frischenschlagers Biografie lässt sich nicht nur als Exempel für den Versuch der liberalen Wandlung lesen, sie spiegelt gleichermaßen die deutschnationalen Wurzeln der Partei sowie ihre starke Wehrmachtstradition. Die Widersprüchlichkeit der FPÖ findet ihn ihm eine – letztlich – beinahe tragische Figur.

Frischenschlager selbst hat sich mit der Frage, wie liberal die FPÖ sein kann, intensiv auseinandergesetzt. Anfang der achtziger Jahre kommt er zum Schluss,

---

<sup>80</sup> Gentile Carlo, Politische Soldaten, a.a.O., S. 554.

<sup>81</sup> Amt der Salzburger Landesregierung an das Bundesministerium für Inneres und Bundeskanzleramt-Auswärtige Angelegenheiten vom 19. August 1955, STBKA VII.2 BMAA (1959-1966) Box 38.

<sup>82</sup> Logischer Kandidat wäre der freiheitliche Wehresprecher Helmuth Josseck gewesen, der fix mit seiner Berufung gerechnet hatte. Auch Harald Ofner und Horst Schender wurden genannt. Frischenschlager kam zum Zug, nachdem klar war, dass die Sozialisten das von der FPÖ gewünschte Wissenschaftsressort nicht abgeben würden. Vgl. dazu Kernic Franz, Zwischen Worten und Taten. Die Wehrpolitik der Freiheitlichen 1949 – 1986, Wien 1988, S. 287 ff.

<sup>83</sup> Zur Phase der Liberalisierung der FPÖ vgl. auch Reiter Erich, Programm und Programmentwicklung der FPÖ, Wien 1982.

dass „eine ideelle Kontinuität über das nationale Gedankengut (...) durch dessen starke Wandlung und Minderung des politischen Gehalts einerseits und durch die quantitative Bedeutungsabnahme des nationalen Elements innerhalb des FPÖ-Programms andererseits nur schwer aufrechtzuerhalten (sei).“<sup>84</sup> Die FPÖ sei „nicht der Idealtypus einer liberalen Partei. Aber sie ist auf dem Wege zur liberalen Selbstidentifikation, das kann ihr selbst der kritischste Beobachter nicht absprechen.“<sup>85</sup>

Frischenschlager stammt aus einer Familie, in der Reder „zur „Großfamilie“ der „nur“ ihre Pflicht erfüllenden Kriegsteilnehmer“ dazugehörte, wie das „profil“ es in einem Porträt über ihn formulierte.<sup>86</sup> Wissenschaftlich gesprochen war er mit den „grauen“ Überlieferungen über die Zeit des Dritten Reiches aufgewachsen, die weniger aus konkreten Informationen, sondern vor allem aus Stimmungen, Gefühlen und Einschätzungen bestand.<sup>87</sup> Seine Familie habe ein „traditionell-konservatives, historisierendes Weltbild“ gehabt, beschrieb es Frischenschlager selbst. Laut ihm wurde sein Vater, Lehrer für Komposition am Mozarteum in Salzburg, NSDAP-Mitglied, um seinen Beruf abzusichern. Ein „Grenzlandbewusstsein“ prägte ihn, da er aus der Südsteiermark stammte. 1945 wurde er zwangspensioniert. Die wirtschaftliche Not der sechsköpfigen Familie in den Nachkriegsjahren, das Aufbegehren gegen dieses Unrecht habe ihn in Folge stark geprägt.<sup>88</sup>

*„Ich habe mich sicherlich als Bestandteil des Dritten Lagers gesehen und war es qua meiner Sozialisation auch. Noch zu Zeiten meiner Anfänge in der FPÖ hätte ich mich auch nicht beleidigt gefühlt, wenn man mich als Konservativen bezeichnet hätte. Heute bin ich das nicht mehr. Ich weiß, das mit dem Elternhaus wird seit 1985 breitgetreten, aber das war komplizierter als es scheinen mag. Was stimmt, ist, dass mein Vater Mitglied der NSDAP war. Aber er übte keine Funktion aus, war im Grunde ein apolitischer Mensch und ist als Professor für Komposition und Harmonielehre am Mozarteum der Partei wohl eher aus beruflichen Überlegungen beigetreten. Meine Mutter war sicher national in einem bürgerlich-protestantischen Sinne und ist bis heute viel politischer. Aber trotz Aufforderung hat sie sich geweigert der*

---

<sup>84</sup> Frischenschlager Friedhelm, Wie liberal ist die FPÖ?, in Österreichisches Jahrbuch für Politik 1980, Wien München 1981, S. 135 – 182, hier S. 143.

<sup>85</sup> Frischenschlager Friedhelm, Wie liberal ist die FPÖ?, a.a.O., S. 163.

<sup>86</sup> Wantoch Erika, Um Kopf und Krage geredert. Die Welt des Friedhelm Frischenschlagers, profil 6/1985, 4. Februar 1985, S. 19 –21, hier S. 19.

<sup>87</sup> Vg. Uhl Heidemarie, Zwischen Versöhnung und Verstörung, a.a.O., S. 30. Der Begriff der „grauen“ Überlieferung geht auf Rudolf Ardel zurück.

<sup>88</sup> Um Kopf und Krage geredert (profil 6/1985), a.a.O., S. 19. Ebenso schriftliche Auskunft per e-mail von Friedhelm Frischenschlager an die Autorin am 18. April 2010.

*Partei beizutreten, wollte nicht einmal zur NS-Frauenschaft gehen. Mein Elternhaus habe ich auch nicht antisemitisch erlebt. Und ich erinnere mich, wie meine Mutter uns Kindern einmal sehr betroffen erzählte, wie sie anhand eines konkreten Falles vom „Verschwinden“ der Behinderten erfahren habe. Andererseits war es für meine Eltern völlig klar, auf welcher Seite sie in der Weltkriegssituation zu stehen hatten. Auch weil viele Mitglieder der Familie eingerückt, manche Berufsoffiziere waren, von denen wieder viele gefallen sind. Insgesamt kann keine Rede davon sein, dass meine Familie eine NS-Affinität gehabt hätte – nach 1945. Ich würde meine Eltern als bürgerlich-konservativ charakterisieren. Sie haben vermutlich die längste Zeit ÖVP gewählt. Was in meiner Sozialisation schon eine Rolle gespielt hat, war natürlich, dass der Vater nach 1945 seinen Beruf nicht mehr ausüben durfte – im Gegensatz zu vielen Kollegen, die zum Teil durchaus NS-Funktionen ausgeübt hatten, aber nach 1945 einer der beiden Großparteien beigetreten waren. Dies war eine der Verlogenheiten, die mich aufgeregt haben.“<sup>89</sup>*

Der Sohn geht auf ein humanistisches Gymnasium und bezeichnet sich als „sicher sehr rechts“.<sup>90</sup> Zu Beginn der siebten Klasse stößt er auf die Freiheitliche Jugend, findet seine Heimat in der „Salzburger Landsmannschaft“, wechselt später zur „Sängerschaft Barden“. Dass Frischenschlager im Bezug auf die Wehrmacht stark familiär formatiert war, lässt sich auch aus Stellungnahmen herauslesen, die er vor der Affäre „Frischenschlager-Reder“ machte. So rechtfertigte er sich Ende 1983 nach seiner umstrittenen – und der oben beschriebenen, neuen Angelobungspolitik konterkarierenden – Teilnahme an einer Veranstaltung der Kameradschaft IV folgendermaßen:

*„Die Kameradschaft IV ist ein Traditionsverband der ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS, also der Soldaten. Die Beurteilung dieser Menschen, die heute in einem Alter von 60 Jahren aufwärts sind, und die aus dem Kriegserlebnis heraus das Gedenken begehen und ihrer gefallenen Kollegen gedenken, betrachte ich als wertneutral. Daher habe ich nichts dagegen, wenn ich dort gesehen werde. Die Waffen-SS ist eine kämpfende Truppe gewesen. Ich habe das immer historisch bewertet. (...) Für mich sind die Menschen, die durch den Zweiten Weltkrieg und sei's auch freiwillig zur Waffen-SS gegangen sind und gekämpft haben und verreckt sind oder was auch immer im soldatischen Bereich die eine Kategorie. Die andere ist die politische Seite der SS. (...) Für mich ist einer, der bei der Waffen-SS war, nicht von vornherein deshalb – wie's der Nürnberger Prozeß getan hat, sie generell als verbrecherische Organisation darzustellen – deshalb sind für mich die Leute keine Verbrecher. (...) Die Waffen-SS war die, die in*

---

<sup>89</sup> Weninger Florian, „Von meinem politischen Leben bleibt die Affäre Reder“, Gespräch mit Verteidigungsminister a. D. Friedhelm Frischenschlager über die FPÖ, den Krieg und das Händeschütteln, Gedenkdienst 1/2008, S. 1–2, hier S. 2.

<sup>90</sup> Ebenda.

*den letzten Jahren eingezogen wurde – die Freiwilligkeit hat sich ja dann aufgehört, das darf man nicht vergessen – und ich glaube, dass man Unrecht tut, wenn man diese Menschengruppe einfach pauschal wiederum sozusagen unter die Kategorie der zumindest politisch anrühigen Kriegsverbrecher setzt, das ist einfach falsch, und daher mach ich das nicht mit. (...) Wenn ich mich heute vor jemanden verneige, der den Krieg mitgemacht hat, der den Krieg überlebt hat und der auf Grund dieses jahrelangen Erlebnisses geprägt sich dieser Dinge erinnert, fasse ich das Treffen der Kameradschaft IV als das auf, was es ist, als ein Zusammenkommen von Leuten, die durch das Kriegserlebnis geprägt eben eine Spur stärker sozusagen ein Zusammengehörigkeitsgefühl haben, das kommt daher, dass man auf sie besonders hingedroschen hat.“<sup>91</sup>*

Der letzte Satz des „profil“-Interviews entfachte eine Debatte. „Die Gemeinde“, das Organ der Israelitischen Kultusgemeinde, erwiderte Frischenschlager und warf ihm vor, das Täter-Opfer-Verhältnis umkehren zu wollen.<sup>92</sup> Es war nicht Frischenschlagers einziger Ausrutscher. Im Kurier erregte Frischenschlager mit einem Interview am 9. Februar 1984 erneut Widerspruch, weil er indirekt zum Schluss kommt, dass es richtig war, dass man der 1938 einmarschierenden Wehrmacht keinen Widerstand entgegengesetzt. Der SPÖ-Abgeordnete Alois Roppert widersprach über die sozialistische Korrespondenz heftig.<sup>93</sup> Ein halbes Jahr später hielt Frischenschlager eine Rede am Bundesturnfest des Österreichischen Turnerbundes, in der er dem als rechtsextrem einzuschätzenden Bund die „längst fällige Dankeschuld der Republik (...) für die jahrzehntelange hervorragende Erziehungsarbeit“ abstattete.

*„Wir wissen aber auch, dass es noch immer kleinliche Geister gibt, die dem ÖTB Prügel vor die Füße werfen. Und dies nicht nur durch die Vorenthaltung der üblichen Unterstützungen, sondern auch durch politisch-geistige Anfeindungen. Wir lassen uns eben nicht die Zugehörigkeit zum deutschen Sprach- und Kulturraum absprechen. Die Republik hat dem ÖTB zu danken für sein beständiges Eintreten für Heimat und Volk.“<sup>94</sup>*

Das sind Aussagen, die, biografisch interpretiert, Frischenschlagers tiefere Sozialisation widerspiegeln. Politisch gesehen waren es möglicherweise auch

---

<sup>91</sup> Frischenschlager im profil vom 14. November 1983, zitiert nach Pittler Andreas P., *Deutschvölkische Tendenzen in der FPÖ*, Wien 1991, S. 125.

<sup>92</sup> Gemeinde vom 25. November 1983, zitiert nach Pittler Andreas P., *Deutschvölkische Tendenzen in der FPÖ*, a.a.O., S. 125.

<sup>93</sup> Sozialistische Korrespondenz vom 9. Februar 1984.

<sup>94</sup> Bundesturnzeitung 9/1984, zitiert nach Pittler Andreas P., *Deutschvölkische Tendenzen in der FPÖ*, a.a.O., S. 125/126.

bewusste Gesten für den trotz aller liberalen Bemühungen nach wie vor starken, nationalen Flügel.

Frischenschlagers parteipolitische Karriere verlief so zügig wie klassisch. Sie bringt ihn von der Studentenpolitik mit kleinem Umweg ins Parlament. Frischenschlager ist seit 1960 Mitglied des RFJ, 1964 wird er Generalsekretär des RFS und nimmt als solcher eine Schlüsselrolle in der „Affäre Borodajkewycz“ ein. Sie habe ihn so schockiert, dass er sich danach aus allen Funktionen zurückzog – auch, um sein Studium abzuschließen. Von 1967 bis 1971 vertritt er den RFS im Zentralausschuss der ÖH, von 1969 bis 1971 ist er stellvertretender ÖH-Vorsitzender. Danach wird er Assistent am Institut für Politikwissenschaften an der Universität Salzburg, bis er 1977 für die FPÖ in den Nationalrat einzieht.

Frischenschlager liberale Lebenslinie beginnt Anfang der siebziger Jahre. Er wird Obmann im 1971 gegründeten „Attersee-Kreis“. Ursprünglich ein loser Zusammenschluss junger, der FPÖ beziehungsweise dem RFS nahe stehender politisch interessierter Studenten, übernahm diese Gruppierung sehr bald die Rolle eines Think Tanks und Personalkaders. Rainer Pawkowicz, Norbert Steger, Volker Kier, Erich Reiter gehörten zur ersten Runde der Atterseer. Peter schickte Frischenschlager, Jörg Freunschlag, Helmut Krünes und Holger Bauer als Verstärkung dazu, und stellte dem Diskussionszirkel das „Anton-Reinhaller-Schulungsheim“ in Attersee zur Verfügung und forcierte die Vereinsgründung. Aktivisten des „Attersee“-Kreises übernahmen das ebenfalls 1971 gegründete „Freiheitliche Bildungswerk“, das ab Oktober 1972 ebenfalls im Reinhaller-Heim seinen Stammsitz hatte. Sie publizierten die „Freien Argumente“. Die Umbenennung der „Neuen Front“ in die „Neue Freie Zeitung“ wurde eine „Entwicklung abgeschlossen, im Zuge derer es den FP-Reformern (allesamt erst um die 30!) gelungen war, den Einfluss der „Altnationalen“ weitgehend zurückzudrängen“.<sup>95</sup>

Der „Attersee-Kreis“ wurde regelrecht zur Marke und ist nicht nur ein Beispiel für eine erfolgreiche politische Themensetzung, sondern auch für eine Neupositionierung einer Partei. Wie oft bei solchen Prozessen entstehen sie von der Parteiführung gelenkt und durchdringen nicht alle Ebenen der Partei. Auch die Liberalisierung der FPÖ war, rückblickend gesehen, ein im Ansatz stecken

---

<sup>95</sup> Pittler Andreas P., *Deutschvölkische Tendenzen in der FPÖ*, a.a.O., S. 102.

gebliebener Versuch, der durch die Obmannschaft Jörg Haiders 1986 wieder beendet wurde. „Dass sie (die FPÖ, Anm. B.T.) das liberale Element in Österreich repräsentiert, ist ein Kreisky-Witz der Weltgeschichte. Allenfalls steht sie der Entstehung einer wirklich liberalen Partei im Wege“, schrieb „profil“-Herausgeber Peter Michael Lingens im Jahr 1977 treffend.<sup>96</sup>

Am FPÖ-Bundesparteitag im September 1972 übernahmen Gerulf Stix und Horst Schender die Bildungsarbeit, ein Ausschuss zur Erarbeitung eines „Freiheitlichen Manifests zur Gesellschaftspolitik“ wurde eingesetzt, der von „Atterseern“ besetzt war, ausgenommen dem damaligen RFJ-Obmann Jörg Haider und Ausschussvorsitzenden Tassilo Broesigke. Das Manifest wurde 1973 publiziert, allerdings nur von der Bundesparteileitung abgesegnet und nicht auf einem Parteitag beschlossen. 1975 übernahmen die Atterseer die Wiener Partei, 1977 wurde Norbert Steger Landesvorsitzender, 1982 schließlich FPÖ-Obmann.

Mit Frischenschlager als Verteidigungsminister fand nicht nur ein Generationswechsel in der freiheitlichen Wehrpolitik statt, weg von den Angehörigen der Weltkriegsgeneration hin zu Personen, deren Denken von der Nachkriegszeit bestimmt war und die von ihrer Wehrzeit im Bundesheer, nicht in der Deutschen Wehrmacht, geprägt waren. Gleichzeitig fand auch innerhalb der Militärführung ein Generationswechsel statt. Wichtiger aber noch verstand sich Frischenschlager nicht als ein Verteidigungsminister, dessen Selbstverständnis „in einer traditionell-militärischen Auffassung, sondern in einer theoretischen Analyse der österreichischen Sicherheitspolitik“ ruhte.<sup>97</sup> Die öffentlichkeitswirksamen Angelobungen in Mauthausen im Oktober 1983 und im Karl-Marx-Hof am 12. Februar 1984, die immer wieder in der Presse als Beweis für Frischenschlagers Liberalität angeführt werden, waren allerdings schon in der Ära seines Vorgängers Otto Rösch geplant worden. Der sozialistische Minister wollte die Kluft zwischen der Arbeiterschaft und dem Heer beseitigen. Frischenschlager setzten diesen Weg also nur fort.<sup>98</sup>

---

<sup>96</sup> Lingens im Profil vom 26. Juli 1977, zitiert nach Pittler Andreas P., *Deutschvölkische Tendenzen in der FPÖ*, a.a.O., S. 109.

<sup>97</sup> Kernic Franz, *Zwischen Worten und Taten*, a.a.O., S. 292.

<sup>98</sup> Kernic Franz, *Zwischen Worten und Taten*, a.a.O., S. 294/295.





## IV. Der „Handschlag“ im historischen Kontext

Als Walter Reder 1985 die Schlagzeilen dominierte, war sein Mythos als „letzter österreichischer Kriegsgefangener“ längst gefestigt. Der Volkstumsverband Tirol bot etwa Medaillen in Bronze, Silber und Gold zum „Soldatengedenken an Major Walter Reder“ an.<sup>99</sup> Reders Seelsorger war Monsignore Albin Jordan aus Innsbruck. Früher Militärseelsorger und Schulamtsleiter der Diözese Innsbruck, beerdigte er 1971 die Mutter Reders, Franziska, in Gmunden gemeinsam mit der „Kameradschaft IV“ – und in Anwesenheit zahlreicher FPÖ-Funktionäre, die das Begräbnis „zu einem Demonstrationsakt für den SS-Sturmbannführer nutzen“, wie das „profil“ ohne Namensnennung schrieb.<sup>100</sup>

Die Basis für diese Heroisierung innerhalb der Wehrmachtsgeneration und ihrem Umfeld wurde in der unmittelbaren Nachkriegszeit gelegt. Damals bekam Reder durch die beharrlichen Interventionen seines oberösterreichischen Vertrauensmanns Stefan Schachermayr nach einem langwierigen Rechtsstreit mit dem Innenministerium, der sich bis vor den Verwaltungsgerichtshof zog, die österreichische Staatsbürgerschaft im Jahr 1956 per Bescheid wieder zuerkannt. Schachermayr pflegte engsten Kontakt zur oberösterreichischen Landesregierung, allen voran Landeshauptmann Heinrich Gleißner.

Das ermöglichte es den Reder-Verehrern wiederum, ihn über die Jahre hinweg als einen der „ihren“ hochzuhalten – von ganz praktischen Vorteilen wie Ansprüche auf Sozialleistungen und direkte Betreuung durch die österreichische Botschaft einmal abgesehen. „Erst damit konnten sich Österreichs Politiker für die Freilassung Reders einsetzen. Die wussten damals: Wer Reder freikriegt, bekommt die Nazistimmen“<sup>101</sup>, beschrieb es Simon Wiesenthal.<sup>102</sup> Reder wurde zum Symbol für die missverstandene, heimische Wehrmachtsgeneration hochstilisiert. Wäre Reder deutscher Staatsbürger geblieben, hätte sich dieser bewusst gesteuerte Mythos nie entwickeln können.

---

<sup>99</sup> Lahodynsky Otmar, Schmiederer Ernst, Reders rechte Hand, profil 7/1985 (11. 2. 1985), S. 13 – 14.

<sup>100</sup> Czernin Hubertus, „Die Braunen kommen aus den Schlupflöchern“, profil 8/1985 (18. 2. 1985), S. 10 – 16, hier S. 11.

<sup>101</sup> Zitiert nach Lahodynsky Otmar, Frischenschlagers Gast, profil 5/1985 (28. 1. 1985), S. 40 – 42, hier S. 42.

<sup>102</sup> Zu den Integrationsversuchen nationaler Wähler vgl. Rathkolb Oliver, NS-Problem und politische Restauration: Vorgeschichte und Etablierung de VdU, in: Meissl Sebastian, Mulley Klaus Dieter, Rathkolb Oliver, Verdrängte Schuld, verfehlte Sühne. Entnazifizierung in Österreich 1945 – 1955, Wien 1985, S. 73 – 99, S. 80.

Die Vorgeschichte von Reders Renationalisierung ist höchst ungewöhnlich. Sie spiegelt wieder, wie widersprüchlich, uneinheitlich und von den jeweiligen politischen Absichten geprägt das Verständnis über Heldentum, Vergangenheit und Österreichs Rolle in der Nazizeit war. Zwei Positionen stehen sich gegenüber: Zum einen die des Innenministerium, die Reder, der 1934 freiwillig nach Deutschland, als deutschen Staatsbürger ansah. Zum anderen die Auffassung des Landes Oberösterreich, das Reder als Österreicher behandelte, weil er zum Zeitpunkt seiner Einbürgerung im Deutschen Reich noch nicht volljährig gewesen sei und das Einverständnis eines Erziehungsbevollmächtigten gebraucht hätte. Der Staatsbürgerschaftsakt Reder, der für diese Arbeit erstmals zugänglich gemacht wurde, ist sicher das umfangreichste, aber nicht das einzige Beispiel für den doppelzüngigen Umgang, den die österreichische Politik, allen voran die oberösterreichische, mit Reder pflegte. Begonnen und wieder eingestellte Ermittlungen der Linzer Staatsanwaltschaft, Auszahlung von Sozialleistungen, bevor er offiziell wieder österreichischer Staatsbürger war und nicht zuletzt die nicht enden wollende Liste an Interventionen aus allen politischen Lagern demonstrieren diese Widersprüchlichkeit, die den Umgang mit Walter Reders prägen.

Die politischen Interventionen für den „letzten österreichischen Kriegsgefangenen“ begannen noch vor Reders Verurteilung durch das Militärbezirksgericht in Bologna am 31. Oktober 1951.<sup>103</sup> Im Mai desselben Jahres intervenierte Alfons Gorbach, dritter Nationalratspräsident (ÖVP) bei Außenminister Karl Gruber, um eine Verlegung des Prozesses von Bologna nach Rom zu erwirken. Ebenfalls im Mai meldet sich Salzburgs Erzbischof Andreas Rohrer bei Gruber, im September dann Oberösterreichs Landeshauptmann Heinrich Gleißner.<sup>104</sup> Gorbachs Engagement war typisch für Politiker seiner Prägung. Selber Nazi-Opfer, mit dem ersten Prominententransport ins KZ-Dachau deportiert, machte er sich nach 1945 zu einem der Führsprecher der Versöhnungspolitik gegenüber Nationalsozialisten. Ein Jahr nach dem Urteil des Militärgerichts in Bologna setzte sich Gruber anlässlich eines Besuches des christdemokratischen, italienischen Unterstaatssekretärs im italienischen Außenministeriums, Paolo Emilio Taviani, in

---

<sup>103</sup> Vgl. Aktenmappe mit der Aufschrift „Reder-Frischenschlager“, Depot Sepp Wille, Archiv österreichische Gesellschaft für Zeitgeschichte. Die einzelnen Beilagen werden in den Fußnoten als „Depot Sepp Wille“ bezeichnet. Ich danke Oliver Rathkolb für den Hinweis auf diese Akten.

<sup>104</sup> Das genaue Datum ist nicht vermerkt.

Wien erneut für Reders Begnadigung und seine Überstellung nach Österreich ein. Taviani versprach, sich zu informieren, ließ aber anmerken, dass das Problem Reder frühestens nach den italienischen Wahlen im Sommer 1953 angegangen werden könne. Offenbar war die Angst vor innenpolitischen Verwerfungen in dieser Frage groß, die Kommunisten hatten Reder als Wahlkampfmittel entdeckt.<sup>105</sup> Reder stellte wiederholt Anfragen an die Kriegsgefangenenfürsorgestelle beim Amt der Salzburger Landesregierung. Ein im Jahr 1953 erbrachte Gnadenantrag wurde abgewiesen.<sup>106</sup> 1954 bat die Kriegsgefangenenfürsorgestelle den Linzer Bürgermeister Ernst Koref, „im Wege der diplomatischen Vertretung die erforderlichen Schritte zur vorzeitigen Entlassung“<sup>107</sup> einzuleiten. Koref, dessen Eltern mit den Eltern Reders „eine persönliche Freundschaft verband“ und der behauptet, dass der Familie Reder „in Linz allzeit Achtung und Ansehen genoss“<sup>108</sup>, wiederum schrieb an Staatssekretär Bruno Kreisky.<sup>109</sup> Es wurde ein Gnadengesuch Reders Mutter über die österreichische Botschaft in Rom eingebracht, das aber mit der Begründung abgelehnt wurde, dass dies hier „eine zu große Aufregung verursachen“ würde. Kreisky berichtete Koref, dass „unter diesen Umständen mein Amt keine weiteren Schritte unternehmen kann.“<sup>110</sup>

Zu diesem Zeitpunkt war die Staatsbürgerschaft Reders noch nicht geklärt. Nur mit österreichischem Pass, das muss damals den Fürsprechern Reders im dritten Lager, aber auch in den anderen Parteien klar geworden sein, hätten Interventionen langfristig Sinn.

### **Walter Reders „Spindoktor“: Schlüsselfigur Stefan Schachermayr**

Als Schlüsselfigur der Reder-Mythologisierung ist Stefan Schachermayr zu werten. Er verstand sich als sein Generalbevollmächtigter in Österreich.<sup>111</sup> Der gelernte

---

<sup>105</sup> Vgl. dazu auch die Chronologie in der als rechtsextrem und revisionistisch einzustufenden Publikation: Robert H. Drechsler, In memoriam Walter Reder, a.a.O., S. 61 ff. Drechsler schildert das Treffen Grubers mit Taviani, schreibt aber, „dass Reder niemals die Ortschaft Marzabotto betreten und somit auch nicht die Vernichtung angeordnet und die Tötung von 1.700 Menschen befohlen hatte“.

<sup>106</sup> Amt der Salzburger Landesregierung an das Bundesministerium für Inneres und Bundeskanzleramt-Auswärtige Angelegenheiten vom 19. August 1955, STBKA VII.2 BMAA (1959-1966) Box 38.

<sup>107</sup> Amt der Salzburger Landesregierung an das Bundesministerium für Inneres und Bundeskanzleramt-Auswärtige Angelegenheiten vom 19. August 1955, STBKA VII.2 BMAA (1959-1966) Box 38.

<sup>108</sup> Ernst Koref an Bruno Kreisky vom 7. September 1959, STBKA VII.2 BMAA (1959-1966) Box 38.

<sup>109</sup> Franz Koref an Bruno Kreisky vom 8. November 1954, STBKA VII.2 BMAA (1959-1966) Box 38.

<sup>110</sup> Kreisky an Koref vom 3. September 1955, STBKA VII.2 BMAA (1959-1966) Box 38.

<sup>111</sup> Obwohl Schachermayr eine außergewöhnlich wichtige Rolle bei der Begnadigung bzw. Einbindung ehemaliger Nationalsozialisten gespielt hat, ist die wissenschaftliche Literatur über ihn ausgesprochen dürftig. Das Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus führt ihn im Personenregister beispielsweise gar nicht

Bäckergehilfe wurde 1929 HJ-Mitglied, seit 2. Juni 1931 NSDAP-Mitglied (Nr. 780.362) und seit August 1932 SA-Mitglied. Am 19. Juni 1933 wurde er wegen NS-Betätigung verhaftet und zu 18 Monaten Haft verurteilt. Ab 1936 leitete er den Vertrieb des „Österreichischen Beobachters“, des Organs der illegalen NSDAP.<sup>112</sup> Herausgeber des „Ö.B.“, dessen erste Ausgabe am 12. September 1936 mit einer Auflage von 3000 Exemplaren erschien, war der spätere Gauleiter Oberösterreichs, August Eigruber, damals illegaler Gauleiter. Der Beobachter war das mit „Abstand aggressivste Propagandablatt in der illegalen NS-Presselandschaft“<sup>113</sup>. Der Vertrieb war so gut organisiert, dass die Druckerei trotz Bemühungen der Behörden, sie aufzufinden, geheim blieb. „Parteigenosse Schachermayr verstand es aber, die Sicherheitsorgane immer an der Nase herumzuführen“, lobt ihn dafür Hans Schopper im NS-Buch „Die Presse im Kampf“.<sup>114</sup> Eigruber blieb Schachermayr als beruflicher Weggefährte erhalten. Bei der SA-Gruppe „Alpenland“ war er Obersturmbannführer, nach dem Anschluss arbeitete er zuerst in der Linzer Polizeidirektion und wurde dann bis 1941 Gauinspektor der NSDAP-Oberdonau – und damit die rechte Hand von Gauleiter Eigruber, der zentralen politischen Figur zwischen 1938 und 1945. Schachermayr war mit der Bearbeitung von Gesuchen, Anfragen und Beschwerden betraut und Mitglied beim Gaugericht.<sup>115</sup> Nicht immer funktionierten die alten Seilschaften aus den Tagen der Illegalität so gut wie in Oberösterreich. „Da sind so viele Reichsdeutsche gekommen,“ die hatten von der österreichischen Volksseele keine Ahnung. Die haben uns eigentlich vor den Kopf gestoßen. Es war für uns alle eine große Enttäuschung“, beschwerte sich Schachermayr über die deutsche Personalpolitik nach dem Anschluss.<sup>116</sup>

„Als Gauleiter sollen möglichst nur besonders bewährte Hoheitsträger verwandt werden“<sup>117</sup>, heißt es im Organisationsbuch der NSDAP. Schachermayr war ein solcher, und er erhielt sich seine Gesinnung auch nach dem Krieg. Noch im Jahr

---

an. Ich stütze mich im Folgenden vor allem auf Publikationen mit Oberösterreich-Bezug, die Schachermayr am Rande erwähnen.

<sup>112</sup> Zu Schachermayr Rolle beim Österreichischen Beobachter vgl. Gustenau Michaela, Mit brauner Tinte: nationalsozialistische Presse und ihre Journalisten in Oberösterreich, Univ. Diss., Wien 1990, S. 49.

<sup>113</sup> Gustenau Michaela, Mit brauner Tinte, a.a.O., S. 49.

<sup>114</sup> Schopper Hans, Presse im Kampf. Geschichte der Presse während der Kampfbahre der NSDAP (1933 . 1938) in Österreich, Brunn München Wien 1942, S. 258.

<sup>115</sup> Gustenau Michaela, Mit brauner Tinte, a.a.O., S. 262.

<sup>116</sup> Schachermayr im Gespräch mit Gustenau am 12. April 1989, zitiert nach Gustenau Michaela, Mit brauner Tinte, a.a.O., S. 66.

<sup>117</sup> zitiert nach Goldberger Josef, „Euthanasieanstalt“ Hartheim und Reichsgau Oberdonau. Involvierung von Verwaltungs- und Parteidienststellen des Reichsgaues Oberdonau in das Euthanasieprogramm, in: Mitteilungen des oberösterreichischen Landesarchivs Band 19, 2000, S. 359 – 400, S. 367 ff. (Onlinequelle: [http://www.oegeschichte.at/uploads/tx\\_jafbibliografiedb/mooela\\_19\\_0359-0373.pdf](http://www.oegeschichte.at/uploads/tx_jafbibliografiedb/mooela_19_0359-0373.pdf)), hier S. 367.

2005 erklärte der damals 93-jährige in der Zeitung „Oberösterreichische Rundschau“: „Ich war überzeugter Nationalsozialist und bin es im Grunde genommen heute noch. Man kann uns ja außer dieser Judengeschichte gar nichts nachweisen. Es ist ja nur Gutes geschehen.“<sup>118</sup> 2006 besuchte er noch die Welser Messe, um FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache persönlich kennen zu lernen.<sup>119</sup> Schachermayr starb Anfang 2008.<sup>120</sup>

Schachermayr wurde mit wichtigen Aufgaben betraut: Teile seiner SA-Gruppe wurden von ihm als Wache ins „Arbeitserziehungslager für Arbeitsunwillige“ nach Weyer bei Braunau abkommandiert, einem KZ der NS-Gewerkschaft „Deutsche Arbeitsfront“. Und er übernimmt – als persönlicher Vertrauter Hitlers – die Auswahl des Personals für die „Euthanasieanstalt“ Hartheim bei Eferding.<sup>121</sup> Nach dem Krieg wird Schachermayr – Spitzname „Schinko“ – im amerikanischen Internierungslager Glasenbach angehalten, das Volksgericht Linz verurteilt ihn 1948 als schwer belasteten Nationalsozialist wegen Hochverrats zu drei Jahren Kerker. Seine vorhergehende Haftzeit wird ihm angerechnet. Im November 1952 tritt er bei der „Ersten Baumaterialien Handelsgesellschaft m.b.H.“, einer Tochterfirma der damaligen VÖEST Linz als Außenbeamter/Akquisiteur an. Im November 1957 wird er Mitglied der „Stammebelegschaft“.<sup>122</sup> 1962 ist er laut eines Briefes, den der World Jewish Congress in New York an den Frankfurter Generalstaatsanwalt schreibt, wieder „stellvertretender kaufmännischer Direktor bei einem österreichischen Stahlproduzenten (vormals Hermann-Göring-Werke). Das ist nicht ganz richtig, wie eine Anfrage im Voest-Archiv ergab, unbestritten ist jedoch, dass er bei den großen Parteien als „persona grata“ gelte und noch großen Einfluss“ hatte.<sup>123</sup> Im Zuge der organisatorischen Neugestaltung des Vertriebsapparates für Kohle-Chemie-Erzeugnisse und Hüttenbaustoffe übernahm

---

<sup>118</sup> Atteneder Helmut, Wie der einstige Gauinspektor Stefan Schachermayr rehabilitiert wurde und warum er immer noch von sich sagt: „...im Grunde heute noch Nazi.“ Oberösterreichische Rundschau Nr. 12 vom 24.03.2005, S. 22.

<sup>119</sup> Oberösterreichische Nachrichten vom 04.09.2006, S. 30.

<sup>120</sup> Oberösterreichische Rundschau Nr. 04. vom 23.01.2008, S. 9.

<sup>121</sup> Goldberger Josef, „Euthanasieanstalt“ Hartheim und Reichsgau Oberdonau, a.a.O., S. 367 ff. Ebenso Kepplinger Brigitte, Die Tötungsanstalt Hartheim 1940 – 1945, in: Oberösterreichischen Landesarchiv (Hg), Tötungsanstalt Hartheim. Hg. v. Linz 2005 (= Oberösterreich zur Zeit des Nationalsozialismus 3), S. 63 – 116, S. 74.

<sup>122</sup> Unterlagen Stefan Schachermayr, Altes Archiv der voestalpine Stahl GmbH. Ich danke Dr. Michaela Schober von der Corporate History & Documentation Abteilung für ihre Hilfestellung.

<sup>123</sup> Klee Ernst, Was sie taten – was sie wurden. Ärzte, Juristen und andere Beteiligte am Kranken- und Judenmord, Frankfurt am Main 1995, S. 88. Klee zitiert auch aus Schachermayrs Aussagen vor dem Landesgericht Linz, aus der hervorgeht, dass er Personal für die Vergasungsanstalt Hartheim dienstverpflichtet hat. Er war auch häufig in der Anstalt gesehen worden, vor allem bei Festlichkeiten. Er selber will nur einmal in Hartheim gewesen sein, räumte aber ein, regelmäßig Korrespondenzen mit der Kanzlei des Führers gehabt zu haben, wemgleich nur in Fällen von „Gnaden- und Beschwerdesachen“. (S. 298).

er ab 1. Jänner 1971 die Leitung von VH 13, Hüttenbaustoffe. Kurz darauf erhält er die Prokura, fünf Jahre später die Handlungsvollmacht.<sup>124</sup> Schachermayr ist damit ein typisches Beispiel für die Elitenkontinuität zwischen NS-Regime und Zweiter Republik.<sup>125</sup>

1964 wird ein zweites Verfahren gegen ihn eröffnet, diesmal geht es um seine Verantwortung für Hartheim. 1968 wird es zurückgelegt. 1957 erhält er sein Vermögen aufgrund der Vermögensverfall–Amnestiebestimmungen zurück.<sup>126</sup>

Schachermayr spielt eine wichtige, wenngleich ein wenig undurchsichtige Rolle in der oberösterreichischen Landespolitik, vor allem aber auch bei der Gründung des Verbunds der Unabhängigen (VdU). Er präsentiert sich den VdU-Gründern Viktor Reimann und Herbert Kraus einerseits als Mittelsmann zur Sozialdemokratie, gleichzeitig bemüht er sich, bei der Parteigründung selber mitzumischen.<sup>127</sup> Das weckte den Verdacht bei den beiden, dass er den VdU gezielt unterwandern wolle, um der SPÖ später die Möglichkeit zu geben, ihn als Alt-Nazi-Partei zu enttarnen. Er „kenne alle Schlüsselpersonen der NSDAP persönlich und könne uns in Kürze eine komplette Landesorganisation aufstellen“, bot Schachermayr Kraus an, wie dieser in einem Brief an Reimann schreibt.<sup>128</sup> Reimann gibt zu, dass Schachermayr, der gemeinsam mit Kernmayr zum Kern des „Gmundner Kreises“ zählte, „viel für den VdU in Oberösterreich getan“ habe. Auch er habe mit ihnen in Kontakt gestanden und durch sie sei auch die erste Zusammenkunft mit Bruno Pittermann zustande gekommen, schreibt er.<sup>129</sup> Die SPÖ besorgte damals das Papier für den Wahlkampf, im Gegenzug verpflichtete sich der Oberösterreichische VdU-Chef Gustav Adolf Jakob Neumann, einen Wahlkampf gegen die ÖVP zu führen. Neumann erwähnt, dass Schachermayr „den allergrößten Einfluss auf die Kandidatenaufstellung (hatte, Anm.), da seine Personalkenntnisse, auch die der NSDAP-Kontakte zu Gleißner und anderen, ihm eine Sonderstellung einräumten“.<sup>130</sup> Reimann beschreibt Schachermayr übrigens als „verbissenen Agententyp“.<sup>131</sup> Schachermayr wurde vom amerikanischen Geheimdienst CIC

---

<sup>124</sup> Unterlagen Stefan Schachermayr, Altes Archiv der voestalpine Stahl GmbH.

<sup>125</sup> Vgl. dazu Rathkolb Oliver, NS-Problem und politische Restauration, a.a.O., S. 79.

<sup>126</sup> vgl. Goldberger Josef, „Euthanasieanstalt“ Hartheim und Reichsgau Oberdonau, a.a.O., S. 370.

<sup>127</sup> Vgl. dazu Rathkolb Oliver, Dritte Männer. Ex-Nazis als US-Agenten, in Das Jüdische Echo 1/1990, S. 85 – 89, hier S. 88., und, sicherlich gefärbt, Viktor Reimanns politische Memoiren: Reimann Viktor, Die dritte Kraft in Österreich, Wien München Zürich New York 1980.

<sup>128</sup> Zitiert nach Reimann Viktor, Die dritte Kraft in Österreich, Wien München Zürich New York 1980, S. 119.

<sup>129</sup> Reimann Viktor, Die dritte Kraft in Österreich, a.a.O., S. 121.

<sup>130</sup> Reimann Viktor, Die dritte Kraft in Österreich, a.a.O., S. 123.

<sup>131</sup> Kraus, zitiert nach Reimann Viktor, Die dritte Kraft in Österreich, a.a.O., S. 119.

angeworben und machte aus seinen Kontakten dorthin kein Geheimnis.<sup>132</sup> Er soll in Glaserbach auch Mitbegründer der Legenden umworbenen Nazi-Hilfsorganisation „Die Spinne“ gewesen sein, die allerdings auch als Tarngründung eines westlichen Geheimdienstes gilt.<sup>133</sup>

Nach 1945 fungierte der politisch bestens vernetzte Schachermayr als Drehscheibe für alle Angelegenheiten Reders. Schachermayr entwickelte im gesamten deutschen Sprachraum eine Art – um es mit modernen Worten auszudrücken – Lobbying- und PR-Tätigkeit für Reder. Er hielt Kontakt zu den offiziellen Stellen, publizierte Reder-Hagiographien wie „Major Walter Reder – Der Fall des letzten österreichischen Kriegsverurteilten in italienischem Gewahrsam“ und sorgte dafür, dass der Förderungsfluss an den, wie er ihn stets nannte „letzten Kriegsgefangenen“ nicht versiegt. Über Schachermayr lief die Bezahlung seines italienischen Anwaltes Bettoni. Gleichzeitig und im Gegenzug garantierte er den offiziellen Stellen, dass der „Fall Reder“ in der rechtsextremen Szene zwar hochgehalten, aber nicht über die Maßen kampagnisiert wurde – und damit die diplomatischen Bemühungen konterkariert werden könnten. Bei dieser Tätigkeit der Information, Desinformation und gezielten Kampagnisierung dürften ihm nicht nur seine Erfahrungen aus der NS-Zeit, sondern auch als CIC-Mitarbeiter aus Glaserbacher Zeiten geholfen haben. Seine Briefe sind stets in einem selbstbewussten Tonfall gehalten, korrekt datiert, mit Verteilerhinweis versehen, mit einer gewissen Vorliebe zum Bürokratendeutsch formuliert, wenngleich nicht immer fehlerfrei, dafür immer wieder mit wichtigtuersischen Anspielungen und vertraulichen Hinweisen gespickt. Hier schreibt jemand, der mit dem Informationsgeschäft umgehen kann und dessen Selbstverständnis den Bruch nach 1945 ohne Kratzer überstanden hat.

In der Anfangsphase der Reder-Bewerbung spielte auch noch der Tiroler FPÖ-Abgeordnete Helfried Pfeifer eine Rolle, der sich selbst als „Abgeordneter aller Verfolgten und Bedrängten“ bezeichnete. Pfeifer machte unter den Nationalsozialisten auf der Universität Karriere: 1938 wurde er Dozent für Staatslehre und Staatsrecht, 1940 außerordentlicher Universitätsprofessor, 1944 ordentlicher Universitätsprofessor für Staats- und Verwaltungsrecht 1944. 1945

---

<sup>132</sup> vgl. Rathkolb Oliver, Dritte Männer, a.a.O., S 88. Ebenso Beer Siegfried, The CIA in Austria in the Marshall Plan Era, 1947-1953, in: Bischof Günter, Pelinka Anton, Stiefel Dieter: The Marshall Plan in Austria (Contemporary Austrian Studies Vol. 8), New Brunswick 2000, S. 195 – 211, hier S. 193.

<sup>133</sup> Smoydzin, Werner: Half die Spinne bei der Flucht? Verfassungsschützer Werner Smoydzin über NS-Geheimorganisationen, Spiegel 47/1966, S. 87. (Onlinequelle <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-46415086.html>) Ebenfalls zitiert ihn Klee Ernst, Was sie taten – was sie wurden, a.a.O., S. 230.



wurde er aus dem Universitätsdienst entlassen, war zuerst VdU-Abgeordneter und dann, bis 1959, für die FPÖ im Parlament.<sup>134</sup> Nach Streitereien mit Schachermayr, der von Reder im Oktober 1959 kurzzeitig der Sabotage bezichtigt wurde, weil er unabgesprochenerweise beim Bundespräsidenten für ihn interveniert hat, trat Pfeifer in den Hintergrund.<sup>135</sup> Schachermayr, der sich auch die Unterstützung von Reders damaligen Anwalt Guido Jakoncig gesichert hatte, verstand es offenbar besser, als in alle Richtungen offener, mäßiger Mann aufzutreten. Oder wie es ein ehemaliges Kabinettsmitglied Kreisky gegenüber der Autorin ausdrückte: „Er war von den ganzen Rechtsextremen der umgänglichsste.“<sup>136</sup>

Schachermayr ging offenbar mehrgleisig vor: er brachte die österreichische Regierung dazu, in Italien vor Ort für Reder zu intervenieren, gleichzeitig kümmerte er sich darum, Reder die österreichische Staatsbürgerschaft zu verschaffen. Ein im Staatsbürgerschaftsakt Reders erhaltener Aktenvermerk vom 24. Jänner 1956 zeigt das enge Verhältnis, das Schachermayr mit dem Beamtenapparat Oberösterreichs unterhielt. Es wurde engstens abgestimmt, beinahe kumpelhaft abgesprochen und jedenfalls an einem gemeinsamen Strang gezogen. „Herr Landeshauptmann wurde informiert. Herrn Schachermayr wurde empfohlen, ein Ansuchen um Verleihung der Staatsbürgerschaft zu überreichen“, ist da zu lesen.<sup>137</sup>

Tatsache ist, dass das Bundeskanzleramt und Schachermayr gemeinsam mit Reders Vertrauensanwalt Giangaleazzo Bettoni engsten zusammenarbeiteten. Hin und wieder gewinnt man aus den Akten jedoch den Eindruck, dass Schachermayr sein Engagement ein wenig überspannt. Er schreibt laufend Eingaben, übermittelt Briefe, die an ihn gerichtet sind, oder Artikel und bittet auch regelmäßig, Kanzler Kreisky persönlich zu treffen, bevor er zu einem Besuch bei Reder in Gaeta aufbricht.<sup>138</sup> Nach seiner Rückkehr berichtet er dann, „ich werde mich in Kürze telefonisch oder persönlich melden, weil ich ja auch dem Herrn Bundeskanzler kurz

---

<sup>134</sup> Vgl. Pfeifers Biografie auf [http://www.parlament.gv.at/WW/DE/PAD\\_01191/pad\\_01191.shtm](http://www.parlament.gv.at/WW/DE/PAD_01191/pad_01191.shtm), Heribert Husinskys Beitrag in Hacker Walter, Warnung an Österreich. Neonazismus: Die Vergangenheit bedroht die Zukunft, Wien Frankfurt Zürich, S. 1966, S. 81 – 83 (Abdruck der Artikel aus „Neues Österreich“ vom 5. Mai 1961 und 8. März 1958) sowie Rathkolb Oliver, Anatomie einer Entnazifizierung, in: akzente 11/12 1989, S. 24 –28, S. 26.

<sup>135</sup> vgl. Schreiben Stefan Schachermayrs an Adolf Schärf vom 25. Oktober 1959, STBKA VII.2 BMAA (1959-1966) Box 38.

<sup>136</sup> Hans Knitel, 26. Februar 2010.

<sup>137</sup> Aktenvermerk vom 24. Jänner 1956, Beilage zum Akt IKD (Stb) 431650.

<sup>138</sup> Information für den Herrn Bundeskanzler vom 7. Juni 1974, STBKA Prominentenkorrespondenz, Brief Schachermayrs an Hans Knitel vom 22. März 1976, STBKA Prominentenkorrespondenz.

über meine Eindrücke und über das mit Herrn Dr. Bettoni geführte Gespräch berichten möchte“.<sup>139</sup> Schachermayr nahm seine Aufgabe sehr ernst (oder sich selbst sehr wichtig), denn er verabsäumte es auch nicht, dem Kabinett Kreisky die Postadresse seines Urlaubsdomizils in Griechenland zukommen zu lassen.<sup>140</sup>

Solche Wichtigtuereien nahm man im Kabinett offensichtlich in Kauf, denn Schachermayr zeigte sich äußerst geschickt im Interessensausgleich zwischen den rechtsextremen Reder-Verehrern sowie agitatorisch gesinnten „Kampfgenossen“ und den Staatsstellen, die stets die Strategie der stillen Diplomatie verfolgten. Schachermayr bot sich ganz offensiv als Bändiger des „Rechtsaußen-Randes“ in dieser Frage an, wie etwa aus einem Briefwechsel zwischen Schachermayr und Kreisky hervorgeht:

*„Sie wissen ohnedies, dass ich bisher immer bemüht war trotz allem nach allen Seiten hin mäßigend einzuwirken (wenn auch nicht immer mit Erfolg), da ich weiß und auch überzeugt bin, dass emotionelle Aktionen der Sache nicht nützen, sondern eher schaden.“<sup>141</sup>*

Damit spricht Schachermayr genau jenen radikalen Rand an, den auch Kreisky auch immer im Auge hatte, wenn er argumentierte, warum eine Begnadigung Reders so wichtig sei, damit er nicht zum Mythos der Ewiggestrigen werde.<sup>142</sup> Einer von Schachermayrs schwierigsten „Patienten“ war der rechtsextreme Publizist Robert H. Drechsler<sup>143</sup>. Er hatte mehrere Reder-Hagiografien veröffentlicht und drohte immer wieder, die Strategie der Geheimhaltung zu durchbrechen – etwa, als er im Jahr 1977 vorschlug, vor italienischen Vertretungen für Reders Freilassung in den Hungerstreik zu treten und zu demonstrieren.<sup>144</sup> Schachermayr stritt sich mit ihm, weil er nicht wollte, dass er in seiner „Dokumentation“ über Reder namentlich aufscheint. Reder verweigerte Drechsler auch die Autorisierung.<sup>145</sup> Bei der Gelegenheit fühlte Schachermayr bei Kreiskys Kabinettssekretär Hans Knitel vor,

---

<sup>139</sup> Brief Schachermayrs an Hans Knitel vom 2. Juli 1974, STBKA Prominentenkorrespondenz.

<sup>140</sup> Brief Schachermayrs an Hans Knitel vom 7. August 1975, STBKA Prominentenkorrespondenz.

<sup>141</sup> Brief Schachermayr an Kreisky vom 21. Juni 1980, zitiert nach Wassermann S. 597.

<sup>142</sup> Vgl. dazu einen weiter hinten ausführliches Schreiben Kreiskys an Saragat, in dem er argumentiert, dass eine Begnadigung „wirksam zur Liquidierung der letzten faschistischen Restvorstellungen beitragen, deren Überleben am äußersten Rande der öffentlichen Meinung in Österreich mit dem zarten Faden einer vagen Solidarität mit jemanden wie Reder verknüpft ist, der gleichzeitig mit seiner eigenen Schuld die Schuld eines gesamten abwegig verirrten Systems verbüßt“. Übersetzung des Schreibens Bruno Kreiskys an Saragat, nachträglich datiert mit 8. Februar 1971. Depot Sepp Wille, a.a.O.

<sup>143</sup> Zu Robert H. Drechsler vgl. Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands, Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus, Wien 1996, S. 319 ff.

<sup>144</sup> Schreiben Robert H. Drechslers an Stefan Schachermayr, Datum unleserlich, STBKA Prominentenkorrespondenz Walter Reder.

<sup>145</sup> Schreiben Schachermayrs an Hans Knitel vom 16. November 1977, STBKA Prominentenkorrespondenz Walter Reder.

ob man „diesen Herren (...) staatspolizeilicherseits etwas unter die Lupe (sic) nehmen“ könne.<sup>146</sup> Um Drechsler zu bremsen, telegrafierte Reder sogar persönlich an ihn:

*„Kein Hungerstreik und kein R-Hilfe-Verein Stop Aktivität nur im Rahmen Helferkreis und sie bleiben dabei in Individualität da ihr Name fuer manche hueben und drueben ein rotes Tuch ist Capito?!  
Gruesse Reder“<sup>147</sup>*

Die italienischen Behörden sahen die Figur Schachermayr wesentlich kritischer als ihre österreichischen Kollegen. Nach der spektakulären Flucht des deutschen Kriegsverbrechers Herbert Kappler, der Reders Mitgefangener in Gaeta war, im Sommer 1977, wurde das Besuchsregime für Reder verschärft. Die italienischen Behörden versagten im Sommer 1978 Schachermayr den Besuch, weil der italienische Nachrichtendienst ihn sowohl mit der Organisation „Spinne“ wie auch mit „Nowak“<sup>148</sup> in Verbindung brachte. Kreisky bürgte daraufhin persönlich für ihn, wie der österreichische Botschafter in Rom, Georg Schlumberger, dem italienischen Verteidigungsminister Attilio Ruffini stellvertretend erklärte. „Ich sei bevollmächtigt, ihm zu eröffnen, dass der Herr Bundeskanzler persönlich dafür garantiert, dass Schachermayr kein Sicherheitsrisiko darstelle und dass er seine Besuche bei Reder nie zu anderen als rein humanitären Zwecken ausnützen werde“, berichtete Schlumberger nach Wien, denn Schachermayr werde „von unserer Seite als Mittels- und Vertrauensmann Reders für die gemäßigten Kreise seiner Sympathisanten angesehen“ und habe auf ihn „den besten Einfluss“.<sup>149</sup>

Letztlich macht sich Schachermayrs „langjährigen, selbstlosen Bemühungen und die Sorge für die alte, kranke Mutter Reders, die mich sehr viel Zeit, Geld und innere Kraft kosteten“<sup>150</sup>, auch bezahlt. Am 1. August 1977 ging er in Pension.<sup>151</sup> Auf Intervention Kreiskys bekam er eine höhere Abfertigung und Prämie<sup>152</sup>,

---

<sup>146</sup> Schreiben Schachermayrs an Hans Knitel vom 7. November 1977, STBKA Prominentenkorrespondenz Walter Reder.

<sup>147</sup> Kopie des Telegramms vom 30. November 1977, STBKA Prominentenkorrespondenz Walter Reder.

<sup>148</sup> Wahrscheinlich Friedrich Nowak, vor 1945 Bannführer der Linzer Hitler-Jugend, 1948 dann gemeinsam mit Erich Slupetzky (1978 ÖTB-Bundesobmann) in Zusammenhang mit der neonazistischen Untergrundbewegung Soucek verhaftet, vgl. DÖW, Handbuch des Rechtstextremismus, a.a.O. S. 199 f und 340 f.

<sup>149</sup> Bericht des österreichischen Botschafters Schlumberger über ein Treffen mit dem italienischen Verteidigungsminister Ruffini an das Wiener Außenamt vom 15. Juni 1978, STBKA Prominentenkorrespondenz Walter Reder, S. 2.

<sup>150</sup> Stefan Schachermayrs an Adolf Schärf vom 25. Oktober 1959, STBKA VII.2 BMAA (1959-1966) Box 38.

<sup>151</sup> Schreiben Schachermayrs an Hans Knitel vom 1. August 1977, STBKA Prominentenkorrespondenz Walter Reder.

<sup>152</sup> Brief Schachermayrs an Kreisky vom 9. Februar 1977 mit dem Aktenvermerk vom 18. Februar „Laut Mitteilung von Herrn Schachermayr freundliches Gespräch am 16. Februar (mit Voest-Generaldirektor Herbert Koller, Anm.) mit Angebot der höheren Abfertigung und Prämie.“ STBKA Prominentenkorrespondenz Walter

nachdem er zuvor bei Voest-Generaldirektor Herbert Koller dafür interveniert hatte. Koller dürfte Verständnis gehabt haben: Er war NSDAP- und SS-Mitglied und stand im Dienst des Reichssicherheitshauptamts.<sup>153</sup> Zeitlebens eröffnete Schachermayr die selbst ernannte Rolle als Reders Generalbevollmächtigter Zutritt zu höchsten politischen Repräsentanten, vom Bundespräsidenten abwärts – und damit auch die Möglichkeit, persönliche Eitelkeiten zu befrieden. Der ehemalige Gauinspektor, der in der Voest keinen so wichtigen Posten innehatte, erhielt sich so die Aura des wichtigen Funktionärs.

Schachermayr ist auch der einzige, der 1985, als Reder unter Aufsicht in der Martinek-Kaserne in Baden weilt, dort ein und ausgehen kann. Ein Privileg, das sonst nur Reders Verwandtschaft, seine Tante und seine Nichte, zukommt – sowie einem vom Justizminister entsandten Kontaktmann, der Reder von der Hinzunahme eines Bewährungshelfers überzeugen soll.<sup>154</sup>

Seine SPÖ-Kontakte ließ Schachermayr auch in anderen Fällen immer wieder spielen, nicht nur im Bezug auf Reder. In einem im freundschaftlichen Ton gehaltenen Brief an Pittermann bittet er ihn 1962 etwa auch um die Begnadigung eines gewissen Josef Gabriels:

*„Sehr verehrter Herr Vizekanzler, vorerst darf ich mich für die von Ihnen, am 29. Juni gewährte Vorsprache bestens bedanken. [...] Ich bitte Sie, sehr geehrter Herr Vizekanzler, im eigenen Namen, wie im Namen der schwergeprüften Familie, dem Fall Ihre weitgehende Hilfe angedeihen zu lassen und durch gütige Befürwortung bei Herrn Justizminister Dr. Broda die bedingte Entlassung des Herrn Gabriel zu erwirken. (...) Die von mir weiters mit Ihnen, hoch verehrter Herr Vizekanzler, besprochenen Fälle, werde ich mir erlauben, in nächster Zeit vorzutragen. Mit der herzlichen Bitte um Ihre weitreichende Hilfe, zeichnet, mit vorzüglicher Hochachtung Ihr sehr ergebener Stefan Schachermayr.“<sup>155</sup>*

---

Reder. Hans Knitel bestätigte im Gespräch mit der Autorin am 26. Februar 2010 diesen Sachverhalt. Im alten Archiv der voestalpine Stahl GmbH existiert ein Aktenvermerk vom 22. März 1977, demnach Schachermayr zum damaligen Zeitpunkt „für eine 25-jährige Angestelltendienstzeit im Unternehmen und damit für den Anspruch auf die volle Abfertigung von 12 Monatsbezügen rund 3 Monate (fehlten, Anm. B.T.) Wegen dieser besonderen Härte hat Herr Vorst.-Dir. DDr. Steflitsch entschieden, daß Hr. Schachermayr ausnahmsweise und unpräjudiziell diese fehlende Dienstzeit aus Vordienstzeiten bei Fremdfirmen für den Abfertigungsanspruch anzurechnen ist.“

<sup>153</sup> Neugebauer Wolfgang, Schwarz Peter, Der Wille zum aufrechten Gang. Offenlegung der Rolle des BSA bei der gesellschaftlichen Integration ehemaliger Nationalsozialisten. Herausgegeben vom Bund sozialdemokratischer AkademikerInnen, Intellektueller und KünstlerInnen (BSA), Wien 2005, S. 132ff.

<sup>154</sup> Reders rechte Hand (profil), a.a.O. Der Name des Bewährungshelfers ist leider nicht überliefert.

<sup>155</sup> Kopie Brief Stefan Schachermayr an Bruno Pittermann, 10. Oktober 1962, zitiert nach Wisinger Marion: Verfahren eingestellt Der Umgang der österreichischen Justiz mit NS-Gewalttätern in den 1960er und 1970er Jahren, in: Walter Schuster – Wolfgang Weber (Hg.), Entnazifizierung im regionalen Vergleich, Linz 2004, S. 637 – 650, hier S. 637 ff. Gabriel wurde am 18. März 1959 mit Urteil des Geschworenengerichts wegen

Im Dezember 1972 erinnert er Kreisky an eine Bitte „in Sache Dipl. Ing. Skorenzy“, gemeint ist der SS-Obersturmbannführer und Mussolini-Befreier Otto Skorzeny. Dieser habe

*„ganz bestimmt die Absicht, in Madrid zu bleiben und zwar für dauernd. Er möchte nur ab und zu für einige Tage seine einzige Tochter und Enkel, welche in Wien leben, besuchen. Auch hat er keine Ambitionen sich politisch zu betätigen, denn er ist, wie Sie wissen, ein schwerkranker Mann. Ich möchte Sie daher, hochverehrter Herr Bundeskanzler, nochmals herzlichst bitten die Einstellung des Verfahrens, das meines Wissens ohnedies schon lange einstellungsreif ist, zu erwirken.“<sup>156</sup>*

Zurück zu den Interventionen für Reder. Vor 1956, dem Jahr, als Reder wieder offiziell Österreicher wurde, wurde die österreichische Botschaft in Rom aufgrund eines Briefes Gorbachs an Außenminister Gruber tätig. Im Dezember 1953 gab es ein persönliches Schreiben des damaligen Botschafters Johannes Schwarzenberg an den italienischen Ministerpräsidenten Giuseppe Pella. Im November 1954 intervenierte der Staatssekretär im Innenministerium, Ferdinand Graf (ÖVP), beim italienischen Ministerpräsidenten Mario Scelba.<sup>157</sup>

### **Der Meilenstein für die Reder Mythologisierung: Die Rückeroberung der österreichischen Staatsbürgerschaft**

Wie bereits erwähnt ist die Geschichte von Reders Staatsbürgerschaftserlangung äußerst bemerkenswert und bezeichnend. Im Innenministerium fühlte sich ein Mann für Reders Fall verantwortlich, dessen Biografie nicht unterschiedlicher als Reders hätte sein können: Hans Reichmann. Er entstammte, wie es er in einem Gespräch mit dem deutschen Magazin Spiegel formulierte, „nach Definition der Nürnberger Gesetze aus einer nichtarischen Familie“<sup>158</sup> und konnte im Sommer 1938 nach Paris fliehen.<sup>159</sup> Man kann ihn wohl zur Generation jener unbedingten

---

Verbrechens des Missbrauches der Amtsgewalt, des bestellten Mordes, der Mitschuld des bestellten Mordes, als Besteller und unmittelbar Mitwirkender zur Strafe des lebenslangen Kerkers verurteilt. Die Geschworenen verneinten Zusatzfragen in Richtung des Befehlsnotstandes mit einem Stimmenverhältnis von 8:0.

<sup>156</sup> Brief Schachermayr an Kreisky vom 20. Dezember 1972, STBKA Prominentenkorrespondenz Walter Reder.

<sup>157</sup> Interventionsliste, Depot Sepp Wille, a.a.O., S. 1.

<sup>158</sup> Im Spiegel wurde Reichmann im Jahr 1988 als ein „Österreicher, die auf der anderen Seite ihre Pflicht erfüllten“ porträtiert, gemeinsam mit Henry Leichter, Harry Sichrovsky und Martin Grünberg. Kogelfranz Siegfried, Dieses Volk bekam, was es verdient, Spiegel 6/1988, S.164-177, hier S. 174.

<sup>159</sup> Reichmann schloss davor noch sein Welthandels- und Jurastudium ab. In Frankreich meldete er sich als Freiwilliger bei der französischen Armee, wurde nach Kriegsende dem französischen Oberbefehlshaber in Österreich zugeteilt und landete kurz darauf in Wien. Seine Zeit als Soldat prägte ihn stark, mit der Frage Befehlsnotstand war er vertraut. „Ich habe nie verstanden, dass manche vor den Vorgesetzten schlotterten und heldenhaft den Feind angreifen, denn während meiner gesamten militärischen wie zivilen Dienstzeit habe ich nie einen Vorgesetzten getroffen, der Maschinengewehrfeuer gegen mich eröffnet oder eine Handgranate nach

Österreichpatrioten zählen, die die damalige, um staatliche Unabhängigkeit bemühte Bürokratie Nachkriegsösterreich prägten und für die die Frage der Mitschuld nachrangig war.<sup>160</sup>

Hans Reichmann schildert in seinen Memoiren den Konflikt rund um Reders Staatsbürgerschaft und die tragende Rolle Schachermayrs folgendermaßen:

*„Die Bearbeitung des Begnadigungswunsches des SS-Sturmbannführers Reder, der von einem italienischen Militärgericht wegen bei der Partisanenbekämpfung begangener Kriegsverbrechen zu lebenslanger Haft in der Festung bei Gaeta verurteilt worden war, stieß auf wesentlich größere Schwierigkeiten. Und ist heute (Anm. 1982, B.T.) noch nicht abgeschlossen. Bei Prüfung des Aktes stellte ich fest, dass Reder 1934 im Deutschen Reich eingebürgert worden war, und ich musste daher Schritte zu seinen Gunsten ablehnen, da ein Staat nur für seine eigenen Staatsbürger einschreiten darf.“<sup>161</sup>*

Reder brachte den Prozess rund um seine Staatsbürgerschaft im Laufe des Jahres 1951 durch seine fortwährenden Gnadengesuche und Bitten um Intervention und Rechtsbeistand selbst ins Rollen. Am 3. Juli 1952 bittet das Innenministerium die oberösterreichische Landesregierung um Feststellung, ob Reder im Besitz der österreichischen Staatsbürgerschaft ist. Unmittelbarer Anlass dafür ist, dass sich Reder „als österreichischer Staatsbürger ausgegeben (hat) und unter anderem auch an den Herrn Bundeskanzler die Bitte um Intervention in seiner Revisionsangelegenheit vor den italienischen Gerichten gestellt, bzw. um

---

mir geworfen hätte, während der dümmste Feind diese Handlungen mühelos setzt“ (zitiert nach Reichmann Hans, Vom Fremdenlegionäre zum Botschafter beim Hl. Stuhl, Wien-Salzburg 1982 (Materialien zur Zeitgeschichte, Bd.3), S. 3). Reichmann machte schnell Karriere: in der Völkerrechtsabteilung des Außenministeriums, ab 1947 im Innenministerium als „zweiter Mann in der Staatspolizei“ (vgl. Kogelfranz Siegfried, Dieses Volk bekam, was es verdient, a.a.O., S. 177.) Dort blieb es bis 1954, dann wurde er wieder ins Außenministerium versetzt, war von 1958 bis 1963 Österreichs Vertreter im Europarat und später Botschafter beim Heiligen Stuhl. Er sollte gut dreißig Jahre später als einer der drei Sonderbotschafter versuchen, den durch die Affäre Waldheim entstandenen außenpolitischen Schaden abzuwenden. Reichmann vertrat damals die Ansicht, dass „Waldheim die Folgen der Nahostpolitik Kreiskys ausbaden müsse.“ (zitiert nach Gehler Michael, „...eine grotesk überzogene Dämonisierung eines Mannes...?“ Die Waldheim-Affäre 1986-1992, in: Gehler Michael / Sickinger Hubert (Hg.): Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim. Kulturverlag, Thaur/Wien/München 1996, S. 614-666, S. 642.

<sup>160</sup> So meinte Reichmann im Spiegel zum Gedenkjahr 1988 etwa: „Zur Situation Österreichs in diesem Gedenkjahr 1988 möchte ich mit aller Deutlichkeit etwas sagen: Die Art der Berichterstattung über Österreich in den letzten Monaten, vor allem in Deutschland, ist nicht mehr mit höflichen Worten zu beschreiben. Man hätte glauben können, dass am 12. März - den ich ja miterlebt habe - nicht die Wehrmacht in Österreich, sondern das Bundesheer ins demokratisch regierte Deutschland eingefallen ist, um Hitler an die Macht zu helfen. (...) Deshalb ist die sogenannte Mitschuld der größte Blödsinn, den ich je gehört habe. Es wurden in der ersten Woche 60 000 bis 70 000 Österreicher verhaftet. Es hätte eine Orgie der Rache gegeben, wenn Österreich sich gewehrt hätte beim Einmarsch der Deutschen. Und meine Vorstellungen für den 12. März 1988 sind sehr einfach: Der Karfreitag ist ein Trauertag und kein Feiertag; gefeiert wird erst am Ostermontag, die Auferstehung!“ zitiert nach: Kogelfranz Siegfried, Dieses Volk bekam, was es verdient, a.a.O., 177.

<sup>161</sup> Reichmann Hans, Vom Fremdenlegionäre zum Botschafter beim Hl. Stuhl, Wien-Salzburg 1982 (Materialien zur Zeitgeschichte, Bd.3), S. 117.

Beistellung eines Rechtsbeistandes gebeten (hat)<sup>162</sup>. Das Innenministerium bezweifelt, dass Reder noch Österreicher ist und begründet das mit seiner Ausreise nach Deutschland im Juni 1934, seiner Mitgliedschaft bei der österreichischen Legion sowie der SS. Außerdem bezeichnete sich Reder in einer vor dem NS-Flüchtlingshilfswerk abgegebenen eidesstattlichen Erklärung ausdrücklich als deutscher Staatsangehöriger und gab damals auch an, einen deutschen Reisepass zu besitzen. „Es kann also angenommen werden, dass der Genannte bereits vor dem 13. 3. 1938 die deutsche Staatsbürgerschaft erworben hat, worauf auch seine hauptberufliche Tätigkeit in der SS-Organisation und schließlich eine NSDAP-Mitgliedsnummer unter 6 Millionen schließen ließe“<sup>163</sup>.

Reders eidesstattliche Erklärung liegt dem Schreiben des Innenministerium bei, ebenso wie ein Brief des deutschen Justizministerium, das bezeugt, dass sich Reder bei einer Einvernahme im Jahr 1949 als Österreicher bezeichnete, aber weiters keine Unterlagen über seine Einbürgerung vorhanden seien. „Nach ha. Ansicht kann dieser Auskunft der deutschen Behörde nicht unbedingt Beweiskraft beigemessen werden, da es erfahrungsgemäß allzu häufig vorkommt, dass durch die Kriegereignisse sämtliche Unterlagen über seinerzeitige Einbürgerungen verloren gingen“<sup>164</sup>, relativiert das Innenministerium die deutsche Rechtsmeinung.

Dieses Schreiben ist der Auftakt für einen vier Jahre lang währenden Rechtsstreit um Reders Staatsbürgerschaft, der sich rückblickend wie eine Justizgroteske liest. Für das Land Oberösterreich spielte Reders SS-Mitgliedschaft, seine Verurteilung, seine offensichtliche NS-Vergangenheit bei seinen intensiven Bemühungen überhaupt keine Rolle. Das Land zog sich in all seinen Korrespondenzen auf ein und dasselbe formaljuristische Argumente (mit Variationen) zurück: Reder habe sein Heimatrecht durch die Einbürgerung in Deutschland nie verloren und sei deswegen immer noch Österreicher.

Von der Heimatgemeinde von Reders Vater Rudolf, Garsten, wird am 26. Juli 1952 eine Bescheinigung ausgestellt, dass auch sein Sohn am 13. März 1938 in dieser Gemeinde das Heimatrecht besaß.<sup>165</sup> Reders Mutter Franziska wird befragt und bezeugt, dass sie das Heimatrecht in Garsten besessen hat. „Mein Sohn ist im Jahr

---

<sup>162</sup> Schreiben der Innenministeriums an die oberösterreichische Landesregierung vom 3. Juli 1952, OÖLA IKD (StB) 431650, Aktennummer 1.

<sup>163</sup> ebenda.

<sup>164</sup> ebenda.

<sup>165</sup> Bescheinigung der Gemeinde Garsten vom 26. Juli 1952, OÖLA IKD (StB) 431650, Aktennummer 8.

1934 nach Deutschland gegangen und hat dort eine Stelle angenommen. Mir ist nicht bekannt, dass er vor dem 13. 3. 1938 die deutsche Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung erworben hat.”<sup>166</sup> Auch die Bundespolizeidirektion Linz hat keinen Ausbürgerungsnachweis, der im Wiener Strafregisteramt angesuchte Strafregisterauszug vermerkt keine Vorstrafen, es gäbe vorerst also „keine Anhaltspunkte (...), die darauf schließen lassen, dass Genannter am 13. 3. 1938 die österreichische Staatsbürgerschaft nicht besessen hat”, berichtet die oberösterreichische Landesregierung dem Innenministerium am 6. August nach Wien.<sup>167</sup> „Ob Genannter vor dem 13. 3. 1938 durch Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit die österr. Bundesbürgerschaft verloren hat, wird schwer festzustellen sein. (...) Diesbezügliche Erhebungen könnten nur in Deutschland durchgeführt werden. Sie sind meist langwierig und führen selten zu einem positiven Ergebnis.” Man wolle sich aber noch den Gauakt Reders anschauen.

Da er sich in diesem als „deutscher Staatsangehöriger” bezeichnete, bat die oberösterreichische Landesregierung in Folge auch noch die Österreichische Verbindungsstelle in der amerikanischen Besatzungszone Deutschlands um Materialien, die Reders Staatsbürgerschaft klären könnten.<sup>168</sup> Auf die Aufforderung, genauere Daten zu übermitteln, schreibt der zuständige Beamte mit entlarvender Offenheit zurück:

*“Aus dem Gauakt geht (...) hervor, dass er (Reder, Anm.) von 1935 bis 1939 in Dachau Aufsichtsperson gewesen ist. Nach Deutschland kam er am 25. 6. 1934 und war nach einer eidesstattlichen Erklärung vom 22. 7. 1937, die sich in dem genannten Gauakt befindet, zunächst im Heim bzw. in der Lagerbetreuung Österr. Legion (SS-Dachau). Jedenfalls muss angenommen werden, dass er während seines Aufenthaltes in Dachau die deutsche Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung erworben hat, falls er diese überhaupt rechtswirksam verliehen erhielt.”<sup>169</sup>*

Kurz darauf hatte die Landesregierung Oberösterreichs es schwarz auf weiß. Die Bayrische Staatskanzlei konnte die Einbürgerungsurkunde Reders auftreiben, die

---

<sup>166</sup>Niederschrift, OÖLA IKD (StB) 431650, Aktennummer 9.

<sup>167</sup> Schreiben der oberösterreichischen Landesregierung an das Innenministerium vom 6. August 1952, OÖLA IKD (StB) 431650, Aktennummer 6.

<sup>168</sup>Schreiben der oberösterreichischen Landesregierung an die Österreichische Verbindungsstelle in der amerikanischen Besatzungszone Deutschland vom 25. August 1952, OÖLA IKD (StB) 431650, Aktennummer 1.

<sup>169</sup> Schreiben der oberösterreichischen Landesregierung an die Österreichische Verbindungsstelle in der amerikanischen Besatzungszone Deutschland vom 3. Oktober 1952, , OÖLA IKD (StB) 431650, Aktennummer 21.



ihm am 31. August 1935 überreicht worden war. Die Bemühungen, Reder als Österreicher zu definieren, hatten damit einen ersten Rückschlag erlitten.

Was folgte, war eine Änderung in der Taktik: Alles konzentrierte sich nun auf das Argument, dass Reder zum Zeitpunkt der Übergabe der deutschen Einbürgerungsurkunde noch minderjährig war und damit die Einbürgerung möglicherweise nicht gültig. Reders Mutter Franziska wird erneut vorgeladen und gibt an, dass ihr Sohn „noch nicht großjährig“ war und ihr nicht bekannt sei, dass er seinen Vater „um Zustimmung zum Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft ersucht hätte“.<sup>170</sup> Sie bittet um Antrag auf Feststellung, dass der damalige Vorgang rechtsunwirksam gewesen sei und Reder deswegen nach wie vor Österreicher. Gleichzeitig übernimmt sie die Vollmacht für ihren Sohn in allen Angelegenheiten seiner Staatsbürgerschaft.<sup>171</sup> Vier Tage später ersucht die oberösterreichische Landesregierung die Bayrische Staatskanzlei über die österreichische Verbindungsstelle in Deutschland um neuerliche Überprüfung und verweist dabei auch auf den ähnlich gelagerten Fall Alfred Weiß, der ebenfalls minderjährig eingebürgert worden sei und später nicht als Deutscher geführt wurde. Im Tonfall des Schreibens ist die Absicht der Landesregierung deutlich herauszuhören:

*„Den Angaben der Frau Reder kann Glauben geschenkt werden. (...) Frau Franziska Reder, die zwei Kinder durch Kriegsereignisse verloren hat, den Mann nach dem Krieg verlor und ihr letztes Kind in italienischer Gefangenschaft weiß, unterlässt begreiflicherweise nichts, um die Freilassung ihres Sohnes zu erwirken. Österreichische Behörden können ihr jedoch nur dann behilflich sein, wenn ihr Sohn die österreichische Staatsbürgerschaft besitzt. Das Amt der o.ö. Landesregierung bittet daher, die Erhebungen in dieser Richtung zu pflegen und von der bayrischen Staatskanzlei die Auskunft einzuholen, ob der Vorbezeichnete als deutscher Staatsangehöriger anzusehen ist, wenn ihm seinerzeit als Minderjährigen die Urkunde über den Erwerb der deutschen Reichsangehörigkeit ohne Zustimmung seines gesetzlichen Vertreters ausgehändigt wurde.“<sup>172</sup>*

Drei Monate später kommt die positive Antwort der Regierung von Oberbayern.

*„Ein Nachweis dafür, dass der Vater des Herr Walter Reder sein Einverständnis erklärt hat, liegt nicht vor. Der Einwand der Mutter des Herrn Walter Reder, dass ihr verstorbener Mann diese Zustimmung nicht gegeben hat, erscheint glaubwürdig. Die Einbürgerungsurkunde vom 28. Dezember 1934 wird daher mangels*

---

<sup>170</sup> Niederschrift vom 26. Juni 1953, OÖLA IKD (StB) 431650, Aktennummer 29.

<sup>171</sup> Vollmacht vom 30. Juni 1953, OÖLA IKD (StB) 431650, Aktennummer 30.

<sup>172</sup> Schreiben der oberösterreichischen Landesregierung an die Österreichische Verbindungsstelle amerikanische Zone Deutschlands vom 30. Juni 1953, OÖLA IKD (StB) 431650, Aktennummer 30.

*der Zustimmung des Vaters zum Einbürgerungsantrag als ungültig betrachtet. Herr Walter Reder ist nach hiesiger Auffassung kein deutscher Staatsangehöriger.*<sup>173</sup>

Damit hätte die Sache auf sich beruhen können, aber offenbar war Reder und seinem Berater diese Feststellung zur Vorlage vor anderen Ämtern und Anspruchsdurchsetzung nicht gewichtig genug. Mit 27. Juli 1954 übernimmt Schachermayr durch eine Vollmacht Reders seine Agenden, um „saemtliche Schritte zur Aufklaerung meiner Staatsbuergerschaft zu unternehmen und diesbeueglich auch saemtliche Schreiben und Bescheide in Empfang zu nehmen“.<sup>174</sup> Kurz darauf, am 12. August 1954, erstellt die oberösterreichische Landesregierung einen Bescheid, der im Innenministerium nur als Provokation aufgefasst werden konnte. Reder wird von Amtswegen zum Österreicher erklärt – mangels Volljährigkeit bei der Übernahme der deutschen Einbürgerungsurkunde und mangels Verurteilung nach österreichischem Strafregister.<sup>175</sup> Seiner Mutter wird eine Abschrift des Bescheids „zur Vorlage beim Landesinvalidenamt bzw. Kriegsopferversorgungsamt“ umgehend übersendet.<sup>176</sup>

Laut Reichmann hatte Schachermayr (den er fälschlicherweise Schachermaier schreibt) dabei die Hände im Spiel: „Der ehemalige Gauinspektor von Oberösterreich, Schachermaier, der am Schicksal Reders besonderen Anteil nahm, erwirkte nun einen Bescheid des Amtes der Oberösterreichischen Landesregierung, demzufolge Reder die österreichische Staatsbürgerschaft besaß, da seine Einbürgerung im Deutschen Reich vor Erreichung seiner Volljährigkeit ohne ausdrückliche Zustimmung seines gesetzlichen Vertreters erfolgt war.“<sup>177</sup> Reichmann schildert in seinen Memoiren einen weiteren Aspekt dieses Rechtsstreites:

*„Nun war mein Hinweis auf die deutsche Staatsbürgerschaft nicht nur durch die Notwendigkeit der Beachtung der Regeln des Völkerrechts bedingt. Ich hatte auch Grund zur Annahme, dass die Frage allfälliger Befehlsüberschreitung bzw. Ausführung gesetzeswidriger Befehle im Kampfe leichter zwischen zwei Verbündeten der NATO eine zufriedenstellende Lösung finden könne, als zwischen einem Neutralen*

---

<sup>173</sup> Schreiben der Österreichischen Verbindungsstelle Amerikanische Zone Deutschland an das Amt der oberösterreichischen Landesregierung vom 12. Oktober 1953, OÖLA IKD (StB) 431650, Aktennummer 32.

<sup>174</sup> Vollmacht vom 27. Juli 1954, OÖLA IKD (StB) 431650, Aktennummer 41.

<sup>175</sup> Bescheid der oberösterreichischen Landesregierung vom 12. August 1954, OÖLA IKD (StB) 431650, Aktennummer 39.

<sup>176</sup> Schreiben der oberösterreichischen Landesregierung an Franziska Reder vom 15. September 1954, OÖLA IKD (StB) 431650, Aktennummer 40.

<sup>177</sup> Reichmann Hans, Vom Fremdenlegionäre zum Botschafter beim Hl. Stuhl, a.a.O., S. 117.

*und einem Mitglied eines militärischen Bündnissystems, deren Beziehungen noch durch unerledigte Probleme belastet werden. Meine Sorge erwies sich als mehr als berechtigt, denn das italienische Außenministerium beantwortete die österreichische Bitte um Begnadigung mit der Bemerkung, dass die italienischen Behörden zu einer wohlwollenden Prüfung der Angelegenheit unter der Bedingung bereit wären, dass dies die letzte offene Frage zwischen beiden Staaten darstellt. Da über die Auslegung der Bestimmung des Gruber-De-Gasperi-Übereinkommens beachtliche Meinungsverschiedenheiten bestanden und auch die Frage der Entschädigung für im italienischen Grenzgebiet enteignete Grundstücke österreichischer Staatsbürger noch ungelöst war, konnte niemals erwogen werden, die italienische Bedingung zu erfüllen, und Reder war auf Grund seiner österreichischen Staatsbürgerschaft nun zusätzlich mit allen österreichisch-italienischen Differenzen belastet und befand sich in einer schlimmeren Lage als früher. Für Herrn Schachermayer waren diese Zusammenhänge schwer zu begreifen, und als ich über Auftrag des Außenministers als zuständiger Abteilungsleiter an der Enthüllung des polnischen Mahnmals im Konzentrationslager Mauthausen teilnahm und einzelne Zeitungen meine Anwesenheit erwähnten, schrieb er sowohl Dr. Figl als auch Staatssekretär Gschnitzer, dass die bisherige Erfolglosigkeit der Bemühungen für Reder nicht erstaunlich sei, da der zuständige Abteilungsleiter der KPÖ angehöre. Ich habe die Antwort der beiden Regierungsmitglieder selbst verfasst; sie waren sicher deutlich genug.*<sup>178</sup>

Das Innenministerium wollte den Bescheid der oberösterreichischen Landesregierung jedenfalls nicht akzeptieren und focht ihn beim Verwaltungsgerichtshof an. Bei der Erarbeitung der Gegenschrift, zu der das Land Oberösterreich acht Wochen Zeit hatte, dürfte Schachermayer nun bereits als ständiger Berater nicht nur Reders, sondern auch der Landesregierung agiert haben. Dafür spricht etwa ein im Staatsbürgerschaftsakt erhaltenes Schreiben des deutschen Rechtsanwalts, Notars und späteren Landesminister in Schleswig-Holstein, Claus Joachim von Heydebreck an Schachermayer, bei dem dieser ihm eine neue Argumentationsstrategie für Reders Staatsbürgerschaftsproblem nahe legt. „Die Zentrale Rechtsschutzstelle in Bonn teilte mir mit Schreiben vom 12. Okt. 1954 mit, dass das Bundesministerium des Inneren nunmehr in Übereinstimmung mit dem Bayrischen Staatsministerium des Inneren Reders deutsche Staatsbürgerschaft verneint hat. Die Österreichische Vertretung in Bonn ist von dieser Entscheidung unterrichtet worden“, schreibt Heydebreck, „nach dieser von uns in letzter Zeit angestrebten eindeutigen Entscheidung muss man nun darauf hoffen, dass die Bemühungen der Österreichischen Regierungsstellen um

---

<sup>178</sup> Reichmann Hans, Vom Fremdenlegionäre zum Botschafter beim Hl. Stuhl, a.a.O., S. 117.

einen Gnadenerweis Erfolg haben.<sup>179</sup> Heydebrecks Brief trägt den handschriftlichen Vermerk „Von Herrn Schachermayr überreicht. 24. 10. 54“. Die Landesregierung greift die Fährte auf und kontaktiert die österreichische Botschaft in Bonn mit der Bitte Auskunft, ob „die Angaben des Rechtsanwaltes C.J. von Heydebreck auf Richtigkeit beruhen“.<sup>180</sup> Die Botschaft holt die Rechtsmeinung der deutschen Verwaltung nun auch per Verbalnote ein und übermittelt die Abschrift<sup>181</sup>. Sie wird zum Fundament der Gegenschrift, die die oberösterreichische Landesregierung vor dem Verwaltungsgerichtshof einbringt. Darin erklärt sie die deutsche Rechtsansicht für Ausschlag gebend, das Land habe sich „damit abzufinden. Die Möglichkeit einer Überprüfung steht ihm (dem früheren Heimatstaat, Anm. B.T.) gar nicht zu.“<sup>182</sup>

Den Verwaltungsgerichtshof überzeugt die oberösterreichische Argumentation nicht. Er hebt den Staatsbürgerschaftsbescheid Reders am 7. Februar 1955 wegen Rechtswidrigkeit auf und erteilt den von Schachermayr unternommen Anstrengungen eine deutliche Abfuhr:

*„Die Einholung einer bezüglichen Stellungnahme der zuständigen ausländischen Behörde im Zuge des Ermittlungsverfahrens war durchaus zweckmäßig. Hiedurch war aber die inländische Behörde nicht der Aufgabe enthoben, die Frage nach der Rechtswirksamkeit der Einbürgerung des Mitbeteiligten (Reder, Anm. B:T,) unter Zugrundelegung der ausländischen Rechtsnormen selbstverantwortlich zu beurteilen und zwar darum, weil der Erwerb einer ausländischen Staatsangehörigkeit nach dem inländischen Staatsbürgerschaftsrecht einen Tatbestand darstellt, der den Verlust der österreichischen Staatsbürgerschaft zur Folge hat und über diese Frage aber von der inländischen Behörde zu entscheiden ist.“<sup>183</sup>*

Das Land Oberösterreich setzt auf stur. Spätestens jetzt war die Causa zur Chefsache geworden, wie aus zwei Aktenvermerken hervorgeht. Landeshauptmann Gleißner und Schachermayr dürften engsten kooperiert haben. „Der Herr Landeshauptmann lässt die beiliegende Eingabe des Stefan Schachermayr mit dem Ersuchen übermitteln, ihm in der Angelegenheit eine Information zukommen zu lassen“<sup>184</sup>, lautet ein Vermerk an die Staatsbürgerschaftsabteilung, datiert mit 21.

---

<sup>179</sup> Schreiben Heydebrecks vom 18. Oktober 1954, OÖLA IKD (StB) 431650, Aktennummer52.

<sup>180</sup> OÖLA IKD (StB) 431650, Aktennummer 53.

<sup>181</sup> Abschrift einer Verbalnote vom 6, Oktober 1954, OÖLA IKD (StB) 431650, Aktennummer57.

<sup>182</sup> Gegenschrift des Landes Oberösterreich, OÖLA IKD (StB) 431650, Aktennummer60 und 61, S. 6.

<sup>183</sup> Urteil des Verwaltungsgerichtshofes vom 7. Februar 1955, OÖLA IKD (StB) 431650, Aktennummer68, S. 3.

<sup>184</sup> Vermerk an die Staatsbürgerschaftsabteilung vom 21. Mai 1955, OÖLA IKD (StB) 431650, Aktennummer 71.

Mai 1955. „Herr Landeshauptmann hat verfügt, dass mit der Erlassung des Bescheids auf Grund der Verwaltungsgerichtshof-Entscheidung vorläufig zugewartet wird, bis die zuständigen Stellen in Deutschland entschieden haben, ob Walter Reder die deutsche Staatsbürgerschaft besitzt (Klärung der Vorfrage). Sollte inzwischen eine Betreibung vom Bundesministerium für Inneres oder vom Auswärtigen Amt einlangen, so wäre Herr Landeshauptmann hievon in Kenntnis zu setzen<sup>185</sup>, wird am 27. Mai festgehalten. Bei der angesprochenen Eingabe handelt es sich um einen Antrag von Reders Anwalt Egbert Mannlicher, „neuerlich bescheidsmäßig festzustellen, dass Herr Walter Reder die österreichische Staatsbürgerschaft besitzt, weil er seinerzeit die deutsche Staatsbürgerschaft nichts rechtswirksam erworben hat.“<sup>186</sup> Als ultimates Beweisstück hat Mannlicher eine Bestätigung des Landratsamtes Dachau<sup>187</sup> aufgetrieben, dadurch ergibt sich für ihn „ein ganz neuer Sachverhalt“<sup>188</sup>. Mannlicher war von 1939 bis 1945 Senatspräsident des Verwaltungsgerichtshofes, nach seiner Internierung von 1946 bis 1947 war er von 1949 bis 1971 als Rechtsanwalt in Salzburg tätig. Er spielte eine Rolle bei der Annäherung zwischen ÖVP und VdU, auf dem Treffen von Oberweis bei Gmunden am 28. Mai 1949 war er als Nachfolger für den parteilosen Justizminister Josef Gerö im Gespräch. Seine Aufgabe wäre es gewesen, die Nationalsozialistengesetze noch vor den Wahlen zu entschärfen.<sup>189</sup> Trotz seiner Nähe zum NS-Regime und seiner Tätigkeit für ehemalige NS-Größen wurde er als blaue Honoration behandelt. Ende November erkundigt sich das Land Oberösterreich bei der Deutschen Wirtschaftsdelegation in Wien, ob die Landesratsämter zur Feststellung in Staatsbürgerschaftsfragen zuständig sind. Die Antwort ist positiv.<sup>190</sup> Am 7. Dezember erlässt Landeshauptmann Gleißner zum zweiten Mal den Bescheid, dass Reder österreichischer Staatsbürger ist, diesmal gestützt auf die Bestätigung des Landesratsamtes Dachau.<sup>191</sup> Damit glaubt die Landesregierung „mit der Rechtsansicht des Verwaltungsgerichtshofes konform zu gehen, der mit seinem Erkenntnis (...) den (ersten Anm. B.T) Bescheid deshalb aufgehoben hat, weil in

---

<sup>185</sup> Aktenvermerk vom 27. Mai 1955, OÖLA IKD (StB) 431650, Aktennummer 72.

<sup>186</sup> Eingabe des Anwalt Mannlicher an das Amt der oberösterreichischen Landesregierung vom 24. November 1955, OÖLA IKD (StB) 431650, Aktennummer 74.

<sup>187</sup> Bestätigung des Landesratsamtes Dachau vom 22. August 1955, OÖLA IKD (StB) 431650, Aktennummer 75.

<sup>188</sup> Eingabe des Anwalt Mannlicher an das Amt der oberösterreichischen Landesregierung vom 24. November 1955, OÖLA IKD (StB) 431650, Aktennummer 74.

<sup>189</sup> Vgl. Rathkolb Oliver, NS-Problem und politische Restauration, a.a.O., S. 83.

<sup>190</sup> Aktenvermerk vom 29. November 1955, OÖLA IKD (StB) 431650, Aktennummer 76.

<sup>191</sup> Bescheid vom 7. Dezember 1955, OÖLA IKD (StB) 431650, Aktennummer 78, hier S. 3.

diesem Zeitpunkt noch kein Verwaltungsakt der zuständigen bayrischen Behörde vorgelegen ist, durch den der Nachweis erbracht war, dass der seinerzeitige Verwaltungsakt der Einbürgerung des Walter Reders mit Wirkung ex tunc aufgehoben ist<sup>192</sup>.

Das Innenministerium beruft dagegen erneut beim Verwaltungsgerichtshof.

Nun passiert etwas Merkwürdiges: Während Reders Anwalt Mannlicher mit Hochdruck erneut an einer Gegenschrift arbeitet und im laufenden Kontakt mit der oberösterreichischen Landesregierung steht<sup>193</sup>, die Regierung von Oberbayern einmal mehr um eine Bestätigung über die Zuständigkeit in Staatsbürgerschaftssachen gebeten wird, zieht das Innenministerium seine Beschwerde am 18. Juli 1956 plötzlich zurück.<sup>194</sup> Damit ist der Weg für Reders österreichische Staatsbürgerschaft endgültig frei.

Er wäre im übrigen möglicherweise auch frei gewesen, wenn der Verwaltungsgerichtshof den Bescheid erneut aufgehoben hätte, weil der Nationalrat Anfang Februar des Jahres eine Novelle zum Nationalsozialistengesetz verabschiedet hat, die es belasteten Personen ermöglicht, wieder Österreicher zu werden.<sup>195</sup> Das war der Auftakt zu einer Reihe von Amnestiegesetzen.<sup>196</sup> „Wenn dadurch auch die österreichische Staatsbürgerschaft bei Personen, die sie auf Grund der im NS-Gesetz verankerten Bestimmungen verloren haben, nicht wieder ex lege aufleben wird, so besteht doch nach Inkrafttreten der Novelle für diejenigen, welche auf Grund der NS-Gesetze vom Besitz und Erwerb der österreichischen Staatsbürgerschaft ausgeschlossen waren, die Möglichkeit, die Staatsbürgerschaft nach Maßgabe der Bestimmungen des StGB 1949 wieder zu erwerben“, heißt es in einer internen, noch vor dem Rückzieher des Innenministeriums verfassten „Information für den Landeshauptmann“.<sup>197</sup> Der Verfasser ging noch davon aus, dass „mit der Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes vor Ende dieses Jahres

---

<sup>192</sup> Schreiben der oberösterreichischen Landesregierung an das Innenministerium vom 22. Dezember 1955, OÖLA IKD (StB) 431650, Aktennummer 83.

<sup>193</sup> Briefverkehr zwischen Mannlicher und Oberregierungsrat Dr. Klachler, vgl. dazu die nicht mehr mit Nummern geordneten Aktenstücke nach Aktennummer 88 im OÖLA IKD (StB) 431650.

<sup>194</sup> Beschluss des Verwaltungsgerichtshofes vom 18. Juli 1956, OÖLA IKD (StB) 431650, ohne Aktennummer.

<sup>195</sup> Bundesverfassungsgesetz, womit staatsbürgerschaftliche Bestimmungen geändert werden, vom 8. Februar 1956, BGBl. 24/1956

<sup>196</sup> (Vermögensverfallamnestiegesetz) vom 18. Juli 1956, BGBl. 155/1956, (NS-Amnestie 1957) vom 14. März 1957, BGBl. 82/1957 Vgl. dazu Bailer Brigitte, Wiedergutmachung kein Thema. Österreich und die Opfer des Nationalsozialismus, Wien 1993, S. 255 ff.

<sup>197</sup> Information für den Landeshauptmann vom 14. Februar 1956, ohne Autor, OÖLA IKD (StB) 431650, ohne Aktennummer.

kaum gerechnet werden kann“, deswegen sei zu „befürchten, dass der Fall Reder noch lange nicht seine Erledigung finden wird.“<sup>198</sup>

Die Frage bleibt, warum das Innenministerium plötzlich einlenkt, obwohl es doch davor sehr kämpferisch gegen Reder und das Land Oberösterreich vorgegangen war. Hans Reichmann schildert in seinem Erinnerungsband dazu folgendes:

*„Das Bundesministerium für Inneres focht diesen Bescheid beim Verwaltungsgerichtshof an, der ihn vollinhaltlich aufhob, doch das Amt der Oberösterreichischen Landesregierung stellte ihn ein zweites Mal unverändert aus, worauf der zuständige Abteilungsleiter des Innenministeriums neuerlich den Verwaltungsgerichtshofes befasste. Kurze Zeit später wurde er (der zuständige Abteilungsleiter, Anm.) zu Bundesminister Helmer befohlen, der ihm nahelegte, seinem Freund, dem Landeshauptmann von Oberösterreich, keine Schwierigkeiten zu bereiten und die Beschwerde zurückzuziehen, eine Weisung, der nachzukommen war.“<sup>199</sup>*

Dieser denkwürdige Vorgang lässt sich auch aus Akten des Stiftung Bruno Kreisky Archivs nachvollziehen. Reder hatte im Sommer 1953 auch an Ernst Koref, damals Bürgermeister von Linz (SPÖ) und Bruno Kreisky, damals Staatssekretär im Außenministerium, Briefe mit der Bitte um Begnadigungsansuchen geschrieben.<sup>200</sup> Die beiden Sozialdemokraten stimmen sich brieflich über die weitere Vorgangsweise ab. Deutlich ist in diesen Akten die Zurückhaltung Kreiskys im Falle Reder zu spüren, eine Distanz, die später nicht mehr vorhanden sein wird. Koref schreibt Kreisky am 6. November 1954, also zur Zeit, als die oberösterreichische Landesregierung erstmals gegen den Bescheid des Verwaltungsgerichtshofes auftrat, dass „sicherem Vernehmen nach Landeshauptmann Dr. Gleißner die Absicht hat, zu Gunsten Reders bei Außenminister Figl zu intervenieren. Der Landeshauptmann will Außenminister Figl dazu bewegen, für die Zurückziehung der Klage beim Verwaltungsgerichtshof einzutreten, weil diese nach Auffassung von Frau ORR Dr. Klachler, die zuständige Sachreferentin beim Amt der o.ö. Landesregierung ist, auf schwachen Beinen steht.“<sup>201</sup> Kreisky antwortet eine Woche später, dass „der von Dir avisierte Schritt Landeshauptmann Gleißners bei BM Figl mittlerweile erfolgt ist. Die öst. Botschaft

---

<sup>198</sup> Ebenda.

<sup>199</sup> Reichmann Hans, Vom Fremdenlegionäre zum Botschafter beim Hl. Stuhl, a.a.O., S. 117. Vgl. ebenfalls Information vom 17. Mai 1962 mit der Zl.226.219-11/62 unter Bezugnahme auf Ho.Zlen 564.804-RA/56 und 610.564-RA/56, STBKA VII.2 BMAA (1959-1966) Box 38.

<sup>200</sup> Reder an Kreisky vom 27. Juli 1953, STBKA VII.2 BMAA (1959 – 1966) Box 38. In diesem Brief bezieht sich Reder auf ein Schreiben an Koref vom 18. April 1953.

<sup>201</sup> Koref an Kreisky vom 8. November 1954, STBKA VII.2 BMAA (1959 – 1966) Box 38.

in Rom wurde beauftragt, bei den zuständigen Stellen im dem Sinn vorstellig zu werden, dass Walter Reder aus Menschlichkeitsgründen im Zuge einer Weihnachtsamnestie eines Gnadenaktes teilhaftig wird.<sup>202</sup>

Kreisky Antwort auf Reders langen Brief, den er ihm am 27. Juli 1953 geschrieben hatte, ist karg. Reder hatte ihm versichert, dass sein „sehr geschätztes Interesse nicht einem „Kriegsverbrecher“ gilt, sonder einem Menschen, der seinen Blutzoll im Krieg leistete, über acht Jahre in Gefangenschaft sich schon befindet, von einem ausländischen Militärtribunal zu Unrecht verurteilt wurde, und der den einen Wunsch hat, in die Heimat bald zurückkehren zu können, um seiner alten, kranken und hilflosen Mutter als Ernährer und einstig verbliebenes Kind endlich zur Seite stehen (...) zu können.“<sup>203</sup> Er lässt nur sein Sekretariat den Eingang Reders schreiben bestätigen.<sup>204</sup> In dem dazugehörigen Außenamtsakt ist übrigens auch vom „wegen schwerster Kriegsverbrechen in Italien inhaftierten ehemaligen SS Major Walter Reder“ die Rede, nicht vom „letzten Kriegsgefangenen.“

### **Ein Vergleich: Wiesenthals Staatsbürgerschaftsakt**

Wie willkürlich die oberösterreichische Landesregierung im Fall der Staatsbürgerschaftsfrage Reders handelt, zeigt der Vergleich mit dem Staatsbürgerschaftsakt Simon Wiesenthals, der kurz zuvor abgehandelt wurde. Hier wurde all der Aufwand betrieben, die bei Reder unterblieben waren – bis hin zu Nachfragen nach der Mitgliedschaft in der NSDAP, was bei einem jüdischen Verfolgten des NS-Regime nur als blanker Hohn gewertet werden kann. Wiesenthal, seiner Frau Cäcilia und seiner Tochter Paulina wurde die österreichische Staatsbürgerschaft am 4. August 1953 verliehen, nachdem er sie am 27. Mai 1952 beantragt hatte.<sup>205</sup> Gleißner, bei dem Wiesenthal persönlich vorgesprochen hatte, befürwortete die Verleihung zwar.<sup>206</sup>

Aber die gleiche oberösterreichische Landesregierung, die im Falle Reder mit dem Innenministerium in einen Rechtsstreit um die Zulässigkeit dessen österreichischer Staatsbürgerschaft ging, fragte im Falle Wiesenthal im Innenministerium an, ob es

---

<sup>202</sup> Kreisky an Koref vom 16. November 1954, STBKA VII.2 BMAA (1959 – 1966) Box 38.

<sup>203</sup> Reder an Kreisky vom 27. Juli 1953, STBKA VII.2 BMAA (1959 – 1966) Box 38.

<sup>204</sup> Vgl. Entwurf eines Antwortschreibens vom 5. September 1953, STBKA VII.2 BMAA (1959 – 1966) Box 38.

<sup>205</sup> Antrag an die oberösterreichische Landesregierung vom 27. Mai 1952. OÖLA, IKD Stb 431651. Keine Aktenzahl.

<sup>206</sup> Befürwortung vom 30. Mai 1952. OÖLA, IKD Stb 431651. Keine Aktenzahl.



Bedenken gegen seine Einbürgerung gäbe. Es gab keine.<sup>207</sup> Die gleiche oberösterreichische Landesregierung, die Reders nationalsozialistische Biografie in ihren Akten verschweigt, fertigt von Wiesenthal „im Sinne des Erlasses der o.-ö. Landeshauptmannschaft in Linz, II. Verff.–26/26–1946“<sup>208</sup> einen Erhebungsbericht an, in dem er angeben musste, ob er sich „zur Registrierung als Nationalsozialist gemeldet“ hatte.<sup>209</sup> Der Fragebogen „zu dem Ansuchen um Erwerbung der österreichischen Staatsbürgerschaft“ des Linzer Magistrats war noch genauer. „Mitglied der NSDAP? Eintrittstag? Parteianwärter? Funktionen in der NSDAP? Mitglied der/des SS? SA? NSKK? NSFK? Parteiauszeichnungen? Mit welchem Betrag wurden die NSDAP, ihre Gliederungen und angeschlossenen Verbände zwischen 1. 7. 1933 und 13. 3. 1938 unterstützt?“<sup>210</sup> Reder hätte hier vieles auszufüllen gehabt.

Er und seine Frau mussten im Vorfeld des von den Behörden ohnehin einzuholenden Strafregisterauszuges erklären, keine Vorstrafen zu haben. Sie brachten Aufenthaltsnachweis, Führungszeugnis sowie eine eidesstattliche Erklärung bei, „dass ich bisher bei der zuständigen Heimatbehörde nicht um die schriftliche Genehmigung zur Beibehaltung der deutschen Staatsangehörigkeit angesucht habe und auch in Zukunft nicht ansuchen werde“<sup>211</sup> – obwohl sie laut Wiener Strafregisteramt zuvor im Besitz der polnischen Staatsbürgerschaft waren<sup>212</sup>, laut Bundespolizeidirektion Linz im Besitz der israelischen<sup>213</sup>, auf einem anderen Aktenstück ist Wiesenthal als „staatenlos“ vermerkt<sup>214</sup>. Wiesenthal hatte zuvor einschüchternde Verzichtserklärungen unterschreiben müssen, in denen er „zur Kenntnis„ nahm, dass „die etwaige Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft weder mich, noch die mir in die österreichische Staatsbürgerschaft folgenden Personen berechtigt, aus dem Titel dieser Verleihung irgendwelche Gehalts-, Pensions-, Renten- oder sonstige öffentlichrechtliche

---

<sup>207</sup> Schreiben des Innenministeriums an die oberösterreichische Landesregierung vom 10. Juli 1953. OÖLA, IKD Stb 431651. Keine Aktenzahl.

<sup>208</sup> Schreiben des Magistrats der Landeshauptstadt Linz vom 22. Juli 1952 GZ.01-11/2, OÖLA, IKD Stb 431651. Keine Aktenzahl.

<sup>209</sup> Erhebungsbericht vom 14. Juli 1952, OÖLA, IKD Stb 431651. Keine Aktenzahl.

<sup>210</sup> Fragebogen vom 14. Juli 1952, OÖLA, IKD Stb 431651. Keine Aktenzahl.

<sup>211</sup> Eidesstattliche Erklärung vom 24. Mai 1952 mit Wiesenthals Unterschrift. OÖLA, IKD Stb 431651. Keine Aktenzahl.

<sup>212</sup> Vorstrafenauskunft vom 17. Juli 1953, IKD Stb 431651. Keine Aktenzahl.

<sup>213</sup> Staatsbürgerschaftsansuchen Wiesenthals von der Bundespolizeidirektion Linz an die Sicherheitsdirektion für O.Ö. vom 31. Juli 1952, IKD Stb 431651. Keine Aktenzahl.

<sup>214</sup> Befürwortung des Landeshauptmanns zu Wiesenthals Einbürgerung vom 20. Mai 1952, IKD Stb 431651. Keine Aktenzahl.

Ansprüche an den österreichischen Staat (Länder, Bezirke, Gemeinden, öffentlichrechtliche Körperschaften usw.) jemals zu stellen“.<sup>215</sup>

Wiesenthal bezahlte 1000 Schilling Landesverwaltungsabgabe, und 2000 Schilling Finanzgebühr, um seinen österreichischen Pass zu bekommen.<sup>216</sup> Sein damaliges Gehalt betrug monatlich 1500 Schilling, wie eine ebenfalls dem Staatsbürgerschaftsakt beigelegte Bestätigung seines damaligen Arbeitgebers, des Jüdischen Zentralkomitees für die amerikanische Zone in Österreich, beweist.<sup>217</sup>

### **Geldflüsse: Überweisungen an den „ehemaligen Kriegsgefangenen“**

Für Reder war die Wiedererlangung der österreichischen Staatsbürgerschaft nicht mit Kosten verbunden, im Gegenteil. Der Staatsbürgerschaftsbescheid vom 7. Dezember 1955 ermöglichte es, ihm eine Beschädigtenversorgung nach dem Kriegsopferversorgungsgesetz zukommen zu lassen.<sup>218</sup> Damit war auch der Weg frei für eine Elternrente nach dem Kriegsopferversorgungsgesetz für Reders Mutter Franziska, um die sie am 5. November 1958 angesucht hatte.<sup>219</sup> Auch die Österreichische Botschaft in Rom wurde von den neuen Verhältnissen unterrichtet. Sie konnte die Umsorgung Reders jetzt wieder voll und ganz übernehmen.

Geldflüsse, nicht nur aus Oberösterreich, an Reder gab es aber schon vor lange davor. „Trotz der Vergangenheit Reders und der ihm zu Last gelegten Verbrechen“ und „hauptsächlich zufolge zahlreicher Interventionen“ zahlte das österreichische Außenministerium Reders Anwaltskosten für das Verfahren in Bologna und das Berufungsverfahren. Zu den damaligen Fürsprechern Reders zählten Alfons Gorbach, Ernst Koref, Herbert Kraus, Landeshauptmann Gleißner, Erzbischof Andreas Rohrer und Bischof Alois Hudal, der ein ausgesprochen zwiespältiges Verhältnis zum Nationalsozialismus hatte und als „Hoftheologe“ der Bewegung

---

<sup>215</sup> Revers mit Wiesenthals Unterschrift, undatiert. OÖLA, IKD Stb 431651. Keine Aktenzahl.

<sup>216</sup> Urkunde über die Verleihung der Staatsbürgerschaft, OÖLA, IKD Stb 431651. Keine Aktenzahl.

<sup>217</sup> Bestätigung des Jüdischen Zentralkomitees für die amerikanische Zone in Österreich vom 21. Mai 1952, OÖLA, IKD Stb 431651. Keine Aktenzahl.

<sup>218</sup> Schreiben des Landesinvalidenamtes für Oberösterreich an die oberösterreichische Landesregierung, 21. Dezember 1964, sowie Antwort darauf vom 23. Dezember 1964. Beilagen zum Akt IKD (Stb) 431650 des ÖOLA. Vgl. zum Thema auch: Foster David, Die Opfer der NS\_militärgerichtsbarkeit und die Zweite Republik. Fürsorge und Entschädigung, in: Manoschek Walter (Hg.), Opfer der NS-Militärjustiz. Urteilspraxis – Strafvollzug – Entschädigungspolitik in Österreich, Wien 2003, S. 651 – 703, insbesondere S. 674.

<sup>219</sup> Schreiben der oberösterreichischen Landesregierung an die Schiedskommission beim Landesinvalidenamt vom 20. November 1958, Beilage zum Akt IKD (Stb) 431650.

galt. Für Reders beide Anwälte wurden 400.000 Lire pro Verfahren ausgelegt, in Summe also etwa 34.000 Schilling.<sup>220</sup>

Am 10. Jänner 1952 sucht die Kriegsgefangenenfürsorge der Oberösterreichische Landesregierung bei der österreichischen Nationalbank um eine Bewilligung an, um Monat für Monat 3000 Lire an Reder zu senden. Die Bewilligung trägt die Nummer 300.913/52. Als Empfänger ist „Reder, Walter, Bologna, Via dei Chiari 8, Carcere Militare“ angeführt. Als Grund wird die „Unterstützung eines in Italien inhaftierten Oberösterreichers (ehem. Kgf.)“ angeführt.<sup>221</sup> Ab 1. Jänner 1953 erfolgte die Verrechnung der 3000 Lire über das Dollarkonto „Italien B“ der Nationalbank, der Empfänger befand sich inzwischen in „Reclusorio Militare Gaeta (Latina), Italien“ und verfügt laut Unterlagen über eine Bankverbindung bei der „Ufficio Italiano dei Cambi, Rom“. Der Betrag wurde bar hinterlegt.<sup>222</sup>

Im Sommer 1955 wird die Versorgung Reders mit dem monatlichen Taschengeld von 3000 Lire von der Oberösterreichischen Heimathilfe übernommen. Die Anweisungen vom Konto 11.240 der Oberösterreichischen Heimathilfe beauftragt durch die oberösterreichische Landesregierung erfolgen monatlich, für jedes Monat ist ein eigener Akt angelegt worden. Nicht für jeden Monat sind die Belege erhalten. In den internen Akten lief die Aktion auch weiterhin unter „Geldüberweisung an einen ehemaligen Kriegsgefangenen“.<sup>223</sup> Die regelmäßigen Zahlungen, dann in der Höhe von 200 Schilling und per Dauerauftrag, beginnen mit Jänner 1958. 1974 wurde der Dauerauftrag widerrufen, weil sich die Heimathilfe auflöste. Reder wurde an die Sozialhilfe weitergegeben. „Es wird ersucht, ab Jänner 1975 die Betreuung des Kriegsgefangenen Major Walter Reder zu übernehmen,“ wies die oberösterreichische Landesregierung an. Damals wurde auch der – der Autorin erstmals zugänglich gemachte – Sozialhilfeakt Reders<sup>224</sup> angelegt, der diese Geldtransfers nachvollziehbar macht.

Reder wollte auch in den 1960er Jahren weiterhin seine Beschädigtenversorgung nach dem Kriegsoferversorgungsgesetz bekommen. Das lässt sich aus einem Ansuchen des oberösterreichischen Landesinvalidenamtes an die

---

<sup>220</sup> Lt. Information vom 17. Mai 1962 mit der Zl.226.219-11/62 unter Bezugnahme auf Zl.174.965-6R8/54, STBKA VII.2 BMAA (1959-1966) Box 38.

<sup>221</sup> Prot. Nr. 301188 und 300.913/52 im Akt SH 2872 (1974) Walter Reder im Oberösterreichischen Landesarchiv

<sup>222</sup> Prot. Nr. 324.413/52 im Akt SH 2872.

<sup>223</sup> Vgl. Überweisungsbelege im Akt SH 2872 (1974) Walter Reder im Oberösterreichischen Landesarchiv.

<sup>224</sup> Oberösterreichisches Landesarchiv, Akt SH 2872 (1974).

oberösterreichische Landesregierung vom 21. Dezember 1964, dem Jahr, als der Haftbefehl gegen Reder zurückgezogen wurde, herauslesen. Das Landesinvalidenamts ersucht um die Ermittlungen des Staatsbürgerschaftsbescheids Reders. Zwei Tage später, am 23. Dezember 1964, kommt die Antwort mit dem Vermerk „Sofort-Heute“, inklusive einer Kopie des Bescheids vom 7. Dezember 1955, Zahl StB – 5338/4 –1955.<sup>225</sup> Nach Medienberichten nach seiner Freilassung wurde ihm diese Rente wegen seiner Kriegsverletzung zwar zuerkannt, gleichzeitig jedoch ihr Ruhen ausgesprochen, weil er als Kriegsverbrecher in Haft saß. 1967 intervenierte der Kriegsofopferverband beim Landesinvalidenamts für Wien, Niederösterreich und Burgenland um Reders Rente. Weil die Zahlungen erst nach der Haftzeit beginnen sollten, legte Reders Anwalt Beschwerde beim Verwaltungsgerichtshof ein. Der sah Reder, basierend auf einer Note des Außenministeriums, das damals von Kurt Waldheim geleitet wurde, als Kriegsgefangenen an und erkannte ihm deshalb 1970 seinen Rentenanspruch zu. 1985, nach seiner Rückkehr nach Österreich, hatte Reder einen monatlichen Anspruch von 7.125 Schilling.<sup>226</sup>

Es gab keinen oberösterreichischen Landeshauptmann, der das Andenken Reders nicht pflegte. Der Satz Wiesenthals, dass wer Reder heimholt, die Nazistimmen holen kann, galt sicher auch hier. Die oberösterreichische ÖVP pflegte ihre Kontakte zur FPÖ. Nach den Landtagswahlen 1967 war es die FPÖ unter Friedrich Peter und ihre zwei Mandate, die die Wiederwahl Gleißners zum Landeshauptmann ermöglichte. Die ÖVP hatte damals nur 45,2 Prozent der Stimmen erreicht, die SPÖ 46 Prozent. Josef Ratzenböck erbot Reder beispielsweise jährlich Weihnachtswünsche. 1978 tat er das in einem persönlichen Schreiben „zum bevorstehenden Weihnachtsfest und Jahreswechsel die aufrichtigsten Glück- und Segenswünsche“. Wörtlich schrieb er: „Ich darf Ihnen bei dieser Gelegenheit versichern, dass wir sie nicht vergessen und uns weiterhin um Ihre erhoffte Rückkehr in die Heimat besonders einsetzen werden.“<sup>227</sup> Ratzenböck erklärte sein Engagement im Jahre 1985 folgendermaßen: „Weil Reder Oberösteirischer ist, der

---

<sup>225</sup> Schreiben des Landesinvalidenamts für Oberösterreich an die oberösterreichische Landesregierung, 21. Dezember 1964, sowie Antwort darauf vom 23. Dezember 1964. Beilagen zum Akt IKD (Stb) 431650 des ÖOLA.

<sup>226</sup> Reders rechte Hand (profil 7/1985), a.a.O., S. 13 – 14. Vgl. auch Bailer Brigitte, Wiedergutmachung kein Thema, a.a.O., S. 268. Bailer bezieht sich auf einen Artikel der Volksstimme vom 6. Februar 1985 und nennt als monatliche Zahlung 7.315 Schilling. Zu diesem Vorgang finden sich leider keine Unterlagen im ÖOLA.

<sup>227</sup> Ausschnitt der Oberösterreichische Nachrichten vom 30. Jänner 1985, Depot Sepp Wille, a.a.O.

eine langjährige Strafe verbüßt und seine Begnadigung verdient hat.”<sup>228</sup> Die Turbulenzen bei Reders Rückkehr missfielen ihm: „Im Interesse Reders hätte die Überstellung unauffällig passieren müssen. Am meisten leidet doch Reder darunter, wenn er nach 40 Jahren noch einmal an den Pranger gestellt wird.”<sup>229</sup> Und der Linzer SPÖ-Bürgermeister Franz Hillinger schickte Reder regelmäßig die Stadtzeitung „Linz aktiv” mit „ein paar Zeilen”. Laut dem selbst ernannten Rednerbiographen Robert H. Drechsler sahen sie wie folgt aus: „Ich bedauere es außerordentlich, dass Reder trotz so vieler Interventionen, vor allem von Bundeskanzler Kreisky, nicht freikommt. (...) Ich betreue Reder seelisch in Briefen und sende ihm Veröffentlichungen über Linz.”<sup>230</sup>

Ab dem Jahr 1956 intensivieren sich die Interventionen für Reders Begnadigung und bekommen hochoffiziellen Charakter. Reder wird vom Innsbrucker Anwalt Guido Jakoncig vertreten, ehemals Handels- und Verkehrsminister im Kabinett Dollfuß. Am 6. Dezember 1957 fällt der Nationalrat auf Antrag des FPÖ-Abgeordneten Helfried Pfeifer den Entschließungsantrag, „alle ehemaligen Offiziere, Soldaten und Zivilpersonen österreichischer Staatsbürgerschaft oder Herkunft, die jetzt, mehr als zwölf Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges noch immer in ausländischer Haft gehalten werden, endlich freigelassen und repatriert werden. Im besonderen wird auf den Fall des schwer kriegsversehrten und kranken Major Walter Reder verwiesen, der sich noch immer in italienischer Kerkerhaft befindet.“ Alle bis auf die kommunistischen Abgeordneten stimmen dafür.<sup>231</sup> Im April und im November 1958 intervenierte Bundeskanzler Julius Raab für Reder, ebenso Außenminister Leopold Figl.<sup>232</sup>

Am 5. September 1959 einigte sich die Regierung per Ministerratsbeschluss darauf, den Außenminister zu ermächtigen, den Bundespräsidenten zu ersuchen, an den italienischen Staatspräsidenten das Ersuchen zu stellen, Reder zu begnadigen.<sup>233</sup> „In Laufe der letzten sieben Jahre hat nicht nur die österreichische Botschaft in Rom zahllose Interventionen zur Gunsten Reders vorgenommen, sondern auch

---

<sup>228</sup> Reders rechte Hand (profil 7/1985), a.a.O., S. 13 – 14.

<sup>229</sup> Reders rechte Hand (profil 7/1985), a.a.O., S. 13 – 14.

<sup>230</sup> Zitiert nach Reders rechte Hand (profil 7/1985), a.a.O., S. 13 – 14.

<sup>231</sup> Stenographisches Protokoll der 41. Sitzung vom 3. Dezember 1957, S. 1615 (Onlinequelle [http://www.parlament.gv.at/PG/DE/VIII/NRSITZ/NRSITZ\\_00041/imfname\\_157193.pdf](http://www.parlament.gv.at/PG/DE/VIII/NRSITZ/NRSITZ_00041/imfname_157193.pdf)), vgl. auch Vgl. Brief Pfeifers an Kreisky vom 2. September 1959, STBKA VII.2 BMAA (1959-1966) Box 38.

<sup>232</sup> Brief Kreisky an Jochmann vom 6. September 1960, STBKA VII.2 BMAA (1959-1966) Box 38.

<sup>233</sup> Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten, Mündlicher Vortrag an den Ministerrat vom 5. September 1959, STBKA VII.2 BMAA (1959-1966) Box 38.

maßgebliche österreichische Persönlichkeiten haben keine Gelegenheit versäumt, um schriftlich und zumeist auch persönlich die Angelegenheit bei den führenden italienischen Politikern (...) zur Sprache zu bringen. Außerdem ist im Frühjahr der österreichische Botschafter beim HI. Stuhl beauftragt worden, ein Gnadengesuch der Mutter Reders an den Papst weiterzuleiten. Obwohl seitens der Italiener mehr oder minder vage Versprechungen gemacht wurden, haben die Interventionen leider kein konkretes Resultat ergeben“, heißt es im Ministerratsvortrag Bruno Kreiskys einleitend.<sup>234</sup> „Damit ist das Maximum dessen geschehen, was geschehen kann. Ich will ausdrücklich betonen, dass ich es der alten Mutter zuliebe tue und dass niemandem gedient ist, wenn der Mann noch länger in Haft ist. Die günstigen Informationen über den Mann können aber nicht seine leider nachgewiesene furchtbare Tätigkeit aus der Welt schaffen“, schreibt Kreisky an Koref.<sup>235</sup> Im Oktober 1959 schrieb Bundespräsident Adolf Schärp dann einen Brief an den italienischen Staatspräsidenten Giovanni Gronchi. Dieser reagierte Monate lang gar nicht. „Sonderbar“, wundert sich Schärp gegenüber Kreisky.<sup>236</sup> Im November 1959 wendet sich Salzburgs Erzbischof Andreas Rohrer an das Vatikanische Staatssekretariat, auch ihm hatte Reder geschrieben.<sup>237</sup> Im März 1960 folgte eine schriftliche Intervention durch Botschafter Max Löwenthal.<sup>238</sup> Am 21. Mai 1960 erteilte der italienische Präsident dem Gnadengesuch eine Abfuhr, wie Schärp Bundeskanzler Raab am 21. Juli des gleichen Jahres mitteilte.<sup>239</sup> Im übrigen nicht ohne der Bemerkung, dass man die österreichischen Interventionen zum Anlass genommen habe, Reders Gesundheitszustand zu überprüfen und dabei bloß eine chronische Gastritis und ein Zwölffingerdarmgeschwür zutage kam, letzteres wolle Reder sich aber nicht entfernen lassen. Er glaubte damals noch, dass seine Begnadigung unmittelbar bevorstehe und er die Operation in bald in Freiheit

---

<sup>234</sup> Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten, Mündlicher Vortrag an den Ministerrat vom 5. September 1959, STBKA VII.2 BMAA (1959-1966) Box 38.

<sup>235</sup> Kreisky an Koref vom 11. September 1959, STBKA VII.2 BMAA (1959-1966) Box 38.

<sup>236</sup> Schärp an Kreisky vom 23. Februar 1960, STBKA VII.2 BMAA (1959-1966) Box 38.

<sup>237</sup> Brief Rohrer an Reder vom 23. Mai 1960.

<sup>238</sup> Schärp an Raab vom 21. Juli 1960, STBKA VII.2 BMAA (1959-1966) Box 3, vgl. auch Interventionsliste, Depot Sepp Wille, a.a.O., S. 1.

<sup>239</sup> Schreiben der Bundespolizei Linz an das Landesgericht Linz am 26. August 1960 mit dem Vermerk „Dringend“, abgelegt im Tagebuch der Staatsanwaltschaft Linz, ÖOLA, LG Linz Sondergerichte Politische Gerichtsakten 1960 390/60 Sch.1025. Darin hält der Polizeidirektor auch fest: „Damit verlief das Ersuchen des Herrn Bundespräsidenten an den Präsidenten der italienischen Republik um Überprüfung der Möglichkeit einer Begnadigung Reders negativ. Von Personen, die mit Reder in Verbindung stehen, wurde außerdem erklärt, dass in diesem Jahre keinesfalls mit einer Entlassung gerechnet werden könne. Bemerkte wird, dass sich die Verhandlungen bezüglich einer vorzeitigen Entlassung auf diplomatischem Wege abspielen.“

vornehmen könne, berichtete ein Diplomat der österreichischen Botschaft in Rom, der ihn am 16. August 1960 aufsuchte.<sup>240</sup>

1962 verlangte die FPÖ „Portofreiheit“ für Reder<sup>241</sup>. Laut einem der Reder-Hagiografen aus dem rechtsextremen Umfeld konnte Reder ab dem 22. Juli 1963 seine Post nach Österreich, Schweiz, Deutschland und Italien als „Kriegsgefangenenpost“ verschicken bzw. an ihn verschickt werden.<sup>242</sup> Die Postdirektion Salzburg erstatte der Kameradschaft IV die Portokosten für Geschenksendungen zur „Julfeier“ an ihn, berichtete „Neues Österreich“ am 21. Februar 1962 unter Berufung auf die in Klagenfurt erscheinende Zeitschrift „Die Kameradschaft“. Dort wird Reder übrigens als „unser Kamerad Bubi Reder“ bezeichnet, und er formuliert „Das Wissen, auf meinem derzeitigen südlichen Vorposten von Euch Getreuen in der Heimat nicht vergessen zu sein...“.<sup>243</sup> Reder war bei Kreiskys Treffen mit dem italienischen Außenminister Attilio Piccioni in Genf im Oktober 1963 ebenso Thema wie im Mai 1964 bei einem Treffen mit Außenminister Giuseppe Saragat in Genf, bei der es um die Südtirolproblematik ging.<sup>244</sup> Selbst die Übermittlung eines Gesundheitsattests von Reders Mutter, das ihren labilen Zustand dokumentierte, erweichte die italienischen Behörden nicht.<sup>245</sup>

### **Der Mythos Reders verfestigt sich: Interventionen unter Kanzler Josef Klaus**

Unter der Kanzlerschaft Josef Klaus, die am 2. April 1964 begann, konzentrierten sich alle Kräfte auf ein Begnadigungsersuchen für Reder beim am 28. Dezember 1964 zum Staatspräsidenten gewählten Saragat. Klaus war offenbar fest überzeugt, dass das der richtige Weg ist – entgegen der Meinung des österreichischen Vertreters in Italien. Er ordnete Sondierungen dieser Frage an. Die Einschätzung des österreichischen Botschafters in Rom dazu, basierend auf einem Gespräch mit

---

<sup>240</sup> Auszug aus einem Bericht der österreichischen Botschaft über den Besuch eines diplomatischen Funktionärs der Österreichischen Botschaft in Italien bei dem inhaftierten Major a.D. Walter Reder, STBKA VII.2 BMAA (1959-1966) Box 38.

<sup>241</sup> Die Braunen kommen aus den Schlupflöchern“ (profil 8/1985), a.a.O., S.11.

<sup>242</sup> Robert H. Drechsler, In memoriam Walter Reder, a.a.O., S. 128. Dazu existiert auch ein Vermerk Reders vom 26. April 1985, in dem er behauptet, dass es ein Schreiben der Generaldirektion für die Post – und Telegraphenverwaltung vom 8. August 1963 gibt (B.M.Zl. 12813-6/1983), wonach er nach Auskunft des italienischen Außenministeriums als Kriegsgefangener zu betrachten sei.

<sup>243</sup> Hacker Walter, Kriegsverbrecher Bubi, in: Hacker Walter, Warnung an Österreich, a.a.O., S. 119 – 122 (Abdruck eines Artikels aus „Neues Österreich“ vom 21. Februar 1962).

<sup>244</sup> Dienstzettel Interventionen des Herrn Bundesministers für Walter Reder vom 7. April 1964, STBKA VII.2 BMAA (1959-1966) Box 38. Vgl. auch Interventionsliste, Depot Sepp Wille, a.a.O., S. 1.

<sup>245</sup> Aktennotiz vom 7. April 1964, STBKA VII.2 BMAA (1959-1966) Box 38.

einem Berater des Präsidenten, war eindeutig. „Tatsächlich halte ich eine Begnadigung Reders derzeit aus innenpolitischen Gründen für ausgeschlossen, weil der Präsident (und faktisch auch die Regierung) sich der äußersten Linken gegenüber nicht diese „Blöße“ geben können“.<sup>246</sup> Kreisky beauftragt Löwenthal entsprechend Klaus Wunsch dennoch mit konkreten Sondierungen. „Sondage heute bei Malfatti durchgeführt“, rapportiert Löwenthal, um dann ein wenig erfreuliches Szenario zu zeichnen: Eine Begnadigung Reders würde innenpolitisch einen „ganz großen Wirbel“ auslösen, die Regierung würde sich nicht weniger exponieren als durch ein Entgegenkommen in der Südtirolfrage. Eine „für Österreich peinliche Pressekampagne“ wäre die Folge, denn Marzabotto stünde stellvertretend für das „schwerste in Italien begangene Kriegsverbrechen“. Löwenthal zeichnet deutlich die Gefahr für Österreichs Rolle als Opfer Nazi-Deutschlands: „Während hier im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg in der Regel an ‚die bösen Deutschen und die guten Österreicher‘ gedacht werden würde breitgetreten werden, dass gerade der ärgste Kriegsverbrecher ein Österreicher war.“ Weiters spreche das Zusammenfallen mit der Südtirolproblematik dagegen: „Wir sollten uns also fragen, ob es zweckmäßig ist, der italienischen Regierung eine schwere innenpolitische Belastung gerade in dem Zeitpunkt zuzumuten, wo wir uns um die Lösung eines Problems bemühen.“<sup>247</sup> Löwenthal erwähnt noch die Möglichkeit, die Form eines besonders dringenden Schreibens an den Präsidenten zu wählen, dessen negative Beantwortung nicht publik werden könne. „Ich bitte um Weisung, ob ich unter diesen Umständen bei der mir vom Präsidenten eindeutig im Zusammenhang mit dem Südtirolproblem gewährte Aussprache (...) die Begnadigung Reders zur Sprache bringen soll.“<sup>248</sup> „Falls sich Gelegenheit dazu hiezu ergibt, ohne die Atmosphäre des übrigen Gespräches zu beeinträchtigen“, antwortet Klaus.<sup>249</sup> Saragats Antwort war eindeutig. „Es wäre derzeit effektiv ausgeschlossen, Reder zu begnadigen.“<sup>250</sup> Selbst wenn er es versuchen wolle, würden der Ministerpräsident und der Justizminister die Gegenzeichnung verweigern. Deswegen bat Saragat, die Sache nicht aufzugreifen.

---

<sup>246</sup> Bericht Löwenthals an das Außenamt vom 11. Mai 1965, Zl. 344-K/65, STBKA VII.2 BMAA (1959-1966) Box 38.

<sup>247</sup> Bericht Löwenthals an das Außenamt vom 21. Mai 1965, Zl. 344-K/65, STBKA VII.2 BMAA (1959-1966) Box 38.

<sup>248</sup> Bericht Löwenthals an das Außenamt vom 31. Mai 1965, Zl. 344-K/65, STBKA VII.2 BMAA (1959-1966) Box 38. Über das Ergebnis informierte Kreisky am gleichen Tag auch Rosa Jochmann.

<sup>249</sup> Einlageblatt zu 344-K/65, undatiert, STBKA VII.2 BMAA (1959-1966) Box 38.

<sup>250</sup> Kreisky an Klaus vom 15. Juni 1965, STBKA VII.2 BMAA (1959-1966) Box 38.



Im August 1966 unterstützte die österreichische Botschaft dennoch erneut ein von Reders Mutter eingebrachtes und von Oberösterreichs Landeshauptmann Gleißner übermitteltes Begnadigungsgesuch beim italienischen Staatspräsidenten. Zu Weihnachten 1966 intervenierte die österreichische Botschaft erneut. Am 11. Dezember 1969 fasst der oberösterreichische Landtag einen Dringlichkeitsbeschluss, mit dem die Landesregierung aufgefordert wird, bei der Bundesregierung für Reders gnadenweise Freilassung Druck zu machen. Laut Schachermayr kam es daraufhin zu einem entsprechenden Ministerratsbeschluss, auf Grund dessen der österreichische Botschafter in Rom noch einmal intervenierte.<sup>251</sup>

### **Eingestellte Ermittlungen: Die Akte Reder der Staatsanwaltschaft Linz**

Parallel zur ersten Hochphase der Interventionen beginnt die Staatsanwaltschaft Linz am 25. Februar 1960 gegen Reder wegen des Verdachts des Verbrechens der Mitschuld an Mord und an der Brandlegung zu ermitteln – allerdings erfolglos. Es kam vorübergehend zur Ausschreibung eines Haftbefehls, er wurde auf Druck Schachermayr wieder zurückgezogen. Ein Verfahren in Österreich erhielt Reder – wie viele andere Kriegsverbrecher – nie. Von den etwa 130.000 gegen Personen eingeleiteten Verfahren ergaben sich 23.000 Urteile, davon waren 13.000 Schuldsprüche mit „empfindlichen Strafen“, 43 Todesurteile, davon 30 Vollstreckungen. Mehr als die Hälfte der Verfahren wurden, wie Reders, eingestellt.<sup>252</sup> Schon in der ersten Stellungnahme des zuständigen Untersuchungsrichters an den ermittelnden Staatsanwalt lässt sich der Unwille der Justiz an seiner Verfolgung heraushören. Der zuständige Untersuchungsrichter retournierte den Reder-Akt am 15. März mit der Bemerkung, dass er, wie der Staatsanwalt in seinem Tagebuch festhielt:

*„nicht ohne weiteres der rechtlichen Sumption der dem Beschuldigten zur Last gelegten Handlungen folgen kann, da es sich bei der rechtlichen Beurteilung durch die italienischen Gerichte um Rechtsansichten handelt, die nicht ohne weiteres unter die für die Einleitung der Voruntersuchung angezogenen Gesetzesbestimmungen*

---

<sup>251</sup> Schreiben Schachermayrs an Knitel vom 18. Jänner 1977, STBKA, Prominentenkorrespondenz Walter Reder.

<sup>252</sup> Zit. nach Markus Josef, Die Strafverfolgung von nationalsozialistischen Gewaltverbrechen und die völkerrechtliche Verantwortung Österreichs, in Meissl Sebastian, Mulley Klaus Dieter, Rathkolb Oliver, Verdrängte Schuld, verfehlte Sühne, a.a.O., S. 150 – 170, hier S. 150/151.

*des Österr. Strafgesetzbuches zu subsumieren sind. Insbesondere wird das Vorliegen des für die Begehung eines Verbrechens nach dem österr. Strafgesetz unbedingt erforderlichen dolus und das ebenso für jeden strafbaren Tatbestand erforderliche Bewusstsein der Rechtswidrigkeit für die gegenständlichen, im Krieg verübten, Straftaten nicht ohne weiteres anzunehmen sein, zumal die italienischen Gerichte Auffassungen über die Repressalien und die erstmalig aufgetretenen Formen des modernen Partisanentums vertreten die in Literatur und internationaler Rechtsprechung als überaus strittig gelten müssen. Es wird daher angeregt, vorerst den Sachverhalt durch Vorerhebungen (zuerst Beischaffung und Übersetzung des italienischen Aktes) soweit zu klären, dass eine Grundlage für weitere Anträge vorhanden ist.”<sup>253</sup>*

Dieses Schreiben legte den Grundton der Ermittlungen fest. Oberstaatsanwalt Josef Hausner machte die Staatsanwaltschaft Linz im Mai 1960 etwa darauf aufmerksam, dass es „Entlastungsmaterial über Major Walter Reder“ gäbe. Als Quelle nannte er ausgerechnet eine Buchbesprechung des rechtsextremen Buches „Verschleierte Kriegsverbrechen“ von F.J.P. Veale.<sup>254</sup>

Alleine die Beiholung der Übersetzung des italienischen Urteils gegen Reder brauchte Monate. Am 31. März 1960 wird das österreichische Justizministerium um die Übermittlung des italienischen Strafaktes Reders ersucht und angefragt, ob es eine deutsche Übersetzung gibt. Das Ministerium fordert Anfang Mai ein Rechtshilfeansuchen an, dass der Untersuchungsrichter zwei Wochen später vorlegt. Fast ein Jahr später, am 10. Mai 1961, langen die italienischen Akten in Linz ein. Mangels Italienischkenntnisse bittet der Untersuchungsrichter um die Übersetzung des ganzen Materials durch das Justizministerium.<sup>255</sup>

Am 4. September 1962 stellte die Staatsanwaltschaft den Antrag auf Ausschreibung eines Haftbefehls gegen Reder wegen Verdacht des Verbrechens der Mitschuld an Mord und an der Brandlegung fertig. Am 18. November 1962 wurden die Voruntersuchungen gegen Reder eingeleitet und ein Haftbefehl erlassen. „Gerüchteweise verlautet nun, dass wiederum Bestrebungen im Gange sein sollen,

---

<sup>253</sup> Schreiben des Landesgerichtes Linz vom 15. März 1960 an die StA Linz, OÖLA LG Linz Sondergerichte Politische Gerichtsakten 1960 390/60 Sch.1025.

<sup>254</sup> Aktenvermerk vom 12. Mai 1960, Beilage zum Tagebuch der StA Linz, OÖLA, LG Linz Sondergerichte Politische Gerichtsakten 1960 390/60 Sch.1025.

<sup>255</sup> Unter den übermittelten Akten findet sich auch die Zeugenaussage eines Wilhelmus Dortants, der unter Reders Befehlsgewalt stand. Seine Aufgabe war es, im Februar 1945 im ostpommerschen Schneidemühl mit seinem Bataillon abzuziehen. Dabei wurden ihm 10 bis 12 Fremdarbeiter übergeben. „Ich rief meinen Bataillonskommandeur, SS-Sturmbannführer Raeder (sic) an und fragte ihn, was mit den Fremdarbeitern geschehen solle. Er antwortete mit: „Hängen Sie zwei bis drei auf und treten sie dem Rest in den Arsch und lassen Sie sie laufen. (...)“ auf meine Frage, wen ich denn aussuchen solle, erwiderte er: Die am schönsten aussehen (...).“ Abschrift des Vernehmungsprotokoll Wilhelm Dortants, Beilage im Tagebuch der SA Linz, 5. Bogen, Ordnungszahl 11, OÖLA, LG Linz Sondergerichte Politische Gerichtsakten 1960 390/60 Sch.1025.

eine Begnadigung des Walter Reder zu erreichen“, notierte der Staatsanwalt in seinem Tagebuch zum Fall Reder dazu.<sup>256</sup> „Im Falle einer Begnadigung, die im Hinblick auf die bisherige Haftzeit Reders in Italien zumindest als möglich in Betracht gezogen werden muss, würde (im Original unleserlich, Anm. B.T.) dieser wohl gleichzeitig aus Italien ausgewiesen und in seinen Heimatstaat Österreich abgeschoben werden. Dies würde bedeuten, dass Reder hier sofort in Haft genommen werden müsste.“ Dem Staatsanwalt war die delikate Situation offenbar bewusst, denn er schrieb weiters:

*„In diesem Zusammenhang darf nun darauf verwiesen werden, dass die Verhaftung Reders erfolgen müsste, obwohl der Herr Bundespräsident persönlich im Jahre 1960 sich für eine Begnadigung Reders beim Präsidenten der italienischen Republik eingesetzt hat. (...) Es könnte also im Falle einer Rückkehr Reders nach Österreich bei einem Vorgehen des Gerichtes, das sogar den Intentionen des Staatsoberhauptes zuwiderlaufen könnte, zu unliebsamen und dem Ansehen Österreichs nicht förderlichen Vorfällen und auch Presseartikeln kommen.“*<sup>257</sup>

Am 14. April langt Reders Antrag auf Einstellung des Haftverfahrens gegen ihn ein, er wird von seinem Anwalt Guido Jakoncig aus Innsbruck vertreten. Nur dann würden seine Bemühungen um Begnadigung wieder Sinn machen. Beigelegt wird ein 50 Seiten langes „Memorandum“ von Ilse Sporket, das sich mit Reders Biografie, seinem Prozess in Italien, der „Pressehetze“ und der „kommunistischen Prozesstaktik“ auseinandersetzt.<sup>258</sup> Reders Argumentation ist nicht ungeschickt. Er beruft sich zur Entlastung auf italienische Zeitungsberichte, auf die Unterstützung von höchsten Stellen, schildert seine persönlichen Umstände und versucht, sich als Opfer der damals herrschenden Umstände darzustellen sowie als letzter Märtyrer. Gleichzeitig schimmert in seinen Formulierungen deutlich durch, wie ungerecht er sich behandelt fühlt und wie wenig Einsicht er in seine Schuld hat.

„Ich enthalte mich absichtlich und aus sehr naheliegenden Gründen jeglicher Stellungnahme zu den beiden Urteilen der italienischen Militärgerichtshöfe und nehme dieselben als gegebene Tatsachen, die mich schon 20 Jahre meines Lebens

---

<sup>256</sup> Tagebuch der StA Linz, 5. Bogen, Ordnungszahl 24, OÖLA, LG Linz Sondergerichte Politische Gerichtsakten 1960 390/60 Sch.1025.

<sup>257</sup> Tagebuch der StA Linz, 5. Bogen, OZ 24, OÖLA, LG Linz Sondergerichte Politische Gerichtsakten 1960 390/60 Sch.1025.

<sup>258</sup> Memorandum von Ilse Sporket, Beilage zum Tagebuch der StA Linz, OÖLA LG Linz Sondergerichte Politische Gerichtsakten 1960 390/60 Sch.1025. Wer Ilse Sporket ist, was nicht mehr nachzuvollziehen. Ihr Name taucht nur einmal in den Akten auf.

gekostet haben, hin”, leitet er ein.<sup>259</sup> „Es sei mir aber gestattet, darauf hinzuweisen, dass sämtliche angebliche Straftaten, wegen welcher ich verurteilt wurde, im Zuge von Kriegshandlungen vorgekommen sind (...).” An diesem Punkt zitiert Reder auf eine Artikelserie zum Fall Marzabotto der Illustrierten „Gente”, die seiner Ansicht nach den Kommunisten der Partisanenbrigade die Hauptschuld an den Verlusten der Zivilbevölkerung gibt.

*„Diese Artikelserie zeigt klar und deutlich, wie verworren die damaligen Verhältnisse waren und wie schwer es die Richter hatten, gerade in Bologna unter dem Druck der von den Kommunisten beeinflussten öffentlichen Meinung Recht zu sprechen (...) Noch ein Umstand verdient Erwähnung. Seit langem sind schon die in den ehemaligen Feindesländern gefangen gehaltenen wirklichen oder sogenannten Kriegsverbrecher begnadigt worden und in die Heimat zurückgekehrt, wobei gerade die Sowjetunion mit gutem Beispiel vorangegangen ist. Ich war Befehlsempfänger und habe die mir erteilten Befehle durchgeführt. Jene, die die Befehle erteilt haben (...) sind schon seit langen Jahren begnadigt und in Freiheit (...). Ich bin der einzige, der noch im Kerker schmachtet.”*

Reder begründet seinen Antrag damit, dass er für die gleichen Straftaten bereit in Italien seit 19 Jahren eine Haftstrafe verbüße, überdies eine Höchststrafe, „sodass es unmöglich wäre, dass das inländische Gericht eine strengere Strafe verhängen könnte. (...) Selbst wenn es sohin in Österreich zu einer Verurteilung käme, was mehr als zweifelhaft ist, da ich nunmehr in der Lage wäre, meine Verteidigung anders zu führen, könnte das inländische Gericht nie eine höhere Strafe verhängen.”

Zum Schluss seines Antrages, sozusagen als dramaturgischer Höhepunkt, nennt er noch einmal jene, die sich um seine Begnadigung bemüht haben: „Höchste Persönlichkeiten der österreichischen Regierung, Herr Landeshauptmann Gleißner und höchste geistliche Würdenträger und Kirchenfürsten (...) Von besonderer Bedeutung ist, dass Herr Außenminister Dr. Bruno Kreisky und vor allem der Herr Bundespräsident persönlich, sich für meine Begnadigung eingesetzt haben und einsetzen. Der Herr Bundespräsident hat sogar in einem Handschreiben an den Präsidenten der italienischen Republik meine Begnadigung und Freilassung angeregt.”<sup>260</sup>

---

<sup>259</sup> Antrag Walter Reders an die Staatsanwaltschaft des Landesgerichts Linz, OZ 24, 7 Seiten, 7. April 1964, Beilage zum Tagebuch der StA Linz, ÖOLA LG Linz Sondergerichte Politische Gerichtsakten 1960 390/60 Sch.1025.

<sup>260</sup> Antrag Walter Reders an die Staatsanwaltschaft des Landesgerichts Linz, OZ 24, 7 Seiten, 7. April 1964, Beilage zum Tagebuch der StA Linz, ÖOLA LG Linz Sondergerichte Politische Gerichtsakten 1960 390/60 Sch.1025.

Am 12. Juni erkundigt sich Stefan Schachermayr nach der Eingabe Jakoncigs.<sup>261</sup>

Am 29. April 1964, etwas mehr als eineinhalb Jahre nach seiner Ausschreibung, wird der Haftbefehl gegen Reder widerrufen. Er war nun nicht nur österreichischer Staatsbürger, sondern auch ohne laufendem Verfahren in Österreich – dem Weg zurück in seine alte Heimat war er somit einen großen Schritt näher gekommen.

### **Aus Angst, einen Märtyrer zu schaffen: Interventionen für Reder unter Kanzler Bruno Kreisky**

Nicht nur die bereits zitierte vertrauliche Mappe „Frischenschlager-Reder“ gibt einen genauen Überblick über die Interventionsaktivitäten unter sozialdemokratischer Kanzlerschaft. Auch aus dem Kabinett des Kanzlers ist umfangreiches Aktenmaterial zu Walter Reder erhalten, das heute im Stiftung Bruno Kreisky Archiv aufbewahrt wird.<sup>262</sup> Es verdeutlicht, wie eng Reder, sein Anwalt Giangaleazzo Bettoni, der gleichzeitig der Vertrauensanwalt der österreichischen Botschaft in Rom war, die Botschaft selbst natürlich, Stefan Schachermayr und Kreisky beziehungsweise sein Kabinettsmitarbeiter Hans Knitel<sup>263</sup> in dieser Angelegenheit kooperiert haben.

Die Rollenverteilung blieb dabei die bewährte. Das oberste Ziel war, die Causa Reder aus der politischen und öffentlichen Debatte herauszuhalten.

Dazu wurde auch mit Paul Rösch kooperiert, Direktor der Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten in Klagenfurt, Mitglied des BSA in Klagenfurt und in der Ulrichberggemeinschaft aktiv.<sup>264</sup> Rösch war im „Arbeitskreis

---

<sup>261</sup> Aktenvermerk vom 12. Juni 1964, Beilage zum Tagebuch der StA Linz, OÖLA LG Linz Sondergerichte Politische Gerichtsakten 1960 390/60 Sch.1025.

<sup>262</sup> Prominentenkorrespondenzen, 3 Boxen. Ich danke Maria Steiner vom Stiftung Bruno Kreisky Archiv für ihre Hilfe bei der Beschaffung dieses Materials.

<sup>263</sup> Hans Knitel, geboren am 20. Jänner 1944 in Seefeld/Tirol. Studium an der Universität Innsbruck, am Institut Universitaire de Hautes Etudes Internationales in Genf und an der Académie de Droit International in Den Haag. 1968 Promotion zum Dr. jur. Wissenschaftliche Hilfskraft, Assistent und Lehrbeauftragter an der Universität Innsbruck. 1969 Eintritt in das Bundeskanzleramt – Verfassungsdienst, 1970 – 74 Kabinett des Bundeskanzlers Kreisky, 1976 – 84 Kabinett der Außenminister Pahr und Lanc. Ständiger Vertreter beim Europarat in Strasbourg (1984), Botschafter in Algerien (1987), Leiter der Abt. II.6 (u.a. Europarat und Außenpolitischer Bericht) des BMaA (1992), Botschafter in Syrien (1996) und in Kroatien (2000). Seit 2005 im Ruhestand. 2006 Wahl zum Richter des Tribunal Administratif des Europarates in Strasbourg. Zahlreiche Publikationen zu kriegs-, menschen-, verfassungs- und medienrechtlichen sowie zu außen- und europapolitischen Fragen.

<sup>264</sup> „Paul Rösch wurde am 9. September 1920 als Sohn eines Polizeiinspektors in Klagenfurt geboren. Nach dem Besuch der Volks- und Hauptschule absolvierte Rösch ein Jahr Wirtschaftsschule und zwei Jahre Handelsakademie. 1937 schloss er sich der illegalen Hitler-Jugend an. Am 6. April 1938 trat er in den 1. SS-Totenkopfverband (SS-TV) „Oberbayern“ ein. Angehörige dieses SS-Verbandes wurden auch als Wachmannschaft im KZ Dachau eingesetzt, wobei eine solche Verwendung im Fall von Paul Rösch nicht nachgewiesen werden konnte. Im Mai 1938 wurde er NSDAP-Mitglied. Rösch diente bis Kriegsende in der Waffen-SS: Er war beim Einmarsch in die Sudetendeutschen Gebiete ebenso beteiligt wie am deutschen

Walter Reder“ der rechtsextremen „Kameradschaft IV“ tätig, wie er in einem Brief an Kreisky 1979 schreibt. Auch er dient sich als mäßigende Kraft innerhalb der Soldatenschaft an. „Entsprechend meinen Möglichkeiten war es mir daher möglich, aufklärend, notfalls mäßigend, Einfluss zu nehmen, aber als Sozialist auch die positive Arbeit der Bundesregierung für Major Walter Reder in einer Altsoldatengemeinschaft, sozusagen aus allernächster Nähe betrachtend, aufzuzeigen.“<sup>265</sup> 1981 war Rösch gemeinsam mit dem AK-Direktor in Klagenfurt, Franz Kottek unter jenen sozialdemokratischen Funktionären, die den damaligen SPÖ-Zentralsekretär Fritz Marsch um „eine Intervention für den SS-Mann Major Reder gebeten“ haben.<sup>266</sup> Rösch trat 1985 als „Festredner“ am „Kärntner Freiheitskommers“ deutschnationaler bis rechtsextremer Studentenverbindungen auf. In der „Ulrichsberggemeinschaft“ diente Rösch als Finanz- und Europareferent und wurde Ende der 90er Jahre in das Ehrenpräsidium gewählt.

Vor allem aber war es Schachermayr, der sich weiterhin als Mittler und Bändiger der fanatischen Reder-Verehrer andiente. In zahlreichen Briefen an Knitel dokumentiert er sein mäßigendes Wirken auf jene Wehrmachtsverbände und Personen, die in Reders Fall mehr öffentlichen Druck machen wollen. Knitel selbst verfolgt das Schicksal des „letzten Kriegsgefangenen“ mit großem Engagement, wohl auch, weil er wusste, dass es für Kreisky eine „Chefsache“ ist und er sich als seine rechte Hand hier keine Fehler erlauben darf. Zahlreiche Interventionen, Aktenvermerke, detaillierte Gesprächsnotizen dokumentieren Knitels Arbeit, die in mehreren persönlichen Besuchen bei Reder in Gaeta gipfelte.<sup>267</sup> Er blieb auch nach seinem Wechsel in den Verfassungsdienst im Bundeskanzleramt und danach als Kabinettschef der Minister Pahr und Lanc Außenministerium der zentrale Ansprechpartner in Wien, auch auf Wunsch Bettonis, der die Arbeit mit ihm „dank seiner hervorragenden rechtswissenschaftlichen Vorbereitung, verbunden mit seiner besonderen politischen und psychologischen Feinfühligkeit“<sup>268</sup> sehr schätzt. Bettoni

---

Überfall auf die Sowjetunion. Im Ostfeldzug mehrmals verwundet, erwarb er sich das „Eiserne Kreuz II. Klasse“ und das Infanteriesturmabzeichen. Für die „Tapferkeit vor dem Feind“ wurde er 1941 zum SS-Oberscharführer ernannt. Nach dem Besuch einer SS-Junkerschule wurde er 1942 zum SS-Untersturmführer und 1944 zum SS-Obersturmführer befördert. 1943 stand er im Dienst des SS-Panzer-Ausbildungs- und Ersatz-Regiments“. Zitiert nach Neugebauer Wolfgang, Schwarz Peter, Der Wille zum aufrechten Gang, S. 86ff.

<sup>265</sup> Brief Rösch an Kreisky vom 10. Mai 1979, STBKA Prominentenkorrespondenz Walter Reder.

<sup>266</sup> Interne Mitteilung Marsch an Kreisky vom 5. März 1981, STBKA Prominentenkorrespondenz Walter Reder.

<sup>267</sup> Knitel selbst spricht von etwa zehn Besuchen, anhand der Akten nachvollziehbar sind nur mehr zwei. Gespräch der Autorin mit Hans Knitel am 26. Februar 2010.

<sup>268</sup> Bettoni an Kreisky am 9. April 1974, STBKA Prominentenkorrespondenz Walter Reder.

selbst, der seit 1949 als Vertrauensanwalt der österreichischen Botschaft in Rom tätig ist, war perfekt zweisprachig.

Trotz aller Diskretion, die die Bemühungen um Reder prägen, scheut Kreisky nicht davor zurück, Einzelpersonen gezielt über sein Wirken zu informieren, wenn es ihm politisch opportun erscheint. So wird etwa der „Krone“-Kolumnist Viktor Reimann über Knitel am Laufenden gehalten, ebenso FPÖ-Chef Friedrich Peter und einzelne Kärntner SPÖ-Abgeordnete. Peter stand wegen Reder seit den frühen sechziger Jahren in Kontakt.<sup>269</sup> Kreisky handelte also im Bewusstsein, dass mit der Causa Reder politische Stimmung gemacht werden kann. Womöglich auch in dem Sinne, dass eine Zählung der Reder-Mythologisierung ihm die FPÖ als „sauberen“ Koalitionspartner erhalten würde. Peter jedenfalls ließ Kreisky beispielsweise wissen, dass er auf eine Anfrage, die der ÖVP-Abgeordnete Wilhelm Gorton zum Fall Reder im Dezember 1981 gestellt habe, so antworten solle, dass es nicht danach aussehe, dass die ÖVP die „Guten Nationalen“ und die FPÖ die „schlechten Liberalen“ seien, denn das brächte ihn „eine Woche vor den Kärntner Wahlen in eine sehr unangenehme Lage.“<sup>270</sup>

Die bevorzugte Behandlung, die Reimann genoss, ist in mehreren Aktenstücken dokumentiert. „Du bist ermächtigt, Herrn Reimann persönlich über alle für Reder unternommenen Schritte zu unterrichten“, wurde Knitel Anfang April des Jahres 1976 angewiesen.<sup>271</sup> Am 20. April schickte Knitel Reimann ein Schreiben Reders weiter, in dem sich dieser neben Ostergrüßen für „Ihre unermüdlichen und tatkräftigen Bemühungen um meine Freilassung und Heimkehr“ bedankt.<sup>272</sup> Auslöser der stillen Informationsoffensive war ein kritischer Kommentar Reimanns mit dem Titel „Der Gefangene von Gaeta“ in der Kronen Zeitung gewesen, in dem er dem Kreisky vorgeworfen hatte, sich um Reder nicht zu kümmern – der laut seiner Darstellung „bei den Kämpfen wegen einer Knieverletzung nicht dabei war“.<sup>273</sup> „Kreisky, der Reisende in fremden Angelegenheiten, könnte sich vielleicht auch einmal um diesen österreichischen Fall kümmern, auch wenn es ihm keine Lorbeeren einbringen sollte.“ Anfang Mai schrieb auch Reder persönlich an

---

<sup>269</sup> Brief Peter an Kreisky vom 25. April 1960, STBKA VII.2 BMAA (1959-1966) Box 38.

<sup>270</sup> Notiz über einen Anruf Peters, undatiert, STBKA Prominentenkorrespondenz Walter Reder.

<sup>271</sup> Vermerk für Herrn Knitel vom 6. April 1976, STBKA, Prominentenkorrespondenz Walter Reder.

<sup>272</sup> Schreiben Knitels an Reimann vom 20. April 1976, STBKA, Prominentenkorrespondenz Walter Reder.

<sup>273</sup> Kronen Zeitung, 3. April 1976.

Reimann, um sich für Kreiskys Engagement in seiner Angelegenheit zu verbürgen.<sup>274</sup>

Auch direkter Briefkontakt zwischen Kreisky und Reder ist erhalten. Reder schrieb dem Bundeskanzler Postkarten und Grußkarten zu Ostern und Weihnachten<sup>275</sup>, in dem er sich für seine Hilfe bedankte, aber auch Briefe, in dem er Kreisky um Interventionen bittet, wenn seiner Meinung nach das Klima dafür günstig war<sup>276</sup>. Als Kreisky abdankte, schrieb ihm Reder:

*„Als Sie Außenminister waren, war meine Mutter zu einer Vorsprache bei Ihnen und Sie zeigten ihr den auf Ihrem Tisch liegenden Aktenberg mit den Worten: „Hier ist alles schriftlich niedergelegt, was die Bundesregierung bisher unternommen hat.“ Sie fügten hinzu: „Es ist mir ein Herzensbedürfnis, dass der letzte österreichische Kriegsgefangene in seine Heimat zurückkehren kann.“ Auch dafür war meine Mutter und bin ich Ihnen stets und aus tiefstem Herzen dankbar.“<sup>277</sup>*

Kreisky antwortete:

*„Leider komme ich erst heute dazu, Ihnen für Ihren freundlichen Brief vom 6. Juni zu antworten. Die Verspätung ist auf die Übersiedelung zurückzuführen, aber ich möchte doch nicht unterlassen, Ihnen mitzuteilen, dass ich anlässlich meines Aufenthaltes in Rom den Ministerpräsidenten auf alle Aspekte des Sie betreffenden Problems aufmerksam gemacht habe. Ich werde auch in Zukunft auf Sie nicht vergessen.“<sup>278</sup>*

Kreisky erklärte seinen Einsatz für Reder einerseits damit, dass er verhindern wollte, dass durch Reders etwaigen Tod in der Festungshaft „gewisse Kreise in Österreich versuchen, einen Mythos entstehen zu lassen“.<sup>279</sup> „Wenn dieser Mann wirklich so krank war, wie es mir sein Advokat gesagt hatte, dann würde er auf Gaeta sterben. Und das bedeutet, dass sich sämtliche Illustrierte darauf stürzen würden – mit Schlagzeilen wie „Der einsame Tote von Gaeta“ oder so ähnlich. Es entstünde dann ein neuer Mythos, so wie es seinerzeit mit Horst Wessel geschehen ist, nur dass es diesmal ein Österreicher war“<sup>280</sup>, schreibt er in seinen Memoiren. Diesem Zweck dienten auch Treffen mit Funktionären der

---

<sup>274</sup> Schreiben Reders an Reimann, 9. Mai 1976, STBKA, Prominentenkorrespondenz Walter Reder.

<sup>275</sup> Weihnachtskarte vom 6. Dezember 1977 und Postkarte Reders an Kreisky vom 21. März 1978, STBKA Prominentenkorrespondenz Walter Reder.

<sup>276</sup> Schreiben Reder an Kreisky vom 18. Jänner 1982, STBKA Prominentenkorrespondenz Walter Reder.

<sup>277</sup> Schreiben Reder an Kreisky vom 6. Juni 1983, STBKA Prominentenkorrespondenz Walter Reder.

<sup>278</sup> Brief Kreisky an Reder, datiert „im Oktober 1983“, STBKA Prominentenkorrespondenz Walter Reder.

<sup>279</sup> APA 132 vom 25. 1. 1985.

<sup>280</sup> Rathkolb Oliver u.a. (Hrsg.), Bruno Kreisky. Der Mensch im Mittelpunkt, Wien 1996, S. 235.



Kameradschaftsverbände, etwa mit Rösch.<sup>281</sup> Immer wieder taucht auch ein weiteres Motiv in den offiziellen Schreiben an die italienische Regierung auf: Der Druck aus der Bevölkerung, aus den verschiedensten politischen und gesellschaftlichen Schichten. Seine Bemühungen um eine Entlassung Reders habe er

*„zu einer Zeit begonnen, als Reders Mutter noch lebte und den Wunsch hatte, ihren Sohn noch einmal zu sehen. Dazu sei die juristische Praxis in Österreich gekommen, die auch bei lebenslang verurteilten Personen bei guter Führung nach angemessener Zeit eine Haftentlassung kennt. Ein weiterer wesentlicher Grund sei die Überlegung gewesen, dass es bedenklich wäre, wenn der bereits ernstlich erkrankte Reder auf der Festung Gaeta sterben sollte. Dies müsste nicht nur bei seinen früheren Anhängern zu einem Mythos um den einsamen Gefangenen führen, es hätte auch jeder Legendenbildung Vorschub geleistet und damit gewisse Entwicklungen und Tendenzen gefördert, die verschiedentlich auftreten, bisher jedoch noch ohne Bedeutung waren“<sup>282</sup>,*

sagte er später nach Reders Überstellung nach Österreich. Kreisky bestätigte damals auch sein Engagement und rühmte den Einfluss der sozialistischen Internationalen auf diese Entscheidung: Er erinnerte daran, dass er sich „seit Jahren aus den verschiedensten Gründen bei italienischen Ministerpräsidenten und Außenministern, aber auch bei dem verstorbenen KPI-Chef Enrico Berlinguer um eine Haftentlassung Reders bemüht habe. Erst Ministerpräsident Bettino Craxi habe sich nicht auf eine andere Partei ausgedet, sondern den Mut gehabt, diese Entscheidung zu treffen. Kreisky führt dieses Verhalten nicht zuletzt darauf zurück, dass auch Craxi Vizepräsident der SI ist und sich daher von den gemeinsamen ideellen Grundsätzen habe leiten lassen.“<sup>283</sup>

Aber auch höchstpersönliche Gründe macht Kreisky geltend. „Ich habe mich auch immer um die Freilassung Walter Reders bemüht, weil mir diesen Mann Leid getan hat“<sup>284</sup>. Der Fall habe ihn „berührt“. „So ist zum Beispiel seine Mutter gestorben, ohne dass es ihm möglich gewesen wäre, sie vor ihrem Tod noch einmal zu sehen, auch seine Tante ist verstorben. Für den Fall Reder hat sich sogar Rosa Jochmann eingesetzt, indem sie bei mir vorgesprochen hat, und man kann sagen, dass Frau Jochmann sozusagen das „moralische Gewissen“ in Österreich darstellt.“<sup>285</sup>.

---

<sup>281</sup> Information für den Herrn Bundeskanzler vom 12. Jänner 1978 von Hand Knitel, STBKA Prominentenkorrespondenz Walter Reder.

<sup>282</sup> Kreisky, zitiert nach APA 144 vom 26. 1. 1985.

<sup>283</sup> Ebenda.

<sup>284</sup> Rathkolb Oliver u.a. (Hrsg.), Bruno Kreisky. Der Mensch im Mittelpunkt, a.a.O., S. 234

<sup>285</sup> Rathkolb Oliver u.a. (Hrsg.), Bruno Kreisky. Der Mensch im Mittelpunkt, a.a.O., S. 236.

Rosa Jochmann war in der Tat eine der ersten, starken Fürsprecherinnen für Reder, auch gegenüber Kreisky. Dieser war anfangs jedoch alles andere als für Reder eingenommen. „Leider kann ich Deine Auffassung über Walter Reder nicht teilen, denn es gibt kaum jemanden, der sich größerer Kriegsverbrechen schuldig gemacht hat als er“, findet Kreisky Ende 1960 noch.<sup>286</sup>

Reders Tante Olga Ruth hatte sich immer wieder an Jochmann gewandt.<sup>287</sup> Jochmann begründete ihr Engagement ähnlich wie Kreisky. Sie wollte nicht, dass „ein Glorienschein um den Mann gewoben wird“, er also zum Märtyrer werde. Außerdem „laufen unzählige herum die zumindest das getan habe was Reder tat und nichts geschieht ihnen“. Als Marxistin wisse sie außerdem darum, dass „alles seine Ursache hat und nicht ein Zufall ist – und daher musste wahrscheinlich dieser Reders Kraft seiner Umgebung usw. der werden der er war.“<sup>288</sup> Zwischen Jochmann und Reder existiert allerdings auch ein Briefwechsel, in dem sie ihn allerdings warnte, dass sie ihre Unterstützung nur dann aufrechterhalten könne, wenn er seine Taten bedauere. Ansonsten könne sie ihn „nicht verstehen“.<sup>289</sup> Auch diese Korrespondenz wurde von Schachermayr an Kreisky weitergeleitet.<sup>290</sup>

Für Kreisky scheint Reder in das Schema jener Menschen zu passen, die durch die Wirren der Zwischenkriegszeit bei den Nationalsozialisten landeten. Für Kreisky bestand zwischen der austrofaschistischen und der nationalsozialistischen Diktatur kein qualitativer Unterschied, er sah die erste als Wegbereiter für die zweite. 1978 formulierte Kreisky in einer Rede vor der Wiener Arbeiterkammer: „Man vergisst immer wieder, dass es ein Jahrzehnt dauerte, bis es soweit war, dass sich die Menschen den falschen Führern zugesellten und ihnen blind folgten: Sie haben ihnen Arbeit und eine bessere Ordnung versprochen. Bei uns in Österreich kam noch dieses klägliche Zwischenspiel mit dem Austrofaschismus hinzu, das die Menschen nur noch stärker dem Nationalsozialismus zutrieb“. „Der unmittelbare Gegner, der auf uns Sozialdemokraten schoss, der uns vernichtete, gegen den wir kämpften, das waren die Kleriko-Faschisten.“<sup>291</sup> Ähnlich auch in seinen Memoiren: Nazis seien keine Menschen mit „schlechten Charaktereigenschaften“, sondern man müsse

---

<sup>286</sup> Kreisky an Jochmann vom 6. September 1960, STBKA VII.2 BMAA (1959-1966) Box 38.

<sup>287</sup> Jochmann an Kreisky vom 24. November 1965, STBKA VII.2 BMAA (1959-1966) Box 38.

<sup>288</sup> Jochmann an Kreisky, datiert „Ostersamstag 1964“, STBKA VII.2 BMAA (1959-1966) Box 38.

<sup>289</sup> Brief Jochmanns an Reder vom 8. Februar 1977, STBKA, Prominentenkorrespondenz Walter Reder.

<sup>290</sup> Brief Schachermayrs an Kunitz vom 1. Juni 1977.

<sup>291</sup> Kreisky Bruno, Politik braucht Visionen. Aufsätze, Reden und Interviews zu aktuellen politischen Fragen, Königstein 1982, S. 99.

nach den Ursachen fragen.<sup>292</sup> „Und schließlich glaube ich auch sehr viel mehr an die überzeugende Kraft einer gewissen Versöhnlichkeit als daran, was man den alttestamentarischen Hass nennt. Ich glaube, dass ich durch mein Wirken mehr Menschen von der Schädlichkeit des Antisemitismus überzeugen konnte.“<sup>293</sup>

Dazu kam: Aus seiner Biografie heraus empfand Kreisky ein gewisses Verständnis für Reder und Seinesgleichen. Es war der katholische Faschismus, der ihm als Jugendlichen erstmals ins Gefängnis zwang. Dort saß er gemeinsam mit Nazis ein, was eine gewisse Solidarität erzeugte. Bezeichnend dafür ist sein Ausspruch, auch er sei ein „alter Illegaler“ – 1943 illegalisiert. Hella Pick sieht in der „symbiotischen Beziehung zwischen Kreisky und seinen nationalsozialistischen Zellengenossen“ eines der Motive für seine pragmatische Haltung gegenüber den Nazis.<sup>294</sup> Sie führt dafür das Beispiel Josef Weninger an, dem Kreisky in seinen Memoiren allerdings nicht so einen großen Stellenwert einräumt.<sup>295</sup>

Die Regierung unter Kreisky verfolgte ihre Bemühungen um Reders Freilassung auf mehreren Schienen. Über den offiziellen Weg (stets über die österreichische Botschaft in Rom, in enger Kooperation mit Reders Anwalt), informell, in etwa „bei den italienischen zuständigen Stellen die von der KPI mehrfach gegebene Zusage und gemachte Aussage deponiert (wurde, Anm. BT), dass sie eine Begnadigung (Reders und Kapplers) nicht zum Anlass einer Kampagne gegen die Regierung nehmen würde“<sup>296</sup>, über Umweg der katholischen Kirche, kurze Zeit auch über die deutsche Sozialdemokratie sowie, allerdings ohne Erfolg, über das Internationale Rote Kreuz in Genf. Vor allem die Bemühungen, mit den italienischen Kommunisten ins Gespräch zu kommen, erwiesen sich für den SPÖ-Chef als problematisch, weil zum damaligen Zeitpunkt laut der Eisenstädter Erklärung vom 2. Oktober 1969 „jegliche Unterstützung oder Empfehlung durch die Kommunisten mit aller Entschiedenheit“ abzulehnen galt. Hans Knitels Aufgabe war es, über die französischen Sozialdemokraten, die durch die 1972 gegründeten „Union de la Gauche“ zwischen der Sozialistischen Partei, der Bewegung der Radikalen der Linken (MRG) und der kommunistischen Partei beste

---

<sup>292</sup> Rathkolb Oliver, Kunz Johannes, Schmidt Margit (Hrsg.), Bruno Kreisky. Der Mensch im Mittelpunkt. Der Memoiren dritter Teil, Wien 1996, S. 228 ff.

<sup>293</sup> Rathkolb u. a., Bruno Kreisky. Der Mensch im Mittelpunkt, a.a.O., S. 231.

<sup>294</sup> Hella Pick, Simon Wiesenthal. Eine Biographie, Reinbek bei Hamburg 1997, S. 380.

<sup>295</sup> Kreisky Bruno, Zwischen den Zeiten, S. 250 f.

<sup>296</sup> Vertrauliche Akte „Walter Reder“, o.D..o.O., lässt sich aber mit Mai 1977 datieren, S. 5. (Deckblatt fehlt), Depot Sepp Wille, a.a.O.

Beziehungen zu den italienischen Eurokommunisten unterhielten, eine Gesprächskanal zu eröffnen, was letztlich auch gelang.<sup>297</sup>

„Alle österreichischen Interventionen seit 1970 sind stets im Einvernehmen mit dem Anwalt Reders, Rechtsanwalt Bettoni, erfolgt“<sup>298</sup>, heißt es in der vertraulichen, fünfseitigen Personalakte namens „Walter Reder“ einleitend. „Ursprünglich (seit 1971) waren die Bemühungen auf die Erwirkung eines Gnadenaktes gerichtet, wobei dieses Ziel vorübergehend verlassen wurde, nachdem Reder 28 Jahre der Haft (als Voraussetzung einer bedingten Entlassung) verbüßt hatte, ohne dass je eine negative Entscheidung in der Gnadenfrage ergangen ist“<sup>299</sup>. Ab 1973 begannen die Bemühungen um eine bedingte Freilassung. Die österreichische Strategie im Fall Reder ist minutiös beschrieben:

*„Bei allen Österreichischen Initiativen wurden eine juristische Diskussion und zwar sowohl die ausdrückliche Anerkennung des Strafurteils als auch dessen Kritik absichtlich vermieden, – außer Streit gestellt wurde die Berechtigung der gegen Reder erhobenen schweren Vorwürfe –, sondern es wurden ausschließlich die folgenden politischen und humanitären Argumente vorgetragen:*

- *Verbesserung der österreichisch-italienischen Beziehungen*
- *ständige drängende Appelle an den Bundespräsidenten, den Bundeskanzler und die übrigen Mitglieder der Bundesregierung aus allen Schichten der Bevölkerung Österreichs*
- *Begnadigung wäre wirksamer Beitrag zur Liquidierung der letzten faschistischen Restvorstellungen am äußersten Rande der öffentlichen Meinung in Österreich; dies müsse auch im Interesse einer mit Österreich befreundeten Demokratie gelegen sein.*
- *Reder als Person büßt gleichsam als Symbol für ein verwerfliches System*
- *Im Falle des Todes von Reder während der Haft Gefahr der Erzeugung eines „Märtyrers“ und Gefahr der Solidarisierung von Gruppen, die ausschließlich aus humanitärer Überzeugung handeln, mit jenen Randschichten der öffentlichen Meinung*
- *Die Vorgesetzten Reders, die teils zum Tode verurteilt worden sind, haben bereits vor langer Zeit wieder die Freiheit erlangt (z.B. der Kommandeur von Reders Division, General der SS, Max Simon, sowie der deutsche Oberbefehlshaber in Italien, Generalfeldmarschall Kesselring)*

---

<sup>297</sup> Gespräch Hans Knitel, 26. Februar 2010.

<sup>298</sup> Vertrauliche Akte „Walter Reder“, a.a.O., S. 2.

<sup>299</sup> Ebenda, S. 2.

• *Das Wesen einer lebenslangen Haftstrafe schließe – im Gegensatz zur Todesstrafe – die Möglichkeit einer Begnadigung ein; lebenslange Haftstrafen dauern regelmäßig nicht bis Ende des Lebens (in Italien wurde sogar von einer Kammer ein Gesetzesentwurf zur Abschaffung der lebenslangen Haftstrafen vor einigen Jahren beschlossen)*

• *Reder hat nunmehr 32 Jahre seiner Haftstrafe verbüßt*

• *Reder ist ein Schwerkriegsversehrter, der während seiner Haft mehrfach operiert werden musste*

– *Reder hat seine Taten bereut (vgl. z.B. seine Aussage vor dem Überwachungsrichter am 29. Juli 1976)*<sup>300</sup>

Die Interventionen lassen sich in zwei Phasen unterteilen: Die erste dauert vom Amtsantritt Kreiskys 1970 an bis zum 15. August 1977, dem Tag, an dem Reders Mithäftling Herbert Kappler die Flucht aus einem Militärkrankenhaus gelang, in das er wegen seiner Krebserkrankung eingeliefert worden war. Ende 1971 scheint eine Begnadigung Reders greifbar nahe. Nach Kapplers Ausbruch im Sommer 1977 erhalten die Bemühungen um Reder einen schweren Rückschlag. Neuer Elan kommt in die Causa erst wieder mit der Entscheidung des Gerichtes in Bari 1980, Reder bedingt freizulassen, bis zur tatsächlichen Überstellung nach Österreich Ende Februar 1985. Erschwerend ist während der gesamten Zeit die strikte Weigerung Reders, Reue zu zeigen oder sich zu entschuldigen. Das geht unter anderem aus einem Aktenvermerk Knitels vom 21. August 1978 nach einem Gespräch mit Reders Anwalt Bettoni hervor, in dem dieser ihm bei der Rückfahrt nach einem gemeinsamen Besuch bei Reder in Gaeta vertraulich mitteilt, dass Reder seinen Entwurf für eine Einvernahme durch den Überwachungsrichter, der ein „eindeutiges persönliches Schuldeingeständnis“ enthalten hatte, bei seiner Einvernahme „abgeändert und etwas abgeschwächt“ hatte.<sup>301</sup>

Den Startschuss für die Interventionen in der Ära Kreisky erfolgt am 8. Februar 1971. Kreisky war seit 4. November des Vorjahres Bundeskanzler mit absoluter Mehrheit im Amt. An diesem Tag richtete er „nach verschiedenen offiziellen und inoffiziellen Kontakten auf Parteiebene und auf Regierungsebene (De Martino, Ferri) im Jahre 1970“ ein formelles Gnadengesuch an den italienischen Staatspräsidenten Giuseppe Saragat, „das in eher günstigere Weise mit einer Note

---

<sup>300</sup> Vertrauliche Akte „Walter Reder“, a.a.O., S. 3/4.

<sup>301</sup> Aktenvermerk von Hans Knitel vom 21. August 1976. STBKA, Prominentenkorrespondenz, Walter Reder.

vom 20. 2. 1971 beantwortet wurde“.<sup>302</sup> In Folge konzentrieren sich die Bemühungen vor allem auf Kreisky Parteifreund und engen Vertrauten Saragat, der die Sache Reder beinahe genau so lange wie Kreisky kannte. Schon bei seinem ersten Treffen im Jahr 1964 als Außenminister – auch Saragat war damals Außenminister Italiens – hatte Kreisky die Causa Reder angesprochen. Die Zeit drängt, denn im Dezember 1971 stehen in Italien Präsidentenwahlen an.

Noch vor der Entscheidung des italienischen Militärgeneralanwaltes, am 5. August 1971, kontaktierte Kreisky den zuständigen italienischen Verteidigungsminister Mario Tanassi. Der antwortete am 20. August 1971, er werde „die Kriterien, die der Herr Bundeskanzler zugunsten eines Gnadenerweises aufgeführt hatte, in der Regierung genau darlegen“<sup>303</sup>. Im Vorfeld des Besuches von Bundespräsident Franz Jonas am 4. November 1971 in Rom erfolgt ein konzertierter Anlauf der österreichischen Staatsspitze. Jonas spricht die Angelegenheit Reder an, Kreisky wendet sich an den christdemokratischen, italienischen Ministerpräsident Emilio Colombo und erneut an Tanassi. Parallel dazu gibt es auch Bemühungen Kardinal Königs bei Colombo sowie Außenminister Kirchschrägers<sup>304</sup>. Auch die italienischen Kommunisten werden aus Wien bearbeitet, allerdings über den Umweg Deutschland: „Wegen des engen Konnexes Kappler-Reder haben in der Zwischenzeit über Bundeskanzler Brandt - Bauer - Longo Kontakte mit den italienischen Kommunisten stattgefunden, die ihren Niederschlag in einer Würdigung der Rolle der internationalen Resistance in der Nobelpreisrede von Bundeskanzler Brandt gefunden haben“, notiert Knitel.<sup>305</sup> Offenbar war sich die Regierung ihrer Sache recht sicher. „Das im Laufe des Jahres 1971 von der Militärjustiz durchgeführte Prüfungsverfahren hat – nach vertraulichen Berichten – zu einem positiven Ergebnis geführt, so dass eine Entscheidung gegen Jahresende 1971 ergehen hätte können“<sup>306</sup> heißt es dazu in den Unterlagen, die SPÖ-Klubobmann Sepp Wille aufbewahrt hat.

---

<sup>302</sup> Zitiert nach einer neunseitigen Auflistung betitelt „Darstellung der seit 1970 erfolgten österreichischen Bemühungen für Walter Reder“, verfasst von Hans Knitel am 26. August 1977. Die erste Zusammenfassung erstellte Knitel am 19. Dezember 1972, es folgten handschriftliche Ergänzungen und schließlich, auf eine Aufforderung Kreisky vom 15. September 1976 an Knitel, inzwischen im Verfassungsdienst des Bundeskanzleramts tätig, dieses Papier zu erstellen. Alle Unterlagen finden sich in STBKA, Prominentenkorrespondenz, Walter Reder.

<sup>303</sup> Knitel Hans, Darstellung der seit 1970 erfolgten österreichischen Bemühungen für Walter Reder“, STBKA Prominentenkorrespondenz Walter Reder, S. 1.

<sup>304</sup> Lt. Knitel Hans, Darstellung der seit 1970 erfolgten österreichischen Bemühungen für Walter Reder“, STBKA Prominentenkorrespondenz Walter Reder, S. 1.

<sup>305</sup> ebenda, S. 2.

<sup>306</sup> Vertrauliche Akte „Walter Reder“, a.a.O., S. 2.

Als Vorbild für die operationelle Vorgangsweise wurde im Kabinett Kreisky dabei der Fall Günther Andergassen gesehen.<sup>307</sup> Andergassen, Musikdozent aus Innsbruck, war 1964 in Italien wegen seiner führenden Tätigkeit für den „Befreiungsausschuss Südtirol“ zu dreißig Jahren verhaftet worden.<sup>308</sup> Am 12. Dezember 1970 kehrte er nach einer Begnadigung durch den italienischen Staatspräsidenten Saragat auf Intervention auch von Kreisky nach Österreich zurück. Seine Familie holte ihn am Brenner ab, die Reise setzen sie im Wagen des Tiroler Landeshauptmannstellvertreters Herbert Salchers, gleichzeitig Chef der Tiroler Sozialisten und Vertrauter Kreiskys, fort.<sup>309</sup> Aus einem prominenten Südtiroler „Bumser“ wurde ein biederer Musikprofessor, dessen Vergangenheit kein Thema mehr war. Davor war ihm das Versprechen abgenommen worden, sich nie mehr politisch zu betätigen.<sup>310</sup> Auch wenn die Fälle Reder und Andergassen inhaltlich nicht vergleichbar sind, gleichen sich die Motive: die Unterbindung einer Mythologisierung durch eine stille Heimkehr und das Gelübde, politisch sauber zu bleiben.

Da in Italien wie erwähnt Präsidentenwahlen anstehen, lässt die Regierung vom Vertrauensanwalt Bettoni und dem Mailänder Rechtsprofessor Balladore Pallieri sogar prüfen, ob eine Begnadigung in der Zeit zwischen der erfolgten Neuwahl und der Amtsübergabe erfolgen kann. Das positive Gutachten Pallieris wird Ministerpräsident Colombo samt neuerlichem Gnadensuchen übermittelt. Dieses wird jedoch „in eher ablehnendem Sinne“<sup>311</sup> beantwortet, hält Knitel fest. „Präsident Saragat war zu einer positiven Entscheidung bereit, jedoch hat die ital. Regierung keinen diesbezüglichen Beschluss gefasst“<sup>312</sup>, heißt es dazu in Sepp Willes Unterlagen. Am Tag der Wahl von Saragats Nachfolger Giovanni Leone, eines Christdemokraten, übermittelt Kreisky eine neuerliche Gnadenbitte an ihn und Ministerpräsident Colombo – ganz offensichtlich in der letzten Hoffnung, eine Geste zu Weihnachten erreichen zu können. Sie erfolgt nicht. Nach diesem Rückschlag werden die Interventionen im Jahr 1972 deutlich verhaltener.

---

<sup>307</sup> Laut Auskunft Hans Knitels gegenüber der Autorin, Gespräch mit Hans Knitel, Wien, 26. Februar 2010.

<sup>308</sup> Vgl. „Zersprengte Sprenger“, Spiegel 19/1966, S. 138 – 141.

<sup>309</sup> Vgl. APA vom 20. 12. 1970

<sup>310</sup> Laut Hans Knitel, Gespräch am 26. Februar 2010.

<sup>311</sup> Knitel Hans, Darstellung der seit 1970 erfolgten österreichischen Bemühungen für Walter Reder“, STBKA Prominentenkorrespondenz Walter Reder, S. 2.

<sup>312</sup> Vertrauliche Akte „Walter Reder“, a.a.O., S. 2.

Was-wäre-wenn-Spiele sind müßig, dennoch lohnt kurz die Vorstellung, wie eine Heimbringung Reders durch Kanzler Kreisky Ende 1971 auf die Öffentlichkeit gewirkt hätte. Kreisky war wegen der Kritik Wiesenthals an den vier Minister seiner Minderheitsregierung mit NS-Vergangenheit ohnehin unter Beschuss, die heftigen Auseinandersetzungen mit dem selbst ernannten „Nazi Jäger“ standen noch aus, das gesellschaftliche Klima war geprägt vom Tabu und Verschweigen. Kreiskys Schreiben an Saragat vom 8. Februar 1971 ist in diesem Zusammenhang besonders interessant, weil es sehr deutlich Kreisky Verständnis von Vergangenheitspolitik offenbart.

*„Ich bin mir hierbei der Schwere der Vorwürfe, die seinerzeit von der italienischen Justiz gegen Reder erhoben werden mussten, voll bewusst. Doch sind inzwischen 25 Jahre vergangen und haben fast alle anderen Personen, die durch ihre Äußerungen und ihr allgemeines Verhalten zu diesen Akten Anlass gegeben oder selbst die schwersten und erbarmungslosesten Taten gesetzt haben, die Freiheit wiedererlangt. (...),“<sup>313</sup>*

leitet Kreisky ein, um dann die bekannten, humanitären Gründe für Reders Begnadigung ins Treffen zu führen: seinen angeschlagenen Gesundheitszustand, das Alter seiner Mutter, die vor ihrem Tod ihren Sohn noch einmal sehen möchte. Dann kommt er auf einen italienischen Gesetzesentwurf zu sprechen, der die Aufhebung lebenslanger Haftstrafen vorsieht und die Umwandlung bereits verhängter, lebenslanger Haftstrafen in zeitlich begrenzte Kerkerstrafen vorsieht und vom Senat angenommen wurde. Er argumentiert dann folgendermaßen:

*„Eine Begnadigung gerade zu diesem Zeitpunkt – noch bevor dieses Gesetz in Geltung tritt – wäre daher als ein von Sozialdemokraten gesetzter Akt der Menschlichkeit zu werten, dessen Eindruck sich auch Andersgesinnte nicht entziehen können. Noch immer unter denselben politischen Aspekten würde ein derartiger Akt wirksam zur Liquidierung der letzten faschistischen Restvorstellungen beitragen, deren Überleben am äußersten Rande der öffentlichen Meinung in Österreich mit dem zarten Faden einer vagen Solidarität mit jemanden wie Reder verknüpft ist, der gleichzeitig mit seiner eigenen Schuld die Schuld eines gesamten abwegig verirrten Systems verbüßt.“<sup>314</sup>*

Die Begnadigung Reders, seine Heimholung als Schlussstrich unter die Nazi-Vergangenheit Österreichs – diese vergangenheitspolitische Vorstellung soll 14

---

<sup>313</sup> Übersetzung des Schreibens Kreiskys an Saragat, nachträglich datiert mit 8. Februar 1971. Depot Sepp Wille, a.a.O.

<sup>314</sup> Ebenda, dieselbe Formulierung findet sich auch in Kreisky an La Malfa vom 23. Jänner 1975,



Jahre später auch bei Frischenschlagers Erklärungsversuchen für seinen Handschlag mit Reder mitschwingen und erklärt auch das starke Engagement Kreiskys im Falle Reders.

Wie schon erwähnt ist das Jahr 1972 von vorsichtigem Nachfragen denn offensivem Vorpreschen in der Sache Reder geprägt. „Infolge der instabilen politischen Lage in Italien anfangs 1972 mussten offizielle diesbezügliche Bemühungen unterbleiben“, merkt Knitel an. Dennoch bringt Kreisky das Thema beim sozialdemokratischen Nachbarschaftstreffen in Igls Anfang Februar 1971 gegenüber den italienischen Vertretern auf. Der dort anwesende Saragat ist inzwischen Senator auf Lebenszeit und wird weiterhin als die Ansprechperson genutzt. Kreisky schlägt „eine humanitäre Tat zugunsten der Bevölkerung des betroffenen Gebietes“ vor, etwa den Bau eines Kindergartens in Marzabotto.<sup>315</sup>

Am 7. April 1972 war Reder dann wieder Gesprächsthema bei einem Besuch Kreisky beim neuen Staatspräsident Leone in Rom. Dessen Haltung kann „ebenfalls als eher positiv angesehen werden“, heißt es dazu vorsichtig im vertraulichen Reder-Akt.<sup>316</sup> Die österreichische Botschaft informiert darüber den neuen christdemokratischen italienischen Ministerpräsidenten Giulio Andreotti sowie Andreottis Außenminister. Über den Sommer hin sondiert Senator Saragat die politischen Möglichkeiten einer Begnadigung Reders, allerdings erfolglos. Gleichzeitig prüft die österreichische Regierung die Möglichkeit einer bedingten Entlassung, ebenfalls ohne Erfolg.<sup>317</sup> Kurz vor Weihnachten erfolgt dann der nächste Vorstoß. Auf Kosten des österreichischen Außenministeriums wurde schon im November eine Überprüfung des Gesundheitszustandes Reders durch den Neurochirurgen Felice Visalli durchgeführt. Visalli sicherte im Vorfeld zu, dass sein Honorar 20.000 Schilling nicht übersteigen werde.<sup>318</sup> Überwiesen wurde es dann von Schachermayr.<sup>319</sup> „Im Hinblick auf das Ergebnis dieser Untersuchung und in Anbetracht der bisher an Reder durchgeführten Operationen sowie des bevorstehenden Weihnachtsfestes“ richtete Kreisky am 14. Dezember einen neuerlichen Gnadenappell an Staatspräsident Leone (und an Ministerpräsident

---

<sup>315</sup> Knitel Hans, Darstellung der seit 1970 erfolgten österreichischen Bemühungen für Walter Reder“, STBKA Prominentenkorrespondenz Walter Reder, S. 2.

<sup>316</sup> Ebenda, S. 3.

<sup>317</sup> Ebenda, S. 3.

<sup>318</sup> Aktenvermerk von Hans Knitel vom 31. Oktober 1972, STBKA Prominentenkorrespondenz Walter Reder.

<sup>319</sup> Schreiben Schachermayrs an Kreisky vom 20. Dezember 1972, STBKA Prominentenkorrespondenz Walter Reder.

Andreotti und Verteidigungsminister Tanassi).<sup>320</sup> Dessen Antwort ist für Kreisky wenig erfreulich: Seiner Auffassung nach „verhindert die Natur der Taten Reders einen Gnadenerweis“, weiters sei „kein Verzeihen erfolgt“<sup>321</sup>. Reders Vertrauensanwalt Reder rät daraufhin von weiteren Schritten ab. Kreisky antwortet Leone am 8. Februar 1972, dass „Reder in der öffentlichen Meinung für viele Taten für schuldig erachtet werde, von denen er jedoch freigesprochen worden sei. Vor allem dürften aber nicht die humanitären Aspekte übersehen werden“.<sup>322</sup>

Im Februar 1973 brachte Außenminister Rudolf Kirchschläger das Thema beim Besuch seines Amtskollegen Giuseppe Medici in Wien zur Sprache.<sup>323</sup>

*„Über die Aussprache des Bundeskanzlers Kreisky und des Außenministers Kirchschläger mit dem ital. Außenminister Medici in meiner HK-Angelegenheit während des kürzlichen offiziellen Besuches des Letztgenannten in Wien, lag bei der österr. Botschaft in Rom noch kein Bericht vor. Während des Besuches der ital. Delegation im Parlament in Wien hat – laut dem anwesenden Botschafter von Rom – der Abgeordnete und Bundesparteiobmann der FPÖ Friedrich PETER sehr gut und mit viel Takt meinen Fall vorgebracht Der ital. Außenminister war sehr beeindruckt und werde davon in Rom berichten und sich für die Lösung meines Falles einsetzen“*,<sup>324</sup>

schreibt Reder. Aus dieser Notiz wird deutlich, wie eng die österreichischen Stellen und Reder zusammenarbeiten. Dass Reder längst Sonderrechte hatte, geht auch aus einem Schreiben Kreiskys an die Arbeitsgemeinschaft der Soldatenverbände Steiermarks hervor. Darin versichert er dieser, dass Außenminister Rudolf Kirchschläger der österreichischen Botschaft in Rom die Anweisung gegeben hat, ständig mit Reder und seinem Anwalt in Verbindung zu stehen. Reder werde aus diesem Grund regelmäßig und persönlich von einem Botschaftsmitarbeiter besucht.<sup>325</sup>

Mitte November 1973 bringt eine Entscheidung des Militärgerichtshofs in La Spezia eine neuerliche Wendung. Die bis zur Auslieferung nach Italien in

---

<sup>320</sup> Knitel Hans, Darstellung der seit 1970 erfolgten österreichischen Bemühungen für Walter Reder“, STBKA Prominentenkorrespondenz Walter Reder, S. 3.

<sup>321</sup> Zit. nach Knitel Hans, Darstellung der seit 1970 erfolgten österreichischen Bemühungen für Walter Reder“, STBKA Prominentenkorrespondenz Walter Reder, S. 3.

<sup>322</sup> Knitel Hans, Darstellung der seit 1970 erfolgten österreichischen Bemühungen für Walter Reder“, STBKA Prominentenkorrespondenz Walter Reder, S. 3.

<sup>323</sup> Vgl. „Interventionen für Walter Reder“, a.a.O., S. 2.

<sup>324</sup> Aus den Briefen von Walter Reder an Frau Gertrud Marx, wiedergegeben in: Robert H. Drechsler, In memoriam Walter Reder, a.a.O., S. 141.

<sup>325</sup> Schreiben Bundeskanzler Kreiskys an die Arbeitsgemeinschaft der Soldatenverbände Steiermarks vom 22. Jänner 1973, Depot Sepp Wille, a.a.O.

Österreich verbrachte Haftzeit wird Reder auf Bestreben Bettonis als Untersuchungshaft angerechnet, somit gilt er seit dem 9. Mai 1945 als inhaftiert. Sein Anwalt stellt nun prompt den Antrag auf bedingte Entlassung gemäß § 176 des Italienischen Strafgesetzbuches. Dieser wird im Jänner 1974 von der Gefängniscommission einstimmig befürwortet und an den Obersten Militärgerichtshof in Rom weitergeleitet.

Im Dezember 1973 kann der Versuch, eine Sonderbriefmarke mit dem Wortlaut „Für die Freilassung des letzten österreichischen Kriegsgefangenen Major Walter Reder“ nach Protesten des Bundesverbandes österreichischer Widerstandskämpfer abgewendet werden. Stattdessen wird eine Briefmarke „Soldatengedenken“ herausgegeben.<sup>326</sup> Nur keine öffentliche Aufregung, lautete die Devise.

Am 26. November 1973 fällt ein geheimer Beschluss der Bundesregierung, Reders Antrag auf bedingte Entlassung zu unterstützen. Kreisky schreibt am 29. November noch einmal an den italienischen Staatspräsidenten, den Ministerpräsidenten und den Verteidigungsminister, der über die bedingte Freilassung zu befinden hat. Er weist daraufhin, dass „nunmehr der letzte mögliche Zeitpunkt“ für einen Gnadenakt wäre. Tanassi erfährt auch von der Intervention in Paris. Die Reaktionen der italienischen Staatsspitze sind zurückhaltend. Tanassi antwortet am 14. Dezember und weist auf die heiklen politischen Aspekte der Causa Reder hin und bringt erneut die Frage des Verzeihens in Spiel. Leone antwortet am 24. Dezember zwar „überaus freundlich, sehr persönlich“, teilt aber nur mit, dass er die Regierung auf „die wichtigen Aspekte zum Zwecke einer neuerlichen und eingehenden Prüfung aufmerksam gemacht habe“. Die italienische Seite wird vom geheimen Ministerratsbeschluss zu Reder dann durch eine Verbalnote der österreichischen Botschaft in Rom am 15. Jänner 1974 informiert.<sup>327</sup>

Am 16. April 1974, knapp vor Abschluss des Verfahrens auf eine bedingte Freilassung, wendet sich Kreisky erneut an Andreotti, zu diesem Zeitpunkt Verteidigungsminister.<sup>328</sup> Das Verfahren wird durch den italienischen Verfassungsgerichtshof schließlich aufgehoben und suspendiert. In den nächsten drei Jahren schwächen die österreichischen Interventionsbemühungen aufgrund eines komplizierten und lang anhaltenden Rechtsstreits auf italienischer Seite ab. In

---

<sup>326</sup> Telegramm an Kreisky vom 11. Dezember, STBKA Prominentenkorrespondenz Walter Reder.

<sup>327</sup> Vgl. Vertraulicher Akt Walter Reder, a.a.O., S. 3, ebenso Knitel Hans, Darstellung der seit 1970 erfolgten österreichischen Bemühungen für Walter Reder“, STBKA Prominentenkorrespondenz Walter Reder, S. 5.

<sup>328</sup> Brief Kreiskys an Andreotti, 16. April 1974, STBKA Prominentenkorrespondenz Walter Reder.

den Akten ist von einem „toten Punkt“ die Rede, der politische Widerstand in Italien wird als größer denn je eingeschätzt. Bei einem Treffen zwischen Kmitel und Bettoni wird sogar überlegt, ob ein Besuch Kreisky bei Reder die Situation nicht auftauen könnte, man entscheidet aber dagegen – auch, um vor den nächsten Wahlen in Österreich keine Angriffsfläche zu bieten. Einmal mehr zeigt sich, wie sehr der Fall Reder von Kreiskys Umfeld als Faktor im innenpolitischen Machtkampf gesehen wird.<sup>329</sup>

Das heißt allerdings nicht, dass zwischen Wien und Rom nicht weiter fleißig Briefe geschrieben werden, deutsche Genossen kontaktiert werden und das Rote Kreuz bemüht wird. Am 26. August 1974 schreibt Kreisky an Ministerpräsident Mariano Rumor einen vierseitigen Brief, in dem er „diese Situation des Stillstandes“ in Sachen Reder thematisiert, „die ausschließlich in der Struktur der Rechtsordnung begründet ist, die aber im konkreten Fall, wenn auch unbeabsichtigt, gleichsam auf eine Rechtsverweigerung hinausläuft“<sup>330</sup>. Kreisky nimmt auch Bezug auf Bundespräsident Rudolf Kirchschläger, der sich drei Tage zuvor an Staatspräsident Leone mit der Bitte um einen Gnadenerweis gewandt hatte.<sup>331</sup> König besuchte Reder nach dessen Angaben auch in Gaeta: „Der Erzbischof von Wien, Kardinal König, kam in Begleitung meines Anwaltes zu mir in die Klause. Ich freute mich sehr über den Besuch und etwas ich über den derzeitigen Stand meines Antrages und über die verschiedenen offiziellen Unterstützungsschritte zu diesem hörte.“<sup>332</sup>

Seit 1975 wurden aus dem karitativen Fonds der Präsidiilverwaltung der Stadt Linz jährlich 20.000 Schilling für Reders Rechtsangelegenheiten beigesteuert – mit Zustimmung aller im Stadtsenat vertretenen Parteien. „Bisher hat sich niemand daran gestoßen, das ist ein humaner Akt, damit dem Recht zum Durchbruch verholfen wird“, begründete das der Linzer Bürgermeister Hugo Schanovsky 1985 gegenüber dem „profil“.<sup>333</sup> Das Geld erhielt Schachermayr und hatte dafür, laut dem damaligen Bürgermeister Hillinger, „immer Honorarnoten vorgelegt und Quittungen unterschrieben. Wer Schachermayr war, hat mich nie gekümmert.“<sup>334</sup>

---

<sup>329</sup> Information für den Herrn Bundeskanzler von Hans Kmitel, 14. Dezember 1974, S. 2.

<sup>330</sup> Brief Kreisky an Rumor vom 26. August 1974, STBKA Prominentenkorrespondenz Walter Reder, S. 3.

<sup>331</sup> Vgl. „Interventionen für Walter Reder“, a.a.O., S. 2.

<sup>332</sup> Aus den Briefen von Walter Reder an Frau Gertrud Marx, wiedergegeben in: Robert H. Drechsler, In memoriam Walter Reder, a.a.O., S. 141. Vgl. auch Brief Kmitels an Pfarrer Erich Haslauer vom 5. Februar 1974, in dem er schreibt, dass „Ende Jänner Kardinal König Walter Reder besucht und in seiner Eigenschaft als Seelsorger mit ihm ca. eineinhalb Stunden gesprochen hat“. STBKA Prominentenkorrespondenz Walter Reder.

<sup>333</sup> Reders rechte Hand (profil 7/1985), a.a.O., S. 13 – 14.

<sup>334</sup> Reders rechte Hand, (profil 7/1985), a.a.O., S. 14.

Am 23. Jänner 1975 wendet sich Kreisky an den stellvertretenden Ministerpräsidenten Giorgio La Malfa<sup>335</sup>, nach einer eher „wohlwollenden“ Antwort richtet Kreisky am 15. Mai 1975 erneut ein Schreiben an ihn. Im Sommer 1975 bringt eine Flugblattaktion zugunsten Reders und Kapplers die österreichischen Bemühungen kurzfristig unter Druck. Der Bürgermeister Marzabottos beschwert sich darüber beim österreichischen Bundespräsidenten, der am 11. Dezember 1975 antwortet.<sup>336</sup> Auch Kreisky schreibt an Dante Cruicchi und versichert ihm, dass die Flugblätter der „Aktionsgemeinschaft Gaeta“, die „Freiheit für Reder und Kappler“ fordern, die „unschuldig“ sind und „seit 30 Jahren in Kerkerhaft schmachten“ nicht aus Österreich kommen.<sup>337</sup>

Zu Beginn des Jahres 1976 wird der Fall Reder bilaterales Thema zwischen Österreich und Deutschland. Kreisky macht dem deutschen Kanzler Helmut Schmidt den Vorschlag, eine „konzertierte Aktion“ für Reder und Kappler zu unternehmen. Zuerst müssen persönliche Kontakte mit der KPI und allenfalls anderen Parteien aufgenommen werden, um die Zusage zu bekommen, dass die Begnadigung der beiden „Gefangenen nicht zum Anlass einer Kampagne gegen die Regierung genommen wird“. Danach sollten schriftliche Interventionen für eine Begnadigung beim Staatspräsidenten, dem Ministerpräsidenten und dem Verteidigungsminister erfolgen.<sup>338</sup> Schmidts Antwort, in dem er übrigens von den „in Italien noch festgehaltenen Kriegsverurteilten“ spricht, ist ausweichend. Er habe große Hoffnungen auf eine Wende im Fall Kappler und hoffe, dass das auch Auswirkung auf Reder haben werde.<sup>339</sup>

Fast zeitgleich, am 23. Februar 1976, startet Kreisky den Versuch, über das Internationale Komitee vom Roten Kreuz für Reder etwas zu erreichen. Ein persönlicher Termin beim IKRK-Präsidenten scheitert aufgrund dessen plötzlicher Erkrankung, stattdessen gibt es ein Treffen mit dem Generaldelegierten für Europa und Nordamerika, Melchior Borsinger. Dieser sagt eine Befassung des zuständigen Kollegialorgans zu, am 31. März antwortet der IKRK-Präsident jedoch

---

<sup>335</sup> Kreisky an La Malfa vom 23. Jänner 1975, STBKA Prominentenkorrespondenz Walter Reder.

<sup>336</sup> Kmitel Hans, Darstellung der seit 1970 erfolgten österreichischen Bemühungen für Walter Reder“, STBKA Prominentenkorrespondenz Walter Reder, S. 6.

<sup>337</sup> Kopie des Flugblattes sowie Schreiben Kreiskys an Cruicchi vom 11. Dezember 1975, STBKA, Prominentenkorrespondenz Walter Reder.

<sup>338</sup> Brief Kreisky an Schmidt vom 25. Februar 1976, STBKA Prominentenkorrespondenz Walter Reder.

<sup>339</sup> Abschrift des Briefes Schmidts an Kreisky vom 18. März 1976, STBKA Prominentenkorrespondenz Walter Reder.

abschlägig.<sup>340</sup> Es gäbe ohnehin funktionierende diplomatische Beziehungen zwischen Rom und Wien, und daher könne das Internationale Rote Kreuz „von der Haltung, welche es dieser Kategorie von Verurteilten gegenüber immer einnahm, nicht abweichen“.<sup>341</sup>

Auch Senator Saragt wird im Jahr 1976 wieder für die Sache Reders eingespannt. Hans Knitel überreicht ihm am 12. März 1976 bei einem Treffen in Florenz ein Schreiben Kreiskys. „Es handelt sich wiederum um Reder“, war seine erste Reaktion.<sup>342</sup> Er spricht daraufhin beim italienischen Staatspräsidenten Leone in der Sache Reder vor und gibt eine befürwortende Stellungnahme ab.<sup>343</sup> Gleichzeitig gibt er zu verstehen, dass Leone ohne Kommunisten nichts machen werde.

Kreisky selbst bemüht sich daraufhin, mit dem Generalsekretär der italienischen Kommunisten, Enrico Berlinguer, ins Gespräch zu kommen. Der damalige österreichische Botschafter in Paris, Erich Bielka, berichtet ihm über ein erstes Treffen, das über Vermittlung des späteren französischen Außenministers Roland Dumas unter Beisein Francois Mitterands in Paris 1973 zustande kam. Dumas hatte Berlinguer einen Brief Kreisky übergeben.<sup>344</sup> Anwesend war auch Knitel.<sup>345</sup> Berlinguer kennt den Fall Reder nach eigenen Angaben nicht im Detail, nur den „ähnlichen, vielleicht schwerwiegenderen“ Fall Kappler, „für den in letzter Zeit von verschiedenen deutschen Stellen „inoffizielle“, aber doch sehr eindringliche Begnadigungswünsche vorgebracht worden seien. Das Ergebnis sei infolge heftiger Widerstände lokaler Stellen und auch seitens von Parteifreunden negativ verlaufen.“ Er versprach, die Sache zu prüfen. Kreisky persönlich wolle er nur inoffiziell treffen, „weil dies sofort publik würde“.<sup>346</sup> Man traf sich schließlich in Wien in Kreiskys Wohnung zum Frühstück. Berlinguer betonte, dass es wohl nach einer Freilassung „einige Tage lang einen Wirbel geben (werde, Anm.), dann ist diese Sache vorbei.“<sup>347</sup> In Knitels Auffassung wurde daraus die Zustimmung, dass

---

<sup>340</sup> Knitel Hans, Darstellung der seit 1970 erfolgten österreichischen Bemühungen für Walter Reder“, STBKA Prominentenkorrespondenz Walter Reder, S. 7.

<sup>341</sup> Brief Eric Martins an Bruno Kreisky vom 31. März 1976, STBKA Prominentenkorrespondenz Walter Reder-

<sup>342</sup> Notiz für den Herrn Bundeskanzler von Hans Knitel, 12. März 1976, STBKA Prominentenkorrespondenz Walter Reder.

<sup>343</sup> Knitel Hans, Darstellung der seit 1970 erfolgten österreichischen Bemühungen für Walter Reder“, STBKA Prominentenkorrespondenz Walter Reder, S. 7.

<sup>344</sup> Rathkolb Oliver u.a. (Hrsg.), Bruno Kreisky. Der Mensch im Mittelpunkt, a.a.O., S. 234.

<sup>345</sup> Notiz für den Herrn Bundeskanzler von Hans Knitel, 12. März 1976, STBKA Prominentenkorrespondenz Walter Reder.

<sup>346</sup> Rathkolb Oliver u.a. (Hrsg.), Bruno Kreisky. Der Mensch im Mittelpunkt, a.a.O., S. 235.

<sup>347</sup> Rathkolb Oliver u.a. (Hrsg.), Bruno Kreisky. Der Mensch im Mittelpunkt, a.a.O., S. 236.

die KPI „einen Gandenerweis für Reder nicht zum Anlass einer Kampagne gegen die italienische Regierung nehmen würde“.<sup>348</sup> Rechtsanwalt Bettoni rät dennoch, keine offiziellen Schritte vor Vorliegen des Erkenntnisses des italienischen Verfassungsgerichtshofes zu unternehmen.

Dieses nimmt am 5. Mai 1976 die Verhandlungen im Gesetzesprüfungsverfahren wieder auf. Am 14. Juli entscheidet es, dass die diesbezüglichen Bestimmungen verfassungswidrig sind und die Entscheidungskraft über eine bedingte Entlassung der Gerichtsbarkeit und nicht dem Minister gehören. Bettoni bringt daraufhin einen Antrag auf bedingte Freilassung Reders beim militärischen Überwachungsrichter beim Obersten Militärgerichtshof in Rom ein, der den Militärgerichtshof in La Spezia für zuständig erklärt. Dieser lehnt den Antrag auf bedingte Entlassung am 19. Oktober 1976 ab. Eine Berufung beim Obersten Militärgerichtshof in Rom wird am 15. Dezember 1976 keine Folge gegeben. Auch der dagegen erhobene Rekurs am Kassationsgerichtshof in Rom wird am 2. April 1977 abgelehnt. Kreisky wandte sich noch vor Bekanntwerden der neuerlichen Ablehnung, am 23. März 1977, an den italienischen Ministerpräsidenten, um „ihn auf die Notwendigkeit, eine Lösung für dieses Problem zu finden, in eindringlichen Worten“ hinzuweisen.<sup>349</sup> Andreotti antwortet am 11. Juli 1977 negativ.<sup>350</sup> „Die im Jahr 1973 begonnenen Bemühungen um eine bedingte Freilassung müssen mit dem kürzlich ergangenen negativen Entscheidung des Kassationsgerichtshofes als gescheitert angesehen werden“<sup>351</sup>, lautet das resignierte Resümee im Reder-Akt.

Zu diesem Zeitpunkt muss es massive Überlegungen gegeben haben, die langjährige Strategie der Geheimhaltung im Fall Reder zugunsten einer öffentlichen Kampagne fallen zu lassen. In den Akten aus diesen Monaten ist immer wieder vom „ursprünglich beabsichtigten Gang an die Öffentlichkeit in Österreich“<sup>352</sup> die Rede. In seinem Brief an Andreotti droht Kreisky:

*„Nach Auffassung der Bundesregierung besteht dann (wenn der Rekurs keinen Erfolg hat) keine andere Möglichkeit, als auf das seinerzeit nicht zur Entscheidung gelangte Gandenverfahren zurückzukommen und mit allen der Bundesregierung und mir sowie*

---

<sup>348</sup> Notiz für den Herrn Bundeskanzler von Hans Knitel, 12. März 1976, STBKA Prominentenkorrespondenz Walter Reder.

<sup>349</sup> Knitel Hans, Darstellung der seit 1970 erfolgten österreichischen Bemühungen für Walter Reder“, STBKA Prominentenkorrespondenz Walter Reder, S. 8.

<sup>350</sup> Knitel Hans, Darstellung der seit 1970 erfolgten österreichischen Bemühungen für Walter Reder“, STBKA Prominentenkorrespondenz Walter Reder, S. 9.

<sup>351</sup> Vertraulicher Akt „Walter Reder“, a.a.O., S. 2.

<sup>352</sup> Aktenvermerk GZ 248-K/77 vom 20. Mai 1977, STBKA Prominentenkorrespondenz Walter Reder, S. 9.

*dem Herrn Bundespräsidenten als auch dem übrigen österreichischen Volk zur Verfügung stehenden Kräften und mit allem Nachdruck bei der Regierung und den anderen zuständigen Stellen des befreundeten Nachbarstaates auf eine positive Entscheidung im Gnadenverfahren einzuwirken. (...) Es ist bereits jetzt der Druck zahlloser Menschen aus allen politischen Schichten sehr groß, die öffentliche Meinung zu mobilisieren, um auf diese Weise die einmütige Unterstützung dieses österreichischen Anliegens durch die österreichische Öffentlichkeit zu erteilen und kundzugeben. Im Interesse der sich entwickelten gutnachbarlichen Beziehungen ist es bisher gelungen, eine öffentliche Diskussion dieser Frage hintanzuhalten, die sich aber nicht mehr vermeiden lassen wird, wenn den Bemühungen Österreichs nicht in Bälde der ersehnte Erfolg beschieden sein wird.“<sup>353</sup>*

Offensichtlich war eine der Varianten, die überlegt wurden, eine „einstimmige Empfehlung der drei Parlamentsparteien“ für ein Gnadengesuch zu erwirken. Der Vorschlag kann von Knitel, der meinte, damit ließe sich „dessen Wirksamkeit erhöhen“. SPÖ-Klubobmann Heinz Fischer bremst in einem Brief an Kreisky aber massiv: „Ich bin allerdings der Meinung, dass man sich einen solchen Schritt und insbesondere auch die Form, in der er allenfalls gesetzt werden könnte, genau überlegen muss und würde gerne bei nächster Gelegenheit mit Dir darüber sprechen.“<sup>354</sup> Am 3. Mai fragt Fischer im Kabinett Kreisky brieflich noch einmal nach, „wie im Falle des Major Reder weiter vorgegangen werden soll bzw. ob einer Anregung von Seiten des Außenministeriums auf Fassung eines Dreiparteienentschließung näher getreten werden kann bzw. soll.“<sup>355</sup>

Auch Reder ist aufgebracht: „Ein erneuter Antrag von mir um bedingte Freilassung nach Art. 176 des ital. Strafrechtes beim Erstgericht in La Spezia kann erst nach Ablauf einer Frist von 18 Monaten, also im April 1978, gestellt werden. Dann ziehen wir jetzt die politische Lösung mit dem in Rom vorliegenden Gnadengesuch vor“,<sup>356</sup> schreibt Reder im Juni 1977. Letztlich kam es aber nicht dazu, mit ein Grund dafür war mit Sicherheit der Besuch Außenminister Pahrs in Italien und die dabei gewonnen Eindrücke.

Am 5. und 7. Mai 1977 trifft Außenminister Pahr in Rom Ministerpräsident Andreotti, Außenminister Forlani, den Papst sowie Staatspräsident Leone. In allen Gesprächen ist Reder ein Thema. Außenminister Forlani macht deutlich, dass ihm

---

<sup>353</sup> Kreisky an Andreotti vom 23. März 1977, STBKA Prominentenkorrespondenz Walter Reder.

<sup>354</sup> Brief Fischers an Kreisky vom 7. April 1977, STBKA Prominentenkorrespondenz Walter Reder.

<sup>355</sup> Brief Fischers an Kabinettschef Fritz Gerhart vom 3. Mai 1977, STBKA Prominentenkorrespondenz Walter Reder.

<sup>356</sup> Aus den Briefen von Walter Reder an Frau Gertrud Marx, wiedergegeben in: Robert H. Drechsler, In memoriam Walter Reder, a.a.O., S. 144.



für eine bedingte Freilassung vor allem das Kriterium der Reue fehlt. Reder habe zu „große Distanz (...) zu dem, was in der Vergangenheit geschehen sei, weil der Wunsch feststellbar sei, die Vergangenheit zu vergessen“. In einem neuen Verfahren auf bedingte Entlassung müsse „eine neue Einstellung Reders zu seiner Vergangenheit dargelegt und der Eindruck erweckt werden, dass Reder vor seiner Vergangenheit die Augen nicht verschließe, sondern in der Auseinandersetzung mit seinen Taten deren Unrechtsgehalt erkenne und diese Taten bereue“<sup>357</sup>.

Ein politisches Gnadengesuch wird noch aussichtsloser eingeschätzt. Forlani und noch ausdrücklicher Andreotti begründeten das mit dem überwältigend negativ ausgegangenen Referendum in Marzabotto, das im übrigen, so Andreotti, ein „schwerer Fehler“ gewesen sei.<sup>358</sup> „Da damals die Bevölkerung befragt worden sei, wäre nunmehr ein Gnadenerweis ohne ein derartiges Referendum wohl nur schwer denkbar.“ Das Ergebnis wäre aber „sicher negativ“.<sup>359</sup> Maßgeblich sei die politische Willensbildung bei den Parteien. Pahr besuch beim Papst Paul VI. bringt wenig. Im Gespräch unter vier Augen gibt Paul VI. an, der Fall sei ihm nicht bekannt. Daraufhin schreibt Pahr den Namen Reders auf einen Zettel und überreicht ihn dem Heiligen Vater.<sup>360</sup> Pahr argumentierte Österreichs Engagement für Reder wie bereits Kreisky zuvor mit humanitären, aber ebenso mit politischen Gründen:

*„Zahlreiche Kräfte aus allen Schichten des politischen und sozialen Lebens verlangen von Österreich, sich für eine Begnadigung Reders einzusetzen, Eine Nichtberücksichtigung dieser Stimmen könnte zur Folge haben, dass unter Umständen gewisse pronazistische Kräfte am äußersten Rande der öffentlichen Meinung einen Auftrieb erhalten. Es müsse doch im Interesse des befreundeten Italiens gelegen sein, einer pronazistischen Bewegung keinerlei Grund für eine Stärkung zu geben.“<sup>361</sup>*

Vertraulich informiert wurden auch die Mitglieder des Außenpolitischen Ausschusses in dessen Sitzung am 3. Juni 1977.<sup>362</sup> Dort erläutert Kreisky, dass

*„in der Angelegenheit Reder, in der man enge Kontakte mit der Regierung der BDR gehalten habe, keine Fortschritte zu erzielen seien, weil die italienische Seite sich als völlig unzugänglich erwiesen*

---

<sup>357</sup> Aktenvermerk GZ 248-K/77 vom 20. Mai 1977, STBKA Prominentenkorrespondenz Walter Reder, S. 2.

<sup>358</sup> Andreotti, zitiert nach Aktenvermerk GZ 248-K/77 vom 20. Mai 1977, STBKA Prominentenkorrespondenz Walter Reder, S. 8.

<sup>359</sup> Forlani, zitiert nach Aktenvermerk GZ 248-K/77 vom 20. Mai 1977, STBKA Prominentenkorrespondenz Walter Reder, S. 2.

<sup>360</sup> Aktenvermerk GZ 248-K/77 vom 20. Mai 1977, STBKA Prominentenkorrespondenz Walter Reder, S. 9.

<sup>361</sup> Aktenvermerk GZ 248-K/77 vom 20. Mai 1977, STBKA Prominentenkorrespondenz Walter Reder, S. 6.

<sup>362</sup> Kurzprotokoll der fünften Sitzung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten vom 3. Juni 1977, STBKA Prominentenkorrespondenz Walter Reder.

*habe. Die politische Frage im Hintergrund sei die, dass keine Partei in der Öffentlichkeit für eine Entlassung Reders die Verantwortung zu übernehmen gewillt sei. Die Parteien wollten vielmehr die Verantwortung auf die KPI abschieben. Diese aber wolle nicht handelnd tätig werden, obgleich se sich – wie er in einem Gespräch mit Berlinguer feststellen konnte im Falle eines Gnadenerweises mit einem bloß verbalen Protest begnügen würde. Diese Situation sei sehr betrüblich. (...) Eine Mobilisierung der Öffentlichkeit halte er nicht für zweckmäßig, weil dadurch der Gnadenscharakter der Aktion verwischt würde und zudem ungebeten Verbänden (Traditionsverbänden) die Möglichkeit des Mitmischens gegeben würde. (...) Als letztes Mittel könne er sich eine parlamentarische Anfrage vorstellen, durch die der Bundesregierung die Möglichkeit gegeben würde, darzulegen, was bisher geschehen ist. Gegebenenfalls könnte der Nationalrat aus diesem Anlass in Form einer EntschlieÙung sich für einen Gnadenerweis aussprechen und damit einen Appell an die italienische Seite richten.“<sup>363</sup>*

Im Rat vereinbarte man dann auch noch eine Kontaktaufnahme mit der Kommunistischen Partei Italiens auf Ebene des Europarates.<sup>364</sup> Der außenpolitische Rat war für Kreisky auch ein probates Mittel, die FPÖ, allen voran Klubobmann Friedrich Peter, auf parlamentarischer Ebene einzubinden. Auch in den folgenden Jahren fanden immer wieder Klubobmannrunden statt, bei denen Kreisky in Sachen Reder die anderen Fraktionen informierte: Am 15. Dezember 1980, am 9. April 1981 und am 31. März 1982. 1982 fanden separate Gespräche statt, nur Klubobmann Mock machte vom Informationsangebot keinen Gebrauch.<sup>365</sup>

Im für Reder nicht erfreulichen Jahr 1977 besucht ihn Hans Knitel. Im Auftrag des Kanzlers reiste er nach Gaeta und führte in Anwesenheit des Vertrauensanwaltes Bettoni am 12. Februar ein beinahe dreistündiges Gespräch.<sup>366</sup>

Die erfolgreiche Flucht des deutschen Kriegsverbrechers Herbert Kappler am 15. August 1977, der in Gaeta und dann in einem Militärkrankenhaus gefangen war, schafft völlig neue Tatsachen. Ein Gadenappell fällt nun als Möglichkeit weg, Bettoni rät, erneut einen Antrag auf bedingte Freilassung zu stellen. „Sofort nach der Flucht Kapplers habe ich mit RA Bettoni gesprochen, der die Auffassung vertreten hat, dass zum derzeitigen Zeitpunkt – entgegen ursprünglichen Absichten

---

<sup>363</sup> Kreisky, zitiert nach Kurzprotokoll der fünften Sitzung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten vom 3. Juni 1977, STBKA Prominentenkorrespondenz Walter Reder, S. 5/6.

<sup>364</sup> Knitel Hans, Darstellung der seit 1970 erfolgten österreichischen Bemühungen für Walter Reder“, STBKA Prominentenkorrespondenz Walter Reder, S. 9.

<sup>365</sup> Vgl. Information für den Herrn Bundeskanzler Betr. Walter Reder dzt. Stand der österr. Bemühungen von Hans Knitel vom 25. März 1982 und 24. Juni 1982, STBKA Prominentenkorrespondenz Walter Reder.

<sup>366</sup> Knitel Hans, Darstellung der seit 1970 erfolgten österreichischen Bemühungen für Walter Reder“, STBKA Prominentenkorrespondenz Walter Reder, S. 9.

– keine weiteren österreichischen Schritte erfolgen sollten“, beendet Knitel seine Interventionsauflistung für Kreisky am 26. August 1977.<sup>367</sup> Die Anwaltskosten für Bettoni beliefen sich im Jahr 1977 auf etwa 180.000 Schilling, „die aus verschiedenen Spenden“ gedeckt wurden.<sup>368</sup>

Die folgenden zwei Jahre sind vom Bemühen gekennzeichnet, Reder bei Laune zu halten, solange die Entscheidung über eine bedingte Freilassung anhängig ist. Reders Strafbedingungen werden nach Kapplers Flucht verschärft, Besuchsansuchen immer wieder abgelehnt. So kann etwa Nationalratsabgeordneter Otto Scrinzi (FPÖ), der Reder seit 1977 alljährlich aufsuchte, nicht zu ihm, weil die italienischen Behörden ihn aufgrund seiner angenommenen Kontakte mit Südtiroler Bombengruppen („dinamitardi“) als Sicherheitsrisiko einstufen<sup>369</sup>. Auch Alois Weinzettl, Präsident der Kameradschaft IV, sei im „aktiven Einsatz“ („impegnato attivamente“) für die Befreiung Reders und deswegen ein „gefährliches Element“.<sup>370</sup> Aus der Liste der 1979 eingereichten und abgelehnten Besuche geht übrigens hervor, dass Außenminister Pahr gemeinsam mit Knitel am 23. März 1979 Reder besuchen wollte, dann aber nicht gefahren ist.<sup>371</sup>

Zurück ins Jahr 1978: Vor Weihnachten brachten der österreichische Botschafter in Rom und seine Frau „hausgemachte Vanillekipferl und Apfelstrudel“ bei Reder vorbei, worüber er sich sehr gefreut habe.<sup>372</sup> „Meine Tante berichtete mir über ihren Besuch beim Bundespräsidenten am 27. 10. Sie hatte ihm von den Haftverschärfungen berichtet und gefragt, ob nicht geholfen werden kann. Der Präsident hat sofort gesagt, er werde den ital. Botschafter zu sich kommen lassen, es sei unmenschlich, mich für K.'s Flucht büßen zu lassen“<sup>373</sup>, schreibt Reder nach Wien.

Nachdem es Reder offensichtlich schwer fiel, gegenüber Marzabottos Einwohnern echte Reue zu zeigen, startete der Klagenfurter Bürgermeister Leopold

---

<sup>367</sup> Ebenda.

<sup>368</sup> Information für den Herrn Bundeskanzler vom 12. Jänner 1978 von Hand Knitel, STBKA Prominentenkorrespondenz Walter Reder.

<sup>369</sup> Information des österreichischen Botschafters an das Außenministerium vom 26. Juni 1979, STBKA Prominentenkorrespondenz Walter Reder.

<sup>370</sup> Information des österreichischen Botschafters an das Außenministerium vom 13. April 1978, STBKA Prominentenkorrespondenz Walter Reder.

<sup>371</sup> Liste der „Ab 1. Jänner 1979 genehmigten bzw. abgelehnten Besuche bei Major Walter Reder“, STBKA Prominentenkorrespondenz Walter Reder.

<sup>372</sup> Information für den Herrn Bundeskanzler vom 12. Jänner 1978 von Hans Knitel, STBKA Prominentenkorrespondenz Walter Reder, S. 2.

<sup>373</sup> Aus den Briefen von Walter Reder an Frau Gertrud Marx, wiedergegeben in: Robert H. Drechsler, In memoriam Walter Reder, a.a.O., S. 145.

Guggenberger eine mit der Regierung und Reders Vertrauensanwalt engstens abgestimmte Aktion. Er besuchte mit einer Delegation des Stadtrates am 4. Jänner 1978 Marzabotto. Einzig der kommunistische Stadtrat war entschuldigt. „Gewisse Kreise haben ein Interesse, Reder bis zu seinem Tod in Gaeta festzuhalten, um aus ihm ein Symbol zu machen“ sagte Guggenberger, „wenn er jedoch nach Österreich entlassen würde und dort unbeachtet bliebe, wäre er kein Symbol mehr und würde gewisse Mythen nicht mehr nähren.“<sup>374</sup> Das Echo in Marzabotto war überschaubar, in Österreich meldete sich dafür eine Gruppe um Peter Kreisky bei Guggenberger, um gegen den Besuch zu protestieren. Sie habe im Frühjahr 1977 Marzabotto bereits privat besucht:

*„Wir befürchten, dass von Ihrer Delegation das Problem von Kriegsverbrechern vereinfacht und auf die menschliche Problematik Reders eingeschränkt gesehen wird. Als Antifaschisten sind wir der Meinung, dass ohne vorherige gründliche Aufarbeitung der faschistischen Vergangenheit (...) das Problem Reders keine Lösung finden wird. Wir fordern die Teilnehmer der Delegation auf (...) raschest in einen öffentlichen Diskussionsprozess zur Bewältigung der faschistischen Vergangenheit und neuer faschistischer Erscheinungsformen einzutreten.“<sup>375</sup>*

Guggenberger nennt diesen Brief gegenüber dem Kabinett Kreisky im Nachhinein „unterstützend“, was frivol ist.<sup>376</sup> Kurz nach seiner Rückkehr macht er eine Pressekonferenz zur Reise, obwohl ihm Knitel im Vorfeld empfohlen hatte, „von einer publizistischen Auswertung hievon Abstand zu nehmen“.<sup>377</sup> Wieder ein Beispiel dafür, dass mit dem Thema Reder gerne Stimmen und Stimmung gemacht wurde. Schon im Jahr 1976 durfte der Landesbeamte Siegfried Berger am Neuen Platz „mit Bewilligung des Magistrates der Stadt Klagenfurt“ eine Erinnerungstafel für Reder aufstellen. Die Inschrift lautete „Verbrecher werden begnadigt oder bekommen Urlaub, jedoch der Österreicher Mj. Walter Reder schmachtet noch immer unschuldig in der Festung Gaeta in Italien als Kriegsgefangener, Fordert von Euren Politikern und Organisationen Freiheit für Walter Reder.“<sup>378</sup> Im Jahr 1979 gründete sich in Klagenfurt eine „Vereinigte Hilfsgemeinschaft Österreich (VHÖ)

---

<sup>374</sup> APA 235 vom 4. Jänner 1978.

<sup>375</sup> Offener Brief an Leopold Guggenberger vom 4. Jänner 1978, unterzeichnet von Peter Kreisky, Eva Kreisky, Erna Dittelbacher, Kitty Lauber u.a., STBKA Prominentenkorrespondenz Walter Reder.

<sup>376</sup> Notiz über einen Anruf Guggenbergers im Kabinett, Reise nach Marzabotto, undatiert, STBKA Prominentenkorrespondenz Walter Reder.

<sup>377</sup> Information für den Herrn Bundesminister, 21. Dezember 1977, STBKA Prominentenkorrespondenz Walter Reder.

<sup>378</sup> Information des Innenministeriums, Gruppe Staatspolizeilicher Dienst, für das Kabinett des Bundeskanzlers vom 21. Dezember 1976, STBKA, Prominentenkorrespondenz Walter Reder.

für die Freilassung von Major Reder, Kriegsgefangener in Italien“. Proponent war Karl Blecha.<sup>379</sup>

Im Jänner 1978 spricht der oberösterreichische Landeshauptmann Josef Ratzenböck bei einem Besuch Ministerpräsident Andreotti Reders Causa an.<sup>380</sup> Kurz zuvor hatte er ihm in einem Brief um eine Begnadigung des „Major Reders“, wie er ihn konsequent nennt, gebeten.<sup>381</sup>

Guggenbergers Reise nach Marzabotto ist nicht das einzige Mal, dass die öffentlich bekannt gewordenen Interventionen für Reder für Widerspruch auf der „anderen“ Seite sorgen. Bereits im April 1973 übermittelt der Leiter des Dokumentationsarchivs, Herbert Steiner, Kanzler Kreisky Reders SS-Personalakt und erinnert ihn daran, dass er „niemals der Wehrmacht angehört (hat) und hat daher auch keinen Wehrmachtsoffiziersgrad. Seine letzte SS Beförderung erfolgte am 30. 1. 1944 zum SS Sturmbannführer. Es ist daher nicht den Tatsachen entsprechend, wenn er als „Major“ oder „letzter Österr. Kriegsgefangener“ bezeichnet wird“. <sup>382</sup> Auch zwischen dem DÖW und Reder entwickelt sich eine Korrespondenz, wobei es in dem Zusammenhang erstaunlich ist, dass auch Wolfgang Neugebauer Reder als „Sehr geehrter Herr Major Reder!“ anspricht. Neugebauer schickte ihm ein Jahr später Steiners Buch „Gestorben für Österreich“. <sup>383</sup> Im Jahr 1980 sollte es noch einmal zu einer Kontaktaufnahme mit dem DÖW kommen, diesmal bemühten sich Bettoni und Knitel um eine positive Stellungnahme seitens einer österreichischen Widerstandsorganisation für Reders Verfahren. Herbert Steiner reagierte, wie nicht anders zu erwarten, ablehnend.<sup>384</sup>

Im Juli 1978 gibt es anlässlich des Präsidentenwechsels in Italien (Leones Nachfolger Alessandro Pertini ist Sozialist) erneut Überlegungen, ob sich der österreichische Bundespräsident in einem persönlichen Schreiben an den italienischen Staatspräsidenten wenden soll und der Bundeskanzler – auf Parteebene – ebenfalls in Verbindung setzen soll.<sup>385</sup>

---

<sup>379</sup> Sicherheitsdirektion für das Bundesland Kärnten Vr – 5038-1/79 vom 18. Mai 1979. STBKA, Prominentenkorrespondenz Walter Reder.

<sup>380</sup> „Interventionen für Walter Reder“, S. 3.

<sup>381</sup> Brief Ratzenböck an Andreotti vom 10. Jänner 1978, STBKA Prominentenkorrespondenz Walter Reder.

<sup>382</sup> Schreiben Steiners an Kreisky vom 11. April 1973, STBKA Prominentenkorrespondenz Walter Reder.

<sup>383</sup> Schreiben Neugebauers an Reder vom 18. März 1974, STBKA Prominentenkorrespondenz Walter Reder.

<sup>384</sup> Brief Steiners an Reder vom 19. März 1980 sowie Aktennotiz Bettonis an Knitel, undatiert. STBKA Prominentenkorrespondenz Walter Reder.

<sup>385</sup> Aktenvermerk Hans Knitels vom 10. Juli 1978, STBKA Prominentenkorrespondenz Walter Reder.

Am 14. August 1978 besucht Hans Knitel Reder erneut in Gaeta. „Herr Reder macht auf mich sowohl physisch als auch psychisch (Merk- und Erinnerungsfähigkeit!) einen wesentlich besseren Eindruck als bei meinem letzten Besuch. Dies dürfte wohl mit den Hoffnungen und Erwartungen zusammenhängen, die Reder mit dem dzt. Anhängigen Verfahren auf bedingte Freilassung verknüpft. Gerade dies muss aber die Frage aufwerfen, wie er einen allfälligen negativen Ausgang dieser Verfahren überstehen wird“, hält er fest.<sup>386</sup> Er beschreibt Reders Situation minutiös: Seine Post wird vollständig kontrolliert, wenn auch der Ausdruck Zensur vermieden wird. Besuche, die vier bis maximal zehn Mal pro Monat stattfinden, darf er nur zwischen 12 und 16 Uhr empfangen, und dies in einem eigenen Besuchsraum. Die Festung wurde für ihn mit hohem Kostenaufwand adaptiert – einerseits, um seine Flucht zu verhindern, andererseits, um seine Sicherheit zu gewährleisten. So wurden etwa die Mauern rund um die „Sonnenterrasse“-Festungsmauer erhöht und ein Röntgenschleuse für Besucher installiert. Dabei wurde ein von Reder geschätztes „Guckloch“ mit Panzerglas verkleidet, damit er weiter den Ausblick genießen kann. Reders Zelle selbst besteht aus zwei Räumen von circa 12 Quadratmetern, verbunden mit einer Falttür. Die eine dient als Schlafraum, die andere als Küche, Dusche und WC. Tagsüber kann er sich im gesamten Komplex von sechs Zellen frei bewegen, wird aber bewacht. Sein Verhältnis zum Wachpersonal ist ausgezeichnet (im Gegensatz zu Kapplers). Verpflegt wird er über die Gemeinschaftsküche.<sup>387</sup>

Im Sommer arbeitet Bettoni auch den neuerlichen Antrag auf bedingte Freilassung aus. Bemerkenswert ist, dass bereits in diesem Stadium die Problematik einer Überstellung nach Österreich im Raum steht. Bettoni wird vom Militärgericht „ausdrücklich auf das Problem der polizeilichen Sicherheitsmassnahmen im Falle einer positiven Entscheidung“ hingewiesen, hält Knitel in einem Aktenvermerk fest.<sup>388</sup> Bettoni sieht den Ausgang des Verfahrens eher pessimistisch, obwohl die Gefängniscommission ein einstimmig positives Gutachten gemacht hat. Möglicherweise, weil Reder das von ihm vorgeschlagene eindeutige, persönliche Schuldeingeständnis abgeändert und etwas abgeschwächt hatte.<sup>389</sup>

---

<sup>386</sup> Ebenda.

<sup>387</sup> Ebenda.

<sup>388</sup> Aktenvermerk Gespräch mit RA Bettoni am 14. August 1978, vom 21. August 1978, STBKA Prominentenkorrespondenz Walter Reder.

<sup>389</sup> Ebenda. In einem Brief, der am 2. Juni 1980 in der „Kronen Zeitung“ veröffentlicht wurde, spricht Reder davon, dass er „zutiefst die seinerzeitigen Geschehnisse bedauere, in die meine Truppeneinheit und somit ich

Am 1. Dezember 1978 ist Schachermayr bei Kardinal König, und bittet ihm um eine Intervention beim Papst. König „habe mitgeteilt, dass er bereits von sich aus mit dem Papst gesprochen hatte, der zugesagt habe, sich dieser Angelegenheit wohlwollend anzunehmen, aber auch darauf hingewiesen hatte, dass er als Nichtitaliener doch auch in einer schwierigen Situation sei.“<sup>390</sup> König informierte Schachermayr, dass er bei seinem nächsten Rombesuch neuerlich Reder besuchen werde.

Am 5. Dezember 1978 richtete die österreichische Botschaft in Rom eine „pro memoria“ bezüglich Reders Übernahme an den italienischen Verteidigungsminister. „Auflassung von Gaeta?“ lautete das Stichwort.<sup>391</sup> Am letzten Maiwochenende im Jahr 1980 besucht FPÖ-Obmann Norbert Steger Reder in Gaeta.<sup>392</sup> „Gestern fand der Besuch des Obmanns der FPÖ, Dr. Steger, statt, ein junger Mann, der besonders darauf bedacht ist, dass auch die junge Generation mich nicht vergisst“, notiert dazu Reder am 25. Mai 1980.<sup>393</sup>

Mit der Entscheidung des Militärgerichtes in Bari vom 14. Juli 1980, Reder die vorzeitige Haftentlassung zuzugestehen, ihn aber „in seinem eigenen Interesse“<sup>394</sup> für weitere fünf Jahre zum Internierten zu erklären, bekamen die Bemühungen um seine Freilassung neue Dynamik. Das Gericht in Bari definierte folgende Auflagen:

*„Das Gericht unterwirft den genannten Major Walter Reder der Sicherheitsmaßnahme der Schutzaufsicht auf die Dauer von mindestens 1 Jahr, ordnet die sofortige Enthftung des Majors Walter Reder an, sofern er nicht aus anderen Gründen verhaftet ist, verfügt, dass der genannte Offizier und Angehöriger der feindlichen Streitkräfte in seiner Eigenschaft als Kriegsgefangener, der nach Beendigung der Kampfhandlungen wegen Strafverbüßung nicht freigelassen wurde, in seinem eigenen Interesse als Internierter auf die Dauer von fünf Jahren ab heute in seiner derzeitigen Militärstrafanstalt gehalten wird; nach günstigem Ablauf der festgesetzten Zeit gilt die über ihn verhängte Strafe als getilgt, wobei es den Verwaltungsbehörden vorbehalten bleibt, (ihn) auch vor Durchführung der angeordneten Sicherheitsmaßnahmen und vor*

---

selbst in der schwersten Zeit des Zweiten Weltkrieges in Italien verwickelt“ wurde. Kreisky zitiert in einem Brief an Reimann vom 17. Mai 1980 aus Reders Vernehmungprotokoll, das am 29. Juni 1976 in Gaeta aufgenommen wurde. Dort gab Reder an, dass „ich es, befände ich mich in ähnlichen Umständen wie damals, für meine moralische Pflicht erachten würde, mich zu weigern, an einer Wiederholung analoger Vorgänge mitzuwirken, auch um den Preis meines Lebens.“ Alles zitiert nach STBKA, Prominentenkorrespondenz Walter Reder.

<sup>390</sup> Aktenvermerk von Hans Knitel vom 1. Dezember 1978, STBKA Prominentenkorrespondenz Walter Reder.

<sup>391</sup> „Interventionen für Walter Reder“, a.a.O., S. 3.

<sup>392</sup> Vgl. Die Presse, 24./25./26. Mai 1980

<sup>393</sup> Aus den Briefen von Walter Reder an Frau Gertrud Marx, wiedergegeben in: Robert H. Drechsler, In memoriam Walter Reder, a.a.O., S. 151.

<sup>394</sup> Beschluss des Militärtribunals von Bari vom 14. Juli 1980, Depot Sepp Wille, a.a.O.

*Tilgung der Strafe nach den geltenden internationalen Bestimmungen  
Verfügungen zur Gunsten des Kriegsgefangenen zu treffen,*<sup>395</sup>.

FPÖ-Chef Friedrich Peter erinnert Kreisky an „die von allen drei Fraktionen des Nationalrates vor Jahren mit Ihnen getroffene Vereinbarung, dass parlamentarische und andere Schritte in der causa Walter Reder nur einvernehmlich und nicht eigenwillig gesetzt werden“ und bittet um einen „gemeinsamen Gedankenaustausch“ mit den Klubobleuten der im Nationalrat vertretenen Fraktionen.<sup>396</sup>

Bruno Kreisky und Kardinal Franz König gratulieren Reders Anwalt Giangaleazzo Bettoni zur vorzeitigen Haftentlassung. „Ich bin mir vollkommen bewusst, dass es ohne die großen Anstrengungen und Bemühungen, denen Sie sich unterzogen haben, nicht möglich gewesen wäre, zu dieser Entscheidung zu gelangen“, schreibt Kreisky und hofft, dass „Herr Reder nunmehr nicht noch die gesamten fünf Jahre in Italien bleiben muss. Ich wäre Ihnen sehr verbunden, wenn Sie, so wie bisher, mit allen Ihren Kräften die Erreichung dieses Ziels anstreben könnten.“<sup>397</sup> König, der im Briefverkehr mit Reder stand, bot seine Hilfe an. „Falls in der nächsten Zeit noch etwas zu tun ist, bin ich gerne bereit (...) zu helfen. Major Reder hat mir soeben auch geschrieben.“<sup>398</sup> Bettonis Jahrespauschalhonorar als Vertrauensanwalt, das seit 1. Februar 1977 gleich geblieben ist, wie der Rechtsanwalt unter Hinweis auf die gestiegenen Lebenserhaltungskosten in Italien in einem Schreiben kurz zuvor beklagt<sup>399</sup>, wird per 1. Jänner 1981 vom Außenministerium auf 2,6000.000 Lire erhöht.<sup>400</sup>

Anfang September 1980 sprechen Bundespräsident Kirchschräger und Außenminister Willibald Pahr beim italienischen Außenminister Emilio Colombo vor. Parallel dazu wurde der neue italienische Ministerpräsident Giovanni Spadolini bearbeitet. „Kreisky verfolgt weiterhin planmäßig meine Sache, wie mir Botschafter und Anwalt bestätigen“, hält Reder in einem Brief am 13. März 1981

---

<sup>395</sup> Ebenda.

<sup>396</sup> Brief Peter an Kreisky vom 1. September 1980, STBKA Prominentenkorrespondenz Walter Reder.

<sup>397</sup> Schreiben Kreiskys an Bettoni vom 21. August 1980, STBKA Prominentenkorrespondenz Walter Reder.

<sup>398</sup> zit. Nach Wassermann Heinz P., „Zuviel Vergangenheit tut nicht gut“, S. 567.

SBKA, Walter Reder, Akt v. BMfAA an Dr. Now. König an Bettoni, 1. 9. 1980,

<sup>399</sup> Schreiben Bettonis an den österreichischen Botschafter in Rom, Laube, vom 7. Juli 1980, STBKA Prominentenkorrespondenz Walter Reder.

<sup>400</sup> Schreiben der österreichischen Botschaft an Bettoni vom 3. September 1980, STBKA Prominentenkorrespondenz Walter Reder.



fest.<sup>401</sup> Am 27. Juli 1981 schreibt Kreisky an Spadolini, am 8. Oktober 1981 überreichte ihm der österreichische Botschafter eine Note, am 29. Jänner 1982 sprach er persönlich vor, „wobei sich jedoch Min.Präs. Spadolini trotz der mehrfachen Befassung seitens des HBK und der Botschaft uninformatiert zeigte“<sup>402</sup>. Am 4. März kündigt ihm Kreisky die alsbaldige Einbringung eines formellen Ersuchens Österreichs um Repatriierung von Reder nach der 3. Genfer Konvention von 1949 an, und am 24. März 1982 interveniert Kreisky erneut bei Spadolini.<sup>403</sup> Die österreichische Botschaft in Rom überreichte im gleichen Monat das offizielle Heimsendungsansuchen.<sup>404</sup> Die Reaktion ist gleich null, wie Kreisky in einem Brief an Craxi beklagt: Man habe in Wien den Eindruck, dass

*„von den maßgeblichen Stellen Italiens zwar kein echter politischer Widerstand gegen die nunmehrige Ermöglichung der Rückkehr Reders in seine Heimat besteht, dass aber andererseits auch der politische Wille fehlt, diesbezüglich Initiativen zu ergreifen. Es scheint vielmehr jeder politische Machtfaktor diese erforderliche Initiative der anderen Seite überlassen zu wollen“<sup>405</sup>.*

Kreisky gibt dann selber noch einmal seine maßgeblichen Gründe für sein Eintreten für Reders Heimholung an und betont auch die parteipolitische Komponente:

*„Ich habe bereits mehrfach betont, dass ich die Ermöglichung der Rückkehr Reders in seine Heimat als einen sehr wirksamen politischen Beitrag zur Bekämpfung gewisser faschistischer Restvorstellungen ganz am Rande der öffentlichen Meinung ansehe, dem gerade in unseren Zeiten so große Bedeutung zu kommen würde. Reder wird von einigen extremen politischen Gruppierungen gleichsam als Märtyrer gesehen, wobei – wie ich bereits dargelegt habe – aus humanitären Überlegungen auch von Kreisen, die ansonsten in keiner Weise mit jenen etwas zu tun haben wollen, ein gewisses Maß an Verständnis gezeigt wird. Gerade auch wegen dieser Kreise wäre es besonders tragisch, wenn Reder angesichts seines Gesundheitszustandes nicht bald in seine Heimat zurückkehren könnte. Ich möchte nicht verschweigen, dass mir diese „punktuelle unheilige Allianz“ aus gesamtpolitischer Sicht große Sorgen bereitet.*

*In streng vertraulicher Weise möchte ich schließlich betonen, dass auch aus innenpolitischen Gründen meiner Partei und mir sehr daran gelegen wäre, wenn die Rückkehr Reders in den nächsten Monaten*

---

<sup>401</sup> Aus den Briefen von Walter Reder an Frau Gertrud Marx, wiedergegeben in: Robert H. Drechsler, In memoriam Walter Reder, a.a.O., S. 157.

<sup>402</sup> Information für den Herrn Bundesminister Betr. Walter Reder dzt. Stand der österr. Bemühungen von Hans Knitel vom 25. März 1982, S. 2.

<sup>403</sup> „Interventionen für Walter Reder“, a.a.O., S. 3. sowie Brief Kreiskys an Spadolini vom 14. März 1982, STBKA Prominentenkorrespondenz Walter Reder.

<sup>404</sup> Vgl. „Information für den Herrn Bundeskanzler“ Fred Sinowatz, die im Wesentlichen aus einer Note besteht, die im Februar 1984 Bettino Craxi überreicht wurde. Depot Sepp Wille, a.a.O., Seite 2.

<sup>405</sup> Kreisky an Craxi am 9. November 1982, STBKA Prominentenkorrespondenz Walter Reder.

*nach Österreich ermöglicht werden könnte. Sollte dieses österreichische Anliegen endlich realisiert werden können, so hätte die von der Sozialistischen Partei Österreichs gestellte Regierung nach 12-jährigem Bemühen einen Erfolg erreicht, um den sich vorher lange Zeit mehrere konservative Regierungen ergebnislos bemüht hatten.*<sup>406</sup>

Kreisky Brief spricht deutliche Worte: Die Heimholung Reders ist längst zu einem parteipolitischen Prestigeprojekt geworden, möglicherweise auch zum Pfand für allfällige Koalitionsverhandlungen mit der FPÖ. Es beginnt nun ein regelrechter Wettlauf um Reders Heimholung, an der auch die oppositionelle ÖVP auf Bundesebene nun rege teilnahm. In einem mit 30. November 1982 datierten Brief an Reder schildert Mock seine Bemühungen:

*„Sehr geehrter Herr Major, zurückkommend auf Ihr Schreiben vom 16. September dieses Jahres darf ich Ihnen nunmehr über meine Bemühungen betreffend Ihre möglichst rasche Repatriierung nach Österreich berichten. Ich habe anlässlich eines Besuches einer italienischen Delegation der Democrazia Cristiana am 25. Oktober 1982 in Wien mit Generalsekretär De Mita sowie Abgeordneten Piccoli über Ihren Fall gesprochen und gleichzeitig diesen Herren ein Pro Memoria überreicht, in dem Ihr Fall geschildert wird und in dem ich die Democrazia Cristiana bitte alles zu unternehmen, dass es möglichst bald zu einer positiven Lösung ihres Falles kommt. Ebenso habe ich mich beim jetzigen Ministerpräsidenten Fanfani anlässlich seines Besuches Anfang November dieses Jahres in Wien dafür eingesetzt, dass Sie möglichst bald nach Österreich heimkehren können. Ich hoffe, dass meine Bemühungen zusammen mit denjenigen der anderen Parlamentsparteien endlich dazu führen, dass Italien sich dazu entscheidet, Sie aus dem Militärgefängnis Gaeta zu entlassen.*<sup>407</sup>

Dieser Brief sollte für Frischenschlager im Jahr 1985 nach Aufbrechen der Affäre eine wichtige Rolle spielen. Er überlegte kurz, ob er ihn in der Sondersitzung des Nationalrates als Beweis präsentieren sollte, dass auch die ÖVP für Reder interveniert hatte.<sup>408</sup> Damit wollte er die parteipolitisch motivierte Aufregung der ÖVP relativieren. Letztlich entschied er sich dagegen. Reder notierte in einem Brief am 26. April 1983 an Gertrud Marx:

*„Besonders interessieren mich natürlich die Berichte von der Wahl in Österreich. Leider zog sich Kreisky von der politischen Bühne zurück. Nun heißt es abwarten. Ich stehe ja nicht nur mit Kreisky in Verbindung, sondern u.a. auch mit dem Bundesobmann der ÖVP, Alois Mock. Er schrieb mir am 8.4.: ‚Ich habe dieses Ihr Schreiben*

---

<sup>406</sup> Ebenda.

<sup>407</sup> Brief Mock and Walter vom 30. November 1983, Depot Sepp Wille, a.a.O.

<sup>408</sup> Gespräch der Autorin mit Friedhelm Frischenschlager, 11. November 2005.

*zum Anlass genommen, neuerlich bei der Democrazia Christiana für Ihre Freilassung zu intervenieren und hoffe, dass die Bemühungen möglichst bald zu einer positiven Lösung Ihres Falles führen’.*<sup>409</sup>

Es war nicht die erste Intervention Mocks. Bereits im April 1976, damals war Mock Abgeordneter, wandte er sich brieflich an den damaligen Außenminister Erich Bielka mit der Bitte, sich für „Major Walter Reder“ (sic), dessen Inhaftierung „mehr als 30 Jahre nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges wohl als menschlich nicht vertretbare Härte angesehen werden“ muss, einzusetzen.<sup>410</sup> Im September 1980 hatte Mock bereits Kontakt mit dem christlichkonservativen Ministerpräsident Francesco Cossiga aufgenommen. Er stand einer Koalition zwischen Democrazia Cristiane (DC) sowie der Sozialistischen Partei (PSI) und der Republikanischen Partei (PRI) vor. Zwar wurde diese 39. Nachkriegsregierung noch bei den Regionalwahlen durch Gewinne der DC im Juni 1980 gestärkt, jedoch kam es im September 1980 zum Rücktritt nach einer Niederlage bei der Abstimmung über das Stabilitätsprogramm Cossigas. Ihm folgte am 12. Oktober 1980 Arnaldo Forlani, dem Mock am 4. Dezember 1980 schrieb. Bei einem Rombesuch am 31. Jänner 1983 sprach er gegenüber Außenminister Colombo die Causa Reder an.<sup>411</sup> Am 13. September 1984 kontaktierte er Außenminister Andreotti, eine der wenigen personellen Konstanten der italienischen Außenpolitik.<sup>412</sup>

Auch Kirchschräger war nicht untätig. Am 19. September 1983 leitete er einen Brief der „Gesellschaft für die Heimkehrerstätte Ulrichsberg“ an Papst Johannes Paul II weiter. Kurz zuvor war der Klagenfurter Bürgermeister Leopold Guggenberger (ÖVP) beim Papst gewesen.<sup>413</sup> Am 12. Dezember 1982 wendet sich Kardinal König an den italienischen Ministerpräsidenten Fanfani, in dem er sich „als Erzbischof von Wien und namens der katholischen Gemeinschaft voll und ganz der Initiative der zivilen Behörden anschliesst“.<sup>414</sup>

Kreisky Brief an Craxi, ursprünglich vertraulich gedacht, schlägt mit kurzer Verspätung mediale Wellen in Italien wie auch – geringer – in Österreich, weil er von Craxi veröffentlicht wird. Laut Einschätzung der österreichischen Botschaft in

---

<sup>409</sup> Aus den Briefen von Walter Reder an Frau Gertrud Marx, wiedergegeben in: Robert H. Drechsler, In memoriam Walter Reder, a.a.O., S. 163.

<sup>410</sup> Brief Mock und Georg Prader an Erich Bielka, 1. April 1976, STBKA Prominentenkorrespondenz Walter Reder.

<sup>411</sup> Bericht der Österreichischen Botschaft Rom über den Besuch Mocks in Rom an das Außenministerium vom 1. Februar 1983, STBKA Prominentenkorrespondenz Walter Reder.

<sup>412</sup> „Interventionen für Walter Reder“, a.a.O., S. 3.

<sup>413</sup> Ebenda.

<sup>414</sup> König an Fanfani vom 12. Dezember 1982, STBKA Prominentenkorrespondenz Walter Reder.

Rom wollte die italienische Regierung damit auch testen, wie die eigene Öffentlichkeit auf eine frühzeitige Repatriierung Reders reagieren würde.<sup>415</sup> Daraufhin berichten auch heimische Blätter, was dazu führt, dass sich Johanna Dohnal an den Bundeskanzler wendet, weil sie wissen will, was ihn zu dieser Intervention, aus der sie in der Arbeiterzeitung vom 26. November 1982 erfahren hat, „bewogen hat“. Dohnal schreibt den Brief als SPÖ-Penzing-Funktionärin, unterschrieben haben ein Dutzend andere Funktionäre. In seiner Antwort präzisiert er den in seinen Briefen immer wieder beschriebenen Druck aus allen gesellschaftlichen Schichten:

*„Diese Bitten stammen keineswegs nur aus Kreisen der „Ewiggestrigen“, sie kommen auch aus dem katholischen Milieu einschließlich höchster kirchlicher Kreise in Österreich, die in keiner wie immer gearteten Weise in einem Naheverhältnis zu faschistischem Gedankengut stehen. Diese Bitten haben auch ihre Befürworter in namhaftesten Vertretern der antifaschistischen Bewegung in unseren eigenen Reihen gefunden, wobei ich lediglich die Vorsitzende des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus, unsere Genossin Rosa Jochmann, namentlich erwähnen möchte, die schon vor vielen Jahren bei mir für diesen Fall interveniert hat. All diesen letztgenannten Bitten ist die politische Sorge gemeinsam, dass hier ein Mann, wie dies ja auch schon geschieht, zu einem Märtyrer hochstilisiert wird.“<sup>416</sup>*

Rosa Jochmann warnte Reder allerdings bereits, dass sie ihre Unterstützung nur dann aufrechterhalten könne, wenn er seine Taten wirklich bedauere. Ansonsten könne sie ihn „nicht verstehen“.<sup>417</sup>

Verärgerung bewirkt der Brief Kreisky an Craxi auch bei der ÖVP, vor allem beim Kärntner Abgeordneten Wilhelm Gorton, der damit das „Dreiparteienabkommen“ gebrochen sieht, dass Stillschweigen über alle Aktionen für die vorzeitige Repatriierung Reders vorsehe. Gorton bemüht sich festzuhalten, dass „natürlich (...) auch ÖVP-Bundesparteiobmann Dr. Alois Mock laufend Kontakte mit den Führern der Democristiani in Rom zur vorzeitigen Entlassung Reders“ habe. Nur sei – im Sinne der Parteienabsprache – nichts publiziert worden“.<sup>418</sup> Deutlich wird, wie sehr auch die ÖVP im Wettrennen um Reders Freilassung nichts ins Hintertreffen geraten will. Reder schrieb seinem Freund Gorton („Lieber Willi!“) daraufhin einen

---

<sup>415</sup> Österreichische Botschaft in Rom an das Außenamt vom 25. November 1982, STBKA Prominentenkorrespondenz Walter Reder.

<sup>416</sup> Kreisky an Dohnal am 31. Jänner 1983, STBKA Prominentenkorrespondenz Walter Reder.

<sup>417</sup> Brief Jochmanns an Reder vom 8. Februar 1977, STBKA, Prominentenkorrespondenz Walter Reder.

<sup>418</sup> APA 208 vom 28. November 1982, Brief Rösch an Wagner vom 26. Dezember 1982, STBKA Prominentenkorrespondenz Walter Reder.

Brief, in dem er ihn einmahnte, nicht selbst ein „politisches Spiel mit Major Reder“ zu betreiben. Craxi selbst habe den Brief veröffentlicht, um die „öffentliche Meinung in Italien zu sensibilisieren“. Reder: „Also Dein Querschuss gegen Kreisky und der SPÖ war fehl am Platz. Dies ist meine Meinung und tut keinen Abbruch an unserer Freundschaft.“<sup>419</sup>

Als der Sozialist Bettino Craxi am 22. Juli 1983 als erste Linker seit 1945 mit der Regierungsbildung beauftragt wird, sieht Kreisky seine Chance auf Reders Freilassung. Craxi wird bis 1987 ununterbrochen das Amt des Ministerpräsidenten innehaben, länger, als die meisten italienischen Regierungschefs nach dem Zweiten Weltkrieg. Kreisky, der zwar nicht mehr Kanzler, aber immer noch SPÖ-Chef ist, und Craxi, seit 1976 Generalsekretär seiner Partei, kennen sich aus der Sozialistischen Internationale, zuletzt haben sie sich beim 16. SI-Kongress in Albufeira in Portugal getroffen.

Kreisky hat Craxi in seine Bemühungen um Reder frühzeitig eingebunden. Schon am 18. Dezember 1979 berichtete er ihm, dass die österreichische Regierung statt des Gandenweges nun den Antrag auf bedingte Freilassung unterstützt.

*„Leider habe ich feststellen müssen, dass auch Im Zentralorgan Deiner Partei die jüngste Entscheidung des Obersten Militärgerichtshofes sehr kritisiert worden ist. Ich glaube, dass dann, wenn schon eine politische Lösung dieses Falles nicht erreichbar ist, alles unterlassen werden sollte, was eine mögliche Bereinigung dieses Problems durch die Gerichte verhindern könnte. Sollte nämlich auch auf diesem nicht politischen Wege keine positive Entscheidung erreicht werden, so würden wir uns gezwungen sehen, mit allem Nachdruck auf die Gandenfrage zurückzukommen.“<sup>420</sup>*

Am 21. August 1980 schrieb er erneut an ihn.<sup>421</sup> Weitere Kontakte folgen am 4. Dezember 1980 und am 30. April 1981. Am 14. September und am 9. November 1982 richtet Kreisky an Craxi weitere persönliche Schreiben.<sup>422</sup> Noch vor seiner Ernennung zum Ministerpräsidenten reist Kreisky am 27. Juli 1983 zu Craxi. Am 29. Juli erging ein Schreiben des neuen Bundeskanzlers Fred Sinowatz an den neuen italienischen Ministerpräsidenten. Als Craxi im Februar 1984 nach Wien kommt, ist Reder selbstverständlich wieder Thema – sowohl bei seinem Gespräch mit Bundeskanzler Sinowatz wie beim Treffen Außenminister Erwin Lancs mit

---

<sup>419</sup> Brief von Reder an Gorton vom 6. Dezember 1982, alle STBKA Prominentenkorrespondenz Walter Reder.

<sup>420</sup> Kreisky an Craxi am 18. Dezember 1979, STBKA Prominentenkorrespondenz Walter Reder.

<sup>421</sup> Brief Kreisky an Craxi vom 21. August 1980, STBKA Prominentenkorrespondenz Walter Reder.

<sup>422</sup> „Interventionen für Walter Reder“, a.a.O., S. 3.

Andreotti. Am 19. Mai 1984 trifft Lanc noch einmal mit Andreotti in Venedig zusammen. Reder hält dazu fest: „Der Anwalt teilte mir mit, dass er mit dem Botschafter ein Promemoria ausarbeitet, das der österr. Außenminister seinem ital. Kollegen in Venedig beim Treffen wegen meiner Repatriierungsangelegenheit übergeben wird.“<sup>423</sup> Am 1. Oktober spricht der neue Außenminister Leopold Gratz in New York mit ihm, am 26. Oktober 1984 ist Gratz in Rom bei Andreotti und Craxi erneut mit dem Thema befasst.<sup>424</sup>

Die Note, die die österreichische Regierung im Februar 1984 überreichte, spricht noch einmal alle Argumente für Reders Freilassung an und dokumentiert anschaulich die Bemühungen unter den Vorgängerregierungen Kreiskys sowie den Stand der Dinge kurz vor Ausbruch der Affäre. In einer Information für Bundeskanzler Fred Sinowatz heißt es zuvor einleitend:

*„Jede österreichische Bundesregierung hat sich bisher für die Begnadigung bzw. seine Überstellung nach Österreich eingesetzt. Bundeskanzler Dr. Kreisky hat sich jedes Jahr mindestens einmal zugunsten Reders verwendet, und dies sowohl aus Regierungsebene, als auch durch seine Kontakte zur Sozialistischen Partei Italiens. Das gleiche trifft auch auf den Bundespräsidenten und alle österreichischen Außenminister zu. Während der letzten Monate haben sowohl Bundesparteiohmann Mock bei Andreotti für Reder interveniert, als auch Kardinal König.“*<sup>425</sup>

In der Note wird noch einmal betont, dass die „österreichische Bundesregierung (...) einer Bereinigung des Falles des ehemaligen Majors der deutschen Streitkräfte, Walter Reder, besonderes Interesse bei(misst)“, um dann die rechtliche Seriosität des österreichischen Repatriierungsanliegens zu untermauern. Reder habe in der Haft stets „musterhaftes Verhalten“ gezeigt, sei im Juli 1980 von der zuständigen italienischen Militärgerichtsbehörde zur bedingten Entlassung zugelassen worden, am 16. Juli 1980 förmlich enthaftet worden und habe deswegen nicht mehr die Stellung eines Häftlings, sondern eines internierten Kriegsgefangenen, der nach Art. 22 der Genfer Kriegsgefangenenkonvention von 1949 in Gaeta „in seinem Interesse“ angehalten werde. Aus dieser bedingten Entlassung werde eine endgültige werden, wenn die Strafe getilgt ist, was nach italienischem Strafrecht nach fünf Jahren, als am 14. Juli 1985 der Fall sein werde. Der italienischen

---

<sup>423</sup> Aus den Briefen von Walter Reder an Frau Gertrud Marx, wiedergegeben in: Robert H. Drechsler, In memoriam Walter Reder, a.a.O., S. 167.

<sup>424</sup> „Interventionen für Walter Reder“, S. 3/4.

<sup>425</sup> „Information für den Herrn Bundeskanzler, Depot Sepp Wille, a.a.O., Seite 2.

Regierungsstellen könnten aber schon vorher Maßnahmen zugunsten Reders setzen, wie sie in den Artikeln 110 und 115 der Genfer Konvention enthalten sind. Diese Bestimmungen seien auf Reder anwendbar, da er „objektiv mehrere physische Schäden und Krankheiten aufweist (Amputierung eines Vorderarmes, 2/3 Magenresektion, Colecystektomie während der Gefangenschaft, vorzeitige Gehirnarteriosklerose)“.<sup>426</sup> Daraufhin folgt die streng juristisch formulierte Argumentation:

*„Zwischen der jetzigen formellen Freiheitssituation Reders und seiner andauernden reellen Haftsituation besteht eine Diskrepanz, welche, wenn sie in der ersten Zeit nach der Gewährung der bedingten Entlassung etwa als „in seinem Interesse,“ liegend betrachtet werden konnte, heute aber, nach 3 1/2 Jahren, einen Bestrafungscharakter aufweist, der nicht dem Wesen der bedingten Freilassung, die auf die Resozialisierung des Verurteilten gezielt ist, vereinbar scheint.*

*Es ist außerdem nicht bekannt, dass je in Österreich jemand tatsächlich für die Dauer von 39 Jahren der persönlichen Freiheit beraubt gewesen wäre, und zwar auch nicht bei lebenslänglich Verurteilten. Es ist anzunehmen, dass auch in Italien kein derartiger Fall bekannt ist.*

*Es ist schließlich bekannt geworden, dass in Folge eines kürzlichen Urteils des italienischen Verfassungsgerichtshofes (...) der lebenslänglich Verurteilte nunmehr in Italien zur bedingten Entlassung, nicht erst nach 28 Jahren, sondern, bei guter Führung im Gefängnis, schon nach ca. 25 Jahren zugelassen werden kann. Reder hat sie erst nach 35 Jahren erlangt, also 10 Jahre später als er sie heute aufgrund dieses italienischen „jus superveniens,“ erhalten könnte. Darüber hinaus sind inzwischen fast vier Jahre verstrichen. Aufgrund aller obigen, zusammenfassend dargelegten Erwägungen, vertraut man österreichischerseits auf eine baldige Entlassung Reders in seine Heimat.“<sup>427</sup>*

Das war also der Stand der Dinge vor dem umstrittenen „Handschlag“. Erstaunlich ist, wenn man sich den Umfang der Korrespondenzen und des Aktenmaterials zum Fall Reder vor Augen führt, wie inkompetent und bar jeden Vorwissens die Administration unter Fred Sinowatz bei der Überstellung Reders agiert. Dies lässt sich einerseits aus der personellen Nicht-Kontinuität erklären. Maßgebliche Akteure – wie etwa der über Jahre mit der Materie befasste Hans Knitel – gehörten der Kleinen Koalition nicht mehr an. Andererseits spielte die Frage Reder im

---

<sup>426</sup> Vgl. Seite 2 der Note an Ministerpräsident Bettino Craxi, Anhang zur Information für den Herrn Bundeskanzler.

<sup>427</sup> Zit. Nach Seite 2 und 3 der Note an Ministerpräsident Bettino Craxi, Anhang zur Information für den Herrn Bundeskanzler.

Bewusstsein der „neuen Garde“ unter Sinowatz nur mehr eine untergeordnete Rolle. Dass da „irgendein alter Nazi in Italien“ noch auf seine Befreiung warte, war angesichts schwelender Skandale wie Hainburg oder Lucona von untergeordneter Bedeutung.<sup>428</sup> Eine Fehleinschätzung, wie das nächste Kapitel zeigen wird.

---

<sup>428</sup> Gespräch der Autorin mit Hans Pusch am 1. März 2010.



## V. Der „Handschlag“ in der chronologischen Rekonstruktion

Die Affäre „Frischenschlager-Reder“ ging als „Der Handschlag“ in die Skandalgeschichte Österreichs ein, dennoch existiert kein Bild vom Casus Belli. Ihr fehlt ein symbolträchtiges Foto, sie hat keine eigene Ikonographie – wohl mit ein Grund dafür, dass sie in den Jahren danach in der medial geprägten Erinnerung weit gehend wieder in Vergessenheit geriet.

Konnten die Medien beim „AKH-Skandal“<sup>429</sup> etwa das gleichnamige Krankenhaus ins Bild rücken, bei der „Affäre Lucona“<sup>430</sup> etwa das gleichnamige Schiff, den Club 45 oder Udo Proksch und bei der „Affäre Waldheim“<sup>431</sup> jenes bekannte Bild, das ihn als Übersetzer mit SS-Größen zeigt, blieb vom Fall „Frischenschlager-Reder“ sprichwörtlich „kein Bild hängen“ – abgesehen von einigen wenigen, recht unscharfen Foto vom greisen Walter Reder, die 1985 nach seiner Ankunft entstanden waren, dem immer gleichen Bild des jungen Kriegsoffiziers, das in zahlreichen Publikationen seiner Förderer und Kameraden verwendet wurde und noch am ehesten ikonografischen Charakter bekam – für eine eingeschworene Gemeinschaft freilich nur – und dem zahlreich vorhandenen Frischenschlager-Bildmaterial, das einen sehr jugendlich wirkenden Minister zeigt.

Dass der Handschlag selber stattfand, ist unbestritten, auch die näheren Umstände sind bekannt:<sup>432</sup> Am 24. Jänner 1985, einem Donnerstag, landete die italienische Militärmaschine, die Reder überstellte, um 10.31 auf dem Flugplatz Graz-Thalerhof. Verteidigungsminister Friedhelm Frischenschlager begrüßte Reder laut seinem Parteifreund, dem Nationalratsabgeordneten Fritz Probst (FPÖ), mit folgenden Worten „Grüß Gott, Herr Reder, willkommen in der Heimat! Ich freue mich für Sie“ und schüttelte ihm die Hand. Dass er ihn mit dieser Geste

---

<sup>429</sup> Vgl. Pelinka, Anton, „Wanzenjournalismus“ und „Zerfall der Geschlossenheit“, a.a.O.

<sup>430</sup> Freihofner Gerald, Der Fall Udo Proksch oder die Affäre „Lucona“, in: Gehler Michel, Sickinger Hubert (Hg.), Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim, Wien München 1995, S. 546 – 567.

<sup>431</sup> Vgl. beispielsweise Gehler Michael, „...eine grotesk überzogene Dämonisierung eines Mannes...?“ a.a.O. und Tóth Barbara, Czernin Hubertus, 1986 – Das Jahr, das Österreich veränderte, a.a.O.

<sup>432</sup> Vgl. dazu etwa die Aussage von SPÖ-Klubobmann Sepp Wille: „Es hat einen Händedruck gegeben.“ (Stenographisches Protokoll Nationalrat XXI. GP – 78. Sitzung – 1. Feber 1985, Seite 6972). Zum Verlauf der Affäre vergleiche vor allem die Darstellung von Trettler Heidi, Der umstrittene Handschlag, a.a.O. Trettler lässt das Faktum, dass der Handschlag stattgefunden hat, offen. Ebenfalls zum Verlauf der Affäre wie zur medialen Debatte Wassermann Heinz P., „Zuviel Vergangenheit tut nicht gut“, vor allem S. 567 – 615 sowie zum Fall Reder allgemein Ortner Christian S., Am Beispiel Walter Reder, a.a.O.

Willkommen geheißen hatte, bestätigte Frischenschlager selbst („Ich hab ihm die Hand geschüttelt“), auch dass er ihn mit „Herr Reder“ angesprochen hatte.<sup>433</sup>

Weiters anwesend bei der Übergabe waren Hofrat Hubert Holler, Sicherheitsdirektor des Landes Steiermark, der das Übernahmeprotokoll unterzeichnete – eine vorgesehene Prozedur für Staatsbürger, die ohne Pass einreisen (er hatte allerdings den Auftrag, dem Ankömmling nicht die Hand zu geben<sup>434</sup>) und Reders italienischer Anwalt. Zu dritt, ohne Holler, ging die Reise dann in einer österreichischen Militärmaschine vom Typ Skyvan dann weiter zum Flugplatz Langenlebarn bei Tulln. Bei Halle vier wartete bereits ein Hubschrauber für den Weiterflug in die Martinek-Kaserne bei Baden bei Wien. In der Offiziersmesse tafelten der Minister und der SS-Sturmbannführer als Gäste des Divisionärs August Ségur-Cabanac.

So weit die strenge Chronologie des 24. Jänners 1985.

Die unmittelbare Vorgeschichte ist etwas komplizierter: Seit wann wusste die Regierung von der bevorstehenden Rückkehr des „letzten Kriegsgefangenen“? Warum hat ausgerechnet der Verteidigungsminister und nicht Außenminister (Leopold Gratz) oder vielleicht der Innenminister (Karl Blecha) Reder in Empfang genommen? Wer hat wann wen informiert? Diese Fragen tauchten nach Bekannt werden Reders Heimkehr auf, und auch die beteiligten Politiker taten sich in den Tagen nach dem 24. Jänner schwer, die Modalität des Empfangs schlüssig zu erklären. Dass ließ prompt Kritik am Krisenmanagement der Koalition entstehen, das sich rund um die Hainburgbesetzung bereits nicht bewährt hatte („dasselbe Gestolper“ nannte es beispielsweise das „profil“<sup>435</sup>).

Auch Spekulationen gab es: Hatte die SPÖ die heikle Causa bewusst dem jungen und eher unerfahrenen Frischenschlager überlassen, wie es Altbundeskanzler Bruno Kreisky öffentlich immer wieder andeutete? Er fand das Verhalten Frischenschlagers „unbegreiflich“, die Zustimmung des Außenministers wertete er aber als „noch unbegreiflicher“. Er könne sie nicht vorstellen, dass Bundeskanzler Fred Sinowatz von der Vorgangsweise voll informiert gewesen sei.<sup>436</sup> „Die wahre Schuld liegt beim Außenminister, der ist immer weg, wenn etwas passiert. Das war

---

<sup>433</sup> Siegert Michael, Die Nibelungen vom Donaukanal, profil 5/1985 (28. 1. 1985) S. 43 – 44.

<sup>434</sup> Siegert Michael, Die Nibelungen vom Donaukanal, a.a.O., N.N., Streng vertraulich, Wochenpresse 5/1985 (29. 1. 1985), S. 18 – 19.

<sup>435</sup> Siegert Michael, Die Nibelungen vom Donaukanal, a.a.O.

<sup>436</sup> APA 132 vom 25. 1. 1985.

schon in Wien so, damals musste man ihn in Los Angeles suchen. Der ist immer weg, das ist unerträglich.”<sup>437</sup> In seinen Memoiren resümiert Kreisky: „Man darf Friedhelm Frischenschlager nicht für sich herausnehmen, sondern muss auch an den Außenminister Gratz denken, der ja ein erfahrener Politiker und Sozialdemokrat war und der diese Aufgabe an Frischenschlager herangetragen hat. Meiner Meinung nach hätte man jeden zu dieser Aufgabe heranziehen können, nur keinen Mann der FPÖ. Man kann also hier von einem geteilten Verschulden sprechen.“<sup>438</sup>

„Der Poldi Gratz war ein Lebenskünstler und ich habe ihn geliebt deswegen, weil er imstande gewesen ist, die Dinge von sich weg zu halten, die er nicht wollte. Es ging ihm weniger um die politische Frage, sondern er wollte das überhaupt nicht gerne machen. Da gab es keine Beschlüsse oder Überlegungen, sondern er dachte sich einfach: Da lass ich mich vertreten. Im Nachhinein war das eine für ihn leichtere Entscheidung”, meint Sinowatz rückblickend.<sup>439</sup> Für Außenminister Erwin Lanc (SPÖ), Gratzs Vorgänger, ergab sich daraus eine der Hauptkomponenten der Affäre Frischenschlager: „Dadurch ist der fatale Eindruck entstanden, das Bundesheer ist Rechtsnachfolger der Deutschen Wehrmacht oder gar der SS.”<sup>440</sup> Frischenschlager gab jedenfalls an, Sinowatz vorher über seine Abholpläne nicht informiert zu haben. „Warum sollte ich den Kanzler fragen?”<sup>441</sup> Im Zuge der Affäre musste Gratz zwar seine Mitschuld an den Vorgängen eingestehen. „Ich habe in dem Sinn schuld, dass ich dem Verteidigungsminister nicht gesagt habe, er möge Reder nicht persönlich in Graz abholen“, meinte er in der „Presse“.<sup>442</sup> Aus dem Fall „Frischenschlager” wurde aber nur kurzfristig ein „Fall Gratz”<sup>443</sup> – in der „Nachbearbeitung” gelang es dem medial ungleich geschickter agierenden Außenminister, Napola-Schüler und deswegen vielleicht besonders sensibilisiert, der überdies außer Landes blieb, sich des Reder-Malus wieder zu entledigen. Er blieb Frischenschlager alleine.

Zurück zur Vorgeschichte: Ganz so unvorbereitet, wie von Seiten der Politik dargestellt, war die Regierung nicht – im Gegenteil. Nicht bloß „sechzig

---

<sup>437</sup> Auf Leben und Tod, (profil 6/1985), a.a.O.

<sup>438</sup> Rathkolb Oliver u.a. (Hrsg.), Bruno Kreisky. Der Mensch im Mittelpunkt, a.a.O., S. 236.

<sup>439</sup> Gespräch der Autorin mit Fred Sinowatz, Neufeld, 4. April 2006.

<sup>440</sup> Auf Leben und Tod, (profil 6/1985), a.a.O.

<sup>441</sup> Siegert Michael, Die Nibelungen vom Donaukanal, a.a.O.

<sup>442</sup> Gratz zum Fall Reder: „Habe gewisse Mitschuld“, Presse vom 29. Jänner 1985.

<sup>443</sup> N.N., Affäre Reder – Österreichs Gesichtsverlust: Schlüsselfigur Gratz, Wochenpresse 6/1985 (5. 2. 1985), S. 12 – 15.

Minuten”<sup>444</sup>, wie Außenminister Leopold Gratz unmittelbar nach Auffliegen der Affäre beteuerte, sondern mehr als vier Wochen hatten die involvierten Ressorts – zu aller erst jenes Gratzs – Zeit, Reders Rückkehr vorzubereiten.

Wie bereits geschildert, hatte das Militärgericht in Bari bereits am 14. Juli 1980 Reder eine vorzeitige Haftentlassung zugestanden, ihn aber gleichzeitig „in seinem eigenen Interesse“ für weitere fünf Jahre zum Internierten erklärt.<sup>445</sup> Mit 14. Juli 1985 wäre Reders Frist also so oder so abgelaufen. Vor Weihnachten 1984 mehrten sich die Anzeichen, dass Reders Überstellung bevorstand. „Ich bereite alles vor, damit nach meiner Abreise alle eingehende Post vom Postamt Gaeta an den Absender zurückgeschickt wird“, schreibt Reder vorfreudig am 14. Dezember. Bereits Anfang September hatte er ein Paket mit „Eigentumssachen“ an „Sch.“ (Schachermayr) zum Hinterlegen nach Wien mitgegeben.<sup>446</sup> Im Dezember brachte Reder seinen Fall durch einen Bittbrief an Papst Johannes Paul II. wieder an die Öffentlichkeit. Damals hieß es, der ehemalige SS-Major komme möglicherweise zu Weihnachten frei.<sup>447</sup> Der Papst reagierte nicht auf den Brief. In einem Weihnachtsbrief an die Gemeinde Marzabotto hatte Reder seine Reue über das Massaker ausgedrückt und um Vergebung gebeten. Später, nach seiner Überstellung nach Österreich, bezeichnete er diesen als „Schachzugs meines italienischen Anwalts”.<sup>448</sup> In Folge war es jedenfalls erneut zu einem Referendum unter den Hinterbliebenen gekommen, bei dem von 260 Personen nur vier für ihn plädierten. „Nicht aus Hass- und Rachegefühlen, die nie in unseren Herzen Platz gefunden haben, sondern aus Respekt vor dem Schmerz jener, die feige und unmenschliche Völkervernichtung erfahren haben”, hieß es dazu im Protokoll.<sup>449</sup>

Schon am 21. Dezember 1984 hatte die italienische Regierung das österreichische Außenministerium informiert, dass Reder möglicherweise bereits in den nächsten

---

<sup>444</sup> Czernin Hubertus, Votzi Josef, Auf Leben und Tod, profil 6/1985 (4. 2. 1985), S. 11 – 13. Gleichlautend in der „Presse“ vom 29. Jänner 1985: „Alles musste sehr schnell gehen, binnen sechzig Minuten mußte die Antwort in Rom sein!“

<sup>445</sup> zitiert nach Wassermann Heinz P., „Zuviel Vergangenheit tut nicht gut“, a.a.O., S. 567.

<sup>446</sup> Aus den Briefen von Walter Reder an Frau Gertrud Marx, wiedergegeben in: Robert H. Drechsler, In memoriam Walter Reder, a.a.O., S. 168/169.

<sup>447</sup> APA 125 vom 20. Jänner 1985

<sup>448</sup> Vermerk mit dem Hinweis „Darf veröffentlicht werden“ von Walter Reder aus dem Jahr 1985, abgedruckt in: Robert H. Drechsler, In memoriam Walter Reder, a.a.O., S. 174. Im Wortlaut: „Anfeindungen und Verleumdungen waren in meiner 40-jährigen Kriegsgefangenschaft an der Tagesordnung. Die Fortsetzung gibt es nun nach meiner Freilassung von der Heimat aus und man scheut sich nicht, auch einen Schachzug meines ital. Anwaltes, der mit schwerwiegenden Übersetzungsfehlern derzeit veröffentlicht wird, gegen mich zu verwenden. Ich denke nicht daran, weitere Erklärungen abzugeben oder mich „reinzuwaschen“ und um Vertrauen zu betteln. Meine Ruhe will ich endlich haben, noch einige Jahre in Frieden leben und vor allem wieder gesund werden.“

<sup>449</sup> Frischenschlagers Gast (profil 5/1985), a.a.O., S. 42.

Tagen entlassen werden soll. Daraufhin beauftragte Außenminister Gratz laut „profil“ seinen Kabinettschef Dietrich Bukowski, entsprechende Vorbereitungen zu treffen. Eine Reihe von Telefonaten wurde geführt: Bukowski meldete sich telefonisch beim Leiter der Staatspolizei, Armin Hermann, mit der Bitte, eine unauffällige Übernahme Reders zu organisieren. Hermann kontaktierte die Flughafenbetriebsgesellschaft Schwechat mit folgendem Plan: die Reder-Maschine sollte abgeschirmt auf einem Seitenplatz des Flugfeldes auslaufen und der SS-Sturmbannführer nach Abwicklung der Formalitäten seiner Nichte Barbara Czurda übergeben werden. Danach war Funkstille.<sup>450</sup>

Am 14. Jänner überreichte der österreichische Botschafter in Rom, Friedrich Fröhlichsthal, der italienischen Regierung eine Note, in der er um die „vorzeitige Repatriierung“ des 69jährigen Reders ersucht.<sup>451</sup> Zuvor hatte Bundeskanzler Fred Sinowatz beim Besuch von Italiens Ministerpräsidenten Bettino Craxi im Februar 1984 in Wien den ihm nach eigenen Angaben bis dato unbekanntem Fall Reder angesprochen. Sinowatz: „Ich habe den Fall Reder gar nicht gekannt, erst als ich zu Craxi gefahren bin, wurde er mir bekannt gemacht. Alle haben sich bemüht. Es ging eigentlich darum, nicht die Bestrafung zu diskutieren, sondern das Freikommen.“<sup>452</sup> Am 12. Jänner 1985 richtete Sinowatz eine persönliche Botschaft an Craxi, in der er das Verhältnis zwischen Wien und Rom als von einem „konstruktiven Geist der freundschaftlichen Zusammenarbeit“ geprägt lobte.<sup>453</sup> Dieses ausführliche Schreiben dürfte die Causa weiter beschleunigt haben. Craxi beschwerte sich im Nachhinein sogar über „Druck aus Wien“. „Man musste es tun, die österreichische Regierung hat sehr gedrängt“, meinte er in der italienischen Tageszeitung „La Repubblica“ am Tag nach der Entlassung.<sup>454</sup> Den Plan für den Tag X nach der Freilassung gab es innerhalb der Regierung vorerst aber weiter nicht.

Am 20. Jänner 1985 fachte eine Rede Bettino Craxis Spekulationen über eine bevorstehende Freilassung Reders noch weiter an. In Certosa di Farneta bei Lucca in der Toskana, am Grab von von Deutschen erschossenen Trappisten, sprach er anlässlich des bevorstehenden vierzigsten Jahrestags des Kriegsendes davon, dass die „Erinnerung an Blutbäder, vergossenes Blut, Schmerz und Terror gegen

---

<sup>450</sup> Auf Leben und Tod (profil 6/1985), a.a.O.

<sup>451</sup> Vgl. Wiener Zeitung, Presse, Salzburger Nachrichten vom 14. 1. 1985.

<sup>452</sup> Gespräch der Autorin mit Fred Sinowatz, Neufeld, 4. April 2006.

<sup>453</sup> APA 034 vom 12. Jänner 1985.

<sup>454</sup> Craxi, zitiert nach APA 087 vom 25. 1. 1985.

unschuldige Bürger keinen alten Mann (braucht), der in einer Festung eingeschlossen ist, um in unseren Seelen wachzubleiben“.<sup>455</sup> Österreichische Medien berichteten darüber in Kurzmeldungen. Auch das ORF-Mittagsjournal brachte einen ausführlichen Korrespondentenbericht von Roland Machatschke und Alfons Dalma. Die Austria Presse Agentur schrieb sogar: „Politische Beobachter werteten diesen Satz als Vorbereitung der Öffentlichkeit auf die vorzeitige Freilassung Reders. (...) Denkbar ist, dass der schwerkranke Reder zum 4. Februar, seinem 70. Geburtstag, freikommt. In der italienischen Öffentlichkeit ist die Stimmung überwiegend gegen Reder.“<sup>456</sup> Die Regierung hätte also durchaus die Möglichkeit gehabt, anhand der Nachrichtenlage Vorbereitungen zu treffen.

Hektische und überstürzte Betriebsamkeit brach aber erst mit der Bekanntgabe der italienischen Regierung am Abend des 22. Jäners 1985, dem Dienstag, aus, Reder schon zwei Tage später, am Donnerstag dem 24. Jänner um 12 Uhr 30, überstellen zu wollen. Über die Österreichische Botschaft in Rom erreichte die Nachricht in Form einer Geheimdepesche das Außenministerium.<sup>457</sup> Die Auflagen der Italiener waren so streng wie vorausblickend. Denn auch in Italien rechnete die Regierung mit Turbulenzen nach Reders Freilassung, wie Botschafter Fröhlichsthal nach Wien berichtet:

*„MP Craxi erwarte im Anschluss an die Bekanntgabe der Freilassung Reders Schwierigkeiten sowohl im Rahmen der Regierungskoalition (die Republikanische Partei, insbesondere Verteidigungsminister Spadolini sei nach wie vor gegen die vorzeitige Entlassung) aber auch Teile der DC und der Sozialdemokratischen Partei seien mit der Freilassung nicht einverstanden. Vor alle aber sei auch mit den Angriffen der kommunistischen Opposition auf die Regierung zu rechnen.“*<sup>458</sup>

Aus diesem Grund baten die Italiener um absolute Geheimhaltung, „um jegliche Publizität – insbesondere Erklärungen Reders – zu vermeiden“<sup>459</sup>, die Erstellung

---

<sup>455</sup> Craxi, zitiert nach Volksblatt vom 21. 1. 1985, das Mittagsjournal vom 21. 1. 1985 gab Craxi wie folgt wieder: „Kultur des Krieges, die wir überwinden wollen, (...) nicht mit einer alten Naziuniform identifiziert werden (kann). Die Erinnerung an ein Blutverbrechen kann nicht durch die Existenz eines Greises aufrechterhalten werden, der in einer Festung gefangen gehalten wird, nur im Bewusstsein unserer Seelen. Er wäre keine Friedenstat, würden hier Gesetzte und Abmachungen über den Buchstaben dessen, was sie enthalten, angewendet werden. Das wäre unmenschlich, ein Irrtum, und nicht im richtigen Erziehungsgeist.“ Beides faksimiliert in: Robert H. Drechsler, In memoriam Walter Reder, a.a.O., S. 97 f.

<sup>456</sup> APA 125 vom 20. Jänner 1985.

<sup>457</sup> Depesche „Austroamb Rom an Außenamt Wien 25017 streng geheim“, übermittelt am 22. Jänner 1985 um 18.29, Depot Sepp Wille, a.a.O. Der gleiche Inhalt geht aus einer Anfrage des Abgeordneten Ettmayer und Kollegen an den Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten betreffend Fall Frischenschlager hervor (Nr. 1150/J vom 21. Februar 1985, II-2340 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode.) Siehe auch APA 096 vom 1. 2. 1985.

<sup>458</sup> Depesche „Austroamb Rom an Außenamt Wien 25017 streng geheim“, S. 1.

<sup>459</sup> Ebenda, S. 2.

eines „einfachen Übergabeprotokolls“ und die Verwahrung Reders an einem geheimen Ort für weitere zehn Tage.<sup>460</sup> Erst am Abend des 24. um 19 Uhr 15, eine viertel Stunde nach der italienischen Bekanntmachung, sollte die Tatsache, dass „Kriegsgefangener“, wie Walter Reder im Entwurf genannt wird, heimgekehrt war, mittels gleichlautender Presseaussendungen bekannt gegeben werden. Reder solle von einem „Funktionär des Innenministeriums oder des Bundesheeres“<sup>461</sup> empfangen werden und sofort nach Landung zehn Tage lang nach seiner Ankunft in Österreich von der Öffentlichkeit abgeschirmt werden („incomunicado“).<sup>462</sup> Die italienische Seite interessierte sich auch dafür, wer neben den von der österreichischen Regierung nominierten Persönlichkeiten noch anwesend sein werde. Die Familie Reders sollte erst nach der Verlautbarung der Kommuniqués von seiner Ankunft erfahren. In dieser Depesche ist auch detailliert von der anschließenden geheimen Verwahrung Reders die Rede.

*„Bezüglich der von italienischer Seite gewünschten 10 Tage, während der Aufenthalt Reders geheimgehalten werden soll, glaubt Botschaft, auch im Sinne früherer geäußelter Wünsche Reders anzuregen, diesen zum Zwecke einer gründlichen Durchuntersuchung in einem Spital anzuhalten (Etwa Heeresspital Stammersdorf)“<sup>463</sup>.*

Auch der Text des von der italienischen Regierung geplanten Kommuniqués lag in einer Arbeitsübersetzung bereits vor. Reders Vertrauensanwalt Bettoni hatte offenbar Sonderrechte. Er „hat den Text (...) überprüft und die Auffassung vertreten, dass hieraus keinerlei österreichische Verpflichtung für eine weitere Internierung Reders herausgelesen werden kann, sondern lediglich, dass der Genannte im Sinne des Straßburger Übereinkommens unter Aufsicht zu stellen ist.“<sup>464</sup>

Wie erst später bekannt wurde, verpflichteten sich die österreichischen Behörden auch, Reder ein halbes Jahr lang zu überwachen. Die Italiener bestanden im Übrigen später darauf, dass es sich nicht um eine „Freilassung“ sondern um eine „Übergabe“ handle.<sup>465</sup> Die Bedingungen der Italiener ermöglichten es Gratz, der zudem am 24. Jänner zu einem zweitägigen offiziellen Besuch in die Schweiz

---

<sup>460</sup> Ebenda, S. 2.

<sup>461</sup> Ebenda, S. 2.

<sup>462</sup> Die Nibelungen vom Donaukanal, profil 5/1985, a.a.O., S. 43. Der Versuch einer Chronologie findet sich teilweise bei Trettner, S. 598, sowie im Kurier vom 31. 1. 1985, S. 5, der Frischenschlagers späteren Rechenschaftsbericht an Sinowatz vollständig abdruckte und AZ, 2.2. 1985, S. 2. Spekulativer: Streng vertraulich (Wochenpresse 5/1985), a.a.O.

<sup>463</sup> Depesche „Austroamb Rom an Außenamt Wien 25017 streng geheim“, S. 4.

<sup>464</sup> Depesche „Austroamb Rom an Außenamt Wien 25017 streng geheim“, S. 4.

<sup>465</sup> APA 019 vom 26. 1. 1985.

aufbruch, die delikate Angelegenheit von diplomatischer in sicherheitspolitische beziehungsweise militärische Hände zu geben – und damit loszuwerden.<sup>466</sup>

Am Mittwoch, dem 23. Jänner, um etwa 9 Uhr 30, verständigte Gratz Frischenschlager vom Kommando Reders, erklärte ihm die italienischen Auflagen und fragte an, ob das Verteidigungsministerium die Aktion durchführen könne. Frischenschlager beauftragte sofort den Leiter der Luftabteilung, Brigadier Josef Bernecker mit der Durchführung.<sup>467</sup> Als Ansprechperson wurde Gratzs Kabinettschef Dietrich Bukowski fixiert.<sup>468</sup>

Um 10 Uhr 45 meldete sich Gratzs Kabinettschef Bukowski bei Stapo-Chef Armin Hermann, um ihn darüber zu informieren, dass Reder am nächsten Tag um 12 Uhr 30 mit einer Militärmaschine überstellt werde und sich das Innen- oder Verteidigungsministerium um die Übernahme kümmern solle.<sup>469</sup> Innenminister Karl Blecha (SPÖ) befand sich zu diesem Zeitpunkt auf der Regierungsbank im Parlament, eine Fragestunde zu Hainburg stand auf der Tagesordnung, ebenso Außenminister Leopold Gratz. Blecha wollte sich offenbar nicht verantwortlich fühlen. „I hab überhaupt ka Zuständigkeit“, meinte er im Nachhinein „sehr froh“ und „erleichtert“ wie das „profil“ beschrieb.<sup>470</sup>

Gegenüber der „Wochenpresse“ stellte das Innenministerium die Geschehnisse sogar so dar, als hätte sich Frischenschlager darum bemüht, Reder abzuholen – was man freilich gerne „erlaubt“ habe. Es gab auch Gerüchte, dass der Bundeskanzler den Verteidigungsminister ersucht habe, diese Aufgabe zu übernehmen, da der Innenminister mit Hainburg derzeit genug belastet sei<sup>471</sup> – was an sich politisch nachvollziehbar wäre. Da Frischenschlager aber angab, Sinowatz nicht informiert zu haben, ist diese Variante auszuschließen. In jedem Fall blieb die Sache bei Frischenschlager hängen – und dieser erweckte im Gegensatz zu seinen sozialistischen Regierungskollegen nicht den Eindruck, als wäre ihm die Aufgabe unangenehm, im Gegenteil. Der „liberale Vorzugschüler“<sup>472</sup> (Erhard Busek) nahm

---

<sup>466</sup> Vgl. auch APA 156 vom 28. 1. 1985. Außenminister Leopold Gratz erklärte am Montag bei einer Pressekonferenz in Innsbruck, dass er Verteidigungsminister Friedhelm Frischenschlager mit der „Übernahme“ Reders persönlich beauftragt habe, „um die Geheimhaltung der Aktion zu garantieren“.

<sup>467</sup> Sachverhaltsdarstellung Berneckers vom 25. Jänner 1985, Archiv Sepp Wille.

<sup>468</sup> „Bericht an den Herrn Bundeskanzler betreffend Walter Reder“, o.D. o.O. 9 Seiten, Archiv Sepp Wille, a.a.O. Vgl. auch die Darstellung in Wochenpresse 5/1985, a.a.O., Kurier 31. 1. 1985, S. 5.

<sup>469</sup> Auf Leben und Tod (profil 6/1985), a.a.O.

<sup>470</sup> Siegert Michael, Die Nibelungen vom Donaukanal, a.a.O.

<sup>471</sup> Wochenpresse 5/1985, a.a.O.

<sup>472</sup> Busek Erhard, Das zerrissene Rotweissrot, profil 8/1985 (18. 2. 1985), S. 30.



die Vorbereitungen in Angriff. Frischenschlager übernahm das Oberkommando in der Geheimsache, die nicht lange geheim bleiben sollte.

Zwischen 9 Uhr 30 und etwa 11 Uhr wurden am 23. Jänner im Verteidigungsministerium die Details abgeklärt. Nach einer neunzigminütigen Kabinettsitzung entschloss sich Frischenschlager, dass es wohl am besten sei, wenn er persönlich dem Kriegsverbrecher entgegenfahre – das würde maximale Diskretion sichern. In einer am Tag danach verfassten Sachverhaltsdarstellung gibt Bernecker die Gründe für diese Entscheidung wieder.

*„Bei einem „normalen“ Vorgang wird somit ein sehr großer Personenkreis bereits Tage vorher informiert und kennt alle Details des Vorhabens. Wäre die Befehlsgebung – abgesehen vom Zeitfaktor – im gegebenen Falle in der üblichen Form erfolgt, wäre eine Geheimhaltung praktisch unmöglich zu garantieren gewesen. Wäre der „Beistellungsbefehl“ ohne die üblichen Details hinausgegangen, hätte er Aufmerksamkeit und eine Reihe von Rückfragen hervorgerufen. Die Möglichkeit, mit falschen Daten zu operieren, wurde ho. Nicht in Erwägung gezogen. Einzig allein ein kurzfristig angeordneter Flug mit dem Herrn Bundesminister konnte die erforderliche Geheimhaltung gewährleisten, weil*

- hiezu erforderliche Beistellungsbefehle üblicherweise nur als Rahmenbefehle ergehen,*
- die Details kurzfristig fernmündlich angeordnet werden und*
- keine namentliche Bekanntgabe der mitfliegenden Personen erfolgt (Formulierung z.B.: „BM + 2 Begleitpersonen“) und der Herr Bundesminister hiebei die Mitfluggenehmigung selbst erteilt, und*
  - flugsicherungsmäßig ein Flug mit dem Herrn Bundesminister rückfragenfrei als „VIP-Flug“ eingestuft und nach hiezu geltenden Luftverkehrsregeln behandelt wird.“<sup>473</sup>*

Laut seinem späteren Rechenschaftsbericht an Bundeskanzler Fred Sinowatz informierte Frischenschlager nun in weitere Folge den Sanitätschefs des Heeres, Johann Schmid sowie Brigadier Josef Bernecker getrennt voneinander, dass eine bestimmte Person in den nächsten Tagen zu übernehmen und für zehn Tage unterzubringen sei. Schmid und Bernecker erfuhren auch, wer die Person war. Gemeinsam beschloss man, dass nur die längere Landebahn des Flugplatz Graz-Thalerhof und nicht, wie ursprünglich vorgesehen, jene in Langenlebarn für die italienische Militärmaschine des Typs AMD-Mystere Falcon 10 in Frage käme.

---

<sup>473</sup> Sachverhaltsdarstellung Berneckers vom 25. Jänner 1985, Archiv Sepp Wille.

Auch die Einstufung als „Ministerflug“ wurde in dieser Runde auf Vorschlag Berneckers festgelegt. Statt dem Heeresspital in Stammersdorf, das zu schwierig abzusichern war und zuviel Personal involviert hätte, entschied man sich für die Kaserne in Baden. Ursprünglich sollte Reder per Hubschrauber transportiert werden, aus Flugwettergründen wurde ein Teil der Strecke mit einem Flugzeug zurückgelegt. In Folge wurden noch der Divisionär August Ségur-Cabanac als Kasernenverantwortlicher von Baden und General Hannes Philipp von der bevorstehenden Überstellung und Unterbringung einer wichtigen Person informiert, nicht jedoch über ihren Namen.

Gegen 11 Uhr informierte Frischenschlager Gratz Kabinettschef Bukowski, wie ausgemacht, vom Planungsstand.<sup>474</sup> Um 11.30 meldete sich auch Stapo-Chef Herrmann bei Bukowski, um ihm seinen Zwischenbericht zu geben. Dabei habe ihn Gratzs rechte Hand im Kabinett beruhigt: „Es sei schon alles in Ordnung, denn es gebe eine Einigung mit dem Verteidigungsministerium.“ Das Innenministerium solle Reder nur übernehmen, alles andere organisiere Frischenschlager.<sup>475</sup> Inzwischen unterrichtete Gratz laut Angaben der „Wochenpresse“ den Bundeskanzler und den Innenminister.

Der Kreis der teilweise oder ganz Eingeweihten wuchs weiter, aus der Geheimaktion war inzwischen eine Stabsaktion geworden. Gegen 11 Uhr 45 wurde – als Vertreter des Innenministeriums der Sicherheitsdirektor der Steiermark Hofrat Hubert Holler informiert – laut Frischenschlagers Bericht vom Außenminister, laut der Wochenpresse von Staatspolizeichef Herman. Letztere habe gegenüber seinem Untergebenen aber betont, es solle kein offizieller Empfang werden und „Holler brauche Reder nicht die Hand geben“.<sup>476</sup> Deshalb begrüßte Holler Reder wie bereits erwähnt ohne Handschlag.

Frischenschlager selbst eilte gegen Mittag ins Parlament, um am Rande der Hainburg-Fragestunde seine Parteifreunde Steger und Peter und seinen Ministerkollegen Gratz kurz über die ins Auge gefasste Marschroute zu unterrichten.<sup>477</sup> „Bei dieser Gelegenheit informierte ich Außenminister Gratz über

---

<sup>474</sup> Vgl. Frischenschlagers Bericht an den Bundeskanzler betreffend Walter Reder, Depot Sepp Wille, a.a.O., S. 4.

<sup>475</sup> Streng geheim, Wochenpresse 5/1985, a.a.O.

<sup>476</sup> Ebenda.

<sup>477</sup> Mitteilung Frischenschlagers an die Autorin vom 22. April 2010. Steger behauptete im Nachhinein, nichts gewußt zu haben.

die geplante Vorgangsweise, die dieser zur Kenntnis nahm“.<sup>478</sup> Frischenschlager wörtlich zu Gratz: „Ich fahre persönlich hin.“<sup>479</sup> Gratz informierte Frischenschlager wiederum darüber, dass er die Klubobmänner der SPÖ (Sepp Wille), ÖVP (Alois Mock) und FPÖ (Friedrich Peter) bereits über die bevorstehende Rückkehr Reders informiert hatte.<sup>480</sup> Damit wusste nun auch die Opposition Bescheid. Peter berief daraufhin übrigens laut Steger ihn und Parteigeneralsekretär Walter Grabher-Meyer zu sich ins Klubobmannbüro und öffnete eine Flasche Champagner. „Jetzt stoßen wir an“, sagte er. Auf Stegers Frage, worauf denn, erklärte er: „Dass der Zweite Weltkrieg jetzt wirklich zu Ende ist, denn gerade jetzt übernimmt der Frischenschlager den Reder in Graz. Jetzt ist das endlich auch aus, nachdem schon alle interveniert haben vom Kreisky bis zum König.“<sup>481</sup>

Bescheid wusste aber auch, früher als von allen Beteiligten erwünscht, die Presse. Frischenschlager war am Morgen des 24. Jäanners mit dem Auto gegen 10 Uhr am Fliegerhorst Graz eingetroffen und hatte, wie geplant, den steirischen Sicherheitsdirektor Holler, sowie einen Bundesheeroffizier, der für die Abwicklung am Fliegerhorst zuständig war, und einen Zollbeamten im geräumten Offizierskasino getroffen – letzteren beiden erfuhren erst in diesem Augenblick, wen sie empfangen würden.<sup>482</sup> Nachdem er Reder, der gestützt auf seinen italienischen Begleitarzt und seinen Anwälte hinter den italienischen Sicherheitsbeamten das Flugzeug verlassen hatte, begrüßt hatte, begab man sich zurück in den Kasinoraum, um das offizielle Übergabeprotokoll anzufertigen.<sup>483</sup> Es dauerte länger als geplant, rund eine dreiviertel Stunde. Den Einreisenden hatte man unterdessen Kaffee gereicht. „Ich wechselte einige Sätze mit ihm, wobei mir auffiel, dass er auf Italienisch antwortete“, hielt Frischenschlager fest.<sup>484</sup>

Die ersten Journalisten aus Grazer Redaktionen und dem ORF meldeten sich, noch während an den Formalitäten geschrieben wurde. Sie wollten wissen, ob Frischenschlager in Graz sei, und ob es richtig sei, das Reder dorthin überstellt

---

<sup>478</sup> Vgl. Frischenschlagers Bericht an den Bundeskanzler betreffend Walter Reder, Depot Sepp Wille, a.a.O., S. 4.

<sup>479</sup> Kurier, 31. 1. 1985, S. 5.

<sup>480</sup> Vgl. Frischenschlagers Bericht an den Bundeskanzler betreffend Walter Reder, Depot Sepp Wille, a.a.O., S. 4.

<sup>481</sup> Norbert Steger, zitiert nach Kriechbaumer Robert, Zeitenwende, a.a.O., S. 587.

<sup>482</sup> Vgl. Frischenschlagers Bericht an den Bundeskanzler betreffend Walter Reder, Depot Sepp Wille, a.a.O., S. 6.

<sup>483</sup> Es trägt neben Hollers die Unterschriften der italienischen Sicherheitsbeamten Giovanni Cascone, Michele Flotta, des Arztes Daniele und Reders Anwalt Bettoni.

<sup>484</sup> Vgl. Frischenschlagers Bericht an den Bundeskanzler betreffend Walter Reder, Depot Sepp Wille, a.a.O., S. 7.

worden sei. „Ungefähr mit punkt 11 Uhr“, so Frischenschlager, war „das Faktum der Überstellung Reders bekannt.“<sup>485</sup> Um 10 Uhr 31 war die italienische Maschine mit Reder gelandet. Aus der geplanten Geheimhaltung von 10 Tagen waren knapp 30 Minuten geworden.

Der Minister dementierte anfangs, als jedoch nach einem Telefonat Hollers mit dem Innenministerium klar war, dass eine italienische Nachrichtenagentur die Meldung früher als geplant, nämlich gegen 9 Uhr 30, bekannt gegeben hatte<sup>486</sup> und inzwischen auch das Außenministerium die Causa bereits bestätigt hatte, änderte Frischenschlager seine Strategie. Mit Gratzs Kabinettschef Bukowksi sprach er die weitere Vorgangsweise ab: er solle nur den technischen Überstellungsablauf in groben Zügen bekannt geben.<sup>487</sup> „Das Außenministerium hat mich gebeten, dass das Bundesheer den Transport übernimmt. (...) Es ging darum, dass die Italiener ersucht haben, dass er (Reder, Anm.) möglichst wenig an die Öffentlichkeit kommt. Mit dem Außenminister habe ich die technischen Details abgesprochen. (...) Es war nur ein Transportproblem. Ich habe mich eingeschaltet, damit möglichst wenige Personen davon wissen. Sonst wäre es nur unter Nennung des Zwecks möglich gewesen.“<sup>488</sup>

Auch aus der geheimen Luftbrücke nach Baden wurde nichts: Als Frischenschlager samt Anwalt und Reder gegen 11 Uhr 30 von Graz nach Langenlebarn und von dort mit dem Hubschrauber nach Baden weiterflog, und schließlich mit einem Sankraftwagen vor der Kaserne eintrafen, hielten sich dort schon Journalisten auf. Gegen 14 Uhr wurden die Reisenden in der Kaserne in Anwesenheit Divisionärs Ségur-Cabarnacs mit einem Mittagessen verpflegt, das gemeinsame Essen musste Frischenschlager wegen der Medienanfragen bald wieder verlassen, weil ununterbrochen das Telefon läutete. Gemeinsam mit dem italienischen Anwalt Reders fuhr er ins Ministerium zurück. Bettoni besuchte Reder am nächsten Tag in

---

<sup>485</sup> Frischenschlager laut Stenographischem Protokoll, 79. Sitzung, XXI. Gesetzgebungsperiode, a.a.O.

<sup>486</sup> APA 166 vom 24. 1. 1985: „Der aus der Festungshaft in Gaeta (Süditalien) heute überraschend freigelassene Ex-SS-Major Walter Reder ist in Baden bei Wien eingetroffen. Wie die APA dazu erfahren konnte, wurde Reder von Graz in einer österreichischen Militärmaschine zum Militärflughafen Langenlebarn geflogen. Von dort ging die Reise weiter nach Baden, wo er sich einer ärztlichen Untersuchung unterziehen wird. Reder wurde von Graz nach Baden von Verteidigungsminister Dr. Friedhelm Frischenschlager begleitet.“

<sup>487</sup> Rechenschaftsbericht Frischenschlagers im Kurier, 31. 1. 1985, S. 5.

<sup>488</sup> Profil-Interview mit Friedhelm Frischenschlager, „Ganz Österreich für Reder“, profil 5/1985 (28. 1. 1985), S. 44. Gleich argumentiert Frischenschlager auch in einer parlamentarischen Anfragebeantwortung vom 21. 2. 1985: „Ich war der Überzeugung, dass in dem Zeitraum, der zur Verfügung stand, die Hauptaufgabe der Italiener, die Geheimhaltung, am besten gewährleistet und durchführbar ist, wenn ich bei diesen Vorgängen persönlich zugegen bin.“ (Stenographisches Protokoll der 79. Sitzung vom 21. Februar 1985, XVI. Gesetzgebungsperiode).

der Kaserne, gemeinsam mit „Schinko“ Stefan Schachermayr.<sup>489</sup> „Damit“, schloss Frischenschlager in seinem Rechenschaftsbericht, „war für mich eine Aktion abgeschlossen, bei der ausschließlich der humanitäre Aspekt der vorzeitigen Haftentlassung bzw. das Bemühen um vertrauliche Durchführung im Vordergrund standen.“<sup>490</sup>

## **Skandalmotor ÖVP und zwei befeuernde Terminkollisionen**

Die nun aufbrausende Empörung quer durch alle politischen Lager musste den so argumentierenden und offenbar von dieser Ausgangslage völlig überzeugten Frischenschlager nicht nur unvorbereitet, sondern auch unerwartet treffen. Im Wesentlichen prallten zwei Sichtweisen aufeinander: Jene Frischenschlagers (und der FPÖ, aber auch, in Akzenten, aller anderen Parteien), die in Reders „Heimholung“ in erster Linie den „humanitären Aspekt“ sahen. Für Sie war Reder eben tatsächlich jener „letzte Kriegsgefangene“ Österreichs, der nach unverhältnismäßig langer Haft endlich in sein Heimatland zurückkehren konnte. Die Art und Weise der Überstellung war nachrangig, sie wurde unter rein technischen Gesichtspunkten diskutiert. Für die Kritiker von Frischenschlagers Verhalten war Reder nicht der „Kriegsgefangene“, sondern der „verurteilte Kriegsverbrecher“, der nun quasi mit einem „Staatsempfang“ bedacht nach Österreich zurückkehrte. Der „humanitäre Aspekt“ spielte keine oder nur eine untergeordnete Rolle. Ihre Argumentation war eine moralische, auf die politische Symbolik bedachte. Diese Interpretation sollte sich letztlich als Konsens, getragen von den nationalen wie internationalen Medien und allen Parteien, mit Ausnahme der FPÖ, durchsetzen.

Das psychologische Moment bei Frischenschlagers „Fehlleistung“, wie der Handschlag im Zuge der Debatte dann oft genannt wurde, ist sicher erheblich. Frischenschlager selbst, der sich sehr ausführlich und nahezu quälend mit den damaligen Vorgängen auseinandergesetzt hat<sup>491</sup>, beschreibt es selber am besten:

---

<sup>489</sup> Vermerk Walter Reders, Baden bei Wien. 30. Jänner 1985, in: Robert H. Drechsler, In memoriam Walter Reder, a.a.O., S. 104.

<sup>490</sup> Vgl. Frischenschlagers Bericht an den Bundeskanzler betreffend Walter Reder, Depot Sepp Wille, a.a.O., S. 9.

<sup>491</sup> „Heute muss ich zur Kenntnis nehmen: Was von meinem politischen Leben bleiben wird, ist die Affäre Reder-Frischenschlager“, sagt er etwa zu Florian Weninger in einem Interview mit der Zeitschrift Gedenkdienst 1/2008, S. 2. Ähnlich argumentierte Frischenschlager bei einer Diskussionsveranstaltung des Gedenkdienstes, bei dem die Autorin als Gesprächspartnerin eingeladen war. Vgl. „Reder revisited“ (12. Dezember 2007, Videomitschnitt im Besitz der Autorin).

*„Allerdings spielte neben diesen technischen Fragen in meinen Überlegungen auch ein psychologisches Moment eine große Rolle. Beim Anruf des Außenministers ging es mir bereits durch den Kopf. „Gott sei Dank, jetzt ist dieser letzte Akt des 2. Weltkrieges vorbei, jetzt kann endlich ein Schlusstrich gezogen werden im Fall Reder“. Ich hatte jedenfalls nicht das Gefühl, mit meiner Involvierung in die Überstellung Reders etwas Unanständiges oder politisch Gefährliches zu tun. Angesichts der Tatsache, dass für Reder von unterschiedlichsten politischen Positionen interveniert worden war, ließ ich die doppelte Symbolhaftigkeit der Person Reder außer Acht: Für die einen war er der letzte Kriegsgefangene, der mehr oder weniger zu Unrecht für 40 Jahre lang interniert war, auf der anderen Seite, vor allem in Italien, insbesondere für die Opfer der Ereignisse um Marzabotto, die Personifizierung von Kriegsverbrechen. (...) In dieser Situation (nachdem die Geheimhaltung bei Reders Überstellung nicht mehr gegeben war, Anm. B.T.) hätte ich mich umdrehen und nach Hause fahren können. Doch das war mir menschlich nicht möglich. Für mich war er damals weitgehend der Kriegsgefangene, der nach 40 Jahren überstellt wird. Als er das italienische Flugzeug verließ, habe ich ihm die Hand gegeben, was dann den Skandal hervorgerufen hat. Das war eher automatisch. Aber sicher spielte dabei auch meine Einschätzung eine Rolle, dass damit ein Kapitel Zeitgeschichte einen Abschluss gefunden hätte.“<sup>492</sup>*

Sicherlich zur Entwicklung zum politischen Skandal beigetragen haben zwei „Terminkollisionen“: Am Wochenende nach dem Handschlag, vom 26. bis zum 27. Jänner, tagte das Exekutivkomitee des „Jewish World Congress“ erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg in Wien.<sup>493</sup> Frischenschlagers Fehlleistung war dort sofort Thema. Dazu kam, dass wenige Monate später, am 27. April und am 15. Mai, die 30jährigen Republikfeierlichkeiten ins Haus standen. Die Sensibilität für vergangenheitspolitische Themen war dadurch erhöht. Vor allem die Zeitungs- und Zeitschriftenkommentatoren setzten die Affäre „Frischenschlager-Reder“ in den Kontext des Republikgeburtstages. Frischenschlager war das nicht bewusst. Ein Krisenbewältigungsszenario gab es nicht.

*„Im Nachhinein ganz merkwürdig: Wir haben auch am 25. Jänner, nachdem schon alle Zeitungen etwas drüber gebracht haben, immer noch geglaubt, das ist ein Sturm im Wasserglas. Erst als am 26. die ÖVP sich auf das Thema draufgesetzt hat, war klar: Das könnte doch nicht ganz so einfach werden.“<sup>494</sup>*

---

<sup>492</sup> Frischenschlager, zitiert nach: Kriechbaumer Robert, *Zeitenwende*, a.a.O., S. 601.

<sup>493</sup> Kreisky bemerkt in seinen Memoiren dazu, dass diese Premiere „sicherlich mit Hilfe des Bundeskanzlers, des Außenministers und des Bürgermeisters von Wien geschehen (sei), um zu markieren, wie sehr sich die neue Regierung von mir zu distanzieren wünsche“, zit. nach Rathkolb Oliver u.a. (Hrsg.), *Bruno Kreisky. Der Mensch im Mittelpunkt*, a.a.O., S. 319.

<sup>494</sup> Friedhelm Frischenschlager, zitiert nach Gedenkdienst 1/2008, a.a.O., S. 2.

In einer kurzfristig einberufenen Pressekonferenz noch am Donnerstagnachmittag versuchte Frischenschlager, erste Wogen zu glätten und sich zu rechtfertigen. Dabei stellte er die Aktion offen als seine Initiative dar – offenbar ohne Bewusstsein dafür, welche Implikationen das haben würde. Er habe Reder „auf meinen eigenen Wunsch und in Absprache mit Außenminister Leopold Gratz abgeholt und nach Baden begleitet“, erläuterte Frischenschlager den Medien. Er habe den Transport persönlich vorbereitet und sei am Tag zuvor von Gratz „gebeten worden, diese Aktion geheim zu halten“. Außerdem habe er Reder nicht „als Regierungsmitglied empfangen, sondern nur aus technischen Gründen, weil die diskrete Behandlung entscheidend war.“ Über Reders rechtlichen Status könne er derzeit keine Auskunft geben. „Für mich stand dabei der humanitäre Aspekt im Vordergrund, ich möchte aber betonen, Kriegsverbrecher sind Kriegsverbrecher, und dazu stehe ich.“<sup>495</sup> In der ORF-Nachrichtensendung „Zeit im Bild“ am Tag danach, Samstag dem 26. Jänner, lieferte Frischenschlager eine Antwort zum rechtlichen Status Reders nach: „Er hat den Status eines Kriegsgefangenen. Deshalb ist er für mich ein Kriegsgefangener.“<sup>496</sup>

Auch Gratz, der am 25. Jänner 1985 seinen Schweiz-Besuch beendete, bemühte sich um Kalmierung. Er bestätigte Frischenschlagers Aussagen und trat gleichfalls zur Rechtfertigung an: Da nur das Verteidigungsministerium über den dafür notwendigen Apparat verfüge, habe er Frischenschlager gebeten, „dass alles reibungslos und unspektakulär vor sich geht“. Es habe dafür keinen Regierungsbeschluss gegeben. Schuld an der „anderen Optik“ sei die Meldung einer Nachrichtenagentur, die die österreichisch-italienische Vereinbarung verfrüht an die Öffentlichkeit getragen habe.<sup>497</sup> Außerdem, meinte Gratz, seien die Wortmeldungen auf der Tagung des Jüdischen Weltkongresses nicht hilfreich gewesen. „Wenn all jene, die sich bemüßigt gefühlt haben, dort unser Land zu kritisieren, sich in dem gleichen Maß um die heutigen Brutalitäten und Unmenschlichkeiten in der Welt kümmern, wäre die Welt besser.“<sup>498</sup>

Der Pressespiegel der folgenden Tage zeigte deutlich diese von Gratz angesprochene „andere Optik“. Frischenschlagers Sicht der Dinge deckte sich nicht mit der veröffentlichten Wahrnehmung. Vor allem die internationalen Blätter hatten

---

<sup>495</sup> Frischenschlager laut APA 771 vom 24. 1. 1985.

<sup>496</sup> Zitiert nach Lingens Peter Michael, Grenzen der Humanität, profil 5/1985 (28. 1. 1985), S. 7.

<sup>497</sup> Gratz, zitiert nach APA 073 vom 25. 1. 1985.

<sup>498</sup> Gratz, zitiert nach der Presse vom 29. Jänner 1985.

den Vorfall aufgegriffen, die österreichischen Medien berichteten – mit Ausnahme der Tageszeitung „Die Presse“ und der „Kronen Zeitung“, deren Kolumnist Viktor Reimann quasi als Sprachrohr der Wehrmachtsgeneration agierte – erst in ihren Wochenendausgaben ausführlich über Reders staatstragende Rückkehr und den umstrittenen Handschlag, als sich das Ausmaß der Affäre bereits deutlich abzeichnete.<sup>499</sup> Viktor Reimann hingegen schrieb unter dem Titel „Endlich in Freiheit“ am Tag nach Reders Überstellung:

*„Mit Reders Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft ist wieder ein Stück der nach dem Krieg einsetzenden Rache- und Sühnepolitik beendet. Es entspricht dies auch der Würde eines Volkes, das nach dem Urteil des schweizerischen Kulturhistorikers Jakob Burckhardt das Erstgeborene unter den Völkern Europas ist. Aber auch die Legende der italienischen Kommunisten findet mit Reders Entlassung ein Ende: die Legende, dass die Italiener aus eigener Kraft sich nicht nur von der faschistischen Herrschaft, sondern auch von Hitlerdeutschland befreit haben.“<sup>500</sup>*

Die Rolle der Skandalisierer übernahm im Fall „Frischenschlager-Reder“ allerdings die Politik – in der ersten Phase vorerst Repräsentanten aller Couleurs, allen voran die ÖVP. Erst als sich abzeichnete, dass die Affäre zu einer Überlebensfrage für die Koalition wurde, schwenkten die regierungstreuen Exponenten der FPÖ sowie die SPÖ-Spitze auf Verteidigungskurs ein und suchten nach einem taktischen Kompromiss, der sich schließlich mit Frischenschlagers formaler „Entschuldigung“ auch fand. Für die FPÖ wurde dieses „mea culpa“ Frischenschlagers allerdings zum Ausgangspunkt einer heftigen, parteiinternen Debatte, die zwischen „nationalen“ und „liberalen“ Flügel geführt wurde. Kurzfristig rettete die Entschuldigung

---

<sup>499</sup> Eine ausführliche und fundierte Medienanalyse der österreichischen Zeitungen liefert Wassermann Heinz P., „Zuviel Vergangenheit tut nicht gut“, a.a.O., ab S. 598. Er kommt zum Schluss, dass „in allen untersuchten Medien bei weitem dominante Thema (war) der innenpolitische Aspekt, gefolgt von außenpolitischen Erwägungen. In Relation dazu war der, auf welcher Ebene auch immer argumentierende Vergangenheitsdiskurs, wesentlich weniger präsent. Sieht man von den „Salzburger Nachrichten“ ab, die alle drei im Parlament vertretenen Parteien harsch kritisierte, wurde von den anderen Medien – außer der AZ (eigentlich eine ÖVP-Affäre) und der „Kronen Zeitung“ (was ist daran zu kritisieren – außer die Entschuldigung Sinowatz´ und Frischenschlagers?) – die Regierung heftigst kritisiert. Besieht man sich die Thematisierung der (...) NS-Vergangenheit, so erfuhr die Person Reders in der „Kleinen Zeitung“, der „Presse“, der „Neuen Kronen Zeitung“ (hier auf der Kommentarbene am stärksten) und der „Südost-Tagespost“ (in den Leserbriefen) eine sehr nachsichtige Behandlung. Entweder wurde das Thema kurz und bündig mit: „Vierzig Jahre sind genug!“ angehandelt, oder Reder wurde – von der „Kleinen Zeitung“ und besonders der „Kronen Zeitung“ – zum Opfer Italiens umstilisiert. Auszunehmen sind davon völlig die „Salzburger Nachrichten“ und über weite Strecken der „Kurier“ sowie die AZ. Ein Manko an „Vergangenheitsbewältigung“ konstatieren neben der „Kleinen Zeitung“ der „Kurier“ und die AZ, wobei hier die Aussagen ambivalent bleiben. (...) Überhaupt keinen Anlaß, sich mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen, sahen in diesem Zusammenhang wiederum die NKZ, „Presse“ und die „Südost-Tagespost“. (Wassermann, „Zuviel Vergangenheit tut nicht gut“, S. 615) Aus diesem Grund wird in dieser Arbeit auf weitere Analysen der Österreichischen Presse verzichtet.

<sup>500</sup> Reimann Viktor, Faksimile seines Kommentars vom 25. Jänner in der Kronen Zeitung, in: Robert H. Drechsler, In memoriam Walter Reder, a.a.O., S. 119.



Frischenschlagers die Koalition, langfristig schwächte sie aber Parteiobmann Steger – und damit die Regierung.

Aber zurück zu den unmittelbaren politischen Reaktionen: Am Tag nach dem Empfang Reders, Freitag dem 25. Jänner 1985, hagelte es erst einmal Rücktrittsaufforderungen, nicht nur seitens der ÖVP, die als Oppositionspartei naturgemäß ein strategisches Interesse daran hatte, einen Konflikt in der rotblauen Koalition zu entzünden, sondern auch von Exponenten der SPÖ, für die die Zusammenarbeit mit der FPÖ ohnedies ein Ärgernis darstellte. Frischenschlagers Verhalten galt ihnen als weitere Beweis dafür, dass die Konstruktion einer „liberalen FPÖ“ nicht haltbar sei. Bereits am Tag nach dem Handschlag zeichneten sich also jene Konfliktlinien innerhalb der beiden Koalitionsparteien sowie zwischen FPÖ und SPÖ ab, die zu einer schweren Krise des Kabinetts Sinowatz führen sollten.

Innerhalb der SPÖ waren es vor allem die jüngeren Funktionäre, die mit Kritik an Frischenschlager (und indirekter Kritik an der rotblauen Koalition) vorpreschten. SPÖ-Nationalratsabgeordneter Josef Cap, der mit der Nationalratswahl 1983 mittels eines Vorzugsstimmenwahlkampfes ins Hohe Haus eingezogen war, war einer der ersten, der den Ton der SPÖ-internen Debatte vorgab. Er bezeichnete den Empfang Reders per Handschlag als „Schlag gegenüber all jenen, die unter dem Hitler-Faschismus entweder ihr Leben verloren oder schwerste Leiden zu erdulden hatten.“ Die „Notwendigkeit, gleichsam einen Staatsempfang für ihn (Reder, Anm.) zu veranstalten“, sei nicht „einsehbar“. Frischenschlager solle daher „erkennen, dass seine mit dem Empfang Reders zur Schau gestellten Gesinnung mit dem Amt eines Ministers der Zeiten Republik unvereinbar ist und zurücktreten“. Damit habe die FPÖ gezeigt, dass sie „zur Absicherung ihrer ewiggestrigen Wähler bereit sei, die Konzeption einer „sozialliberalen“ Regierungskoalition jederzeit aufs Spiel zu setzen“. Das „liberale Element“ müsse man, meinte Cap schnippisch, „gerade in einer Phase der SPÖ-Parteiprogrammdiskussion bei den konkreten politischen Taten“ weiterhin „mit der politischen Lupe“ suchen.<sup>501</sup> Eine politisch motivierte Aktion ortete Alfred Gusenbauer, Chef der Sozialistischen Jugend. Frischenschlager wolle offenbar den „ganz rechten Rand“ wieder für die FPÖ gewinnen und habe dadurch „Partei über Staatsinteressen“ gestellt. Gusenbauer kündigte an, einen Brief an Kanzler Sinowatz zu schreiben, in dem er ihn ersuche,

---

<sup>501</sup> Cap, zitiert nach APA 066 vom 25. 1. 1985.

Frischenschlager zu einem freiwilligen Ausscheiden aus der Regierung zu bewegen – er versuchte also, den SPÖ-Chef in die Pflicht zu nehmen.<sup>502</sup>

Soweit hätte Sinowatz mangels Richtlinienkompetenz sowie aus Gründen der Koalitionsrason nicht gehen können. Zwischen Koalitionspartnern galt immer schon das unausgesprochene Gesetz, das Personalentscheidungen über Regierungsmitglieder Sache der jeweiligen Partei sind. Aber er fand ausgesprochen kritische Worte in seinen ersten Stellungnahmen. Der Bundeskanzler sprach in mehreren Interviews von einem „schweren politischen Fehler Frischenschlagers“ und forderte als erste Maßnahme einen detaillierten Bericht des Verteidigungsministers,<sup>503</sup> Auch SPÖ-Frauenchefin Jolanda Offenbeck und SPÖ-Abgeordneter Albrecht K. Konecny wagten sich mit der Forderung nach persönlichen Konsequenzen vor<sup>504</sup>, ebenso Wiens Bürgermeister Helmut Zilk.<sup>505</sup> Deutlich zurückhaltender agierte Wissenschaftsminister Heinz Fischer, gleichzeitig auch stellvertretender SPÖ-Obmann, der im weiteren Verlauf eine äußerst wichtige Rolle im Krisenmanagement der Koalition spielen sollte. Er meinte, dass er die „Vorgangsweise des Verteidigungsministers nicht verstehe“. Reder sei ein „Kriegsverbrecher“. Rücktrittsforderung sprach er aber keine aus.<sup>506</sup>

Während Frischenschlagers Handschlag innerhalb der SPÖ zu schweren Turbulenzen führte (die konservative Wochenzeitung „Wochenpresse“ sprach in diesem Zusammenhang von „Flügelkämpfen“<sup>507</sup>), versetzte er große Teile der FPÖ in „totale Euphorie“<sup>508</sup>. Der Kärntner FPÖ-Obmann Jörg Haider gab den Ton vor: Die Haltung von Frischenschlager sei nicht nur korrekt, sondern ein positiver Akt der Menschlichkeit gewesen. Frischenschlager habe keinen kriminellen, sondern einen Soldaten empfangen, der im Krieg für sein Vaterland seine Pflicht erfüllt habe. Die Kritik an Frischenschlager sei daher völlig unberechtigt und müsse mit allem Nachdruck zurückgewiesen werden. Frischenschlager habe „vorbildlich“

---

<sup>502</sup> Gusenbauer, zitiert nach APA 100 vom 25. 1. 1985.

<sup>503</sup> AZ, 26. 1. 1985, S. 1, Kurier, 26. 1. 1985, S. 2, Die Presse, 26. 1. 1985, S. 1.

<sup>504</sup> Offenbeck, zitiert nach APA 123 und Konecny, zitiert nach APA 157 vom 25. 1. 1985.

<sup>505</sup> AZ, 6. 2. 1985, S. 2.

<sup>506</sup> Zur Forderung des Vorsitzenden der Jungen Generation der SPÖ, Alfred Gusenbauer, Frischenschlager möge zurücktreten, wollte Fischer keine Stellungnahme abgeben: „Ich werde es vermeiden in der Öffentlichkeit darüber zu diskutieren.“ Grundsätzlich gab Fischer zu bedenken, dass Verzeihen zwar eine Tugend sei, die Vorgangsweise Frischenschlagers aber nun alles geändert hätte. Fischer, zitiert nach APA 123 vom 25. 1. 1985.

<sup>507</sup> Wochenpresse 5/1985, a.a.O.

<sup>508</sup> Auf Leben und Tod (profil 6/1985), a.a.O.

gehandelt.<sup>509</sup> Seine Reaktionen zeigte deutlich, welcher Parteiflügel sich durch Frischenschlagers Geste bestätigt und gestärkt fühlte: der nationale.

Das „profil“ zeichnete ein Stimmungsbild: „Die Reihen der FPÖ sind gefestigter denn je. Wir haben unsere Wähler zurückgewonnen. Sogar aus dem Kameradschaftsbund haben wir einen großen Zustrom“, jubilierte etwa der oberösterreichische FPÖ-Nationalratsabgeordnete Hermann Eigruber, Sohn des ehemaligen NS-Gauleiters von Oberdonau. Der Dritte Nationalratspräsident Gerulf Stix aus der Haider-treuen Tiroler Landesgruppe bekräftigte, dass er es Frischenschlager gleichgemacht hätte. Der österreichweite Aufruhr sei „viel Lärm um nichts.“ Stix war einer der Programmacher der FPÖ.<sup>510</sup> Wenn der Verteidigungsminister jetzt zu einer Österreichrundreise aufbrechen würde, wäre das eine „Triumphfahrt“, gibt das „profil“ die Einschätzung eines anonym bleibenden Mitarbeiters Frischenschlagers wieder.<sup>511</sup> Als einzig kritische Stimme meldete sich nur die FPÖ-Nationalratsabgeordnete Helene Patrik-Pablé, die den Rücktritt Frischenschlagers forderte<sup>512</sup> und sogar bereit gewesen wäre, ihren Parlamentssitz für ihn zu opfern – was gar nicht möglich gewesen wäre, weil Frischenschlager im Wahlkreisverband West aufgestellt war.<sup>513</sup> Am Samstagnachmittag, dem 26. Jänner, stellte sich die FPÖ-Bundesparteileitung hinter Frischenschlager – und wies alle Vorwürfe zurück, wonach der Verteidigungsminister aus der „Abholung des letzten österreichischen Kriegsgefangenen Walter Reder parteipolitisches Kapital schlagen wollte“.<sup>514</sup> So wie in der SPÖ zeigte die Causa „Frischenschlager-Reder“ auch in der FPÖ die Bruchlinien auf. Hier fühlte sich das nationale Lager gestärkt, die Regierungsmannschaft um Steger kam in die defensive. In der SPÖ fühlten sich die

---

<sup>509</sup> Haider, zitiert nach APA 211 vom 25. 1. 1985.

<sup>510</sup> Einige Tage später forderte Stix anlässlich eines Besuchs beim Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands „Gesprächsbrücken zur Vergangenheitsbewältigung“. Stix war der erste FPÖ-Spitzenpolitiker, der diese Einrichtung besuchte. Prinzipiell war dieser Besuch schon seit fast zwei Jahren vereinbart worden, Stix hatte aber zwei- bis dreimal Termine absagen müssen, bis er plötzlich ein „Terminfenster“ entdeckte und sich kurzfristig ansagte – und sich dabei nicht glücklich über den „zufälligen zeitlichen Zusammenfall mit anderen Ereignissen“ zeigte. Bei dem Besuch zeigten sich auch die unterschiedlichen Geschichtsbilder der Anwesenden: Stix vertrat während der Führung durch die Austeilung die Meinung, dass das Zerbrechen der Monarchie einen ungeheuren Schock ausgelöst habe, es aber ohne die wirtschaftliche Not nicht die Entwicklung einer radikalen Bewegung hätte geben können. Unabhängig von Ideologie sei die Mehrheit der österreichischen Bevölkerung – weil sie zum Unterschied von heute nicht von der Lebensfähigkeit eines eigenständigen Österreich überzeugt gewesen sei – für den Anschluss an Deutschland gewesen. Die Vertreter des Dokumentationsarchivs zogen dies in Zweifel, räumten aber ein, dass im Jahre 1938 die Mehrheit gegen die damalige österreichische Regierung gewesen sei. Stix vertrat generell die Ansicht, dass jedes Einparteiensystem faschistisch sei. Vgl. APA 10210 vom 30. 1. 1985

<sup>511</sup> Auf Leben und Tod (profil 6/1985), a.a.O.

<sup>512</sup> AZ, 26. 1. 1985, S. 2.

<sup>513</sup> Enigl Marianne, „Natürlich bin ich enttäuscht“, profil 7/1985 (11. 2. 1985), S. 16.

<sup>514</sup> Vgl. APA 145 vom 26. 1. 1985.

Kritiker der rotblauen Koalition bestätigt, die regierungstreuen Manager mussten Krisenmanagement betreiben.

Ob Frischenschlager tatsächlich mit Blick auf den rechten Rand seiner Partei agierte, ließ sich nicht nachweisen. Er selber stellte es stets in Abrede. Dass der Empfang eines SS-Sturmbannführers einem Teil des blauen Wählerklientels entgegenkam, steht aber außer Zweifel. Laut Informationen des „profil“ sei es noch am Tag vor dem Reder-Empfang im Parlament zu einer Unterredung zwischen Frischenschlager, FPÖ-Parteichef Norbert Steger und FPÖ-Klubobmann Friedrich Peter gekommen. Steger und Peter hätten Frischenschlager in seinem Vorhaben bestärkt, „offenbar, um die nationale Seite der FPÖ wieder zu stabilisieren“, wie das „profil“ analysierte<sup>515</sup>.

Der Verteidigungsminister schien – wohl auch durch den Zuspruch aus der eigenen Partei geblendet – die anschwellende Empörung nach wie vor zu unterschätzen. Er verkündete noch am Freitag recht forsch, dass er den Vorwurf Sinowatzs „vorläufig zur Kenntnis nehme“ und „nicht an einen Rücktritt denke“.<sup>516</sup> Tags darauf, dem Samstag, gab er erneut ein improvisiertes Pressegespräch, bei dem er sein Verhalten verteidigte und sich gleichzeitig aber auch „tief betroffen über Ausmaß und Inhalt des Echos“ zeigte. Sinowatz habe offensichtlich unter dem Echo der Öffentlichkeit von einem politischen Fehler gesprochen. Er glaube nicht, dass er oder der Außenminister einen politischen Fehler begangen haben. Frischenschlager zeigte sich nach wie vor davon überzeugt, dass es zu einer „Fehlinterpretation seiner Person und seiner Aktion“ gekommen sei. „Ausgangssituation“ sei für ihn gewesen, dass sich seit Jahren „Gott und die Welt vom Papst abwärts“ und auch das offizielle Österreich um die Rückführung Reders aus humanitären Gründen bemüht hatten.<sup>517</sup> Kurz darauf, nur zwei Tage nach seinem verhängnisvollen Handschlag, brach er zu einer Ägyptenreise auf – ich mache business as usual, war sein Signal. Mit Frischenschlagers Abflug nach Kairo verließ die politische Hauptfigur des längst entbrannten Skandals Österreich, was die Krisenkoordination innerhalb der Koalition weiter erschwerte – und der Opposition die politische Skandalisierung erleichterte.

---

<sup>515</sup> Czernin Hubertus, Votzi Josef, Harakiri mit Anlauf? Profil 7/1985 (11. 2. 1985), S. 11-12.

<sup>516</sup> Frischenschlager zitiert nach APA 282 vom 25. 1. 1985.

<sup>517</sup> APA 040 vom 26. 1. 1985.

Für die damals einzige Oppositionspartei ÖVP war die Affäre einerseits parteitaktisch günstig – Regierungskrisen haben beim politischen Mitbewerber noch selten Mitleid hervorgerufen –, andererseits befand sie sich in der komplizierten Situation, zu kommunizieren, dass sie Frischenschlagers Verhalten verurteilte, den humanitären Akt der Freilassung Reders, der von den eigenen Repräsentanten ja auch über Jahre hinweg unterstützt wurde, guthieß. Offenbar war sich auch ÖVP-Obmann Alois Mock nicht ganz sicher, wie er mit der Affäre „Frischenschlager-Reder“ umgehen sollte. Eine erste Reaktion von ihm gab es erst am 26. Jänner 1985, zwei Tage nach Ausbrechen der Causa. In der „Denkpause“ brauchte es nach Darstellung des „profil“ auch das gute Zureden einiger aufgebrachter ÖVP-Funktionäre, bevor sich Mock zur „Frontalattacke“ gegen den Verteidigungsminister entschloss.<sup>518</sup> Zu Beginn seiner Stellungnahme bemühte sich Mock, der gleichzeitig ÖVP-Klubchef, jede Mitwisserschaft über den Reder Empfang von sich zu weisen. Wie bereits beschrieben, hatte Gratz Frischenschlager bereits am 23. Jänner 1985 mitgeteilt, dass er die Klubobleute der Parlamentsparteien informiert hätte. Das dementierte nun Mock heftig, in dem er sich von dieser „Unterstellung in aller Form ausdrücklich“ distanzierte: „Ich war zu keinem Zeitpunkt davon informiert, dass ein österreichischer Minister Reder empfangen und begrüßen wird.“<sup>519</sup> Da auch Bundeskanzler Sinowatz das Verhalten seines Verteidigungsministers als einen schweren politischen Fehler bezeichnet hat, erwartete die ÖVP, dass unverzüglich Konsequenzen gezogen werden, formulierte Mock zurückhaltend.

Schärfer und vor allem politisch-moralisch argumentierend hatte der damalige Wiener ÖVP-Obmann Erhard Busek schon am Tag zuvor seine Kritik an Frischenschlager angebracht: „Legionen von 40-Jahr-Feiern würden den Schaden nicht aufwiegen, den Verteidigungsminister Frischenschlager Österreich dadurch zugefügt habe, dass er den ehemaligen SS-Major Reder ‘einholen’ musste“, meinte er, „Was Frischenschlager getan hat, ist demokratiefeindlich.“ Busek betonte aber auch die „Mitverantwortung der SPÖ“, denn sie habe es unterlassen, Frischenschlager an seiner Aktion zu hindern, zumindest aber habe sie sie geduldet.

---

<sup>518</sup> Czernin Hubertus, *Stürmische Zeiten*, profil 10/1985 (4. 3. 1985), S. 18.

<sup>519</sup> Mock, zitiert nach APA 107 vom 26. 1. 1985.

Seine Kritik an der Vorgangsweise des Ministers habe nichts damit zu tun, dass die Freilassung Reders ein humanitärer Akt sei, der durchaus Anerkennung verdiene.<sup>520</sup>

Den Spagat zwischen Verurteilung Frischenschlagers Handelns und Rechtfertigung der eigenen Interventionen versuchten auch die beiden ÖVP-Abgeordneten Felix Ermacora (wehrpolitischer Sprecher) und Ludwig Steiner (außenpolitischer Sprecher). Der „militärische Staatsempfang, der für Walter Reder organisiert wurde, sei „ein staatspolitischer Fehler“, weil „das Schicksal Reders jetzt mit dem österreichischen Bundesheer in Verbindung gebracht“ würde. Die Freilassung Reders sei als „humanitärer Akt, der von allen Parteien und religiösen Organisationen Österreichs betrieben wurde und zu dem auch alle stehen“. Von den „ÖVP-Bundeskanzlern Gorbach und Klaus bis zu ÖVP-Bundesparteiobmann Dr. Mock“ sei immer wieder bei den italienischen Stellen vorgesprochen und um Verständnis für eine humanitäre Geste geworben worden. Frischenschlager habe einen „humanitären Akt für eine parteipolitisch motivierte Aktion ausgenützt“, was es in Zukunft äußerst schwierig machen würde, in anderen Fällen ähnliche Lösungen zu erreichen.<sup>521</sup>

Wesentlich zur Skandalisierung trugen auch andere als die politischen Gruppen bei. Scharfe Reaktionen kamen von jüdischen Organisationen. Die Eröffnung des Jewish World Congress-Tagung war von dem Ereignis überschattet – und verlieh der Causa weitere Dynamik. Fast alle Redner nahmen direkt oder indirekt zu der Affäre Stellung, besonders die jüdischen Sprecher gaben unmissverständlich ihrer Meinung über die Angelegenheit Ausdruck und forderten von der österreichischen Regierung entsprechende Schritte. Scharf kritisierte der Präsident des jüdischen Weltkongresses, Edgar H. Bronfman, den „Heldenempfang“ für Reder, der unter den Juden Schock und Verärgerung ausgelöst habe. Er bezeichnete Reder als ein Symbol für alles Böse und für die österreichische Beteiligung an Verbrechen der Vergangenheit – und wurde vom Applaus des Publikums zwei Mal unterbrochen.<sup>522</sup> Bundeskanzler Sinowatz beschränkte sich in seiner Eröffnungsrede darauf, die Causa einen „politischen Fehler“ zu nennen – was ihm prompt Kritik der Zuhörerschaft einbrachte. „Nur ein politischer Fehler, Herr Bundeskanzler? Ist das nicht auch ein ethischer Fehler, vielleicht sogar ein ästhetischer? Es fehlt an

---

<sup>520</sup> Busek, zitiert nach APA 211 vom 25. 1. 1985.

<sup>521</sup> Steiner und Ermacora, zitiert nach ÖVP-Parteiaussendung 2240 vom 25. 1. 1985.

<sup>522</sup> Vgl. APA 227 vom 26. 1. 1985.

Sensitivität, Herr Bundeskanzler...“, antwortete ihm der Schriftsteller Elie Wiesel.<sup>523</sup> Sinowatz versuchte, tags darauf zu aplanieren: In einem Telefongespräch mit Israel Singer, dem Generalsekretär des Jüdischen Weltkongresses, brachte er sein tiefes Bedauern über die Begleitumstände bei der Überstellung Reders zum Ausdruck. Bronfman informierte die Mitglieder des Exekutivkomitees von dieser Aussage und fügte hinzu, dass damit die Angelegenheit für den Kongress erledigt sei.<sup>524</sup>

Die Kultusgemeinde richtete ein Protestschreiben an die Regierung, in dem sie eine klare Distanzierung von Frischenschlager forderte. Mit „Bestürzung, Verständnislosigkeit und großer Sorge“ habe man von der „beschämenden Art des Empfanges“ erfahren, dieser sollte offenbar dazu dienen, Reder als Vorbild für soldatische Pflichterfüllung zu präsentieren – mit „verheerender Signalwirkung“.<sup>525</sup> Die Lagergemeinschaft Auschwitz stellte die Frage nach der Legitimität Reders österreichischer Staatsbürgerschaft, denn schließlich seien alle Österreicher, die zur „österreichischen Legion“ gegangen sind, ausgebürgert worden. Ella Lings interpretierte Frischenschlagers Verhalten als Versöhnungsversuch mit dem rechten Rand seiner Partei, bei dem er sich durch die Angelobung von Soldaten im ehemaligen KZ Mauthausen unbeliebt gemacht hatte. Hermann Langbein, einer der prominentesten Sprecher der Lagergemeinschaft Auschwitz, erklärte zu Frischenschlager „ein solcher Mann könne nicht an der Spitze eines Ministeriums stehen“.<sup>526</sup> Im Namen des Bundes Jüdischer Verfolgter des Naziregimes protestierte Simon Wiesenthal in einem Telegramm an den Bundeskanzler gegen die Art der Aufnahme des „rechtskräftig verurteilten Massenmörders Walter Reder“. Kein aus den Konzentrationslagern, aus der Haft oder der Emigration nach Österreich zurückgekehrtes Naziopfer sei jemals durch ein Mitglied einer Bundesregierung auf diese Weise empfangen worden.<sup>527</sup> Das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands sprach von der „Beleidigung der Opfer des Freiheitskampfes“.<sup>528</sup>

## **Das Ende der Mär von der sauberen Wehrmacht**

Besondere Brisanz hatte der Fall Reder inzwischen auch für das Militär bekommen. Erstmals wurden die Rolle der Wehrmacht, und damit auch die Mitverantwortung

---

<sup>523</sup> Rauscher Hans, Die Unfähigkeit, zu begreifen, profil 6/1985 (4. 2. 1985), S. 26.

<sup>524</sup> Vgl. APA 179 vom 27. 1. 1985.

<sup>525</sup> APA 088 vom 25. 1. 1985.

<sup>526</sup> APA 147 vom 25. 1. 1985.

<sup>527</sup> APA 181 vom 25. 1. 1985.

<sup>528</sup> APA 256 vom 25. 1. 1985.

vieler Österreicher und Österreicherinnen an den NS-Verbrechen während des Zweiten Weltkrieges, breit öffentlich thematisiert. Vor allem der „Kurier“, und hier insbesondere der Journalist Hans Rauscher, griffen dieses Tabu auf und leiteten eine kritische Auseinandersetzung mit der Beteiligung der Wehrmacht an der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik ein. Rauscher schrieb beispielsweise über den Zweiten Weltkrieg als „gewollter und geplanter Angriffs- und Unterwerfungskrieg des Deutschen Reichs unter Hitler“, in dem „von SS- und Wehrmacht – ungeheuerliche Verbrechen begangen“ wurden.<sup>529</sup> Trotz erster Ansätze von Vergangenheitsdebatten ab Mitte der sechziger Jahre hatte eine Diskussion über die Involvierung der Wehrmacht in NS-Verbrechen bis in die achtziger Jahre hinein nicht stattgefunden. Es dominierte das Bild der leidenden, verratenen, unschuldigen Soldaten – als missbrauchtes Opfer des Krieges. Der Staatsempfang für Reder wurde zum Wendepunkt<sup>530</sup>. Der nach wie vor vorhandene Opferdiskurs („Kriegsgefangener Reder“) stand nun in Konkurrenz zum Täterdiskurs („Kriegsverbrecher Reder“).

Der Eindruck, dass das Heer als Quasinachfolgeorganisation der Wehrmacht oder gar der SS agierte und damit vom Verteidigungsminister ins rechte Eck gerückt worden war, sorgte bei vielen hochrangigen Offizieren für Verbitterung.<sup>531</sup> Angespannt war die Stimmung in der Badener Martinek-Kaserne. Solange Reder dort interniert war, durften keine Besucher ins Areal. Trotzdem entwickelte sich eine Art Reder-Wallfahrtstourismus. Täglich wurden bei der Torwache Blumen, Mehlspeisen und Briefe für den „letzten Kriegsgefangenen Österreichs“ abgegeben. „Unerträglich. Ich bin Soldat in Österreich, um gegen solche Männer aufzutreten, nicht um sie zu schützen“, ärgerte sich der Soldatensprecher der Stabsatterie, Gefreiter Andreas Bauer.<sup>532</sup> Eine Angelobungsfeier für Jungmänner der Badener Kaserne wurde von Niederösterreichs Militärkommandanten Divisionär Ernst Maerker nach Wöllersdorf verlegt, damit die angehenden Soldaten ihr Treuegelöbnis nicht an dem Ort leisten mussten, an dem ein SS-Sturmbannführer einsaß. „Ich schäme mich dieses Ministers!“ wurde ein anonymes Heeresangehöriger im „Kurier“ zitiert.<sup>533</sup> Der Chef des Büros für Wehrpolitik,

---

<sup>529</sup> Rauscher Hans, Unanständig, Kurier, 13. 2. 1985, zitiert nach Wassermann Heinz P., „Zuviel Vergangenheit tut nicht gut“, a.a.O., S. 603.

<sup>530</sup> Pollak Alexander, Die Wehrmächtslegende in Österreich, a.a.O. S. 110 ff.

<sup>531</sup> Kernic Franz, Zwischen Worten und Taten, a.a.O., S. 314.

<sup>532</sup> O. L., E. S., Des Heeres Wellen, profil 6/1985 (4. 2. 1985), S. 12.

<sup>533</sup> Wachter Hubert, Aufruhr im Bundesheer wegen Nähe zu Waffen-SS, Kurier, 27. 1. 1985, S. 2.



Oberst Karl Semlitsch, sah das Bundesheer plötzlich „in die Nähe der Waffen-SS“ gerückt.<sup>534</sup> Seine Aussagen sorgten für helle Aufregung im Ministerkabinett. Per Aussendung musste Semlitsch tags darauf relativieren. Er habe diese Meinung nur als „Privatperson“ geäußert und habe überdies keine Kritik am Minister damit üben wollen.<sup>535</sup> Mit öffentlicher Kritik wagten sich in Folge nur noch ehemalige Militärs aus der Deckung: Der ehemalige Chef der Landesverteidigungsakademie General Wilhelm Kuntner führte die Causa auf die „Unerfahrenheit eines schlechtberatenen Jungpolitiklers“ zurück.<sup>536</sup> Der frühere Armeekommandant Emil Spannocchi ließ in einem Radiointerview keinen Zweifel daran, dass er Frischenschlagers Geste missbilligte. Die Vorgangsweise des Ministers hätte das Offizierskorps verunsichert und verärgert. Damit sei das Bundesheer an das deutsche Heer und damit an eine Vergangenheit angekoppelt worden. Kein General hätte den Befehl befolgt, Reder persönlich in Österreich in Empfang zu nehmen. Frischenschlager habe auch keinen verantwortlichen Offizier vor seinem Schritt zu Rate gezogen. „Ich hätte dagegen protestiert“, meinte Spannocchi trocken.<sup>537</sup> Mit einem Tagesbefehl gezählte sieben Tage nach dem „Staatsempfang“ versuchte Armeekommandant General Hannes Philipp, die Diskussion im Heer zu beruhigen: „Die Armee ist in sich so gefestigt, dass sie durch unterschiedliche Meinungen im politischen Bereich (...) nicht erschüttert wird.“<sup>538</sup>

Auch in Italien sorgte Reders Überstellung für Wogen der Empörung. Proteste kamen von der kommunistischen Opposition, von den Partisanenverbänden, von der Organisation ehemaliger Insassen von Konzentrationslagern sowie vor allem

---

<sup>534</sup> Der Heeres Wellen (profil 6/1985), a.a.O.

<sup>535</sup> „Meine Absicht war es, einzig und allein meine persönliche und im Heer entstandene Betroffenheit über Umstände und Auswirkungen dieser Aktion darzustellen (...) persönlich glaube ich, dass unser heutiges Heer weder mit der ehemaligen deutschen Wehrmacht noch mit der ehemaligen Waffen-SS und daher auch nicht mit dem Fall Reder in Verbindung gebracht werden soll.“ Semlitsch, zitiert nach der Aussendung 2314 vom 28. 1. 1985.

<sup>536</sup> Des Heeres Wellen (profil 6/1985), a.a.O.

<sup>537</sup> Zitiert nach APA 122 und 218 vom 28. 1.1985.

<sup>538</sup> Der Tagesbefehl im Wortlaut: „Soldaten! Die Aktion im Zusammenhang mit der Abholung des ehemaligen SS-Offiziers Walter Reder wurde, wie vom Herrn Bundesminister ausdrücklich bestätigt, in seiner Eigenschaft als Regierungsmitglied durchgeführt. Er ist für diese Handlung ausschließlich dem Bundeskanzler und dem Parlament verantwortlich. Der Primat der Politik steht für die Armee außer Zweifel. Ich befinde mich in dieser Auffassung in völliger Übereinstimmung mit dem Herrn Generaltruppeninspektor und den Kommandanten aller Ebenen. In der 30-jährigen Geschichte des Bundesheeres der 2. Republik war dies auch nie ein Diskussionsthema, woraus das demokratische Bewusstsein aller Soldaten dieses Bundesheeres klar erkennbar ist. Der verschiedene militärische Werdegang der Offiziere des Bundesheeres konnte in der Erfüllung des verfassungsmäßigen Auftrages zu einer einheitlichen Synthese verbunden werden. Das Heer der 2. Republik ist ein Bundesheer der Österreicher von heute für ein neutrales Österreich. Die Armee ist in sich so gefestigt, dass sie durch unterschiedliche Meinungen im politischen Bereich, wie sie in jedem demokratischem Staat vorkommen und auch vorkommen können, nicht erschüttert wird. Ich fordere daher alle Kommandanten auf, wie bisher weiterhin und unbeirrbar ihre ganze Kraft zur Erfüllung des gesetzlichen Auftrages des Bundesheeres innerhalb ihrer jeweiligen Befehlsebene einzusetzen.“ Zitiert nach APA 152 vom 31. 1. 1985.

aus Marzabotto. Für die größte italienische Oppositionspartei sagte der kommunistische Senator Ugo Pecchioli, man habe „offen einem großen Teil der öffentlichen Meinung und dem ausgesprochenen Willen der Angehörigen von Reders Opfern zuwidergehandelt“. Die vorwiegend linksorientierten überregionalen Zeitungen Italiens kritisierten, dass die Hinterbliebenen der Opfer des Nationalsozialismus in Marzabotto am 30. Dezember 1984 um ihre Meinung gefragt und dann nach der Ablehnung einer Begnadigung von Craxi übergangen worden seien. Wie in Österreich wurde das Faktum der Freilassung von Politikern aller fünf Regierungsparteien als humanitär richtiger Akt begrüßt, Unklarheiten gab es aber – analog zu Wien – über den Entscheidungsverlauf in Rom. Verteidigungsminister Giovanni Spadolini von der linksliberalen Republikanischen Partei erklärte, dass Ministerpräsident Craxi die Entscheidung allein gefällt habe: „Ich habe kein Dokument unterzeichnet.“<sup>539</sup> Der Bürgermeister von Marzabotto, Dante Cruicchi, der ebenfalls Kommunist ist, meinte sarkastisch: „Möglicherweise sitzt Reder jetzt bei einem guten Stück Strudel.“

Altbundeskanzler Bruno Kreisky, der Architekt der rotblauen Koalition, versuchte gleich am Tag nach Frischenschlagers verunglückten „Staatsempfang“ in Abrede zu stellen, was inzwischen offensichtlich war: die Causa „Frischenschlager-Reder“ sei keine „Koalitionsfrage“. Kreisky: „Ich hätte genauso gehandelt wie Sinowatz. Jetzt Neuwahlen zu riskieren wäre unvernünftig.“ Nachsatz: „Die Freiheitlichen hätten womöglich von diesem Reder-Wirbel noch profitiert“.<sup>540</sup> Eine Bemerkung, die zutreffend war.

Die ÖVP hatte die Chance, die Koalition aus dem Gleichgewicht zu bringen, nicht nur längst erkannt, sondern war auch bereit, die Affäre „Frischenschlager-Reder“ auf eine politische Ebene zu bringen. ÖVP-Parteichef Alois Mock nutzte die Pressestunde des folgenden Sonntag, um zum schärfsten Mittel der Parlamentsopposition zu greifen: er forderte eine Sondersitzung des Nationalrates, kündigte an, einen Misstrauensantrag gegen den Verteidigungsminister an – und übernahm damit noch stärker die Rolle der Skandalisiererin.<sup>541</sup> Taktisch nicht ungeschickt, zwang er damit, SPÖ und FPÖ, Position zu beziehen – und befeuerte damit die bislang innerhalb der Partei schwelenden Konflikte noch weiter. Mittels einer namentlichen Abstimmung, die die ÖVP mit 25 Abgeordneten beantragen

---

<sup>539</sup> Siehe dazu APA 087 vom 25. 1. 1985.

<sup>540</sup> APA 132 vom 25. 1. 1985.

<sup>541</sup> Mock, zitiert nach APA 145 vom 27. 1. 1985.

konnte<sup>542</sup>, stellte die ÖVP die Koalition auf die härteste Bewährungsprobe seit ihrer Gründung – und sorgte dafür, dass die Affäre Reder endgültig zu einer Affäre Frischenschlager wurde.

Am darauf folgenden Montag stand der Termin für die Sondersitzung fest: Freitag der 1. Februar. Täglich versandte der ÖVP-Pressedienst nun kritische, ausländische Pressestimmen, erleichterte damit den Medien die Zitierarbeit – und propagierte eine der Hauptstoßrichtungen der ÖVP-Kritik: die Geste des Verteidigungsministers habe Österreichs Image weltweit geschadet. Die ÖVP-Strategen mussten nicht lange suchen, die internationale Presse widmete dem Vorfall breiten Raum, die Kritik war einhellig, ebenso wie der Tenor. Das Bild Österreichs hatte in den internationalen Medien binnen wenigen Tagen massiven Schaden genommen. Österreich, die „Insel der Seligen“, wie sie unter Kreisky sich gerne selbst darstellte, war mit einem Mal das braune Skandalland, unterwandert von Nazis, die eigene Vergangenheit unbewältigt, eine „schäbige kleine Pseudorepublik“<sup>543</sup>. Die Affäre Frischenschlager war somit nicht nur zum politischen, sondern auch zum internationalen Skandal geworden. Er hatte Publikum im In- und Ausland gefunden – und erfüllte damit ein weiteres der eingangs beschriebenen Skandalmerkmale.<sup>544</sup>

Mit der Durchsetzung der Sondersitzung und der Ankündigung eines Misstrauensantrags bei namentlicher Abstimmung brachte die ÖVP zu erst vor allem die SPÖ heftig in die Defensive. Bundeskanzler Fred Sinowatz hatte sich bereits dazu bekannt, Frischenschlager im Kabinett zu halten. Gegen dieses Vorhaben regte sich nun immer stärkerer parteiinterner Widerstand. Innerhalb der SPÖ war das Lager der Mit-Frischenschlager-Nicht-Anhänger weiter gewachsen. Knapp fünfzehn Abgeordnete kokettierten tagelang mit dem Gedanken, Sinowatz im Parlament die Gefolgschaft zu verweigern. Sechs Minister drohten mit Rücktritt.

---

<sup>542</sup> Ein Misstrauensantrag gegen ein Mitglied der Bundesregierung ist ein Entschließungsantrag, über den die Abstimmung am Schluss der Debatte stattfindet. Bei der namentlichen Abstimmung liegen in den Fächern der Abgeordnetenpulte im Nationalrat zwei verschiedenfarbige Stimmzettel mit dem Namen des Abgeordneten, graue mit dem Aufdruck ja, und rosarote mit dem Aufdruck nein. Der Schriftführer verliest in alphabetischer Reihenfolge die Namen der Abgeordneten, und jeder Abgeordnete legt seinen Stimmzettel in eine gemeinsame Urne. Aufgrund der verschiedenfarbigen Stimmzettel ist für alle Anwesenden das Stimmverhalten sichtbar. Die Urne befindet sich im Zentrum des Plenums auf einem der Stenografentische.

<sup>543</sup> Die Unfähigkeit, zu begreifen (profil 6/1985), a.a.O., S. 27.

<sup>544</sup> Vgl. Hubert Sickinger, Von der „Insel der Seligen“ zur „Skandalrepublik“? Politische Skandale in der Zweiten Republik, in: Gehler Michel, Sickinger Hubert (Hg.), Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim, Wien München 1995, S. 698 – 743.

Frischenschlagers Verbleib in der Koalition war aber auch längst für die FPÖ Koalitionsbedingung geworden. Vizekanzler Steger hatte am Sonntag dem 27. Jänner am Rande eines (aus Protest spärlich besuchten) Empfangs für die Tagungsteilnehmer des Jewish World Congress angekündigt, zurückzutreten, sollte der Verteidigungsminister abgezogen werden. Im Zuge der Ereignisse sollte auch Sinowatz sein ganzes politisches Gewicht einsetzen. Auch er verknüpfte Frischenschlagers Überleben mit seinem Verbleib als Kanzler – beide Koalitionspartner hatten damit die höchsten Einsätze im politischen Spiel gesetzt: ihre Funktionen. Die Koalition durchlebte in der Woche nach Reders Empfang bis zur Sondersitzung ihre schwerste Krise.

Das Medienecho in den internationalen Tageszeitungen war in den Tagen nach dem Handschlag enorm.

*„In der österreichischen Bevölkerung hat unter dem Eindruck, der Ruf des Landes könnte Schaden nehmen, die Ablehnung der Geste Frischenschlagers schlagartig zugenommen. (...) Für die politischen Auswirkungen des Falles am wichtigsten ist zunächst das Verhalten der Parteibasis der Sozialisten. Es ist gar nicht auszuschließen, dass Frischenschlager zu einer unerträglichen Belastung für die Koalition wird“*,

prophezeite die „Neue Zürcher Zeitung“. Die „Rheinische Post“ sah den „Fall Reder“ in „den Rang einer Staatsaffäre erhoben“. Und der „Südkurier“ sah in Frischenschlagers

*„Jugend (...) weder eine Erklärung noch gar eine Entschuldigung. Vor allem dann nicht, wenn man weiß, dass Frischenschlagers Freiheitliche Partei schon immer ein Sammelbecken für Österreichs alte und neue Rechte war. Entweder fehlt es Frischenschlager an Erkenntnisfähigkeit oder er wollte politisches Kapital für seine Partei herauschlagen – beides ist nicht tragbar.“<sup>545</sup>*

Äußerst scharf reagierte die israelische Presse, die die Affäre Reder stark in den Kontext der anstehenden Gedenktage vierzig Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges stellte. „Ein schwerer Fehler“ leitartikelte das israelische Gewerkschaftsorgans „Davar“ und kritisierte, dass Österreich in seiner Auseinandersetzung mit der Nazivergangenheit und dem Antisemitismus hinter der BRD zurückgeblieben sei und sich vor der Zahlung von Entschädigungen an jüdische Naziopfer gedrückt habe.<sup>546</sup> Auch in „Yedioth Ahronoth“ standen die

---

<sup>545</sup> Zitiert nach APA 071 vom 29. 1. 1985.

<sup>546</sup> Zitiert nach APA 084 vom 31. 1. 1985.

Österreicher als Beispiel dafür da, dass „die dunkle antisemitische Vergangenheit aus den Herzen der Völker“ eben noch nicht ausgerottet wurde – sogar jetzt, „40 Jahre nach dem „Untergang“ jener dunklen Welt“.<sup>547</sup> „Die Österreicher haben in diesen Tagen die Welt daran erinnert, dass die Nazivergangenheit in Europa noch nicht ausgelöscht wurde“, kommentierte „Haaretz“, die die Causa als „Sturm im Schatten des 40. Jahrestages der Befreiung von Auschwitz“ bezeichnete.<sup>548</sup>

Die internationale Dimension wurde noch verstärkt, als sich am 30. Jänner Abgeordnete des Europarates einschalteten und die Absetzung Frischenschlagers forderten. 33 Vertreter aus acht Ländern, mehrheitlich sozialistische und kommunistische, darunter auch der Vorsitzende des politischen Ausschusses, unterzeichneten eine schriftliche Erklärung.<sup>549</sup> Daraufhin wurde formeller Protest bei der österreichischen Bundesregierung erhoben.<sup>550</sup> Die SPÖ war nervös. „Die Erklärung ist keine Meinungsäußerung der Parlamentarischen Versammlung als solche, da sie dort nicht als Resolution zur Abstimmung gebracht wurde“, heißt es dazu in einem vertraulichen Aktenvermerk an Klubobmann Sepp Wille, „Es handelt sich in diesem Fall um eine nach § 48 der Geschäftsordnung des Europarats zulässige „schriftliche Erklärung“, für deren Auflage lediglich die Unterschrift von drei Mitgliedern der Versammlung erforderlich ist. Solche Erklärungen werden vom Präsidenten in gedruckter Form aufgelegt und können dann auch noch von weiteren Abgeordneten unterfertigt werden. Ein solches Instrument kann aber

---

<sup>547</sup> Zitiert nach APA 093 vom 31. 1. 1985.

<sup>548</sup> Zitiert nach APA 100 vom 31. 1. 1985. „Die Österreicher haben in diesen Tagen die Welt daran erinnert, dass die Nazivergangenheit in Europa noch nicht ausgelöscht wurde. Landesverteidigungsminister Frischenschlager empfing den Naziverbrecher Walter Reder und begleitete ihn persönlich in den Kurort Baden, nachdem er nach 40-jähriger Gefängnisstrafe in Italien wegen Ermordung von hunderten Männern, Frauen und Kindern in Zweitem Weltkrieg nach Österreich zurückgekehrt war. Der Empfang löste in Österreich einen Sturm der Entrüstung aus und die Aufmerksamkeit wurde auch infolge der ersten Konferenz des Jüdischen Weltkongresses seit dem Zweitem Weltkrieg in Wien auf ihn gelenkt. Bundeskanzler Sinowatz hat sich vom Empfang distanziert, noch bevor er zur Eröffnung der Konferenz kam, aber der Präsident des Jüdischen Weltkongresses Edgar Bronfman hat mit Recht in seiner Gegenwart einen scharfen Protest gegen diese Tat erhoben. Auch in Deutschland kam es wie in Österreich zu einem Sturm im Schatten des 40. Jahrestages der Befreiung von Auschwitz. Ein Teil der deutschen Fernsehstationen erwähnte dieses Ereignis kaum oder überhaupt nicht. Hingegen richteten sie ihre Aufmerksamkeit auf die Tagung der Organisation der aus Schlesien vertriebenen Deutschen, eine Organisation, die die Vision einer Wiedervereinigung Deutschlands bis zur russischen Grenze auf ihr Banner geschrieben und die Gräueltaten der Nazis in Auschwitz als Lügenmärchen bezeichnet hat. Zwei Ereignisse, in Österreich und in Deutschland, die uns und die Welt darauf aufmerksam machen sollten, dass die Nazivergangenheit noch nicht zur Vergangenheit geworden ist.“

<sup>549</sup> APA 272 vom 30. 1. 1985.

<sup>550</sup> Mit der Abfassung des Protestschreibens wurde der liberale belgische Abgeordnete Daniel Ducarme beauftragt. Er hatte den persönlichen Auftritt Frischenschlagers bei der Ankunft Reders in Österreich als eine „gefährliche Vorgangsweise“ bezeichnet, die als „unzulässige Absolution“ missverstanden werden und dem „Wiederaufleben des Nazismus in Europa Vorschub leisten“ könnte. Der Ausschussvorsitzende Glyn Ford, ein britischer Labour-Abgeordneter, hatte erklärt, sowohl die vorzeitige Haftentlassung als auch die Art der Aufnahme Reders in Österreich seien seiner persönlichen Meinung nach zu verurteilen, „das zweite Faktum allerdings noch in stärkerem Ausmaß als das erste“. Vgl. APA 043 vom 1. 2. 1985.

weder einem Komitee zugewiesen, noch in der Versammlung debattiert werden.<sup>551</sup> Bereits am 30. Jänner hatte die SPÖ erfahren, dass der US-Verteidigungsminister Caspar Weinberger einen lang geplanten Besuch in Wien im Februar dieses Jahres überraschend abgesagt hatte. Dies wurde dem österreichischen Botschafter in Washington, Thomas Klestil, bei einer Vorsprache von den Pentagon-Unterstaatssekretären Richard Pearl und Ronald S. Lauder mitgeteilt.<sup>552</sup> Lauder wurde kurz darauf US-Botschafter in Wien und sollte zu den schärfsten Kritiker Kurt Waldheims gehören.

### **„Es war ein schwerer politischer Fehler“: Koalitionäres Krisenmanagement**

Der Handschlag hatte am Donnerstag stattgefunden. Übers Wochenende war die Situation eskaliert. Zu Wochenbeginn machte sich die Regierung, allen voran die SPÖ, ans Krisenmanagement. Es begann mit einer Rückbeorderung. Montag, den 28. Jänner 1985, am Vormittag ersuchte Bundeskanzler Fred Sinowatz Verteidigungsminister Friedhelm Frischenschlager über die österreichische Botschaft in Kairo, seinen Ägyptenbesuch abubrechen und unverzüglich nach Wien zurückzukehren.

Zu diesem Zeitpunkt war die Koalitionskrise bereits voll entfacht. Vizekanzler Steger hatte für den Abend das FPÖ-Parteipräsidium einberufen. Am Montagnachmittag trafen sich die SPÖ-Regierungsmitglieder zur routinemäßigen Ministerratsvorbesprechung für den Ministerrat am darauf folgenden Dienstag. Aus dem Arbeitstreffen wurde ein Tribunal, die Stimmung unter den roten Ressortchefs entlud sich. Alle, die sich zu Wort meldeten, waren ausdrücklich gegen einen Verbleib Frischenschlagers in der Regierung. Allen voran plädierten Helmut Zilk, Alfred Dallinger, Franz Vranitzky und Johanna Dohnal für den Rücktritt des blauen Verteidigungsministers.<sup>553</sup>

Währenddessen befand sich Frischenschlager, der ursprünglich erst am Dienstag um 17 Uhr 20 in Schwechat hätte landen sollen, auf dem Weg von Ägypten zurück nach Österreich. Seine Reise stand an Dramatik jener Reders um nichts nach: Um 13 Uhr 45 bestieg er einen Nonstop-Airbus der Egypt-Air von Kairo nach

---

<sup>551</sup> Vertraulicher Aktenvermerk für SPÖ-Klubobmann Sepp Wille vom 31. Jänner 1985, Archiv Sepp Wille, a.a.O.

<sup>552</sup> Ebenda.

<sup>553</sup> Auf Leben und Tod (profil 6/1985), a.a.O., S. 13.

Frankfurt, dort wartete nach Ankunft um 17 Uhr 10 eine Saab 105 des Bundesheeres auf ihn, die ihn nach Wien Schwechat flog. Frischenschlager landete um 19 Uhr 40, und um die wartenden Journalisten zu umgehen, rollte das Militärflugzeug zum Abstellplatz „Golf 1“ unweit des VIP-Bereichs. Von dort wurde er mit Polizeieskorte in seinem Dienstwagen weggeführt – direkt zu einer FPÖ-Präsidiumssitzung im Parlament.<sup>554</sup> Dort wurde schon vor Frischenschlagers Ankunft über Auswege aus der Koalitionskrise diskutiert. Ergebnis: Ein Rücktritt Frischenschlagers, wie er seitens mancher SPÖ-Funktionäre zuletzt gefordert worden war, würde von der FPÖ nicht akzeptiert werden. Ginge der Verteidigungsminister, dann sei auch die Koalition tot. Lediglich einen Einschätzungsfehler dürfe Frischenschlager bekennen – so, wie er es zuletzt in seinen öffentlichen Aussagen auch schon angedeutet hatte.

Noch in der gleichen Nacht trafen sich Frischenschlager und Vizekanzler Norbert Steger mit Bundeskanzler Sinowatz im Bundeskanzleramt, um eine Sprachregelung für Frischenschlagers Verhalten zu finden, die von der FPÖ als „Einschätzungsfehler“, von der SPÖ als absolutes Schuldeinbekenntnis gewertet werden konnte. Kurz nach zwei Uhr früh hatten die drei laut „profil“ eine „Kompromissformel in groben Zügen“ ausgehandelt: Frischenschlager gab sein prinzipielles Einverständnis zu einer förmlichen Entschuldigung, Sinowatz im Gegenzug die Zusicherung, dass er im Amt bleiben würde. Die erste Version Frischenschlagers enthielt starke Worte. Von „schweren Kriegsverbrechen“ und „Faschismus“ war die Rede.<sup>555</sup>

Alles hing nun von der Formulierung Frischenschlagers Entschuldigung ab, die beiden Koalitionspartnern Genüge tun musste. Wissenschaftsminister Heinz Fischer bekam die Aufgabe übertragen, mit Frischenschlager am Dienstag im Vorfeld des Ministerrats in einem Extrazimmer des Kanzleramtes jene Sätze zu finden, die die Koalition retten sollten. Fischers ersten Entwurf lehnte Frischenschlager ab. Es sei „weitschweifiges antifaschistisches Pamphlet“, empörte sich ein Ministermitarbeiter gegenüber dem „profil“. Danach wurde um jeden Satz gerungen – auch unter Hilfe von Sinowatzs Kabinettschefs Hans Pusch. Sinowatz

---

<sup>554</sup> Vgl. APA 282 vom 28. 1. 1985, Auf Leben und Tod (profil 6/1985), a.a.O., S. 12.

<sup>555</sup> Lingens Peter Michael, Siegert Michael, „Was mir mit Reder passiert ist...“, Interview mit Friedhelm Frischenschlager, profil 6/1985 (4. 2. 1985), S. 16 – 18, hier S. 18.

meinte im Nachhinein im Übrigen, es habe „keine wesentlichen Formulierungsprobleme“<sup>556</sup> gegeben – ein glatter Euphemismus.

Bei dieser Formulierungsdebatte trafen nur vordergründig semantische Probleme auf: Im Kampf um die passenden Worten prallten auch die unterschiedlichen Geschichtsverständnisse der Koalitionspartner aufeinander. Was im großen SPÖ und FPÖ seit Tagen an den Rand der Zusammenarbeit brachte, wurde im Kleinen zwischen Fischer und Frischenschlager noch einmal durchgespielt. Es spießte sich an der Begrifflichkeit „Faschismus“. „Wir haben am Rande eine Antifaschismus-Debatte geführt“, erinnerte sich Frischenschlager, „Das hat mit dem Wort ‚Anti‘ etwas zu tun, weil ich natürlich nicht die Gleichung vertrete: Antikommunismus = Freiheit oder Antifaschismus = Freiheit. Wenn jemand Antifaschist ist, ist er noch kein Demokrat, und wenn jemand Antikommunist ist, ist er auch noch kein Demokrat. Deswegen verwende ich normalerweise keine Terminologie, die solche Fehlschlüsse zulässt.“ Daraufhin sagte Heinz Fischer zu Frischenschlager: „Schau, es gibt Leute, die meinen, dass deine Aktion da unten eine Verhöhnung der Opfer des Nationalsozialismus ist.“ Der Verteidigungsminister antwortete, dass dann doch eher noch „Nationalsozialismus“ als „Faschismus“ gelte. Frischenschlager: „An sich wäre „Nationalsozialismus“ konsequenter gewesen. Ich hab dann letztlich gesagt, na gut, wenn das die Terminologie ist, die dem Bevölkerungskreis, der sich besonders betroffen fühlt, verständlich ist... (...) in solchen Situationen darf man ja wirklich keine Mentalreserven haben.“ Außerdem, meinte Frischenschlager im gleichen Interview, habe er seinen „Kurs in allen diesen Dingen seit Jahren nicht geändert und werde ihn auch jetzt nicht ändern.“<sup>557</sup>

Schluss endlich beinhaltete der Bericht Frischenschlagers an Sinowatz nicht nur ein klares politisches Schuldeinbekenntnis, sondern auch die Formulierung von Reder als „wegen schwere Kriegsverbrecher Verurteilten“. Wörtlich erklärte Frischenschlager:

*„Ich habe die letzten Tage benutzt, um über mein Verhalten im Zusammenhang mit der Überstellung des wegen schwerer Kriegsverbrechen in Italien verurteilten Walter Reder nachzudenken – ein Verhalten, das von Ihnen, Herr Bundeskanzler, als schwerer Fehler bezeichnet wurde, und ich bin zu dem Ergebnis gelangt, dass ich diesen Fehler einzubekennen habe. Mir war bekannt, dass sich führende Persönlichkeiten aus allen politischen Lagern bei den*

---

<sup>556</sup> Sinowatz, zitiert nach SPÖ-Aussendung NE 2998 vom 29. 1. 1985.

<sup>557</sup> So die Darstellung Frischenschlagers in „Was mir mit Reder passiert ist...“ (profil 6/1985), a.a.O., S. 18.



*Verantwortlichen unseres Nachbarstaates Italien aus humanitären Gründen seit vielen Jahren um eine vorzeitige Haftentlassung von Walter Reder bemüht haben. Aus meiner oben gegebenen Darstellung geht hervor, dass ich mich bemüht habe, die Überstellung von Walter Reder im Sinne der verlangten Geheimhaltung durchzuführen. Nichts lag mir ferner, als der Überstellung Reders den Charakter eines regierungsoffiziellen oder militärischen Empfanges zu verleihen. Dennoch musste ich erkennen, dass die gewählte Vorgangsweise für alle, die unter Kriegsverbrechen und Faschismus entweder selbst zu leiden hatten oder die Leiden ihrer Mitbürger nicht vergessen können, zu tiefer Betroffenheit geführt und auch im Ausland heftige Reaktionen hervorgerufen hat. Darüber hinaus ist der humanitäre Aspekt der vorzeitigen Haftentlassung in den Hintergrund getreten. Diese meine Fehleinschätzung tut mir leid und ich kann sie Ihnen gegenüber, Herr Bundeskanzler, wie gegenüber der gesamten Öffentlichkeit nur bedauern. Ich tue dies auch unter dem Aspekt, dass mein gesamtes politisches Verhalten von den Grundsätzen und Prinzipien geleitet wird, die das gemeinsame Fundament unserer demokratischen Republik bilden.*"<sup>558</sup>

Dennoch kam im Ministerrat am 29. Jänner, bei dem beide Koalitionspartner auf Ministerebene zusammenkommen, und dessen Beginn sich durch die Vorabsprachen bereits verzögert hatte, noch einmal Dramatik auf. Um Außenminister Gratz, der am Montag seine „Mitverantwortung“<sup>559</sup> an den Ereignissen erstmals klar und deutlich eingestanden hatte, drehte sich die Debatte aber kaum. Weil für Verkehrsminister Ferdinand Lacina die Formel „Rückzieher“ statt „Rücktritt“ zuerst unannehmbar war, wurde die FPÖ-Regierungsriege aus dem Sitzungssaal gebeten. Lacina eröffnete seinen Parteikollegen, dass er es nicht mehr aushalte, mit einem „Minister und einer FPÖ wie dieser“ auf der Regierungsbank zu sitzen.<sup>560</sup> Fünf Minister sprangen ihm bei: Karl Blecha, Johanna Dohnal, Alfred Dallinger, Franz Vranitzky und Erich Schmidt.<sup>561</sup>

Dass Lacina in dieser Situation besonders sensibel war, liegt auch an seiner persönlichen Vorgeschichte im Fall Frischenschlager: Die beiden Minister hatten einen biografischen Schnittpunkt: die Borodajkewycz-Affäre des Jahres 1965.<sup>562</sup> Frischenschlager war damals Generalsekretär des Rings Freiheitlicher Studenten, die gegen die antifaschistischen Manifestationen protestiert hatten. Lacina war

---

<sup>558</sup> Zitiert nach APA 141 vom 29. 1. 1985.

<sup>559</sup> APA 277 vom 28. 1. 1985.

<sup>560</sup> Auf Leben und Tod, (profil 6/1985), a.a.O.

<sup>561</sup> Ebenda.

<sup>562</sup> Zur Borodajkewycz-Affäre vgl. Gérard Kasemir, Spätes Ende für „wissenschaftlich“ vorgetragenen Rassismus. Die Borodajkewycz-Affäre 1965, in: Gehler Michel, Sickinger Hubert (Hg.), Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim, Wien München 1995, S. 486 – 501. Heinz Fischer (Hg.), Einer im Vordergrund. Taras Borodajkewycz. Eine Dokumentation, Wien Frankfurt Zürich 1966.

Verfasser jener Vorlesungsmitschrift, in der die antisemitischen Aussagen des Welthandelsprofessors dokumentiert waren und die zur Hauptbelastungsindiz gegen ihn wurden – und deren Authentizität Frischenschlager angezweifelt hat.<sup>563</sup> Wenn man so will, trafen sich mit Lacina und Frischenschlager zwei Exponenten zweier neuer Strömungen in ihren Parteien: Lacina als Vertreter der Nachkriegsgeneration, die die Doktrin der Älteren SPÖ-Generation und vor allem Kreisky, das Dritte Lager einzubinden, aus tiefstem Empfinden ablehnte. Und Frischenschlager, ebenfalls Vertreter der jüngeren Generation seiner Partei, gefallene Symbolfigur für die Regierungsfähigkeit und für die Möglichkeit der Bekehrung der FPÖ zur liberalen Partei. Frischenschlager meinte:

*„Im Falle Lacina verstehe ich es von allen Regierungsmitgliedern am ehesten, wenn ihm da sozusagen jetzt Bedenken hochkommen. Ich kenne seinen familiären Hintergrund nicht, aber Antinazismus war für ihn immer ein starkes Movens. Ich hatte, seit ich ihn jetzt wiedergetroffen habe, an sich ein gutes Verhältnis zu ihm. Deswegen werde ich ja auch gerade mit Lacina zu reden versuchen, ganz wurscht, wie das jetzt ausgeht. Ich empfinde ihm gegenüber keinen Harm.“<sup>564</sup>*

Zurück zum Ministerrat: Am Dienstag, fünf Tage nach dem Handschlag, sah sich Sinowatz also mit insgesamt sechs rücktittswilligen Ministern konfrontiert. Das war die Hälfte seiner Regierungriege. Ein Bundeskanzler, gegen den seine Mannschaft revoltiert – eine einmalige Situation. Sinowatz reagierte, in dem er seinen eigenen Rücktritt anbot, und damit die Lage auf die Spitze trieb. Offen wurde in Folge über mögliche Neuwahlen debattiert, was Sinowatz im Nachhinein aber abstritt.<sup>565</sup> Innenminister Blecha, der als ehemaliger Ifes-Direktor die Markt- und Meinungsforschung der SPÖ überblickte, erläuterte, dass eine relative SPÖ-Mehrheit derzeit gut abgesichert sei. Mit einem schnellen, kurzen Wahlkampf könne man sich nach dem Rauswurf Frischenschlagers als Antifaschismuspartei profilieren.<sup>566</sup> Eine Umfrage der Sozialwissenschaftlichen Studiengesellschaft, durchgeführt im Jänner 1985, vor Ausbruch der Affäre, verdeutlicht das Meinungsbild.<sup>567</sup> Nur neun Prozent der befragten meinten, die Kleine Koalition sei „die beste für Österreich“. 27 Prozent wünschten sich eine Alleinregierung der

---

<sup>563</sup> Um Kopf und Kragen geredert (profil 6/1985), a.a.O., S. 20.

<sup>564</sup> „Was mir mit Reder passiert ist...“ (profil 6/1985), a.a.O., S. 18.

<sup>565</sup> Vgl. SPÖ-Parteiaussendung NE 3029 vom 29. 1. 1985.

<sup>566</sup> Kurier 31. 1. 1985, a.a.O.

<sup>567</sup> SWS Meinungsprofil „Regierungspräferenzen und Politikerverdrossenheit in Österreich“, in: Journal für Sozialforschung 2/1985 (25. Jg.), S. 201 – 213.

SPÖ, 23 Prozent eine Große Koalition. Heinz Fischer sprach sich für den Fortbestand der Kleinen Koalition aus. Sinowatz kontaktierte die Parteichefs der neun Landesorganisationen, um die Stimmung für Neuwahlen auszuloten. Lediglich der Salzburger SPÖ-Chef bewertete sie positiv. Das dämpfte die Koalitionsbrecherfraktion. Einzig Lacina, wurde im Anschluss an diesen denkwürdigen Ministerrat den Journalisten kolportiert, trage sich weiter mit Rücktrittsgedanken.

Für Lacina bedeutete die „Frischenschlager-Reder“-Krise tatsächlich einen persönlichen Wendepunkt. „Der Lacina hat körperlich gelitten unter dem Fall Reder“, erinnert sich Fred Sinowatz, der den späteren Finanzminister als „einen wirklich guten Freund“ „von reinem Charakter getragen“ beschreibt.<sup>568</sup> Schlussendlich wurde im Ministerrat Frischenschlagers Entschuldigung angenommen. Die Regierung blieb unverändert – vorerst. Intern waren SPÖ und FPÖ jedoch übereingekommen, dass Frischenschlager bei nächster Gelegenheit sein Regierungsamt verlieren und ins Parlament wechseln sollte, sobald sich die Wogen geglättet haben.<sup>569</sup> Sinowatz stellte auch öffentlich klar, dass er die von der ÖVP verlangte Sondersitzung und den Misstrauensantrag gegen Frischenlager mit seiner politischen Zukunft verknüpfte. Sollte die ÖVP Erfolg haben, werde er zurücktreten. Die Reaktionen auf diesen Versuch einer Deeskalation waren höhnisch bis kritisch: Die ÖVP ätzte, dass in „dieser Koalition offenbar der Schwanz mit dem Hund wedelt“ und die SPÖ durch diese Haltung für die FPÖ „erpressbar“ geworden sei.<sup>570</sup>

Auch die internationalen Kommentatoren trauten dem Burgfrieden in Wien nicht: Die Londoner Tageszeitung „The Times“ urteilte, das Verhalten Frischenschlagers könne nicht mit einer simplen „Entschuldigung“ aus der Welt geschafft werden. „Solche ‘Fehler’ sagen viel über die Personen aus, die sie begehen. Diese Menschen sind für die Ämter, die sie innehaben, nicht geeignet. Herr Frischenschlager macht die Dinge nur noch schlimmer, wenn er sagt, seine Begegnung mit Reder sei ‘rein persönlicher Natur’ gewesen.“ Im liberalen „Guardian“ hieß es: „Die Westdeutschen und nun auch die Österreicher haben eine seltsame Unfähigkeit bewiesen, die Bedeutung zu verstehen, die das Jahr 1945 für

---

<sup>568</sup> Gespräch der Autorin mit Fred Sinowatz, Neufeld, 4. April 2006.

<sup>569</sup> Kotanko Christoph, Minister der Reserve, profil 18/1986 (28. 4. 1986), S. 32 – 33.

<sup>570</sup> ÖVP-Generalsekretär Michael Graff, zitiert nach APA 204 vom 29. 1. 1985.

die überlebenden Opfer des Nazismus immer noch hat. (...) Es genügt bestimmt nicht, die unglaubliche Dummheit des Ministers, die er noch dazu beging, als Mitglieder des jüdischen Weltkongresses sich in Wien befanden, einer übergroßen Menge von Nässe hinter den Ohren zuzuschreiben. Seine verspätete Entschuldigung gestern war wohl das mindeste, was er tun konnte.”<sup>571</sup> Für die französische Abendzeitung „Le Monde” gab Österreich ein „erbärmliches Bild” ab. „Damit sind die bisherigen Bemühungen von Sinowatz, die Welt und die jüdische Gemeinschaft davon zu überzeugen, dass sein Volk endlich ohne jede Spur von Nostalgie selbstkritisch auf sieben Jahre seiner Geschichte zurückblickt, zunichte gemacht. (...) Antisemitismus und Pangermanismus bestehen, wie man weiß, überall in der österreichischen Mentalität weiter. Ihre Anhänger haben längst nicht aufgegeben.”

Wie sich zeigte, bewirkte die Entschuldigung Frischenschlagers auch innenpolitisch nicht das, was sie hätte bewirken sollen: Sie sorgte nur innerhalb der SPÖ für eine vordergründige Beruhigung, weil sie den Sozialdemokraten nun eine Möglichkeit gab, ihr Verhalten nun zu rechtfertigen, schließlich habe der kritisierte Koalitionskollege seinen Fehler einbekannt. Trotzdem gab es weitere Rücktrittsaufforderungen, wie etwa vom Wiener Bürgermeister Helmut Zilk.<sup>572</sup> Auch die Jugendorganisationen rebellierten weiter: Am auffälligsten die SPÖ-Jugend Linz, die bereits für Aufmerksamkeit gesorgt hatte, weil sie am 18. Februar – also lange bevor die Affäre „Frischenschlager-Reder” zur solchen wurden – Bundeskanzler Sinowatz wegen seiner Bemühungen um die vorzeitige Freilassung des SS-Sturmbannführers kritisiert hatte. Sie forderte ein Ende der rotblauen Koalition – was ihr prompt einen Ordnungsruf ihres Landesparteiobmanns einbrachte.<sup>573</sup>

### **Die Affäre im Spiegel der Meinungsforschung**

Eine Umfrage unter 2002 Österreichern aus der zweiten Februarhälfte 1985 zeigt zwar den Schaden, den der Handschlag hatte, aber auch die versöhnliche Stimmung in der Bevölkerung.<sup>574</sup> Die Erwartungen an die Lebensdauer der Kleinen Koalition

---

<sup>571</sup> Zitiert nach APA 076 vom 30. 1. 1985.

<sup>572</sup> APA 121 vom 29. 1. 1985.

<sup>573</sup> APA 056 vom 1. 2. 1985.

<sup>574</sup> Sozialwissenschaftliche Studiengesellschaft, 118. Bericht, Februar 1985 (Fragebogen Nr. 228). Bericht über eine Umfrage betreffend die friedliche Nutzung der Kernenergie, die Lebenserwartung der kleinen Koalition,

waren gesunken. 24 Prozent glaubten, dass „sie bald zusammenbrechen“ wird, 49 Prozent rechneten damit, dass die „gerade die zwei Jahre bis zur nächsten Wahl fortbestehen“ wird. Vor allem die SPÖ-Wähler waren enttäuscht. Der Prozentsatz jener, die meinten, die Regierung breche bald auseinander, hatte sich im Vergleich zum Jahr 1983 von 6 auf 11 Prozent fast verdoppelt. 28 Prozent wären dafür gewesen, die rotblaue Koalition aufzulösen, 53 Prozent waren dagegen. Die Unentschlossenen waren mit zwanzig Prozent vergleichsweise stark an der Zahl.<sup>575</sup> FPÖ- und SPÖ-Anhänger standen wieder nahezu geschlossen hinter ihrer Koalition. Auf die Frage: „Der Bundeskanzler stand vor wenigen Wochen vor der Frage, ob er wegen der Affäre „Frischenschlager-Reder“ die gegenwärtige Rot/Blaue Koalition auflösen soll, oder nicht? Wie hätten sie anstelle des Bundeskanzlers entschieden?“ antworteten 84 Prozent der FPÖ-Wähler und 70 Prozent der SPÖ-Wähler mit „nicht aufgelöst“. 54 Prozent der ÖVP-Wähler hätten die Regierung „aufgelöst“. Und die – etwas tendenziöse – Aussage „Der Bundeskanzler ist zu bedauern, weil er so einen unfähigen Koalitionspartner hat“ befürworteten gar 47 Prozent, 35 Prozent meinten, das treffe nicht zu, 19 Prozent waren unentschlossen. Logischerweise konnten sich nur sechs Prozent der FPÖ-Anhänger mit diesem Satz identifizieren, aber immerhin 45 Prozent der roten Wähler und 61 Prozent der Konservativen.<sup>576</sup>

Aber auf die Frage „War, Ihrer Meinung nach, der Empfang Reders durch Minister Frischenschlager eine richtige Handlung, ein Fehler, den man verzeihen kann oder ein Fehler, den man nicht verzeihen kann?“, antworteten 52 Prozent der Befragten, man könne ihm verzeihen. Neun Prozent hielten es für eine richtige Handlung, 31 Prozent meinten, man könne den Handschlag nicht entschuldigen, neun Prozent wussten keine Antwort.<sup>577</sup> Erwartungsgemäß waren es vor allem die älteren Jahrgänge, die Frischenschlagers Handeln pardonierten. Unter den Über-65-Jährigen fanden es 13 Prozent richtig, 51 Prozent meinten, man könne ihm verzeihen. Unter den FPÖ-Anhängern war das Meinungsklima überhaupt eindeutig: 47 Prozent hielten den Handschlag für richtig, 40 Prozent meinten, man könne ihm verzeihen, nur sechs Prozent wollten ihn nicht entschuldigen und sechs

---

das Entstehen für Parlament und ÖGB, die Affäre Reder-Frischenschlager und die Belastung des Bundeskanzlers durch seinen Koalitionspartner. Die Fragen zur rot-blauen Koalition, zur Affäre und zur Belastung des Bundeskanzlers sind im Jahrbuch nicht erwähnt, der Bericht wurde der Autorin freundlicherweise von der SWS-Gesellschaft zur Verfügung gestellt.

<sup>575</sup> Sozialwissenschaftliche Studiengesellschaft, 118. Bericht, a.a.O., S. 15/16.

<sup>576</sup> Sozialwissenschaftliche Studiengesellschaft, 118. Bericht, a.a.O., S. 17.

<sup>577</sup> Sozialwissenschaftliche Studiengesellschaft, 118. Bericht, a.a.O., S. 13.

Prozent gaben an „weiß nicht“.<sup>578</sup> Große Bereitschaft, Frischenschlager zu verzeihen, zeigten aber auch die SPÖ-Anhänger, die damit Sinowatzs Linie folgten. 63 Prozent gaben an, Frischenschlagers Begrüßung sei „ein Fehler, den man verzeihen kann“. 25 Prozent hielten ihn für unverzeihlich, sieben Prozent fanden den Handschlag richtig, fünf Prozent wussten keine Antwort. Die ÖVP-Anhänger waren gespalten: 41 Prozent hielten Frischenschlagers Geste für verzeihlich, 43 Prozent für unverzeihlich. 11 Prozent wussten keine Antwort, fünf Prozent fanden sie richtig. Unter den Alternativen war die Ablehnung Frischenschlagers am stärksten: 74 Prozent befanden den Handschlag für nicht zu entschuldigen.

Auch in einer vom Meinungsforschungsinstitut IMAS unter 1500 Österreichern durchgeführten Befragung über das „Gewicht“ der 1985 aufgetauchten Affären rangierte der „Handschlag“ mit 23 Prozent Zustimmung nur an siebter Stelle. Als weit skandalöser wurden der Weinskandal (72 Prozent), der „Fall AKH“ (56 Prozent), der „Fall Rablbauer“ (31 Prozent), die Fälle „WBO“ und Lutz Moser (jeweils 29 Prozent) und die „Steuersache Hannes Androsch“ (27 Prozent) empfunden.<sup>579</sup> IMAS fragte ebenfalls in einer eigenen Umfrage die Meinungen zum Fall Frischenschlager ab und kam zu ähnlichen Ergebnissen wie SWS. Nur 26 Prozent der Befragten meinten, Frischenschlager habe mit seinem Verhalten „dem Ansehen Österreichs in der Welt einen sehr großen Schaden zugefügt“. 53 Prozent verneinten das, 21 Prozent machten keine konkreten Angaben.<sup>580</sup> Selbst nach Parteienpräferenz aufgesplittert ergab sich bei dieser Frage keine absolute Mehrheit für die Bejahung des außenpolitischen Schadens. 51 Prozent hielten Frischenschlagers Entschuldigung für notwendig, 32 Prozent hielt es für unnötig. 54 Prozent sahen im Handschlag keinen zwingenden Rücktrittsgrund, 22 Prozent schon. Auch in dieser Umfrage zeigt sich, dass die Skandalisierungstaktik der ÖVP bei den eigenen Anhängern wenig Echo fand: 44 Prozent der ÖVP-Anhänger sahen keinen zwingenden Rücktrittsgrund für Frischenschlager. IMAS fragte auch die Einstellung zur Vergangenheitsaufarbeitung auf: Da sahen es, zu Beginn des „Gedächtnisjahres 1934“, nur 27 Prozent der Befragten richtig, die „Erinnerung an die im Zweiten

---

<sup>578</sup> Sozialwissenschaftliche Studiengesellschaft, 118. Bericht, a.a.O., S. 15.

<sup>579</sup> N.N.: Das Gewicht der Affären, in: Khol Andreas u. a. (Hg.), Österreichisches Jahrbuch für Politik, Wien 1986, S. 872 – 873.

<sup>580</sup> IMAS: Die Meinungen zum Fall Frischenschlager/Reder, Linz 1985 (IMAS-Report 4/1985), zitiert nach Wassermann Heinz P., „Zuviel Vergangenheit tut nicht gut“, S. 570 ff.

Weltkrieg begangenen Taten“ wachzuhalten. 57 Prozent meinten, das Kapitel sei abzuschließen und man möge nicht mehr darüber reden.

### **Die Folgen: Hebelwirkung für Haider und Desillusion in der SPÖ**

Innerhalb der FPÖ führte die Entschuldigung Frischenschlagers – wie von Kreisky vorhergesehen – nicht zur Beruhigung, sondern zur Aufstachelung des regierungskritischen, national orientierten Flügels. Repräsentiert von Jörg Haider, Horst Schender, Klaus Turek, Gerulf Stix, Hermann Eigentler oder Hermann Eigruber repräsentierten sie die nicht mehr schweigende Mehrheit der FPÖ. Die Aufregung innerhalb des kleinen Koalitionspartners weitete sich in den Wochen nach dem Handschlag kontinuierlich aus – und sorgte dafür, dass auf die Affäre Frischenschlager eine FPÖ-Krise folgte. Die Affäre „Frischenschlager-Reder“ wird zum bundespolitischen Sprungbrett für Haider, der sich seine Machtbasis in der FPÖ seit 1976 kontinuierlich ausgebaut hatte<sup>581</sup> und die Kleine Koalition von Anfang an torpediert hatte.<sup>582</sup> Zusätzlich gestärkt durch seinen Wahlerfolg bei den Kärntner Landtagswahlen im September 1984<sup>583</sup>, drohte Haider mit seinem Parteiaustritt und der Gründung einer neuen Partei – ein Muster, das er noch oft wiederholte und im Jahr 2002 letztlich mit der Schaffung des „Bündnis Zukunft Österreich“ vollzog.

Verschiedene Personalaustausche werden überlegt, um die Lage zu beruhigen. Friedrich Peter bietet Frischenschlager das Amt des Klubobmanns an, um ihn aus der Schusslinie zu nehmen.<sup>584</sup> Harald Ofner schlägt vor, Norbert Gugerbauer als Klubobmann und Haider als Verteidigungsminister einzusetzen, um die beiden schärfsten Kritiker des Steger-Kurses in die Regierungsarbeit einzubinden. Steger lehnt aus nachvollziehbaren Gründen ab<sup>585</sup> – das hätte nicht nur die Machtbalance in

---

<sup>581</sup> Vgl. dazu Lehmann-Horn Knut, Die Kärntner FPÖ 1955 – 1983. Vom Verband der Unabhängigen (VdU) bis zum Aufstieg von Jörg Haider zum Landesparteiobmann, Klagenfurt 1992, S. 210 ff. Lehmann-Horn zählt auf: das Kärntner Parteisekretariat, Kärntner Landesklubsekretariat, Landesjugendführer des Rings freiheitlicher Jugend und vorübergehend Geschäftsführer des Rings Freiheitlicher Wirtschaftstreibender, das „Propagandareferat“, das Nationalratsmandat, der Sitz im Bundesparteivorstand, Verantwortlicher für die Kärntner Nachrichten sowie Bezirksobmann von Klagenfurt-Stadt und schließlich Einsetzung zum geschäftsführenden Landesparteiobmann am 25. Mai 1983.

<sup>582</sup> Laut einer Dokumentation Friedrich Peters mit dem Titel „Fall Haider ... dokumentiert an Haider Aussagen und Feststellungen vom Sommer 1983 bis Feber 1985“, die als Grundlage für den FPÖ-Bundesparteivorstand am 19. März 1985 diente. Zitiert nach Pelinka Anton, Die kleine Koalition, a.a.O., S. 33 f.

<sup>583</sup> Die FPÖ erhielt 16 Prozent, die SPÖ 51,7, die ÖVP 28,3 Prozent. 1979 waren es noch 11,7 Prozent für die FPÖ gewesen.

<sup>584</sup> Peter, zitiert nach Pelinka Anton, Die kleine Koalition, a.a.O., S. 49.

<sup>585</sup> Steger sowie Ofner, zitiert nach Pelinka Anton, Die kleine Koalition, a.a.O., S. 57 und S. 58.

seiner Mannschaft überfordert, sondern mit Sicherheit auch den Koalitionspartner SPÖ.

Unmittelbarer Auslöser für die neuerliche Aufregung unter den Blauen war ein als Feature wiedergegebenes Interview Frischenschlagers im israelischen Boulevardblatt „Jedioth Ahronoth“ („Letzte Nachrichten“), mit 1,2 Millionen Lesern Israels größte Tageszeitung, mit der Schlagzeile „Ich entschuldige mich und bedauere mein Treffen mit dem Naziverbrecher gegenüber dem israelischen Volk“. Es erschien am 10. Februar, also bereits nach der Sondersitzung. Frischenschlager hatte getan, was er in den Augen Haider und seiner Anhänger nicht hätte machen dürfen: sich erneut entschuldigt. Obwohl Frischenschlager gleich nach Bekannt werden des Gesprächs Haider telefonisch kontaktierte und ihm erklärte, wie er das Gespräch gemeint hatte, stilisierte dieser es später zum eigentlichen Vertrauensbruch hoch. „Für Haider war das der Moment, an dem er gemerkt hat, dass er mit dem nationalen Thema, der offenen Ansprache der Wehrmachtsgeneration die FPÖ in seine Richtung umdrehen kann“, meint Frischenschlager rückblickend.<sup>586</sup>

Das Interview war am 7. Februar entstanden, mit dem Korrespondenten war Frischenschlager seit längerem bekannt. Bereits 1983 hatte er ihm ein ausführliches Antrittsgespräch gegeben, in dem er erklärt hatte, schon in seiner Jugend mit Juden befreundet gewesen zu sein, „um sie näher kennen zu lernen und gegenseitige Vorurteile abzubauen“.<sup>587</sup> Die Schlagzeile war verkürzt und aus dem Zusammenhang gerissen wiedergegeben worden, dem Grundtenor des Interviews entsprach sie aber sehr wohl. Frischenschlager sagte etwa, dass er „alles mir Mögliche“ tun werde, „um den Eindruck, den ich durch mein Fehlverhalten vermittelte, zu widerlegen“. Es sei ihm „ein Bedürfnis diese Angelegenheit dem israelischen Volk zu erklären“, und „sicherlich war das ein Fehler von mir, den ich bereue“. Frischenschlager im O-Ton:

*„Ich verstehe die Gefühle der Juden und anderer Naziverfolgter, dass sie in meinem Handeln etwas Sonderbares und Schwerwiegendes sahen. Wenn sich die Gemüter etwas beruhigt haben, werde ich meine Bestrebungen wiederaufnehmen, die ich vor Jahren begann, deren Ziel es ist, die Polarisierung zwischen uns und dem jüdischen Volk zu verkleinern und die österreichische Jugend durch das Studium der*

---

<sup>586</sup> Gespräch Frischenschlager mit der Autorin, Wien, 22. April 2010.

<sup>587</sup> Die Braunen kommen aus den Schlupflöchern“ (profil 8/1985), a.a.O., S.11.



*Ursachen der jüdischen Tragödie zu erziehen. Ich werde mein möglichstes tun, um die Herzen einander näher zu bringen.*"<sup>588</sup>

Das war für viele in der FPÖ eindeutig zu viel. Aus fast allen Landesgruppen, allen voran der Tiroler, Salzburger und Kärntner Organisation, gab es Kritik und Protest. Der steirische FPÖ-Obmann Klaus Turek meinte: „Ununterbrochen weitere Erklärungen abzugeben, finde ich nicht notwendig. Frischenschlager hat einmal dem Bundeskanzler gegenüber eine Erklärung abgegeben, und damit soll es sein Bewenden haben.“ Helmut Jossek, von der FPÖ nominierter Volksanwalt, fand das „tollpatschig“. Frischenschlager hätte sich „auf Tauchstation begeben sollen“.<sup>589</sup> Auch Jörg Haider fand es nicht „im Sinne dessen, was unsere Position ist“. „Frischenschlager hätte dieses Interview nicht geben sollen, weil jetzt der Eindruck entsteht, dass er sich unnötigerweise jetzt überall entschuldigen muss.“ Dann wählte er im „profil“ eine Formulierung, die ein Jahr darauf, in der Affäre Waldheim, noch Schlagzeilen machen sollte: „Reder hat als Soldat seine Pflicht getan.“<sup>590</sup> „Jetzt kommen die Braunen aus ihren Schlupflöchern“, meinte der SPÖ-Abgeordneter Herbert Tieber, wie das „profil“ schrieb, „fassunglos“.<sup>591</sup>

Für Teile der Sozialdemokratie werden diese Jännertage zu einem Wendepunkt. Maßgebliche Spitzenfunktionäre aber auch die Basis – in Wien verfassten etwa die Bezirke Leopoldstadt, Margareten, Favoriten und Meidling eine Rücktrittsaufforderung an Frischenschlager<sup>592</sup> – verabschieden sich vom Grundkonzept der rotblauen Zusammenarbeit. Die FPÖ gilt ihnen ab nun als nicht mehr regierungsfähig, die Kleine Koalition wird zur Illusion, die nur noch fortbesteht, weil Neuwahlen parteiintern nicht durchzubringen waren. Kreisky Erbe wird im Gefolge der „Frischenschlager-Reder“-Affäre zu Grabe getragen.

## **Die ÖVP in Argumentationsnot: Der „Gegenskandal“ Gorton**

Die Antwort mittels eines „Gegenskandals“ gehört zu den Usancen der Politik und der politischen Skandalisierung. Auch in der Affäre „Frischenschlager-Reder“ tauchte wenige Tage nach dem Auslöser des Hauptskandals, dem Handschlag, ein

---

<sup>588</sup> Ebenda.

<sup>589</sup> zitiert nach „Die Braunen kommen aus den Schlupflöchern“ (profil 8/1985), a.a.O., S. 13.

<sup>590</sup> Helmut Voska, „Reder hat seine Pflicht getan“, Interview mit Jörg Haider, profil 8/1985 (18. 2. 1985), S. 18 – 21.

<sup>591</sup> zitiert nach „Die Braunen kommen aus den Schlupflöchern“, (profil 8/1985), a.a.O., S. 14.

<sup>592</sup> N.N., Angegrätzt, profil 6/1985 (4. 2. 1985), S. 13.

„Nebenskandal“ auf, die den Hauptkandalisierer, in diesem Fall die ÖVP, in die Enge treiben sollte. Der nach Österreich überstellte Reder sollte bei einem ÖVP-Abgeordneten nach seiner Beobachtungsphase von einem halben Jahr, während der sich die Regierung verpflichtet hatte, ihn zu „verwahren“, als Übersetzer arbeiten. Der zukünftige Arbeitgeber Reders war der Kärntner Forstunternehmer Wilhelm Gorton, der rund 1000 Hektar Grund und Wald sowie ein Sägewerk und eine Mühle besaß, und Bürgermeister von Straßburg war. In der Wehrmacht diente er als Flieger. Mit Reder war er seit längerem bekannt. Während einer Parlamentarierreise nach Rom im Jahr 1983 hatte er einen Abstecher nach Gaeta gemacht – in Begleitung des österreichischen Gesandten Markus Lutterotti. Eine parlamentarische Anfrage aus dem Dezember 1981, in der er sich für die Freilassung Reders engagierte, zog Gorton sechs Tage später wieder zurück.<sup>593</sup>

Ursprünglich sollte Reder bei Hans Sonvico-Jungbauer in Klagenfurt unterkommen, einem Schulfreund aus Linzer Zeiten. Die beiden waren gemeinsam in der Handelsakademie gewesen. Sonvico-Jungbauer war Besitzer der Lebensmittelhandelskette „Allgro“. Weil er Anfang der 80er Jahre sich aus dem Unternehmen zurückzog, hatte er aber keine Arbeitsmöglichkeit mehr für Reder und wandte sich etwa 1984 an Gorton, wie Sonvico-Jungbauer Rotarier. Dass Gortons Heimatgemeinde Strassburg Reder zumindest vorübergehend als neuer Wohnsitz dienen sollte, war in „Kärntner Abwehrkreisen“ seit Jahren „beschlossene Sache“.<sup>594</sup> Der Klagenfurter Bürgermeister Leopold Guggenberger meinte, für ihn wäre es „das schönste gewesen, wenn ich ihn selbst hätte abholen können.“ Nachsatz: „Frischenschlager hat plump und unüberlegt gehandelt. Am meisten hat er damit dem armen Reder geschadet.“<sup>595</sup> Auch der Kärntner ÖVP-Chef und Landeshauptmannstellvertreter Stefan Knafl beeilte sich, für Reder vorzusprechen. Die ÖVP habe sich seit mehr als zwanzig Jahren auf verschiedenen Wegen bemüht, die Rückkehr von Reder zu erreichen. Das Verhalten des Verteidigungsministers habe die Rückführung Reders in das zivile Leben erschwerend und „fast unmöglich“ gemacht.<sup>596</sup> Knafl kritisierte auch seine Parteiführung – sie war ihm zu wenig für Reder eingetreten. „Bestürzt“ sei er „über die Haltung der

---

<sup>593</sup> Anfrage Gortons, II-3112 der Beilage zu den Stenographischen Protokollen der Nationalrates VX, Gesetzgebungsperiode. Vgl. ebenfalls Czernin Hubertus, Gruppenbild mit Reder, profil 6/1985 (4. 2. 1985), S. 22.

<sup>594</sup> Ebenda.

<sup>595</sup> Guggenberger, zitiert nach Gruppenbild mit Reder, (profil 6/1985), a.a.O.

<sup>596</sup> Knafl, zitiert nach APA 223 vom 28. 1. 1985.

Bundes-ÖVP in der Sache Frischenschlager-Reder, das habe ich Bundesparteiobmann Mock mitgeteilt". Er verstehe nicht, dass man „die Zeit mit blöder Fragerei an Frischenschlager verplempert". Von Leopold Guggenberger bis zum Heiligen Vater hätten sich alle für die Freilassung eingesetzt. „Nach Jahren muss Schluss sein". Knafl stellte sich voll hinter Gorton: „Da sage ich nur: Hut ab vor Gorton."<sup>597</sup>

Kärntens Landeshauptmann Leopold Wagner (SPÖ) fand die Aktivitäten bestimmter Kreise, die Reder nach Kärnten bringen wollen, nicht gut. Reder sei Oberösterreicher und er verstehe nicht, dass er sich woanders niederlasse. Daraufhin meinte Oberösterreichs Landeshauptmann Josef Ratzenböck (ÖVP), es solle kein „Herumgeschiebe" mit dem Mann geben. Wenn Reder nach Oberösterreich kommen wolle, werde er das respektieren und ihm mit Rat und Tat zur Seite stehen, wie jedem anderen Bürger auch.<sup>598</sup>

Aus strategischer Sicht hatte die SPÖ ein Interesse daran, dass die ÖVP in der Causa Reder moralisch diskreditiert wurde, und so war es kein Zufall, dass die Parteizeitung AZ dem Fall Gorton mehrere Geschichten widmete. Laut „International Herald Tribune" hatte Sinowatz noch während der Ministerratsbesprechung die Aufmerksamkeit auf den ÖVP-Abgeordneten Wilhelm Gorton gelenkt.<sup>599</sup>

Die ÖVP beeilte sich festzuhalten, dass Gorton sein Arbeitsangebot „nicht als Politiker oder Abgeordneter, sondern als Privatmann"<sup>600</sup> gemacht hatte. Die „Affäre Gorton" machte die Argumentation „schwieriger", wie Parteiobmann Alois Mock eingestand. „Dort, wo eine politische Suppe gekocht wird, ist das ein falsches Verhalten“, meinte er dazu.<sup>601</sup> Die diesbezüglichen Fragen seien „nicht sehr angenehm"<sup>602</sup>. Dennoch distanzierte sich in der ÖVP niemand – mit Ausnahme des Tiroler ÖVP-Abgeordneten Otto Keimel<sup>603</sup> – vom Arbeitsplatzangebots Gortons. Die ÖVP stellte sich, ähnlich wie die Regierung hinter Frischenschlager, nun voll

---

<sup>597</sup> Schwarz Walter, Kein deutscher Land in dieser Zeit, profil 10/1985 (4. 3. 1985), S. 22 – 24, hier S. 23.

<sup>598</sup> Zitiert nach APA 228 vom 29. 1. 1985.

<sup>599</sup> zitiert nach Gruppenbild mit Reder, (profil 6/1985), a.a.O., S. 22.

<sup>600</sup> Klagenfurts Bürgermeister Leopold Guggenberger, zitiert nach APA 236 vom 30. 1. 1985.

<sup>601</sup> Mock, zitiert nach APA NE2510 vom 31. Jänner 1985 nach dem ÖVP-Bundesparteivorstand.

<sup>602</sup> Mock, zitiert nach APA 147 vom 31. 1. 1985.

<sup>603</sup> Keimel erklärte, er halte Gortons Angebot „persönlich für einen Fehler“. Hätte er in seinem Betrieb freie Arbeitsplätze, würde er ihn an einen jugendlichen Arbeitslosen oder einem Familienvater vergeben. Für einen ehemaligen SS-Mann hätte er „keinen Finger gerührt“. Vgl. APA 025 vom 2. 2. 1985.

hinter Gorton. Als Begründung galt: das Arbeitsplatzangebot sei eine humanitäre Aktion.

Schon im Ministerrat am Dienstag dem 29. Jänner hatte „Krisenkanzler“ („profil“)<sup>604</sup> Sinowatz seine Fraktion nur per Rücktrittsdrohung auf Linie halten können, drei Tage später, am Freitag dem 1. Februar, vor der Sondersitzung im Parlament, musste erneut zu diesem Mittel greifen, um seinem Parlamentsklub Geschlossenheit abzurufen. Knapp 15 Abgeordnete hatten damit gedroht, beim Misstrauensantrag der ÖVP mitzustimmen oder sich der Stimme zu enthalten – gegen die Regierungsparteien SPÖ und FPÖ. Sinowatz und die Klubführung hatten alle Hände voll zu tun, etwas durchzusetzen, was es laut Klubstatut gar nicht gibt: den so genannten „Klubzwang“. Die Bundesvorsitzende der Jungen Generation, Maria Berger, forderte die Aufhebung des Klubzwangs.<sup>605</sup>

Nicht verwunderlich, dass es in Folge der Abstimmung innerhalb der SPÖ zu einer generellen Diskussion über den „Klubzwang“ kam – eine folgenlose. Im Nachhinein wurde der Tag zum „schwarzen Freitag“<sup>606</sup> hochstilisiert. Alle Varianten des „Protestes“ probten die roten Abgeordneten. Zu den Abweichlern im Klub zählten etwa der Tiroler Herbert Tieber und Edith Dobesberger, die bereits angekündigt hatten, ihre Mandate nach der Abstimmung zurückzulegen (was sie dann aber nicht taten). Der steirische Abgeordnete Helmut Seel, Erziehungswissenschaftler an der Universität Graz, wollte vor der namentlichen Abstimmung den Saal verlassen (tat es dann aber nicht). Die Wiener Jungabgeordnete Brigitte Ederer hatte ebenfalls überlegt, ihr Mandat aufzugeben. Aber: „Ein politischer Akt wäre es nur gewesen, vor der Abstimmung zurückzutreten. Im Nachhinein bringt das gar nix.“<sup>607</sup> Am schwierigsten aber war die Situation für Josef Cap, der zu den ersten gehört hatte, die Frischenschlagers Rücktritt verlangt hatten und überdies als SJ-Vertreter besonders exponiert war. Auch er stimmte schlussendlich mit der SPÖ gegen die ÖVP. Die Kritik war hart. Das „profil“ urteilte etwa: „Josef Cap, der mit mehr als 60.000 Vorzugsstimmen als Hoffnungsträger einer kritischen Wählerschaft in das Parlament eingezogen ist, hat in einer konkreten Situation versagt.“<sup>608</sup> Der VSSTÖ fragte offen, ob ein weiterer

---

<sup>604</sup> Auf Leben und Tod (profil 6/1985), a.a.O.

<sup>605</sup> APA 212 vom 29. 1. 1985.

<sup>606</sup> Harakiri mit Anlauf? (profil 7/1985), a.a.O., S. 12.

<sup>607</sup> Ederer, zitiert nach Harakiri mit Anlauf? (profil 7/1985), a. a. O.

<sup>608</sup> Wolf Franz F., Von der verlorenen Unschuld, Leitartikel, profil 7/1985 (11. 1. 1985), S. 8 – 9, hier S. 8.

Verbleib im Nationalrat für Cap Sinn mache, wenn er sich „weiterhin von seinen Wählern entfernt“. Eigentlich hätte der ÖVP-Misstrauensantrag von ihm kommen müssen.<sup>609</sup>

Andere fügten sich widerwillig, wie etwa der Gewerkschafter Alfred Teschl: „Die FPÖ ist für mich noch immer eine Nazipartei. Aber als Pragmatiker und Gewerkschafter bin ich für den Weiterbestand dieser Regierung.“<sup>610</sup> Letztendlich zeigten nur zwei Mandatare ihren Protest: Die Frauenvorsitzende Jolanda Offenbeck absentierte sich still von der Abstimmung und war wie SPÖ-Abgeordneter Fritz Prechtel krank gemeldet. Sowohl Cap, aber auch die freiheitliche Helene Patrik-Pablé und der ÖVP-Abgeordnete Wilhelm Gorton stimmten mit ihren Parteien. Das Ergebnis am Ende der Sondersitzung lautete 98 zu 80 für Frischenschlager. Sinowatz hatte das Misstrauensvotum parteiintern zur Abstimmung über seine Person gemacht – nur das verhinderte einen Eklat im Parlament.

Die Argumentationslinie, die im am Vortag zusammengetretenen Parteipräsidium festgelegt wurde, zog sich durch alle Stellungnahmen der sozialistischen Politiker. Sie warf der ÖVP vor, dass es ihr „offenkundig um politische und parteipolitische Motive“ gehe – versuchte also, das Handeln ihres politischen Kontrahenten ihrerseits noch einmal zu skandalisieren.<sup>611</sup> Am pointiertesten formulierte es wohl Josef Cap, der von einer schwierigen Position aus zu argumentieren hatte. Er warf der ÖVP vor, ein Spiel „mit unserem Gewissen“ zu treiben – auf dem Rücken der Opfer des Nazismus. Dieses taktische Spiel laute: Wie komme ich wieder in die Regierung? Man dürfe bei der heutigen Abstimmung „nicht differenzieren“. Es gebe in der sozialistischen Fraktion nicht nur acht oder neun Antifaschisten, sondern hier seien alle Antifaschisten. Das heutige Abstimmungsergebnis werde daher keine Solidarisierung mit „Haider, Stix, Schender und Frischenschlager“ bedeuten, sondern ein „Votum gegen das taktische Spiel der Opposition“ und „gegen die Verkommenheit der politischen Moral“ sein.<sup>612</sup>

Die ÖVP argumentierte einmal mehr mit der internationalen Dimension. Sie habe den Misstrauensantrag eingebracht, um das internationale Renommee Österreichs wiederherzustellen – dieses habe nämlich Schaden erlitten und dadurch sei die

---

<sup>609</sup> Vgl. APA 114 vom 2. 2. 1985.

<sup>610</sup> Auf Leben und Tod (profil 6/1985), a.a.O., S. 11.

<sup>611</sup> APA 138, 179 und 220 vom 31. 1. 1985

<sup>612</sup> Cap, zitiert nach APA 191 vom 1. 2. 1985.

humanitäre Aspekt der Freilassung Reders in den Hintergrund gedrängt worden. Schließlich gehe es auch um die Frage, wo Frischenschlager stehe. Die ÖVP bemühte sich, Frischenschlagers Handschlag nicht als Fehler, sondern Ausdruck der wahren FPÖ-Gesinnung darzustellen. „Gegen die Theorie der einmaligen Fehlleistung sprechen zwei erhebliche Tatsachen“, meint Abgeordnete Herbert Kohlmaier. Frischenschlager sei in Zusammenhang mit der SS nicht zum ersten mal ins Zwielflicht geraten, er wurde anlässlich einer Gedenkfeier im Vorjahr sogar öffentlich belehrt, dass die so genannte Waffen-SS nicht Teil der deutschen Wehrmacht gewesen sei, und oft von den Regeln der Kriegsführung abgewichen sei und Gräueltaten gesetzt habe. Frischenschlager müsse daher im Bezug auf die SS äußerst sensibilisiert gewesen sein. „Das ist nicht eine einmalige Fehlleistung, sondern ein unverzeihlicher Fehler.“<sup>613</sup> Auch die ÖVP hatte ihre Strategie am Vortag in einem Bundesparteivorstand festgelegt. „Es geht um die Aufklärung der Hintergründe, wie es zu Frischenschlagers Fehlleistung kommen konnte“, denn die „Affäre Frischenschlager ist kein einmaliger Ausrutscher, sondern ein Vorfall, der von der FPÖ gedeckt und gebilligt wird.“<sup>614</sup> Die FPÖ wiederum gibt der oppositionellen ÖVP die Schuld daran, dass die Affäre „eine Dimension angenommen hat, die wir alle gar nicht ernst genug nehmen können“ (Norbert Steger).<sup>615</sup>

### **Historische Argumentationsmuster in der Sondersitzung zur „Handschlag“-Affäre**

Die Sondersitzung, die am 1. Februar mit einer Erklärung Bundeskanzler Sinowatzs um 12 Uhr begann, brachte nicht nur die Wiederholung der bereits in den Tagen zuvor erprobten Argumentationslinien, sondern gab auch Einblicke in das Geschichtsverständnis der Parteien zum damaligen Zeitpunkt.

Vom wissenschaftlichen Standpunkt aus gesehen sind die Protokolle der Parlamentssitzung eine einzigartige Quelle, um das vergangenheitspolitische Selbstverständnis aller Parteien vor Aufbrechen der Waldheim-Affäre und der darauf folgenden, großen Debatten zu studieren. Abgesehen von den bereits

---

<sup>613</sup> Kohlmaier, zitiert nach ÖVP-Parteiaussendung OTS 2530 vom 1. 2. 1985.

<sup>614</sup> APA 147 vom 31. 1. 1985.

<sup>615</sup> Stenographisches Protokoll Nationalrat XXI. GP – 78. Sitzung – 1. Feber 1985, Seite 6968/6969. (Onlinequelle [http://www.parlament.gv.at/PG/DE/XVI/NRSITZ/NRSITZ\\_00078/imfname\\_144168.pdf](http://www.parlament.gv.at/PG/DE/XVI/NRSITZ/NRSITZ_00078/imfname_144168.pdf), hier S. 6975.

geschilderten, unterschiedlichen parteistategischen Motiven eint alle vertretenden Parteien ein historisches Noch-Nicht-Bewusstsein. Als Ausnahme ist nur Josef Caps Redebeitrag zu werten. Die Affäre „Frischenschlager-Reder“ wird vor allem unter tagespolitischen Aspekten diskutiert, Österreichs Rolle im Nationalsozialismus spielt nur eine sehr untergeordnete Rolle. Frischenschlager, nicht Reder ist das Thema. Die Geschichte Österreichs wird zwar angesprochen, das Land wird dabei als ein vom Schicksal schwer Geschlagenes dargestellt: als Opfer.

Für eine anfängliche Überraschung sorgte die Erklärung Bundeskanzler Sinowatzs, dass Frischenschlager Reder weder übernommen noch ihm einen Staatsempfang bereitet hätte. Als Argumentationshilfe dafür diente Sinowatz das offizielle Übernahmeprotokoll, das nur die Unterschriften der italienischen Beamten, Reders Anwalts und des steirischen Sicherheitsdirektors Holler trägt – nicht aber jene Frischenschlagers. Der Händedruck müsse als „technischer Fehler“ bezeichnet werden.<sup>616</sup> Die Abwicklung der „Heimschaffung“ eines Kriegsgefangenen sei laut einer Stellungnahme des Völkerrechtsbüros des Außenministeriums aus innerstaatlicher Sicht ein Akt der Durchführung des Staatsvertrages – und dies falle laut Bundesministerengesetz in die Kompetenz des Verteidigungsministeriums.<sup>617</sup> Im Weiteren rechtfertigt Sinowatz sein Krisenmanagement. Er habe sofort, nach dem er am 24. Jänner nachmittags von Frischenschlagers Vorgangsweise unterrichtet worden war, öffentlich erklärt, dass er „seine persönliche Anwesenheit beim Transport Reders von Graz nach Baden für einen schweren politischen Fehler halte“, er habe sich „ausdrücklich von dieser Vorgangsweise distanziert und den Verteidigungsminister aufgefordert, einen Bericht vorzulegen.“<sup>618</sup> Dieser Bericht ist dann auch Sinowatz Hauptentlastungsargument für Frischenschlager. Deswegen habe er den Bundespräsidenten nicht um die Entlassung des Verteidigungsministers gebeten.

Sinowatz Rede trägt die Handschrift des Historikers. Seine Mitarbeiter hatten gute Vorarbeiten geleistet und die Interventionsgeschichte aufgearbeitet. Darauf aufbauend ist Sinowatz Ansprache vom Versuch geleitet, den Fall Reder nicht als regierungspolitische, sondern als gesamtösterreichische Causa zu sehen, in der alle

---

<sup>617</sup> APA 096 vom 1. 2. 1985, vgl. auch Erklärung des Bundeskanzler an den Nationalrat vom 1. Februar 1985, Depot Sepp Wille, a.a.O.

<sup>618</sup> Erklärung des Bundeskanzler an den Nationalrat vom 1. Februar 1985, Depot Sepp Wille, a.a.O., S. 10.

Parteien beteiligt sind und sozusagen im gleichen Boot sitzen. Nach einer kurzen Schilderung Reders Lebenslauf erläutert Sinowatz etwa:

*„Ich beschränke mich absichtlich auf diese kurze Darstellung, weil ich nach der Durchsicht aller Unterlagen, die in den Archiven des Bundeskanzleramtes und der Ministerien reichlich vorhanden sind, aus den vielen Briefen und Interventionen zugunsten Reders zurecht schließen kann, dass den führenden Persönlichkeiten aller drei Parlamentsparteien die Hintergründe dieses Falles bestens bekannt sind. (...) Alles diese Schritte erfolgten – und ich zitiere wieder – „im Sinne einer mit allen im Nationalrat vertretenen politischen Parteien erfolgten Absprache in vertraulicher Weise, um jeglicher Polemischen Auseinandersetzungen in den Massenmedien und die sich daraus eventuell ergebenden Konsequenzen ungünstiger Art für die Bemühungen hintanzuhalten.“<sup>619</sup>*

Auch ÖVP-Chef Alois Mocks Rede betont in seiner Rede den parteiübergreifenden Konsens, Österreichs schwierige Vergangenheit nicht zum Streitthema zu machen – was natürlich seiner parteipolitischen Taktik, den Fall Reder zu skandalisieren, entgegengläuft. Auch für die Nachkriegsgeneration typische Wiederaufbaupatriotismus, verbunden mit dem Opferstatus, schwingt deutlich mit:

*„Ich möchte daher anfangs gleich sagen, dass ich sehr genau unterscheide zwischen dem humanitären Akt der Freilassung Walter Reders und dem politisch so schädlichen Akt eines quasi öffentlichen Empfanges für einen in Italien wegen Kriegsverbrechen verurteilten ehemaligen SS-Offiziers. (...) Man kann in dieser Frage keinen Debattenbeitrag leisten, ohne die historische Perspektive einzubeziehen. Das österreichische Volk und die österreichische Nation sind in diesem Jahrhundert wie wenige andere europäische Länder von besonderen Prüfungen heimgesucht worden. Nationale und soziale Gegensätze vor dem Ersten Weltkrieg, Bürgerkrieg und Zwischenkriegszeit, Auslöschung unseres Staates durch den Nationalsozialismus und 1945, ein Jahr zwar der Befreiung, aber nicht der endgültigen Befreiung. Diese leidvollen Phasen unserer Geschichte (...) waren oft Folgen einer Gesinnung des Hasses und des einseitigen Fanatismusses gewesen. Die große politische, ja kulturelle Leistung unseres Volkes bestand darin, dass wir alle miteinander aus all diesen Ereignissen gelernt haben. (...) Darauf können wir, meine Damen und Herren, stolz sein, und es wäre zutiefst beschämend, wenn hier heute einer versuchen würde, dem anderen mangelnde Gesinnung zu unterstellen oder in der Vergangenheit mit gegenseitigen Vorwürfen herumzuwühlen.“<sup>620</sup>*

Ein Satz, der die Empörung der ÖVP in der Affäre Waldheim gewissermaßen schon vorwegnimmt. Mock zeigt sich überzeugt, dass nach den historischen

---

<sup>619</sup> Erklärung des Bundeskanzler an den Nationalrat vom 1. Februar 1985, Depot Sepp Wille, a.a.O., S. 3 und 4.

<sup>620</sup> Stenographisches Protokoll Nationalrat V XI. GP – 78. Sitzung – 1. Feber 1985, Seite 6968/6969.



Ereignissen „auch Schlussstriche gezogen werden mussten“ und er verwehrt sich dagegen, im Ausland als „Wiege für nationalsozialistisches Gedankengut“ bezeichnet zu werden. Österreich sei „auch international anerkannt das erste Opfer des Nationalsozialismus. Dieses Land hat ungeheuerer Opfer für seine Befreiung gebracht, und die Leiden und die Toten in den Konzentrationslagern sind nur der schmerzlichste und größte Beitrag gewesen“.<sup>621</sup> All das könne man nun durch den Fehler eines Mannes nicht aufs Spiel setzen: Frischenschlager. Das Reders Biografie ganz uns gar nicht in Mocks Österreichbild passt, thematisierte er natürlich nicht.

SPÖ-Klubobmann Sepp Wille versucht das kurz danach, er geht damit offensichtlich auch auf die Kritik in seinem eigenen Klub ein:

*„Niemand von und hat das Recht, aber auch niemand von uns hat die Absicht, Verbrechen, Kriegsverbrechen, wo immer sie begangen worden sind, zu verharmlosen, zu verniedlichen oder gar zu verdrängen oder zu vergessen. Aber wir müssen uns eben doch vergegenwärtigen, dass es einen tieferen Sinn haben muss, wenn von 1951 angefangen bis 1985 alle Kanzler, die Bundespräsidenten, die Bischöfe, der Erzbischof, der Kardinal, um Gnade bitten. 34 Jahre lang! Dass das dann letztlich einem jungen Menschen, der zu der Zeit, als diese Interventionen schon von allen Seiten vorgetragen wurden, noch in der Volksschule saß und lesen und schreiben gelernt hat, eben auch ein anderes Bild vermittelt als denen, die diese Problematik insgesamt überblicken, ist klar.“*

Worin der „tiefere Sinn“ genau besteht, erläutert Wille nicht. Er baut seine Rede dann ganz auf das universelle Thema Gnade auf, und auch bei ihm dringt der Schlussstrichgedanke stark durch:

*„Kann es Gnade sein, die wir alle verlangen, die einen als Christen, die anderen als Humanisten? Kann es Gnade sein, dass eines Tages ein Verbrecher begnadigt oder entlassen wird, und dann findet sich keiner, der die Möglichkeit hat, ihm die Hand zu geben? Wir sollten darüber nachdenken. Ich weiß, wie stark und emotional dieses Thema besetzt ist. Gustav Heinemann, der deutsche Bundespräsident, hat eines Tages gesagt: „Es muss aufhören, dass sich unsere Gesellschaft in die Gerechten und die Gerichteten teilt.“<sup>622</sup>*

FPÖ-Chef Norbert Steger konzentriert sich in seinem Beitrag ganz auf die Frage, wie die jüngere Generation mit der Kriegsgeneration umgehen soll – und kommt

---

<sup>621</sup> Stenographisches Protokoll Nationalrat XXI. GP – 78. Sitzung – 1. Feber 1985, Seite 6972.

<sup>622</sup> Stenographisches Protokoll Nationalrat XXI. GP – 78. Sitzung – 1. Feber 1985, Seite 6974.

dabei zu Schlussfolgerungen, die schon ein Jahr später alles andere als Gültigkeit haben werden:

*„Es war eine falsche Einschätzung (Frischenschlagers, Anm. B.T.), zu glauben, dass dann, wenn man sich selbst unbefangen weiß, Behutsamkeit des Vorgehens nicht mehr ganz so wichtig ist. Auch der Unbefangenheit von uns Jüngeren, die wir heute um die 40 oder noch jünger sind, sind Grenzen gesetzt (...). Diese Grenzen, die ich meine, fordert der Respekt vor den Gefühlen jener, die unter Diktatur, Krieg uns Kriegsverbrechen selbst zu leiden hatten und darüber hinaus Zeugen all dessen waren, was damals geschehen ist. (...) Die Unbefangenheit der Jüngeren (...) habt aber auch eine mehr als positive Seite. Diese Unbefangenheit kann ohne Falschheit oder Verschweigen die Versöhnung erleichtern und den Brückenschlag begünstigen. (...) Wir Jüngeren können und sollen uns um den Brückenschlag bemühen, aber wir dürfen eines nicht vergessen: Nicht wir haben zu verzeihen, nicht wir haben zu vergessen. Das zu tun oder auch zu verweigern, ist einzig und allein das Recht der damals vom Schicksal Getroffenen und ihrer Angehörigen.“<sup>623</sup>*

Auch er hält sich an den Konsens, der diese Sitzung prägt: Man wirft anderen Parteien nicht vor, ebenfalls für Reder eingetreten zu sein:

*„Ich habe nicht vor, die Frage der materiellen und sozialen Absicherung Walter Reders in die Diskussion zu ziehen – auch nicht um den Preis, dass es im Zusammenhang mit dieser Frage interessant wäre, die Glaubwürdigkeit der Österreichischen Volkspartei näher zu beleuchten. Wir alle – und ich bekenne mich persönlich auch heute dazu – haben uns nicht um die vorzeitige Entlassung dieses 70-jährigen Mannes bemüht, damit er dann (...) in Österreich vor dem Nichts steht.“<sup>624</sup>*

Sehr wohl aber weidet er Mocks anfängliches Zögern, die Affäre zu thematisieren aus – und begibt sich damit wieder auf die sichere Ebene der Tagespolitik:

*„So sagte Dr. Mock am 24. Jänner 1985 um 18 Uhr: „Ich bin äußerst überrascht, werde es aber nicht in den politischen Streit ziehen.“ (Abg. Dr. Mock: Habe ich auch nicht!) Dann Dr. Mock, zirka eine Stunde später, in einer Presseaussendung: „Ich habe Verständnis für den humanitären Akt der Freilassung Reders. Aber der Verteidigungsminister hätte keine Polit-Show daraus machen sollen.“ Und Dr. Mock am 27. Jänner 1985 in einer Pressestunde des ORF: Da verlangt er bereits die Einberufung einer Sondersitzung des Nationalrates zur Abberufung des Ministers. (Zustimmung bei der ÖVO.) Was ist das für eine Taktik? Wer hat Herrn Dr. Mock wann beraten? (Heiterkeit bei der ÖVP.) Wir alle wissen es.“<sup>625</sup>*

---

<sup>623</sup> Stenographisches Protokoll Nationalrat XXI. GP – 78. Sitzung – 1. Feber 1985, Seite 6975.

<sup>624</sup> Stenographisches Protokoll Nationalrat XXI. GP – 78. Sitzung – 1. Feber 1985, Seite 6976.

<sup>625</sup> Stenographisches Protokoll Nationalrat XXI. GP – 78. Sitzung – 1. Feber 1985, Seite 6977.

Dieses Nichtthematizieren der Causa Reder zieht sich wie ein roter Faden auch durch die weiteren Debattenbeiträge, etwa, wenn der ÖVP-Abgeordnete Herbert Kohlmaier sagte:

*„Diese Debatte bezieht sich nicht auf den Herrn Walter Reder. Das hat er nicht verdient – in mehrfacher Bedeutung des Wortes.“*

Um dann im Detail noch einmal das Missmanagement beim Empfang aufzuzählen und zu schließen:

*„Ich stelle nochmals außer Streit, (...) dass Walter Reder ein alter, kranker Mann ist, der bitter gebüßt hat, dem man heute menschlich begegnen muss. Auch Schlussstriche müssen gezogen werden.“<sup>626</sup>*

Kurz flackert das Thema Vergangenheitsaufarbeitung im Beitrag des SPÖ-Abgeordneten Edgard Schranz auf, um dann gleich wieder in der Schlussstrichmetapher zu enden:

*„Es soll nicht verdrängt werden, meine Damen und Herren, es soll nichts verschwiegen werden. Wir haben im Interesse der jungen Menschen dieses Landes unsere Vergangenheit aufzuarbeiten und zu bereinigen!(...) Nach 40 Jahren soll man aber vergeben.“<sup>627</sup>*

SPÖ-Abgeordneter Fritz Marsch erwähnt eine Partnerschaftsinitiative mit Marzabotto, um dann gleich zu erklären

*„Und ich kann Ihnen sagen, weil ich selbst Teilnehmer einer Konferenz unserer Vertrauensleute in Wiener Neustadt war, dass eine Wiener Neustädter Gemeinde eine Freundschaft und Partnerschaft mit Marzabotto beginnen wird und dazu einladen wird – angesichts dieser Schrecken, die damals geschehen sind, und dieses Verbrechens, das damals geschehen ist –, von österreichischer Warte her – aber wir waren nicht kriegsführende Nation, das möchte ich dazusagen! – von österreichischer Seite her ein Zeichen zu setzen. (...) Man soll sich in der europäischen Welt in Erinnerung rufen, dass Österreich das erste Opfer des Hitler-Faschismus war und seine Selbständigkeit verloren hat, und nicht Österreich hat den Krieg geführt, wie ich es schon gesagt habe, weil es unseren Staat gar nicht gegeben hat.“<sup>628</sup>*

Es dauerte zwei Stunden oder bis zum siebten Redner, dem ÖVP-Abgeordneten Felix Ermacora, bis die Symbolik der Person Reder thematisiert wurde.

*„Wenn die Mehrheit der Österreicher, wozu ich mich zähle, die Begnadigung des ehemaligen SS-Sturmbannführers durch Italien aus humanitären Gründen begrüßen, so kann aber nur die Unerfahrenheit*

---

<sup>626</sup> Stenographisches Protokoll Nationalrat XXI. GP – 78. Sitzung – 1. Feber 1985, Seite 6981/6982.

<sup>627</sup> Stenographisches Protokoll Nationalrat XXI. GP – 78. Sitzung – 1. Feber 1985, Seite 6981/6983.

<sup>628</sup> Stenographisches Protokoll Nationalrat XXI. GP – 78. Sitzung – 1. Feber 1985, Seite 6981/6984/6985.

– der Herr Vizekanzler und Abgeordnete Steger hat von „Unbefangenheit,, gesprochen –, die Unkenntnis der Fakten, die Unkenntnis der Welt, in der wir leben, dazu geführt haben, nicht zu erkennen, dass der ehemalige SS-Sturmbannführer kraft Anklage und Verurteilung in der Welt zu einem Symbol für die Verletzung der Kriegsgesetze und der Kriegsgebräuche geworden ist. Man kann darüber nicht hinwegsehen. So wird er gesehen, auch wenn wir es nicht sehen wollten (...)! (...) Aber ich übersehe nicht, (...) dass Strafe und Sühne im Fall Reder eintrat, aber in Tausenden anderen ähnlich gelagerten Fällen aus rein politischen Gründen der Mantel der Vergessenheit über Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen gezogen wird. Damit möchte ich deutlich machen, dass es viele, viele andere Fälle Reder gibt und gäbe, die es ebenso zu verfallen gälte.“<sup>629</sup>

SPÖ-Abgeordneter Josef Cap, an dem sicher die größten Erwartungshaltungen hingen, greift dieses Thema gleich zu Beginn seines Beitrages auf und spricht aus, was bis dato Ungesagt blieb:

„Wir müssen hier an den latenten Antisemitismus denken. Wir müssen an die Jugend dieses Landes denken. Eigentlich hätte der heutige Tag die Chance gebracht, dass wir aufarbeiten, dass wir hier eine Diskussion führen über den Nationalsozialismus und seine Aufarbeitung in Österreich, über die Wiedereingliederung Ehemaliger in Politik, Wirtschaft und andere Bereiche. Und eigentlich müsste man sich hierher stellen und sagen: Die Verarbeitung dieses Themas, dieses Problems, dieses Teils unserer Geschichte ist uns in Wirklichkeit bis heute noch nicht vollständig gelungen. Reder war ein Symbol und Reder ist ein Symbol. Er ist dieses Symbol geworden, weil es einen Wettlauf um seine Freilassung gegeben hat.“<sup>630</sup>

Dann attackiert er die ÖVP und deren Abgeordneten Gorton frontal und versucht, die Art und Weise, wie über Reder gesprochen wird, zum Thema zu machen.

„Was haben Sie sich anderes erwartet, als dass es in der heutigen Sondersitzung (...) auch bei diesem ernsten Thema, das die Substanz unserer Demokratie, unserer Parteien, unserer Ideologien betrifft, nicht zu einer ernsthaften Aufarbeitung kommt, sondern dass das in übliches Hickhack, in Kleinkrämerei ausartet und dass es keinen Beitrag... (Abg. Staudinger: Das ist ha nicht wahr!) Sagen Sie das, wenn Sie schon hier einen Zwischenruf machen, dem Angeordneten Gorton zum Beispiel (Beifall bei SPÖ und FPÖ), der hier sitzt, schweigt und die Glaubwürdigkeit Ihres heutigen Handelns in Wirklichkeit untergraben hat wie einige andere auch noch!“<sup>631</sup>

---

<sup>629</sup> Stenographisches Protokoll Nationalrat V XI. GP – 78. Sitzung – 1. Feber 1985, Seite 6981/6984/6995.

<sup>630</sup> Stenographisches Protokoll Nationalrat V XI. GP – 78. Sitzung – 1. Feber 1985, Seite 6981/6984/6992.

<sup>631</sup> Stenographisches Protokoll Nationalrat V XI. GP – 78. Sitzung – 1. Feber 1985, Seite 6981/6984/6993.

Aber auch er schließt mit der generellen Ceterum censeo der SPÖ in dieser Sondersitzung: Dass es der ÖVP nicht gelingen wird, die SPÖ und die FPÖ durch parteitaktisch motivierte Angriffe auseinander zu reißen:

*„Und auf dem Rücken der Emotionen der Antifaschisten, auf dem Rücken der Opfer der Zeit von 1938 bis 1945 machen Sie das taktische Spiel: Wie komme ich wieder in die Regierung hinein? Und das ist widerlich, einfach widerlich!“<sup>632</sup>*

Die Bilanz der politisch aufregenden Woche war auch in der SPÖ im besten Fall zweckoptimistisch. Wissenschaftsminister Heinz Fischer, der – nicht zuletzt als stellvertretender Parteichef während der Krise stets auf Parteilinie gewesen war – gab Durchhalteparolen aus: „Auch in dieser Konstellation kann man eine vernünftige Politik machen“, sagte Fischer wörtlich. Der Riss in der Koalition, bedingt durch die letzten Ereignisse, sei „nicht breit“, weil der Verteidigungsminister eine Erklärung abgegeben habe, die vernünftig und objektiv betrachtet akzeptiert werden könne. Es habe nur zwei Möglichkeiten gegeben, eine ordentliche Entschuldigung des Verteidigungsministers, oder dessen Rücktritt. Durch die ordentliche Entschuldigung habe man den Rücktritt vermieden. Die politische Tradition gebiete, dass man solche Entschuldigungen, wie sie Frischenschlager vorgebracht habe, entgegennehme.

Auf publizistischer Ebene flaute der Skandal in weiterer Folge rasch ab und wurde von anderen Ereignissen verdrängt. „Kleine Koalition: wie lange noch?“ fragte das „profil“ in seiner Ausgabe am Montag nach der Sondersitzung auf dem Titel.<sup>633</sup> Altbundeskanzler Bruno Kreisky meinte, er sei tief traurig und niedergeschlagen, weil es ja sein Lebenswerk sei, „das da zusammenbricht“.<sup>634</sup> In seinen Memoiren schreibt Kreisky, dass damals „schon in aller Öffentlichkeit den Ehrenvorsitz zurücklegen und habe nur angesichts der Probleme, die die Affäre „Gratz-Frischenschlager-Reder“ in der Öffentlichkeit schufen, darauf verzichtet.“<sup>635</sup> Am 20. Februar gab es noch eine Fragestunde im Parlament, quasi als letztes Aufflackern.

---

<sup>632</sup> Stenographisches Protokoll Nationalrat V XI. GP – 78. Sitzung – 1. Feber 1985, Seite 6981/6984/6993. Der Abgeordnete Rudolf Staudinger (ÖVP) Aussage mit dem Zwischenruf: „Das ist Rabulistik“. Wikipedia vermerkt dazu: Nach dem Zweiten Weltkrieg war der Begriff Rabulistik im deutschsprachigen Raum eher selten in Gebrauch, weil er in antisemitischen Wendungen und vom nationalsozialistischen deutschen Propagandaminister Joseph Goebbels häufig in den Zusammensetzungen „jüdisch-rabulistisch“ oder „jüdisch-marxistisch-rabulistisch“ benutzt worden war.

<sup>633</sup> Kohlmaier, zitiert nach ÖVP-Parteiaussendung OTS 2530 vom 1. 2. 1985

<sup>634</sup> Profil 6/1985.

<sup>635</sup> Kreisky in einem Kurier-Interview am 30. Jänner 1985, Seite 5, zitiert nach APA239. vom 29. 1. 1985.

<sup>635</sup> Rathkolb Oliver u.a. (Hrsg.), Bruno Kreisky. Der Mensch im Mittelpunkt, a.a.O., S. 319.

## Epilog: Versteckspiel mit Reder

Der Mann verfolgte die Affäre, die seinen Namen trug, aus sicherer Abgeschlossenheit. In einer Art Geheimaktion hatte die Regierung Walter Reder mehr oder weniger versteckt. Sie übererfüllte damit die italienischen Auflagen, die den Österreichern nur vorgeschrieben hatten, den Kriegsverbrecher ein halbes Jahr lang unter Beobachtung zu halten. Vor allem ging es der SPÖ darum, Reder öffentlich völlig abzuschirmen – wohl wissend, dass ein Interview und Kommentare angebender „letzter Kriegsgefangener“ das ohnedies schwer zu bewältigende Affärenmanagement verunmöglicht hätte. Während der Aktion zeigte sich auch noch einmal jener parteienübergreifender Hilfskonsens, der auch für die Bemühungen um Reders Freilassung charakteristisch war: SPÖ, FPÖ, ÖVP und Kirche zogen an einem Strang.

Seit dem 9. Februar, als Reder frühmorgens die Martinek-Kaserne verließ, galt er als verschollen. Öffentlich ließ er danach abseits seiner Weihnachtsbriefe nur zwei Mal etwas von sich hören: einmal, als er in der rechtsextremen Publikation „Die Leuchtkugel“ seinen Weihnachtsbrief an die Bürger Marzabottos als „Schachzug“ seines Anwaltes darstellte, ein anderes Mal, als er in der Wochenzeitung „Die Ganze Woche“, von einem Journalisten überrumpelt, im Jänner 1986 ein Interview gab. Von der Obhut des Verteidigungsministeriums war Reder nach seinem Auszug aus der Badener Kaserne in jene des Innenministeriums gewandert, das die „Aufsichtspflicht“ Österreichs zu administrieren hatte. Innenminister Karl Blecha persönlich übernahm die Aufgabe, den „letzten Kriegsgefangenen“ an einen sicheren wie ungestörten Ort zu bringen. Ein Polizeigefangenenhaus oder andere Einrichtungen schieden aus, weil sie über kurz oder lang zu einem Wallfahrtsort für die rechte Szene geworden wären – wie die Martinek-Kaserne.

Die katholische Kirche half aus. Reder verbrachte die Februarwochen 1985 in mehreren Stiften. Nach „profil“-Recherchen hielt sich Reder zuerst im Zisterzienserstift Zwettl in Niederösterreich auf. Dort wurde er vom Innenministerium weiter medizinisch betreut und ließ sich einen Bart wachsen. Offiziell dementierte Prälat Bertrand Baumann Reders Anwesenheit: „Das stimmt nicht“. „Hochwürden halten dicht“, quittierte das ein Freund Reders erfreut.<sup>636</sup> Nach einigen Wochen wurde er in ein anderes Kloster verlegt. Ein Brief von ihm an

---

<sup>636</sup> Czernin Hubertus, „Ich höre deutsches Kasino“, profil 34/1985 (19. 8. 1985), S. 16 – 17.

seinen Seelsorger Albuin Jordan vom 17. Februar 1985 trägt die Adresse „Walter Reder, Stift Schlaegl, Ob.Oest.“<sup>637</sup> Am 1. März schrieb er Jordan, diesmal ohne Ortsangabe: „Zur Zeit befinde ich mich im Muehviertel in einem aehnlichen „Institut“ wie vorher, auch hier geht es mir bestens (...).“ Reder klagt kurz über seine inzwischen dritte Nierenkolik, lobt aber die ärztliche Betreuung, „Mein Quartiergeber war Sanitaeter im Juli 1944 im Raume Pietrasanta (Toskana), der ich fuer eine Woche als Einsatzreserve zugeteilt war. Wir fanden uns sofort, wie klein ist doch die Welt.“<sup>638</sup> Der Regierung gegenüber, die die Aufenthalte in den „Instituten“ arrangiert hatte, zeigt Reder wenig Dankbarkeit. In seinem bereits erwähnten Brief vom 17. Februar beauftragt er Albuin Jordan, gegen Bundeskanzler Fred Sinowatz einen „Ehrenbeleidigungsprozess bei der Staatsanwaltschaft Wien anhaengig zu machen wegen dreimaliger oeffentlicher Ehrenbeleidigung“. Der Grund in Reders Augen: Der Bundeskanzler hatte ihn als „Kriegsverbrecher“ bezeichnet, obwohl ihn die italienischen Behörden als „Kriegsgefangenen Major Walter Reder“ titulierten. Anfang März, nach Rücksprache mit „Schinko“ alias Stefan Schachermayr und seinem Wiener Anwalt überlegte Reder es sich anders. Der Anwalt hatte ein Gutachten erstellt, in dem er meinte: „Im Augenblick (...) kann jedoch nicht empfohlen werden, solche Verfahren einzuleiten“, unter anderem weil „eine neue Welle von prinzipiell unerfreulichen Eroerterungen und Diskussionen in der sog. „Oeffentlichkeit“ ausgeloeet werden koennten“, schrieb er seinem Vertrauten Albuin am 4. März. Gezeichnet war der Brief mit „Dein „U-Boot““.<sup>639</sup>

Im Juni tauchte Reder dann in Wien auf, mutmaßlich bei seiner Nichte Barbara Czurda. Mit 14. Juli endete die Regierungsquarantäne und Reder übersiedelte nach Kärnten – nicht zu Gorton, wie im Februar 1985 spekuliert worden war, sondern vorerst zu seinem Linzer Schulfreund Hans Sonvico-Jungbauer. Seine Postadresse lautete nun Walterskirchenweg 53, Krumpendorf. Reder verlebte hier im Kreise seiner Freunde, die vor allem Kampfgefährten waren, seine Sommertage. Immer wieder wurden Feste organisiert. Es ist eine in sich geschlossene, den alten Zeiten verpflichtete Gemeinschaft, die nahezu konserviert weiterexistiert. „Der Akzent seiner Sprache ist so, wie wir Österreicher gesprochen haben, als wir lange Zeit

---

<sup>637</sup> Der Brief ist faksimiliert in: Drechsler Robert, Robert H. Drechsler, In memoriam Walter Reder, a.a.O., S. 189.

<sup>638</sup> Robert H. Drechsler, In memoriam Walter Reder, a.a.O., S. 192.

<sup>639</sup> Robert H. Drechsler, In memoriam Walter Reder, a.a.O., S. 193.

inmitten von Reichsdeutschen waren. Dieser Ton, diese Sprache hat sich in der Isolation von Gaeta erhalten. Ich höre deutsches Kasino”, meinte der Publizist Ingomar Pust<sup>640</sup>, der Reder in dieser Zeit getroffen hatte.<sup>641</sup> Anfang August übersiedelte Reder dann zu Gorton nach Strassburg. Der ÖVP-Funktionär hatte Reder bereits im März mit einem Monatseinkommen von 14.000 Schilling als Angestellten bei der Klagenfurter Gebietskrankenkasse angemeldet.<sup>642</sup>

In seinem Weihnachtsbrief bedankte sich Reder zum Jahreswechsel 1985/86 bei all jenen, die ihm geholfen haben. „Ohne Namen zu nennen, möchte ich mit diesen Zeilen auch Persönlichkeiten meiner Heimat meinen tief empfundenen Dank sagen für die stillschweigende Hilfe, die mir manchen Weg geordnet hat.“<sup>643</sup> In der Jännerausgabe der Zeitschrift „Der Kamerad“, dem Organ des Österreichischen Kameradschaftsbundes, wurde vermeldet, dass die Kameradschaft IV, der Traditionsverband der ehemaligen Waffen-SS, Reder ein Sparbuch überreicht hatte.<sup>644</sup> „SS-Reder: So versteckte ich mich ein Jahr“, titelte die „Ganze Woche“ im Jänner. Für das Interview musste Reder harte Kritik seitens seines Biografen Robert H. Drechsler einstecken. Ihm hätte bewusst sein müssen, welch „übles Gesudel“ die Redaktion daraus machen würde. „Was hier durch Ihre Unbedachtheit ausgelöst worden ist, geht nicht nur Sie an, nehmen doch Dreckschleuderer, Demokratiegralshüter und Vergangenheitsbewältiger, mit welchen wir nichts gemein haben, jede Gelegenheit zum Anlass, das Andenken, die Erinnerung an den deutschen Soldaten insgesamt zu besudeln.“<sup>645</sup>

In Folge wird Reder als Naziprominenz bei „Kameradentreffen“ umhergereicht und schreibt weiter jährlich einen Rundbrief zu Weihnachten an seine Kameraden. Ab November 1986 zieht er ins Seniorenheim in Wien-Favoriten, Eberlegasse 3/111. 1988 und 1989 nimmt er am Ullrichbergstreffen teil und ist regelmäßig zu Gast bei der „Kameradschaft Walter Novotny“, dort ist er Teil des „Stalingradbunds“, des „harten Kerns“ der Kameradschaft.<sup>646</sup> Am 26. April 1991 stirbt er in Wien.

Friedhelm Frischenschlager bleibt noch über ein Jahr Verteidigungsminister, ist allerdings eine „lame duck“. Egal was er macht, es wurde immer unter dem Aspekt

---

<sup>640</sup> Pust war Chefredakteur der ÖVP-Volkszeitung, danach umstrittener Kolumnist.

<sup>641</sup> „Ich höre deutsches Kasino“ (profil 34/1985), a.a.O., S. 18.

<sup>642</sup> Ebenda.

<sup>643</sup> Reder, zitiert nach Wer, wo warum?, profil 2/1986 (7. 1. 1986), S. 70.

<sup>644</sup> Wer, wo, warum? Profil 4/1986 (20. 1. 1985), S. 70.

<sup>645</sup> Zitiert nach Wer, wo, warum? profil 17/1986 (21. 4. 1986), S. 94.

<sup>646</sup> Bilder dieser Treffen finden sich in der Publikation Im Memoriam Walter Reder ab Seite 220.



des „Handschlags“ gesehen. Im Mai 1986 löste er Friedrich Peter als FPÖ-Klubobmann ab, ihm folgt Helmut Krünes.

Eine „lame duck“ im übertragenen Sinne war durch die „Frischenschlager-Reder“-Affäre auch die Kleine Koalition geworden. Der Handschlag wurde zum Symbol dafür, dass die FPÖ eben keine liberale, und diese Koalition damit eine sozilliberale sei. Die jahrzehntelange Aufbauarbeit Kreiskys und Peters, ihre Vision von einer politischen Mehrheit abseits des bürgerlichen Lagers hatte in Graz-Thalerhof ein überraschend schnelles Ende gefunden.



## VI. Schlussfolgerungen

Ziel dieser Arbeit war es, die so genannte Affäre „Frischenschlager-Reder“ in ihrer Gesamtheit darzustellen und damit nicht nur eine wissenschaftliche Lücke zu schließen, sondern auch eine Neubewertung einer der wichtigsten vergangenheitspolitischen Skandale der Zweiten Republik vorzunehmen. Denn anders als die ein Jahr später ausgebrochene „Affäre Waldheim“ fehlte bis dato eine umfassende Aufarbeitung der langen Vorgeschichte und der drastischen Folgen jenes Handschlages, der zwischen FPÖ-Verteidigungsminister Friedhelm Frischenschlager und dem wegen Kriegsverbrechen verurteilten SS-Sturmbannführers Walter Reder am Flughafen Graz-Thalerhof am 24. Jänner 1985 stattfand.

Die Fragen, die sich zu Beginn der Arbeit stellten, lauteten: Wieso hat Frischenschlager Reder überhaupt persönlich begrüßt? Dass dies empörte, war klar, aber wieso erregte es niemanden besonders, dass, wie in den darauf folgenden Tagen unzählige Male von allen Politikern betont wurde, alle Parteien und hohe weltliche wie geistliche Würdenträger für Reder über Jahre interveniert hatten? Und wieso schwoll diese Erregung nach drei Wochen weit gehend wieder ab, obwohl viele der Themen ansatzweise bereits öffentlich berührt wurden, die ein Jahr später im Falle Waldheims zu einer nationalen Debatte wurden, die in einer Neuinterpretation des österreichischen Geschichtsverständnisses mündete? Weiters: Welchen Stellenwert hatte die „Handschlag“-Affäre in den an Skandalen nicht armen Jahren 1984 und 1985? Welches Momentum hatte es für die alles andere als stabile Kleine Koalition unter Kanzler Fred Sinowatz?

All das lässt sich nur befriedigend beantworten, wenn man die Vorgeschichte des Falles Reder kennt. Der alte Mann, der in Graz-Thalerhof landete, ist ein eindrucksvolles Beispiel für die Macht und Möglichkeit der Geschichtsumdeutung. Aus dem illegalen Nazi, SS-Sturmbannführer und verurteilten Kriegsverbrecher war dank der langjährigen PR-Arbeit seines Nazinetzwerkes und der Biegsamkeit einer Politik, die die Gunst des nationalen Lagers nicht verlieren wollte, in der kollektiven Wahrnehmung der letzte österreichische Kriegsgefangene geworden. Der Meilenstein auf dem Weg dorthin war seine von seinem „Generalbevollmächtigten“ Stefan Schachermayr Hand in Hand mit der

oberösterreichischen Landesregierung betriebene, am Rande des Gesetzes stattfindende „Repatriierung“, also die Wiedererlangung der österreichischen Staatsbürgerschaft im Jahr 1956. Reder bekam sie per Bescheid zuerkannt, obwohl er als illegaler Nazi nach Deutschland geflohen war, bei der österreichischen Legion angeheuert hatte, dort die deutsche Staatsangehörigkeit überreicht bekam und sein weiterer Lebensweg fern von österreichischer Prägung war. Mit der rückwirkenden „Österreicherwerdung“ war die Basis für den Mythos des „letzten österreichischen Kriegsgefangenen“ gelegt, sowie alle daran geknüpften bürokratischen und finanziellen Erleichterungen in den darauf folgenden Jahren. Reders Anwaltskosten wurden zum Teil von der Republik übernommen, das Land Oberösterreich zahlte ihm monatlich Sozialhilfe aus, seine Mutter wurde von der Kriegsofferfürsorge versorgt, seine zahlreichen Schreiben konnte er als Kriegsgefangenenpost portofrei versenden. Zeitgleich sorgte ein einflussreiches Netzwerk ehemaliger NS-Freunde Reders dafür, dass sein „Schicksal“ in der „Heimat“ nicht vergessen wurde. Publikationen über das „Unrecht“ von Marzabotto und den „Fall“ des „letzten Kriegsgefangenen“ bewirkten, dass es Reder in Wehrmachtskreisen und im nationalen Lager zu Kultstatus brachte. Die Weihnachtssammlungen für ihn finanzierten seine laufenden Anwaltskosten. Drehscheibe all dieser Aktivitäten war Schachermayr, der nicht nur mit der oberösterreichischen Landesregierung unter Heinrich Gleißner engsten kooperierte, sondern auch mit Bruno Kreisky ab 1970.

Spätestens unter der Alleinregierung Josef Klaus, mit Sicherheit dann unter der Alleinregierung Bruno Kreiskys hatte sich Reders „Image“ als hilfsbedürftiger humanitärer Fall als Faktum verfestigt. Weil sich ohnehin alle politischen Bewegungen (mit Ausnahme der Kommunisten) für Reder einsetzten, war der Rechtfertigungsdruck für jeden einzelnen Protagonisten gering.

Selbst Bruno Kreisky, der den ersten Begnadigungsansuchen Reders noch äußerst reserviert gegenüberstand, setzt sich später mit aller Kraft für ihn ein. Einerseits aus Sorge, der schwerkriegsversehrte Mann könne in der Festung Gaeta sterben und zum Märtyrer werden. Hier folgte er auch Rosa Jochmanns Argumentation. Andererseits aus seinem höchstpersönlichen Verständnis heraus für Schicksale wie jene Reders oder Friedrich Peters, das auch seinem langfristigen Bemühen um die politische Aufwertung der FPÖ mit zugrunde lag. Peter schrieb übrigens schon sehr bald in Sachen Reder an Kreisky, zu einem Zeitpunkt, als er noch Staatssekretär im

Außenamt war. Reder dürfte somit eine der ersten inhaltlichen Berührungspunkte zwischen den beiden späteren politischen Weggefährten gewesen sein.

Nur so lassen sich die politischen Reaktionen nach Reders Heimkehr erklären. Interessant an der parlamentarischen Sondersitzung ist beispielsweise, dass Reder als Person völlig ausgeblendet wird und alleine Frischenschlagers Verhalten benotet wird. Das gibt der Debatte eine gewisse Schaumgebremstheit. Der Konsens, nicht über die Nazivergangenheit zu reden, ist vielleicht der stärkste Grund dafür, dass die Affäre bald wieder abflaut. So werfen sich die Parteien die Interventionen nicht gegenseitig vor. Die FPÖ thematisiert betontermaßen nicht die Unterbringung Reders beim ÖVP-Abgeordneten Wilhelm Gorton. Frischenschlager zückt nicht den Brief Mocks an Reder. Die SPÖ macht die Doppelzüngigkeit der ÖVP nicht zum Thema.

Anhand Reder lassen sich gewissermaßen die vielschichtigen, nicht stimmigen Geschichtsbilder der Parteien illustrieren. Dass Österreich jahrzehntelang einen verurteilten Kriegsverbrecher hofiert hat, wird erst gar nicht aufgebracht. Der Skandal entzündet sich alleine am Handschlag Frischenschlagers mit Reder, der alleine schon skandalös war, dessen Kontextualisierung im vergangenheitspolitischen Diskurs aber weit mehr Sprengkraft besessen hätte. Da aber alle damals im Parlament vertretenen Parteien – SPÖ, ÖVP und FPÖ – kein Interesse daran haben konnten, ihre vom „Wir waren Opfer“-Pathos und der „Schlussstrich“-Mentalität geprägten Geschichtsbilder zu durchbrechen, blieb eine grundlegende Debatte über Österreichs Selbst- und Fremdwahrnehmung während der NS-Zeit aus.

Allen voran die ÖVP, die als Oppositionspartei die Rolle der politischen Skandalisiererin übernimmt, agiert doppelbödig. Mock selber hatte für Reder mehrfach interveniert, ihm waren sozusagen die Hände gebunden. Dazu kam, dass der ÖVP-Mann Gorton nach seiner Rückkehr Reder großzügig Quartier gab – auch das keine gute Voraussetzung, um das Entgegenkommen eines Regierungsmitgliedes auf Dauer als infam zu verdammen. Außerdem machte es strategisch für die ÖVP keinen Sinn, die FPÖ weiter zu diskreditieren. Die Option einer rechtskonservativen, kleinen Koalition stand Anfang 1985 bereits im Raum. „Die SPÖ legt sich mit Klubobmann Peter trotz seiner spezifischen Vergangenheit ins Koalitionsbett. Und der nach dem Krieg geborene Haider wird von ihr

abqualifiziert, als wäre er der leibhaftige Vertreter des Systems vor 1945“.<sup>647</sup> Die „blaue Karte“ als Alternative zur Großen Koalition war für die ÖVP genauso wichtig wie für die SPÖ. Mock wollte sowohl 1970 wie 1986 eine Koalition mit der FPÖ eingehen, der sozialpartnerschaftlich geprägte Flügel der ÖVP verhinderte das aber.<sup>648</sup> Für ihn spielen vergangenheitspolitische Themen bei der Annäherung an Haider immer schon eine wichtige Rolle, wie die Argumentationslinien im Präsidentschaftswahlkampf für Kurt Waldheim 1986 sowie bei den Benes-Dekreten<sup>649</sup> später zeigen werden.

Auch Haider schärft sein vergangenheitspolitisches Instrumentarium in den Tagen rund um die „Handschlag“-Affäre. Er, der zu Beginn der Kleinen Koalition, noch kein ausdrücklicher Gegner dieses Bündnisses gewesen ist und sogar als Staatssekretär im Sozialministerium von Steger vorgeschlagen war, wird zum schärfsten Rivalen des Vizekanzlers und zum Banntträger der Anti-Frischenschlager-Bewegung innerhalb der FPÖ. Die Parolen, die er dabei von sich gibt, werden sich im Zuge der Waldheim-Affäre eins zu eins wieder finden. Im Längsschnitt gesehen, setzt Frischenschlagers Handschlag den Endpunkt unter dem von Friedrich Peter unter seinem Schutzpatron Kreisky initialisierten Projekt „Liberalisierung der FPÖ“. Dass ausgerechnet das liberale Aushängeschild der damaligen Freiheitlichen, Frischenschlager, zum Totengräber der Peter-Steger-FPÖ wird, hat eine gewisse persönliche Tragik. Gleichzeitig ist es einer der entscheidenden „Verstärker“ für die Skandalisierung. Der andere war mit Sicherheit die erstmals und gleichzeitig stattfindende Tagung des World Jewish Congress in Wien, die wiederum für ein internationales’ Echo des „Fehltrittes“ Frischenschlagers sorgte. Auch hier gibt es personelle wie inhaltliche Kontinuitäten zur Waldheim-Affäre: Israel Singer, Generalsekretär der jüdischen Vereinigung, war damals in Wien zu Gast und wurde durch das Geschehen sicherlich vorgeprägt. Eindeutig ist in diesem Zusammenhang, dass die „Frischenschlager-Reder“-Affäre vor allem in den US-amerikanischen Medien einen Imagebruch Österreichs brachte.

---

<sup>647</sup> Alois Mock, zitiert nach Kriechbaumer Robert, *Zeitenwende*, S. 110.

<sup>648</sup> Vgl. Eichinger Martin, *Wohnout Helmut, Alois Mock: ein Politiker schreibt Geschichte*, Wien Graz Klagenfurt 2008, S. 94f. und S. 118f. Ebenso Wachter Hubert, *Alois Mock. Ein Leben für Österreich*, St. Pölten Wien 1994. Wachter zitiert Michael Graff mit „Der Dr. Mock hat immer eine Neigung in diese Richtung gehabt“ (S. 150) sowie Jörg Haider „Schon damals (1979, Anm. B.T.) war er einer der wenigen ÖVP-Politiker, der sich um gute Beziehungen auch zur FPÖ bemühte“ (S. 167).

<sup>649</sup> Rathkolb Oliver, *Verdrängung und Instrumentalisierung. Die Vertreibung der Sudetendeutschen und ihre verspätete Rezeption*, in: Coudenhove-Kalergi Barbara, Rathkolb Oliver (Hrsg.), *Die Benes-Dekrete*, Wien 2002, S. 138 – 151, S. 147.

Sie wird zum Wendepunkt, aus der Kulturnation Österreich wird die Skandalrepublik mit braunen Flecken.

Es würde wohl zu weit gehen, Frischenschlager persönlich die Schuld für den Fall Stegers und damit der liberalen FPÖ und für den Aufstieg Haiders Handeln in den Tagen der Affäre viel zu erratisch und tollpatschig. Nichts desto trotz müssen sein Handeln sowie das Krisenmanagement seines Vizekanzlers als ausschlaggebend für die Machtverschiebungen in der FPÖ angesehen werden.

Ähnlich wie in der FPÖ werden die Jännertage rund um den „Handschlag“ auch für die SPÖ zu einem Wendepunkt. Maßgebliche Spitzenfunktionäre aber auch die Basis verabschieden sich von der rotblauen Zusammenarbeit. Die FPÖ gilt ihnen ab nun als nicht mehr regierungsfähig, die Kleine Koalition als Illusion, die nur noch fortbesteht, weil Neuwahlen parteiintern nicht durchzubringen waren. So gesehen wird Kreiskys Erbe wird im Gefolge der „Frischenschlager-Reder“-Affäre zu Grabe getragen. Unverständlich bleibt, warum die SPÖ aus der Affäre nichts für ihre Strategie im Präsidentschaftswahlkampf Waldheim gelernt hat. Sinowatz hätte eigentlich wissen müssen, dass eine vergangenheitspolitische Debatte der SPÖ nicht nutzt, umso mehr, als er stets zurückhaltend war, historische Themen für tagespolitische Zwecke einzusetzen.

Zusammenfassend gesagt und bildlich gesprochen bildet der „Handschlag“ Frischenschlagers mit Reders im Jänner 1985 einen der spannendsten Dreh- und Angelpunkte für eine Konstante der österreichischen politischen Zeitgeschichte auf mehreren Ebenen ab: den fortwährenden Versuch der beiden Großparteien, das „Dritte Lager“ zu integrieren und als Koalitionspartner regierungsfähig zu machen. Reder ist aufgrund der Einzigartigkeit der für ihn erfolgten Interventionen ein nahezu groteskes Symbol für diese Bemühungen. Das Werben aller Parteien um ihn, das gezielte Bekannt machen der Unterstützungen, Besuche und Briefe sind Teil dieser Strategie. Wer für Reder war, signalisierte dessen Generation, dessen Gesinnungs- und Kampfgenossen, dass sie wertgeschätzt wurden. Dieses Werben musste aber – so befahl es die nicht einmal unausgesprochene, sondern im Falle Reders offiziell zwischen den Parlamentsparteien getroffene Abmachung – diskret und ohne öffentlichen Wirbel über die Bühne gehen. Deswegen war der Handschlag Frischenschlagers ein doppelter Tabubruch – stellte er doch auch jenes großkoalitionäre „Gleichgewicht des Schreckens“ in Frage, dass vom Pakt, sich die

Nazis nicht gegenseitig vorzuwerfen, getragen wurde. Der endgültige Bruch dieses Paktes erfolgte dann erst im Zuge des Präsidentschaftswahlkampfes von Kurt Waldheim. Was sich anhand der Debatten, die dem Handschlag folgten, aber sehr wohl nachvollziehen lässt ist das erstes Aufbrechen und eine Dynamisierung der überkommen gewordenen Geschichtsbilder. Und gerade weil Reder mit Hilfe der Politik zu der öffentlichen Figur gemacht wurde, als die er im Jahr 1985 vorwiegend wahrgenommen wurde („Kriegsgefangener“), ist er eines der anschaulichsten Beispiel für die Doppelbödigkeit des offiziellen österreichischen Geschichtsbildes vor Waldheim.

Der Schwerpunkt dieser Dissertation lag an der möglichst vollständigen Aufarbeitung des Falles Reder im österreichischen Kontext. Reders Symbolkraft für die italienische Innenpolitik wurde nur am Rande behandelt. Denn anders als in Österreich, in der der, wie er in den einschlägigen Publikationen konsequent genannt wurde, „Major Reder“ zum armen Soldaten hochstilisiert wurde, der, im Kerker schmachtend, nicht zurück in seine Heimat darf, obwohl seine Vorgesetzten längst entlassen oder erst gar nicht verurteilt waren, verbindet die italienische Öffentlichkeit mit dem Gedenkort Marzabotto eine völlig andere Erzählung. Der Ort steht für die grausamen Verbrechen der deutschen Streitkräfte, für den linken Widerstand – und letztlich auch für das italienische Selbstverständnis, auch Teil der Opfergemeinschaft des Naziterrors zu sein.

Hier liegt auch ein zukunftsweisendes Forschungsthema im europäischen Kontext: Walter Reder ist nur ein Beispiel für europäische Persönlichkeiten, die diesseits und jenseits einer Grenze mit völlig unterschiedlichen Erzählungen und Symbolkraft verknüpft sind und dadurch auch einen gänzlich anderen, oft sogar gegensätzlichen Stellenwert in der nationalen Geschichtsschreibung haben. Solch eine „Doppelgesichtigkeit“ aufzuarbeiten, im Falle Reders, aber auch in vergleichbaren Fällen, diese zu thematisieren und letztlich eine grenzübergreifende Bewusstseinsmachung über nationale Erzähltraditionen hinweg zu schaffen – das wäre der nächste logische Schritt nach Abschluss dieser Arbeit.



## VII. Literatur– und Quellenverzeichnis

### Literatur und publizierte Quellen:

Bailer Brigitte, Wiedergutmachung kein Thema. Österreich und die Opfer des Nationalsozialismus, Wien 1993.

Bailer Galanda, Brigitte, Haider und die Freiheitlichen in Österreich, Berlin 1997.

Beer Siegfried, The CIA in Austria in the Marshall Plan Era, 1947–1953, in: Bischof Günter, Pelinka Anton, Stiefel Dieter: The Marshall Plan in Austria (Contemporary Austrian Studies Vol. 8), New Brunswick 2000, S. 195 – 211.

Bergmann Werner, Erb Rainer, Lichtblau Albert (Hrsg.), Schwieriges Erbe. Der Umgang mit Nationalsozialismus und Antisemitismus in Österreich und Antisemitismus in Österreich, der DDR und der Bundesrepublik Deutschland (Schriftenreihe des Zentrums für Antisemitismusforschung Berlin, Bd. 3), Frankfurt am Main/New York 1995.

Bischof Günter, Pelinka Anton, Stiefel Dieter: The Marshall Plan in Austria (Contemporary Austrian Studies Vol. 8), New Brunswick 2000.

Bischof Günter, die Instrumentalisierung der Moskauer Erklärung nach dem 2. Weltkrieg, in: Zeitgeschichte 11/12/1993, S. 345 – 366.

Botz Gerhard, Müller Albert, Identität/Differenz in Österreich. Zu Gesellschafts-, Politik- und Kulturgeschichte vor und nach 1945, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 6/1995, S. 4 – 70.

Botz Gerhard, Sprengnagel Gerald, Kontroversen um Österreichs Zeitgeschichte, Frankfurt/Main 2008.

Butterweck Hellmut, Verurteilt und begnadigt, Österreich und seine NS-Straftäter, Wien 2003.

Brix Emil, Zur Frage der österreichischen Identität am Beginn der Zweiten Republik, in: Bischof Günter, Leidenfrost Josef, Die bevormundete Nation: Österreich und die Alliierten 1945 – 1949, Innsbruck 1988, S. 93 – 104.

Coudenhove-Kalergi Barbara, Rathkolb Oliver (Hrsg.), Die Benes-Dekrete, Wien 2002.

Cüppers Martin, Wegbereiter der Shoah. Die Waffen-SS, der Kommandostab Reichsführer-SS und die Judenvernichtung 1939 – 1945, Darmstadt 2005.

Dachs Herbert, Peter Gehrlich, Müller Wolfgang C. (Hrsg.), Die Politiker. Karrieren bedeutender Repräsentanten der Zweiten Republik, Wien 1995.

Dachs Herbert, Peter Gehrlich u. a. (Hrsg.), Politik in Österreich. Das Handbuch, Wien 2006.

Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands, Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus, Wien 1996.

Ebbighausen Rolf, Neckl Sieghard, Anatomie des politischen Skandals, Frankfurt/Main 1989.

Eichtinger Martin, Wohnout Helmut, Alois Mock: ein Politiker schreibt Geschichte, Wien Graz Klagenfurt 2008.

Foster David, Die Opfer der NS-Militärgerichtsbarkeit und die Zweite Republik. Fürsorge und Entschädigung, in: Manoschek Walter (Hg.), Opfer der NS-Militärjustiz. Urteilspraxis – Strafvollzug – Entschädigungspolitik in Österreich, Wien 2003, S. 651 – 703.

Fischer Heinz (Hg.), Einer im Vordergrund. Taras Borodajkewycz. Eine Dokumentation, Wien 1966.

Fischer Heinz, Die Kreisky-Jahre. 1967 – 1983, Wien 1994.

Fischer Heinz, Reflexionen, Wien 1998.

Fischer Heinz, Überzeugungen. Eine politische Biografie, Wien 2006.

Freihofner Gerald, Der Fall Udo Proksch oder die Affäre „Lucona“, in: Gehler Michel, Sickinger Hubert (Hg.), Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim, Wien München 1995, S. 546 – 567.

Frischenschlager, Friedhelm, Funktions- und Inhaltswandlungen von Parteiprogrammen am Beispiel der FPÖ-Programme, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 2/1978, S. 209 – 220.

Frischenschlager Friedhelm, Wie liberal ist die FPÖ? in: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1980, Wien München 1981, S. 135 – 182.

Garscha R. Winfried, Nationalsozialisten in Österreich 1933 – 1938, in: Tálos Emmerich, Neugebauer Wolfgang (Hrsg.), Austrofaschismus. Politik – Ökonomie - Kultur 1933 – 1938, Wien 2005, S. 100 – 120.

Gehler Michael, Verfehlte Sünde? Fallbeispiele zum unterschiedlichen Umgang der Nachkriegsjustiz mit Tätern der „Reichskristallnacht“ von 1938, in: Zeitgeschichte 11–12/1997, S. 365 – 387.

Gehler Michel, Sickinger Hubert (Hg.), Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim, Wien München 1995.

Gehler, Michael, „...eine grotesk überzogene Dämonisierung eines Mannes...?“ Die Waldheim-Affäre 1986–1992, in: Gehler, Michael / Sickinger, Hubert (Hg.): Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim. Kulturverlag, Thaur Wien München 1996, S. 614 – 665.

Gehler Michael, Österreichische Außenpolitik der Zweiten Republik. Von der alliierten Besatzung bis zum Europa des 21. Jahrhunderts, Innsbruck Wien Bozen 2005.

Gehmacher Ernst, Die Dynamik der Meinungsbildung am Beispiel der Regierungsumbildung 1984 in Österreich, in: Journal für Sozialforschung 1/1985 (25. Jg.), S. 101 – 104.

Gentile Carlo, Walter Reder – ein politischer Soldat im Bandenkampf, in: Mallmann Klaus-Michael, Paul Gerhard (Hrsg.), Karrieren der Gewalt. Nationalsozialistische Täterbiografien, Darmstadt 2004.

Goldberger Josef, „Euthanasieanstalt“ Hartheim und Reichsgau Oberdonau. Involvierung von Verwaltungs- und Parteidienststellen des Reichsgaues Oberdonau in das Euthanasieprogramm, in: Mitteilungen des oberösterreichischen Landesarchivs Band 19, 2000, S. 359 – 400, S. 367 ff. (Onlinequelle: [http://www.oogeschichte.at/uploads/tx\\_iafbibliografiedb/mooela\\_19\\_0359-0373.pdf](http://www.oogeschichte.at/uploads/tx_iafbibliografiedb/mooela_19_0359-0373.pdf))

Gustenau Michaela, Mit brauner Tinte: nationalsozialistische Presse und ihre Journalisten in Oberösterreich, Univ. Diss., Wien 1990.

Hacker Walter, Warnung an Österreich. Neonazismus: Die Vergangenheit bedroht die Zukunft, Wien Frankfurt Zürich, S. 1966.

Hanisch Ernst, „Selbsthaß“ als Teil der österreichischen Identität, in: Zeitgeschichte 5–6/1996, S. 136 – 154.

Heer Hannes u. a. (Hg.): Wie Geschichte gemacht wird. Zur Konstruktion von Erinnerung an Wehrmacht und Zweiten Weltkrieg, Wien, Czernin 2003.

Heiss Gernot, Im „Reich der Unbegreiflichkeiten“. Historiker als Konstrukteure Österreichs, in: Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften 7/1996, S. 455 – 478.

Holpfer Eva, Österreichische Politikerinnen und Naziverbrechen, in: Halbrainer Heimo, Polaschek Martin F., Kriegsverbrecherprozesse in Österreich. Eine Bestandsaufnahme, Graz 2003.

Jagschitz Gerhard, Der Putsch. Die Nationalsozialisten 1934 in Österreich, Graz Wien Köln 1976.

Karmasin Fritz, Das Bild Österreichs in den ausländischen Medien: 1965 – 1986, Baden bei Wien 1986.

Kepplinger Brigitte, Die Tötungsanstalt Hartheim 1940 – 1945, in: Oberösterreichischen Landesarchiv (Hg), Tötungsanstalt Hartheim, Linz 2005 (= Oberösterreich zur Zeit des Nationalsozialismus 3), S. 63 – 116.

Kernic Franz, Zwischen Worten und Taten. Die Wehrpolitik der Freiheitlichen 1946 – 1986, Wien 1988.

Klamper Elisabeth, Die Auseinandersetzung mit dem Bürgerkrieg des Jahres 1934 und dem Austrofaschismus, in: Zeitgeschichte 5–6/1997, S. 170 – 185.

Klee Ernst, Was sie taten – was sie wurden. Ärzte, Juristen und andere Beteiligte am Kranken- und Judenmord, Frankfurt am Main 1995.

Knight Robert Graham, Besiegt oder befreit? Eine völkerrechtliche Frage historisch betrachtet, in: Bischof Günter, Leidenfrost Josef, Die bevormundete Nation: Österreich und die Alliierten 1945 – 1949, Innsbruck 1988, S. 75 – 92.

Kober Katharina, Das Bild Österreichs in der US-amerikanischen Presse 1977 – 1985, Diplomarbeit, Wien 2000.

Kogelfranz Siegfried, Dieses Volk bekam, was es verdient, Spiegel 6/1988, S.164–177

Kostelka Peter, Die kleine Koalition (1938 bis 1986), in: Pelinka Peter, Steger Gerhard (Hrsg.), Auf dem Weg zur Staatspartei. Zu Geschichte und Politik der SPÖ seit 1945, Wien 1988, S. 75 – 94.

Kreisky Bruno, Politik braucht Visionen. Aufsätze, Reden und Interviews zu aktuellen politischen Fragen, Königstein 1982.

Kreisky Bruno, Zwischen den Zeiten, Wien 1986.

Kreisky Bruno, Im Strom der Politik, Wien 1988.

Kriechbaumer Robert, Zeitenwende. Die SPÖ-FPÖ-Koalition 1983–1987 in der historischen Analyse, aus der Sicht der politischen Akteure und in Karikaturen von Ironimus, Wien Köln Weimar 2008.

Kunz Wolfgang, Der Fall Marzabotto: die Problematik des Kriegsverbrechens, Würzburg 1967.

Langthaler Ernst, Österreich vor Ort. Ein Weg in die kollektive Identität der Zweiten Republik, in: Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften 13/2002, S. 7 – 43.

Lehmann-Horn Knut, Die Kärntner FPÖ 1955 – 1983. Vom Verband der Unabhängigen (VdU) bis zum Aufstieg von Jörg Haider zum Landesparteiobmann, Klagenfurt 1992.

Löw Raimund, Von der Kreisky'schen Modernisierung zur Konterreform. 15 Jahre SP-Regierung, in: Pelinka Peter, Steger Gerhard (Hg.) Auf dem Weg zur Staatspartei. Zu Geschichte und Politik der SPÖ seit 1945, Wien 1988, S. 65 – 74.

Mallmann Klaus-Michael, Gerhard Paul (Hrsg.), Karrieren der Gewalt. Nationalsozialistische Täterbiographien, Darmstadt 2004.

Markus Josef, Die Strafverfolgung von nationalsozialistischen Gewaltverbrechen und die völkerrechtliche Verantwortung Österreichs, in: Meissl Sebastian, Mulley Klaus Dieter, Rathkolb Oliver (Hrsg.), Verdrängte Schuld, verfehlte Sühne. Entnazifizierung in Österreich 1945 – 1955, Wien 1985, S. 150 – 170.

Mattl Siegfried, Gesellschaft und Volkscharakter, Austria engendered, in: Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften 7/1996, S. 499 – 515.

Metzler Hannes: Die politischen Debatten um die Rehabilitierung der Opfer der NS-Militärgerichtsbarkeit in Deutschland und Österreich, in: Manoschek Walter

(Hg.): Opfer der NS-Militärjustiz. Urteilspraxis – Strafvollzug – Entschädigungspolitik in Österreich, Wien 2003, S. 617–650.

Moritz Verena, Information und Desinformation. Anmerkungen zur Rolle der „Österreichischen Legion“ im Verhältnis zwischen Wien und Berlin 1933 – 1935, in: zeitgeschichte 4/2009, S. 217 – 239.

N.N.: Das Gewicht der Affären, in: Andreas Khol u. a. (Hrsg.), Österreichisches Jahrbuch für Politik 1985, Wien 1986, S. 872 – 873.

Neckel Sieghard, Das Stellhölzchen der Macht, in: Ebbighausen Rolf, Neckl Sieghard, Anatomie des politischen Skandals, Frankfurt/Main 1989, S. 55 – 80.

Neugebauer Wolfgang, Schwarz Peter, Der Wille zum aufrechten Gang. Offenlegung der Rolle des BSA bei der gesellschaftlichen Integration ehemaliger Nationalsozialisten, Wien 2005.

Niessl Hans, Pelinka Anton u.a. (Hrsg.), Brücken bauen. Fred Sinowatz zum 75. Geburtstag, Graz 2004.

Nußbaumer Martina, Millenium revisited. Inszenierung von Geschichte und Identität im „Ostarrichi“-Jubiläumsjahr 1996, in: zeitgeschichte 5/2001 S. 254 – 276.

Ortner Christian S., Am Beispiel Walter Reder. Die SS-Verbrechen in Marzabotto und ihre „Bewältigung“, Wien 1986.

Pelinka Anton, Die Ära Kreisky. Zur symbiotischen Adaptionsfähigkeit der Sozialdemokratie, in: Pelinka Peter, Steger Gerhard (Hg.) Auf dem Weg zur Staatspartei. Zu Geschichte und Politik der SPÖ seit 1945, Wien 1988, S. 57 – 64.

Pelinka, Anton, Zur Entwicklung einer Oppositionskultur in Österreich. Bedingungen politischen Erfolges in den achtziger Jahren, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 2/1989, S. 141 – 149.

Pelinka Anton, Die kleine Koalition. SPÖ FPÖ 1983 – 1986, Wien Köln Graz 1993.

Pelinka, Anton: „Wanzenjournalismus“ und „Zerfall der Geschlossenheit“. Der AKH-Skandal. In: Gehler Michel, Sickinger Hubert (Hg.), Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim, Wien München 1995, S. 532 – 545.

- Pelinka Anton, Die Großparteien und der Rechtsextremismus, in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands, Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus, Wien 1996, S. 552 – 561.
- Pelinka Anton, Sickinger Hubert, Stögner Karin (Hrsg.), Kreisky Haider. Bruchlinien österreichischer Identitäten, Wien 2008.
- Pelinka Peter, Bruno Kreisky, der sozialdemokratische Reformler. In: Pelinka Peter, Österreichs Kanzler. Von Leopold Figl bis Wolfgang Schüssel, Wien 2000.
- Petritsch Wolfgang, Bruno Kreisky. Ein biografischer Essay, Wien München Zürich 2000.
- Pick Hella, Simon Wiesenthal. Eine Biographie, Reinbek bei Hamburg 1997.
- Pittler Andreas P., Deutschvölkische Tendenzen in der FPÖ, Dipl. Arbeit, Wien 1991.
- Pittler Andreas P., Bruno Kreisky, Reinbek bei Hamburg 1996.
- Plasser Fritz, Ulram Peter A., Auf dem Weg in die postindustrielle Gesellschaft? In: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1980, Wien München 1981, S. 263 – 280.
- Plasser Fritz, Ulram Peter A., Das Jahr der Wechselwähler. Wahlen und Neukonstruierung des österreichischen Parteiensystems 1986, in: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1986, Wien München 1987, S. 31 – 80.
- Plasser, Fritz / Ulram, Peter: Wahltag ist Zahhtag. Populistischer Appell und Wählerprotest in den 80er Jahren, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 2/1989, S. 151 – 164.
- Platzgummer Winfried, Die Bewältigung des Nationalsozialismus durch das Strafrecht nach 1945, in: Davy U., Fuchs H., Hofmeister H. (Hrsg.), Nationalsozialismus und Recht. Rechtssetzung und Rechtswissenschaft in Österreich unter der Herrschaft des Nationalsozialismus, Wien 1990, S. 209 – 225.
- Pollak Alexander, Die Historisierung eines Tabubruchs. Von der umstrittenen Entmythologisierung des Bildes der „sauberen Wehrmacht“ zur versachlichten Dokumentation des Vernichtungskrieges: ein Vergleich der beiden Wehrmachtsausstellungen, in: Zeitgeschichte 2/2002, S. 56 – 63.
- Pollak Alexander, Die Wehrmachtslegende in Österreich. Das Bild der Wehrmacht im Spiegel der österreichischen Presse nach 1945, Wien 2002.

Pollak Alexander, Vergangenheit und Reflexion. Konsens- und Streitlinien im Umgang mit der NS-Vergangenheit in Österreich, in: Sabrow Martin, Jessen Ralph, Große Kracht Klaus (Hrsg.), Zeitgeschichte als Streitgeschichte. Große Kontroversen nach 1945, München 2003, S. 326–346.

Rathkolb Oliver, NS-Problem und politische Restauration: Vorgeschichte und Etablierung de VdU, in: Meissl Sebastian, Mulley Klaus Dieter, Rathkolb Oliver (Hrsg.), Verdrängte Schuld, verfehlte Sühne. Entnazifizierung in Österreich 1945 – 1955, Wien 1985, S. 73 – 99.

Rathkolb Oliver, Anatomie einer Entnazifizierung, in: akzente 11/12 1989, S. 24 –28.

Rathkolb Oliver, Dritte Männer. Ex-Nazis als US-Agenten, in Das Jüdische Echo 1/1990, S. 85 – 89.

Rathkolb Oliver, Verdrängung und Instrumentalisierung. Die Vertreibung der Sudetendeutschen und ihre verspätete Rezeption, in: Coudenhove-Kalergi Barbara, Rathkolb Oliver (Hrsg.), Die Benes-Dekrete, Wien 2002, S. 138 – 151.

Rathkolb Oliver, Kunz Johannes, Schmidt Margit (Hrsg.), Bruno Kreisky, Der Mensch im Mittelpunkt. Der Memoiren dritter Teil, Wien 1996.

Rathkolb Oliver, Bruno Kreisky aus der Sicht der Zeitgeschichtsforschung, in: Werner Gatty, Gerhard Schmid, Maria Steiner, Doris Wiesinger (Hrsg.), Die Ära Kreisky. Österreich im Wandel 1970 – 1983, Innsbruck Wien 1997, S. 125 – 138.

Rathkolb Oliver, Die paradoxe Republik. Österreich 1945–2005, Wien 2005.

Rauchensteiner Manfred, Der Sonderfall. Die Besatzungszeit in Österreich 1945 – 1955, Graz Wien Köln 1979.

Rauchensteiner Manfred, Die Zwei. Die große Koalition in Österreich 1945 – 1966, Wien 1987.

Reichmann Hans, Vom Fremdenlegionäre zum Botschafter beim Hl. Stuhl (Materialien zur Zeitgeschichte Bd. 3), Wien Salzburg 1982

Reimann Viktor, Die dritte Kraft in Österreich, Wien München Zürich New York 1980.

Reiter Margit, Generation und Gedächtnis. Tradierung und Verarbeitung des Nationalsozialismus bei den „Kindern der Täter“, Habilitationsschrift, Wien 2006.



- Reiter Erich, Programm und Programmentwicklung der FPÖ, Wien 1982.
- Schafranek Hans, Sommerfest mit Preisschießen. Die unbekannte Geschichte des NS-Putsches im Juli 1934, Wien 2006.
- Schreiber Gerhard, Deutsche Kriegsverbrechen in Italien. Täter – Opfer – Strafverfolgung, München 1996.
- Schröck Alexander, Die US-Perzeption Österreichs in der Détente- und Post-Détente-Ära, in: Rathkolb Oliver, Maschke Otto M., Lütgenau Stefan August (Hrsg.), Mit anderen Augen gesehen: internationale Perzeptionen Österreichs 1955 – 1990, Wien Köln Weimar 2002, S. 35 – 86.
- Schütze Christian, Skandal. Eine Psychologie des Unerhörten, München 1985.
- Sieder Reinhard, Steinert Heinz, Tálos Emmerich, Österreich 1945 – 1955. Gesellschaft Politik Kultur (Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik Band 60), Wien 1995.
- Sinowatz Fred, Mutig in die neuen Zeiten. Rede des Parteivorsitzenden vor dem 29. ordentlichen Bundesparteitag der SPÖ am 12. November 1985 in der Wiener Stadthalle (Politik und Dokumentation 10a/Dez.1985), Wien 1985.
- Smoydzin, Werner: Half die Spinne bei der Flucht? Verfassungsschützer Werner Smoydzin über NS-Geheimorganisationen, Spiegel 47/1966, S. 87. (Onlinequelle <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-46415086.html>)
- Steininger Rolf, 15. Mai 1955. Der Staatsvertrag, in: Steininger Rolf, Gehler Michael (Hg.), Österreich im 20. Jahrhundert, Wien Köln Weimar 1997, S. 217 – 258.
- Stifter Christian H., NS-Kriegsverbrecher als „intelligente Analysten“ der politischen Nachkriegssituation? Anmerkungen zu einem „Experiment“ britisch-amerikanischer Militärstellen in Österreich, in: Zeitgeschichte 6/2001, S. 321 – 325.
- Stifter Gerald, Die ÖVP in der Ära Kreisky 1970 – 1983, Innsbruck 2006.
- Stimeder Klaus, Weissenberger Eva, Trotzdem. Die Oscar Bronner Story, Wien 2008.

Stirnemann Alfred, Das neue Parteiprogramm der FPÖ – eine kritische Analyse, in: Andreas Khol u.a. (Hrsg.), Österreichisches Jahrbuch für Politik 1985, Wien 1986. S. 657 – 694.

Stirnemann Alfred, Die Freiheitlichen – Abkehr vom Liberalismus? Zu einigen Aspekten der FPÖ unter Jörg Haider, in: Andreas Khol u.a. (Hrsg.), Österreichisches Jahrbuch für Politik 1987, Wien 1988, S. 165 – 201.

Stourzh, Gerald, Um Einheit und Freiheit. Staatsvertrag, Neutralität und das Ende der Ost-West-Besetzung Österreichs 1945–1955, Wien – Köln – Graz 1998

Stuhlpfarrer Karl, Eigenheit und Fremde. Die österreichische Transformation der NS-Vergangenheit, in: Zeitgeschichte 1/1999, S. 28 – 37.

Talos Emmerich, Neugebauer Wolfgang (Hg.), Austrofaschismus. Politik Ökonomie Kultur 1933 – 1938, Wien 2005.

Tóth Barbara, Hofer Thomas (Hrsg.), Wahl 2006. Kanzler, Kampagnen, Kapriolen, Münster 2006.

Tóth Barbara, Czernin Hubertus, 1986 – Das Jahr, das Österreich veränderte, Wien 2006.

Trettler Heidi, Der umstrittene Handschlag. Die Affäre Frischenschlager-Peter, in: Gehler Michel, Sickinger Hubert (Hg.), Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim, Wien München 1995, S. 592 – 613.

Uhl Heidemarie, Zwischen Versöhnung und Verstörung. Eine Kontroverse um Österreichs historische Identität fünfzig Jahre nach dem „Anschluß“, Wien Köln Weimar 1992.

Uhl Heidemarie, Erinnerung als Versöhnung. Zur Denkmalkultur und Geschichtspolitik der Zweiten Republik, in: Zeitgeschichte 5–6/1996, S. 146 – 160.

Uhl Heidemarie, Von „Endlösung“ zu „Holocaust“. Die TV-Ausstrahlung von „Holocaust“ und die Transformationen des österreichischen Gedächtnisses, in: Uhl Heidemarie, Zivilisationsbruch und Gedächtniskultur. Das 20. Jahrhundert in der Erinnerung des beginnenden 21. Jahrhunderts, Innsbruck 2003, S. 153 – 180.

Uhl Heidemarie, Zivilisationsbruch und Gedächtniskultur. Das 20. Jahrhundert in der Erinnerung des beginnenden 21. Jahrhunderts, Innsbruck 2003.

Uhl Heidemarie, Schuldgedächtnis und Erinnerungsbegehren. Thesen zur Europäischen Erinnerungskultur, in: Transit 35 (Sommer 2008), Frankfurt am Main 2008, S. 6 – 22.

Unfried Berthold, Versionen der Erinnerung an Nationalsozialismus und Krieg in Österreich und ihre Veränderung in der Waldheim-Debatte, in: Zeitgeschichte 9–10/1997, S. 302 – 316.

Vranitzky Franz, Politische Erinnerungen, Wien 2004.

Wachter Hubert, Alois Mock. Ein Leben für Österreich, St. Pölten Wien 1994.

Wassermann Heinz P., „Zuviel Vergangenheit tut nicht gut.“ Nationalsozialismus im Spiegel der Tagespresse der Zweiten Republik, Innsbruck Wien München 2000.

Wassermann Heinz P., Naziland Österreich!?, Studien zu Antisemitismus, Nation und Nationalsozialismus im öffentlichen Meinungsbild (Schriften des Centrums für Jüdische Studien Band 2), Innsbruck, Wien, München, Bozen 2002.

Wassermann Heinz P., Antisemitismus in Österreich nach 1945. Ergebnisse, Positionen und Perspektiven der Forschung (Schriften des Centrums für Jüdische Studien Band 3), Innsbruck, Wien, München, Bozen 2002.

Wegan Katharina, „Heilige Zeiten“. Der österreichische Staatsvertrag und seine Jubiläen, in: Zeitgeschichte 5/2001, S. 277 – 297.

Weninger Florian, „Von meinem politischen Leben bleibt die Affäre Reder“, Gespräch mit Verteidigungsminister a. D. Friedhelm Frischenschlager über die FPÖ, den Krieg und das Händeschütteln, Gedenkdienst 1/2008, S. 1–2.

Wiesenthal Simon, Recht, nicht Rache. Erinnerungen, Frankfurt/M., Berlin 1988.

Wisinger Marion: Verfahren eingestellt. Der Umgang der österreichischen Justiz mit NS-Gewalttätern in den 1960er und 1970er Jahren, in: Walter Schuster – Wolfgang Weber (Hg.), Entnazifizierung im regionalen Vergleich, Linz 2004, S. 637 – 650, hier S. 637 ff.

Wodak, Ruth, „Wir sind alle unschuldige Täter!“ Diskurshistorische Studien zum Nachkriegsantisemitismus, Frankfurt am Main 1990.

Ziegler Meinrad, Erinnern und Vergessen. Zum Umgang mit dem Nationalsozialismus in der Zweiten Republik, in: Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften 6/1995, S. 41 – 60.

## **Rechtsextreme Literatur:**

Aschenauer Rudolf, Der Fall Reder. Ein Plädoyer für Recht und Wahrheit, Berg am See 1978.

Drechsler Robert H., Walter Reder. Der Gefangene von Gaeta. Dokumentation, Wien 1979 (2. Auflage).

Robert H. Drechsler, In memoriam Walter Reder. Dokumente zur Zeitgeschichte, Sonderband Wien 1991.

Greil Lothar, Faustpfand Walter Reder. Weltbetrug Marzabotto, München 1977 (3. Auflage).

Schachermayr Stefan, Major Walter Reder. Der Fall des letzten österreichischen Kriegsverurteilten in italienischem Gewahrsam, Wels 1968.

Schopper Hans, Presse im Kampf. Geschichte der Presse während der Kampffahre der NSDAP (1933 - 1938) in Österreich, Brunn München Wien 1942.

## **Oberösterreichisches Landesarchiv:**

Akt IKD (Stb) 431650 (Staatsbürgerschaftsakt Walter Reder)

IKD (Stb) 431651. (Staatsbürgerschaftsakt Simon Wiesenthal)

Akt SH 2872 (1974) (Sozialversicherungsakt Walter Reder)

LG Linz Sondergerichte Politische Gerichtsakten 1960 390/60 Sch.1025 (Tagebuch der StA Linz)

## **Stiftung Bruno Kreisky Archiv (STBKA)**

Prominentenkorrespondenz Walter Reder (drei Boxen)

VII.2 BMAA (1959 – 1966) Box 38

## **Archiv der österreichischen Gesellschaft für Zeitgeschichte:**

Aktenmappe Frischenschlager-Reder. Depot Sepp Wille

## **Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands:**

SS-Personalakt Walter Reder, DÖW Akt 17.140 (Kopie)

## **Altes Archiv der voestalpine Stahl GmbH**

Unterlagen Stefan Schachermayr

## **Parlament:**

Stenographisches Protokoll Nationalrat XXI. GP – 78. Sitzung – 1. Feber 1985,  
S e i t e                    6 9 6 8 / 6 9 6 9 .                    ( O n l i n e q u e l l e  
[http://www.parlament.gv.at/PG/DE/XVI/NRSITZ/NRSITZ\\_00078/imfname\\_144168.pdf](http://www.parlament.gv.at/PG/DE/XVI/NRSITZ/NRSITZ_00078/imfname_144168.pdf))

## **Zeitschriften/Zeitungen/Presseagenturen:**

Austria Presse Agentur (APA)

Der Spiegel

Profil

Wochenpresse

Kurier

Die Presse

Oberösterreichische Nachrichten

Arbeiterzeitung

Kronen Zeitung

## **Umfragen:**

SWS Meinungsprofil „Regierungspräferenzen und Politikerverdrossenheit in Österreich“, in: Journal für Sozialforschung 2/1985, S. 201 – 213.

SWS Meinungsprofil „Österreichs Skandale im Spiegel der Meinungsforschung“, in Journal für Sozialforschung 3/1986 (26. Jg.), S. 341 – 348.

Sozialwissenschaftliche Studiengesellschaft, 118. Bericht, Februar 1985 (Fragebogen Nr. 228). Bericht über eine Umfrage betreffend die friedliche Nutzung der Kernenergie, die Lebenserwartung der kleinen Koalition, das Entstehen für Parlament und ÖGB, die Affäre Frischenschlager-Reder und die Belastung des Bundeskanzlers durch seinen Koalitionspartner.

IMAS: Die Meinungen zum Fall Frischenschlager/Reder, Linz 1985 (IMAS-Report 4/1985)

### **Interviews:**

Friedhelm Frischenschlager, Wien, 11. September 2005 und 22. April 2010.

Jörg Haider, Wien, 26. Mai 2005 (im Rahmen eines Interviews für den Standard)

Hans Knitel, Wien, 26. Februar 2010.

Fred Sinowatz, Neufeld, 4. April 2006

Hans Pusch, Wien, 1. März 2010

### **Videos:**

„Reder revisited“. Diskussionsveranstaltung des Gedenkdienstes am 12. Dezember 2007 im Depot, Breite Gasse 3, 1070 Wien. Am Podium: Friedhelm Frischenschlager, Erika Wantoch (profil) und Barbara Tóth. Organisiert von Florian Weninger. Videomitschnitt im Besitz der Autorin.

## Zusammenfassung

Diese Arbeit beschreibt die Vorgeschichte und die Auswirkungen der so genannten Affäre „Frischenschlager-Reder“. Am 24. Jänner 1985 wurde der wegen schwerer Kriegsverbrechen an Zivilisten im italienischen Ort Marzabotto verurteilte SS-Sturmbannführer Walter Reder von seinem Haftort Gaeta in Italien nach Österreich überstellt. Der freiheitliche Verteidigungsminister der Kleinen Koalition zwischen SPÖ und FPÖ (1983 – 1986), Friedhelm Frischenschlager, begrüßte Reder am Flughafen Graz-Thalerhof per Handschlag. Diese Geste sorgte über Nacht für internationale Empörung, stellte es doch das damals noch gültige Selbstbild der Österreicher als erstes Opfer Hitlers in Frage. Auch innenpolitisch kam es zu schweren Turbulenzen. Als Skandalisierer agierte die in Opposition befindliche ÖVP. Der Höhepunkt war mit einer parlamentarischen Sondersitzung am 1. Februar 1985 erreicht. Danach flaute die Erregung ab.

Die Vorgeschichte, in dieser Arbeit erstmals ausführlich aufbereitet, zeigt auf, wie die öffentliche Figur Reder in den Jahren nach Kriegsende mittels geschickter – modern formuliert – Public Relations eines Netzwerkes aus NS-Freunden kriert wurde. Denn Reder war im öffentlichen Bewusstsein weniger als Kriegsverbrecher, als als „letzter Kriegsgefangener“ verankert. Alle führenden Politiker aller Couleurs hatten für seine Freilassung bei italienischen Regierungsstellen, im Vatikan, beim Roten Kreuz und – über Umwege – auch bei den italienischen Kommunisten interveniert. Anwalts- und Arztkosten wurden vom Staat übernommen, das Land Oberösterreich zahlte ihm Sozialhilfe. Reder war eine Art politischer Faustpfand geworden: Wer sich um ihn kümmerte, konnte mit der Zustimmung des dritten Lagers rechnen.

Der Handschlag hatte große Auswirkungen auf Österreichs Innenpolitik. Das ohnehin schwache Band, das die SPÖ mit der FPÖ verband, war nach der Affäre rissig geworden. Der Versuch, die FPÖ als „liberale“ Bewegung zu etablieren, seit Anfang der 1970er Jahre von Parteichef Friedrich Peter befördert, war nicht mehr haltbar. Rund um die Affäre tritt Jörg Haider verstärkt mit jenen „nationalen“ und vergangenheitspolitischen Parolen auf, die ihm in der Waldheim-Affäre Resonanz bringen soll. Die Affäre wird damit zum Dreh- und Angelpunkt nicht nur für die Kleine Koalition und die dahinter stehende Idee einer Einbindung der dritten

Lagers, sondern auch zum ersten großen vergangenheitspolitischen Skandal der Zweiten Republik – und sie ist eines der anschaulichsten Beispiel für die Doppelbödigkeit des offiziellen österreichischen Geschichtsbildes vor Waldheim.



## Abstract

The so-called „Frischenschlager-Reder“-Affair is one of Austria’s most important history-based scandals of the Pre-Waldheim-Era. It did not change the way Austrians talked and thought about their Nazi-past as Waldheim did, but it showed evolving problems in a society that viewed itself as first victim of the Nazis. This paper will show for the time, the affair in its full historical and political context.

This paper explains what happened on January 24, 1985 at the Graz airport when Friedhelm Frischenschlager, Minister of Defense of the Liberty Party (FPÖ), gave a very warm welcome to war criminal, SS-Strumbannführer Walter Reder, by shaking his hand. Reder had been imprisoned in Italy for over 30 years and was returning back to Austria. The Frischenschlager/Reder handshake was noticed worldwide because it did not reflect Austria’s self-perception as Hitler’s first victim and also questioned the legitimacy of the Austrian government which at this time was a coalition between the Socialist Party (SPÖ) and the FPÖ.

This paper also describes the attentive care that the Austrian officials gave Reder during his imprisonment in Italy. In Italy, Reder was found guilty of severe war crimes on civilians. No Austrian political party – besides the Communists intervened or tried to get him extradited to Austria. While Prime Minister Bruno Kriesky spent years of intense negotiations to get Reder back to Austria, this effort was mostly justified as normal procedure as a humanitarian case. Meanwhile, over the years, with public relations assistance from one of his former Nazi-friends, Reder has become a symbolic hero for the nationalist voters in Austria,

For example, although he was a SS-Member, he was mostly called Major Reder“, as if he would have served in the German Wehrmacht“, which at that time was less connected with war crimes than the SS. The bottom line was that politicians knew that helping Reder would get more votes for the Nationalists.

The affair also became a catalyst for right wing political change in Austria, In fact, Jörg Haider, the charismatic and far right future leader of the FPÖ stated during the Reder-Frischenschlager-case, that the FPO’s work with revisionist attitudes and phrases paid off and gave their party momentum. The same thing happened with the Conservatives (ÖVP), who started the well-known Waldheim-Campaign, a year later.

For the SPÖ, the affair showed that their – mostly strategically inspired - hopes about a coalition with a changed, more liberal-minded FPÖ would not work out at all. Walheim's case made more headlines than Reder's did, but concerning the more than strange history of interventions with the Italian government for him and the gradually re-inventing of his biography, Reder plays an equally significant role for understanding Austria's history.

## Lebenslauf

Barbara Tóth, geboren am 8. Oktober 1974 in Wien, ist Journalistin und Buchautorin. Nach der Matura (Reifeprüfung) am Gymnasium Sacré Coeur in Pressbaum studierte sie an der Universität Wien Geschichte mit Schwerpunkt Zeitgeschichte sowie Publizistik- und Kommunikationswissenschaft. Parallel zu ihrem Studium besuchte sie den „profil“-Lehrgang für Magazinjournalismus. Im Jahr 1999 schloss sie ihr Studium mit einer Magisterarbeit mit dem Titel „Die Metropole der Migranten. Kontinuitäten, Brüche und Perspektiven der Einwanderungsstadt Wien“ ab. Studien- und Arbeitsaufenthalte in Prag und Berlin folgten. Die Fragen von Migration, Integration sowie die Folgen des Jahres 1989 beschäftigten die Tochter einer gebürtigen Tschechin und eines Ungarn, die 1969 nach Österreich geflohen waren, auch im Rahmen des „Milena Jesenska Fellowships“ am Institut für die Wissenschaften vom Menschen. Als Ergebnis publizierte sie das Buch „Reifeprüfung Prag 1989“ (Czernin Verlag 2004), das die Geschichte einer Prager Schulklasse erzählt, die im Wendejahr maturierte und von einem Tag auf dem anderen mit den veränderten Verhältnissen konfrontiert wurde.

Österreichische Zeit- sowie Politikgeschichte sowie Mitteleuropathemen sind die Schwerpunkte ihrer beruflichen Tätigkeit als Journalistin (profil, Format, Der Standard, Falter, Basler Zeitung, Lidove Noviny, Respekt) sowie als Buchautorin (Karl von Schwarzenberg, Die Biografie, Ueberreuter 2005; Barbara Tóth, Hubertus Czernin: 1986 – Das Jahr, das Österreich veränderte. Czernin Verlag, Wien 2006; gemeinsam Thomas Hofer, Wahl 2006. Kanzler, Kampagnen, Kapriolen, LIT Verlag 2006 sowie Wahl 2008. Strategien, Sieger, Sensationen, Molden Verlag 2008; gemeinsam mit Franz Küberl, Mein armes Österreich und wie es reicher sein könnte, Ueberreuter 2010).

Barbara Tóth ist Mutter eines Sohnes namens Bruno und lebt mit ihrer Familie in Wien.